D 12892
Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt

Neue Soziale Bewegungen

FORSCHUNGSJOURNAL

BEWEGUNGS - DELPHI 2000

Protest und Bewegung im 21. Jahrhundert

Heft 1 - März 2000 DM 25,-

LUCIUS LUCIUS

Inhalt

Editorial
Protest und Bewegung
im 21. Jahrhundert 2

Essay
Andreas Buro
Das Jahrhundert
der sozialen Bewegungen 5

Hauptbeiträge
Michael Hasse
Protest und Bewegung
im 21. Jahrhundert 17

Ruud Koopmans
Globalisierung, Individualisierung,
politische Entflechtung 26

Dieter Rink
Soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert ... 32

Ansgar Klein
Soziale Bewegungen bleiben ein
bedeutender politischer Faktor 36

Klaus Eder
Die Zukunft sozialer Bewegungen
zwischen Identitätspolitik und
politischem Unternehmertum 43

Ingo Bode
Die Bewegung des Dritten Sektors
und ihre Grenzen 48

Susann Burchardt
Mehr Protest – weniger Bewegung? 53

Mechtild Jansen
Die Wiederbelebung des
Modernitätsvorsprungs 58

Klaus Farin
Prognosen aus der Zukunft? 63

Gero von Randow
Lebenszeichen der Bürger 71

Thomas Mayer
Wird alles soziale Bewegung? 73

Gottfried Oy
Alternative Öffentlichkeit im
21. Jahrhundert 78

Marianne Beisheim
‚Wie hältst du's
mit der Globalisierung?' 83

Ingo Take
Transnationale Allianzen als Antwort
auf die Herausforderungen
des 21. Jahrhunderts 87

Harald Gesterkamp
Professionell auf der Weltbühne, verankert
in der Region 92

Heike Walk/Achim Brunnengräber
Von Mobilisierungsschwächen
und kosmopolitischen Größen 97

Literatur
‚Top 10' – Kommentierte Bibliographie zur
Bewegungsforschung und zu angrenzenden
Themen 101

Abstracts 122

Editorial

‚Bewegungs-Delphi 2000' – Protest und Bewegung im 21. Jahrhundert

Der Jahreswechsel 1999/2000 markiert – jenseits kalendarisch-rechnerischer Korrektheit – allgemein den Übergang in ein neues Jahrtausend. Zeit für die Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Nach dem wir Anfang 1998 unser 10-jähriges Jubiläum zu einer Bilanz der neuen sozialen Bewegungen im ausgehenden 20. Jahrhundert genutzt haben, legen wir mit diesem Heft die Ergebnisse einer Expertenbefragung (nach der Delphi-Methode)[1] vor, in der wir Prognosen über die zukünftige Entwicklung von politischem Protest und sozialen Bewegungen erfragt haben. In einer ersten Umfrage‚welle' gaben 27 Expertinnen und Experten ihre subjektive Einschätzung zu den zukünftigen Entwicklungen an. Unter diesen Befragten sind WissenschaftlerInnen zu finden, JournalistInnen, PolitikerInnen und Aktive aus unterschiedlichen Bewegungszusammenhängen (Frauen-, Friedens-, Dritte-Welt-, Menschenrechts-, Umweltbewegung u.a.).

In einer zweiten Umfrage‚welle' konnten wir 15 ExpertInnen dafür gewinnen, vor dem Hintergrund der Zwischenergebnisse ihre Prognose in kurzen Beiträgen thesenhaft zu formulieren. Das vorliegende Themenheft stellt die Resultate der ersten Welle zusammenfassend dar und präsentiert die in der zweiten Welle erarbeiteten Prognosen zur Zukunft sozialer Bewegungen.[2] Wie nicht anders zu erwarten war, werden wir mit zum Teil paradoxen Erwartungen konfrontiert (im Überblick werden diese von Michael Hasse vorgestellt).

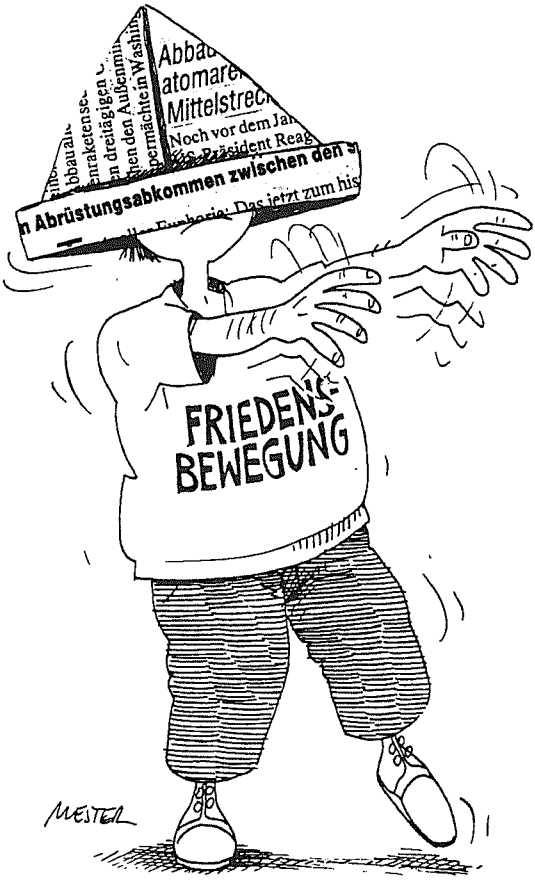
Als ein Ergebnis der Studie kann die übereinstimmende Aussage festgehalten werden, dass (und dies belegen auch aktuelle ereignisanalytische Untersuchungen, Protest-Event-Analysen) bewegungsförmige Proteste nach Hochzeiten der Massenmobilisierung in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts auch zum Jahrtausendwechsel und für die Zukunft im 21. Jahrhundert eine Rolle spielen und politische Machthaber/Regimes weltweit weiterhin herausfordern werden. Doch wird die Bewegungslandschaft heterogener und differenziert sich organisatorisch aus. So ist mit der Eskalationsdynamik zwischen links-libertären und rechtsautoritären Bewegungen zu rechnen, die im Kontext der Globalisierung entlang der Konfliktlinie von Inklusion/Exklusion neuen Auftrieb erhalten könnte. Innerhalb des Bewegungssektors kommt es aus dieser Sicht also zu weiteren Polarisierungen.

An die Stelle bewegungsförmiger Massenmobilisierung, so wird es von vielen Beobachtern ebenfalls erwartet, tritt der von institutionalisierten Bewegungsorganisationen professionell kanalisierte und medial vermittelte Protest. Bereits heute beobachtbar ist ein deutlicher Wandel der Organisationsstrukturen und des Handlungsrepertoires sozialer Bewegungen: Auch zukünftig werden sich die Trends zunehmender Professionalisierung, Organisierung, Netzwerk- und Allianzbildung sowie zu massenmedialen, symbolischen Aktionsformen fortsetzen. Gerade hinsichtlich der letztgenannten Aspekte werden jedoch deutliche Unterschiede zwischen sozialen Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen in den OECD-Staaten und Protestakteuren im Süden und Osten erwartet. Hingewiesen wird mit Blick auf die OECD-Staaten auch auf die erwartbare Tendenz einer weiteren Abkoppelung der NGOs von sozialen Bewegungen.

Für westlich-postindustrielle Gesellschaften wird zudem eine Veränderung in den Motivationsstrukturen der Akteure in sozialen Bewegungen und damit für die Mobilisierungspotentiale der Bewegungen prognostiziert: Weiterhin bestimmt aus Sicht der meisten AutorInnen ein ausgeweitetes Verständnis des Politischen die Motive des Engagements für soziale Bewegungen – in einem Bereich jenseits von

Editorial

Staat und Markt, wie er in den Diskussionen über die Zivilgesellschaft und den Dritten Sektor ausgeleuchtet wird. Der Blick insbesondere auf das Politikverständnis Jugendlicher macht jedoch deutlich, daß sich Protestmotive von umfassenden ideologischen Deutungsrahmungen zunehmend abkoppeln; zugleich wird mit einer Zunahme identitätspolitischer Anerkennungskämpfe gerechnet; gemeinsame Wertvorstellungen, weitgehend entideologisierte, an individueller Betroffenheit orientierte Beteiligungsmotive, ein kurzfristiges, punktuelles Engagement und ein Primat des Pragmatismus werden demnach in künftiger Protestpartizipation eine wichtige Rolle spielen.



Den Experteneinschätzungen zufolge werden sich Protestanlässe verändern und sowohl regionale als auch globale, transnationale Problemlagen thematisieren. Die Entgrenzung des Politischen und der Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Politik konfrontieren auch den Bewegungssektor verstärkt mit den Anforderungen einer Verknüpfung lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebenen.

Das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen wird die Entwicklung sozialer Bewegungen, politischer Proteste und unkonventioneller (basis-)demokratischer Beteiligungsformen durch ihre wissenschaftliche Arbeit weiterhin kritisch begleiten. Das Bewegungs-Delphi verstehen wir als Anregung für unsere weiteren Themenplanungen.

Eine erste Präsentation der Ergebnisse unserer Umfrage erfolgte auf der Tagung zum Thema ‚Wandervögel, Ökos, Avatare... – Zukunftsvisionen für soziale Bewegungen' vom 17. bis 19. Dezember 1999 in Loccum, an deren Vorbereitung das Forschungsjournal in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Loccum, der Stiftung MITARBEIT und dem Z_punkt, Büro für Zukunftsgestaltung mitbeteiligt war.

In eigener Sache

Zunächst ein kurzer Tagungshinweis: Vom 24. bis 26. März 2000 veranstaltet das Forschungsjournal in der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg/Siegerland eine Fachtagung mit dem Thema ‚Politische Kommunikation in Deutschland – Botschaften zwischen

Editorial

Illusion und Inszenierung'. Anmeldungen und Nachfragen bitte an die Redaktionsanschrift richten.

Mit dem Eintritt in das neue Jahrtausend beginnt die Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen die Zusammenarbeit mit einem neuen Verlag: Lucius & Lucius in Stuttgart. Wir beenden die Zusammenarbeit mit dem Westdeutschen, mit dem wir die letzten sechs Jahre (und damit die zweite ‚Halbzeit' unseres bisherigen Bestehens) kooperiert haben. Insbesondere die geplante beträchtliche Erhöhung des Abonnements hat die Herausgeber zu dem Verlagswechsel bewogen: Auch wenn ein Trend in der Zeitschriftenlandschaft zu Preisanhebungen nicht zu übersehen ist, haben wir bei Lucius & Lucius ein sehr viel günstigeres Angebot zur Preisgestaltung bekommen, dem wir im Interesse unserer Leserschaft gefolgt sind. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, dem Lektorat des Westdeutschen Verlages und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die langjährige Unterstützung unseres Projekts und die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu danken.

Das vorliegende Heft erscheint somit erstmals bei der Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft in Stuttgart. Der Verlag baut neben seinen traditionellen Schwerpunkten Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sowie Naturwissenschaft/Technik sein sozialwissenschaftliches Angebot aus. Wir hoffen, dass wir neben den anderen erworbenen Publikationen (das bisherige Soziologie/Sozialwissenschaften-Programm des Enke Verlags, die Zeitschrift für Soziologie etc.) mit unserem Forschungsjournal dazu beitragen können, hier ein neues sozialwissenschaftliches Profil mitzugestalten. Wir sind sicher, dass wir mit Lucius & Lucius einen Kooperationspartner gefunden haben, der optimale Voraussetzungen bietet, um unser Forschungs- und Publikationsprojekt Forschungsjournal auch in Zukunft in gewohnter Qualität und mit dem notwendigen Engagement weiterführen zu können.

Unsere Redaktion verändert sich mit dem Jahreswechsel auch personell: Mit Michael Hasse verlieren wir einen langjährigen Redakteur, der sich durch sein Engagement insbesondere um die Rubriken Pulsschlag und Treibgut verdient gemacht hat. Ihm sei an dieser Stelle von Herausgebern und Redaktion herzlich gedankt. Verstärkung erfährt unsere Redaktion mit diesem Heft durch Nele Boehme, die seit einem halben Jahr unsere Rubrik Bewegungsliteratur/Rezensionen/Annotationen verantwortlich betreut, durch Heike Walk, die als Redakteurin den Pulsschlag übernimmt sowie durch Peter Kuleßa, der uns bereits seit Jahren durch seine redaktionelle Mitarbeit unterstützt hat.

Die Redaktion des Forschungsjournals möchte die Gelegenheit nutzen und Ihnen, unseren Leserinnen und Lesern sowie zahlreichen Autorinnen und Autoren, für Ihr Interesse, Ihr Engagement und Ihre Unterstützung zu danken und Ihnen ein bewegtes und erfolgreiches neues Jahr, neues Jahrzehnt und Jahrhundert zu wünschen.

Ansgar Klein, Berlin/*Markus Rohde*, Bonn
für Herausgeber und Redaktion des Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Anmerkungen

[1] Zu den methodischen Kennzeichen des Bewegungsdelphi und den Ergebnissen der Studie siehe den Text von Michael Hasse sowie die Ergebnisdarstellung der ersten Befragungswelle (beide in diesem Heft).

[2] Zur übersichtlicheren Darstellung haben wir die Beiträge sortiert. Die allgemeineren Prognosen zu sozialen Bewegungen präsentieren wir zu Beginn, konkretere Analysen im Mittelteil und Beiträge zur Globalisierungsproblematik und zu NGOs im dritten Teil des Heftes.

Essay

Andreas Buro

Das Jahrhundert der sozialen Bewegungen

Entstehungsgründe, Motivationen, Grenzen und Wirkungen

Das nun zurückliegende Jahrhundert begann und endete mit zwei großen Manifestationen der sozialen Bewegungen. Am 15.Mai 1899 veranstalteten Frauen 565 Demonstrationen gleichzeitig in 18 Ländern in Europa, Asien und Amerika. Die Initiatorin war Margarethe Lenore Selenka, heute nur noch wenig bekannt in der Friedensbewegung. Als Tochter aus bürgerlichem Hause bemühte sie sich mit viel Energie und Mut, eine internationale Frauenbewegung zum Thema Frieden aufzubauen, was ihr zumindest kurzfristig, wie die Demonstrationen zeigen, mit großem Erfolg gelang. „Unsere Stimme – die Stimme der Mütter und Schwestern, der Gattinnen und Töchter –, spricht im Namen von Herd und Kind, sie finde Gehör in Eueren Beratungen! Gebt uns die Hoffnung, dass künftighin die Streitfragen der Nationen nicht mehr entschieden werden sollen auf Schlachtfeldern, gedüngt vom Blute unserer Söhne und Brüder" (Kätzel 1999: 5). Mit diesem Appell wandte sich die erste ‚Internationale Friedenskundgebung der Frauen? an die Haager Friedenskonferenz, die am 18.Mai 1899 begann. Welche Ähnlichkeit zu den Begleitveranstaltungen zu internationalen Konferenzen am Ende des Jahrhunderts!

Die sozialen Bewegungen beendeten dieses Jahrhundert ebenso eindrucksvoll mit der großen internationaler Demonstration anlässlich der Tagung der World-Trade-Organisation in Seattle/USA. Ein Kommentar: „Für einen Moment wird es ganz einsam um Mike More. Es ist nur ein Augenblick und doch müssen dem neuen Generaldirektor der Welthandelsorganisation diese wenigen Sekunden, in denen sich weder seine wuseligen Helfer, noch die zahlreichen Fernsehteams für ihn interessieren, wie eine kleine Ewigkeit erscheinen. Allein steht der bullige Topdiplomat auf der feierlich geschmückten Bühne des Paramounth-Theaters in Seattle. Hier wollte er in diesen Minuten die größte Handelskonferenz der Geschichte eröffnen – und den Höhepunkt seiner Karriere erleben." Aber es war keiner da, weil Demonstranten aus vielen Teilen der Welt, organisiert weitgehend über Internetverbindungen, dort eine ganz ungewöhnliche und ungewöhnlich heftige Demonstration veranstaltet hatten. Zivile Kräfte der Gesellschaft nennen sie sich selber. Andere sprechen nüchterner von Nicht-Regierungsorganisationen. 1200 dieser Interessenverbände aus 87 Ländern, von den finnischen Großmüttern für den Frieden bis zum Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland, haben in einer Deklaration das WTO-System als undemokratisch und nicht berechenbar verurteilt. Es hieß, die Genfer Globalisierungsbehörde sei Sinnbild eines grenzenlosen Kapitalismus, der die Ausbeutung in den Entwicklungsländern verschärft, die Umweltprobleme ver-

schlimmert und die Profite der transnationalen Konzerne in Schwindel erregende Höhen klettern lässt.

Nie zuvor waren Bürgerinitiativen so einflussreich wie heute, stellt das World Watch Institute in einer Studie fest. Staatsgrenzen spielen für diese Aktivistinnen und Aktivisten kaum noch eine Rolle, seit sie über das Internet fast kostenlos ihre Strategien absprechen und Auftritte koordinieren können. Mittlerweile sind über 20.000 dieser Organisationen international, also jeweils in mindestens drei Staaten, mit eigenen Niederlassungen vertreten. Viermal so viele wie in den 60er Jahren (alles nach Sievers 1999: 3).

Das weite Feld zivilgesellschaftlicher Bemühungen

Das Jahrhundert ist angefüllt mit Aktivitäten von sozialen Bewegungen, die meist in ungewöhnlichen und provokativen Formen ihr Anliegen zur Sprache brachten. Sie setzten die wichtigsten innovativen Themen des Jahrhunderts auf die Tagesordnung: Frieden/Abrüstung, Menschenrechte, Demokratisierung, Gleichberechtigung der Frauen, Umweltschutz und vieles mehr. Dabei standen sie fast immer in Auseinandersetzung mit der ‚Staatenwelt'. Diese dominiert aber nach wie vor den politischen Prozess, wenngleich sie sich auch nicht den Einflüssen der zivilgesellschaftlichen Bewegungen entziehen kann.

Das Thema ‚Jahrhundert der sozialen Bewegungen' lässt allerdings nicht den Schluss zu, soziale Bewegungen seien ein Privileg dieses Jahrhunderts. Man kann sich durchaus fragen, waren die Sklavenaufstände (Spartakus) im alten Rom, die Bauernkriege, die französische Revolution oder die Suffragetten soziale Bewegungen? Hier gilt es nicht, diese Fragen zu beantworten, sondern nur daran zu erinnern, dass es immer wieder Konstellationen gegeben hat, in denen Teile von Bevölkerungen versucht haben, sich selbständig zu organisieren, um weitgesteckte Ziele zu erreichen.

Eine zweite Klärung vorab: Welches ist eigentlich das regionale Gebiet, von dem hier zu sprechen ist? Denken wir vorwiegend an Deutschland? Oder ist von der Triade der großen kapitalistischen Industriestaaten in Europa, Nordamerika und Ostasien zu sprechen? Oder beziehen wir die Dritte und Vierte Welt mit ein: Etwa die Befreiungsbewegungen in Indien, in Algerien, in Vietnam oder des Kampfes in Osttimor um die Selbständigkeit und die Abschüttelung der Fremdherrschaft von Indonesien? Man könnte viel mehr derartige Konflikte aufzählen, aber sie liegen in der Regel weit außerhalb unseres Erfahrungshorizonts, so dass es uns schwerfällt, in geeigneter und angemessener Weise darüber zu berichten. Es wäre so, als würden wir uns mit unseren Kultur- und Wissenschaftsvorstellungen auf Erfahrungen draufsetzen, die andere gemacht haben. Das hätte einen Hauch von Kulturimperialismus an sich. Deshalb werden bei den folgenden Betrachtungen die europäischen Erfahrungen im Vordergrund stehen, die wenigstens zum Teil auch Bewegungen in der Dritten Welt, in der ehemaligen Kolonialwelt im Bereich der sozialrevolutionären Bewegung nach 1945, reflektieren.

In einer Darstellung der sozialen Bewegungen in unserem Jahrhundert gibt Joachim Raschke, auf den ich mich hier stütze, eine kleine Übersichtstafel (Raschke 1991). Danach habe es im Bereich der bürgerlich-kapitalistischen Staaten drei große Gesamtbewegungen gegeben: die frühbürgerlichen Bewegungen, die Arbeiterbewegung und die neuen sozialen Bewegungen. In diesen Großgruppen habe es Richtungsdifferenzierungen gegeben. Bei der frühbürgerlichen Bewegung noch im vorigen Jahr-

hundert die liberale Orientierung versus die demokratische. Ihr Thema ist vor allem die nationale Frage. Als Richtungdifferenzierung für die Arbeiterbewegung gibt er dominant katholische versus sozialdemokratische versus kommunistischee versus anarchistische Bewegungen an. Die Themen weiten sich hier schon aus. Es gibt proletarische Frauen-, Jugend-, Kulturbewegungen und so weiter, wie wir es heute auch in den neuen sozialen Bewegungen kennen. Bei den neuen sozialen Bewegungen bemerkt er, dass die Richtungsdifferenzierung in rechte und linke Positionen zwar vorhanden ist, aber dann doch nicht als Grundlage der Differenzierung in Teilbewegungen dient. Am deutlichsten wird diese Feststellung im ökologischen Bereich erkennbar, wo immer konservative und linke Elemente gemeinsam an einer Veränderung von Gesellschaft und der Durchsetzung ihrer Ziele arbeiteten. Raschke nennt für die neuen sozialen Bewegungen als dominante Differenzierungen neben anderen Ökologie, Atomenergie, Frauen, Frieden.

Es stellt sich allerdings auch die Frage, ob denn die sozialen Bewegungen, wie es uns so nahe liegt zu glauben, notwendigerweise immer emanzipatorische Zielsetzungen haben müssten. Doch sind nicht auch rechte, gar faschistische Bewegungen soziale Bewegungen? Sicher werden auch soziale Bewegungen konservativ sein können, wie es im Bereich der frühbürgerlichen Bewegungen deutlich wurde. Dabei können die Ziele gerade auch die Erhaltung von Werten sein. Die Ökologiebewegung birgt zweifellos solche Elemente schon in sich.

Was aber sind überhaupt soziale Bewegungen?

Der Definitionsvorschlag von Raschke stammt von 1991 und es ist über ihn viel diskutiert worden. Mir erscheint er als eine sehr praktische Definition, an der viele wichtige Elemente sozialer Bewegungen festgehalten werden können. „Soziale Bewegung ist ein mobilisierender, kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenderen sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen" (Raschke 1991: 33f). Die zentralen Begriffe der Definition spricht Raschke selbst an.

Der ‚kollektive Akteur' ist ein sehr wichtiges Charakteristikum. Es sind also Bewegungen, in die Individuen eingebunden sind in einen kollektiven Zusammenhang. Bewegungen, die aktiv in den Lauf der Dinge eingreifen. Und der Akteur ist nicht eine spezifische Organisation oder Organisationsform, sondern er ist eine Vielfalt, häufig eine Gemengelage verschiedener Organisationen, die zusammen wirken und versuchen, eine Zielsetzung langfristig, zum Teil auch widersprüchlich, anzugehen und zu bearbeiten und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die ‚weit reichenden Ziele', die in der Definition genannt werden, sind außerordentlich wichtig, denn an kurzfristigen Zielen können soziale Bewegung sich kaum entwickeln. Versteht man soziale Bewegung als Kollektivakteure, um gemeinsam soziale Lernprozesse zu organisieren, dann wird man schnell verstehen, dass diese Aufgabe nur zu bewältigen ist, wenn die Ziele langfristig sind und somit lange über sie diskutiert und Verständnis sowie Expertise entwickelt wird. Wenn es nur um die Durchsetzung einer Spielstraße geht, wird sich daraus nie eine soziale Bewegung entwickeln können. Dies könnte höchstens ein Motivationsprojekt in einem größeren Zusammenhang sein.

Der dritte Begriff: Mobilisierung. Das heißt, es geht nicht nur um Wissen oder um Sprechen, sondern es geht auch um die Mobilisierungsfähigkeit der Bewegungen. Mobilisierung bedeutet, dass die Motivation der Menschen ausreicht, um sich selbst zu exponieren, sich selbst einzulassen, also selbst aktiv zu werden.

Eine ‚gewisse Kontinuität' ist erforderlich, um sich von nur ‚kollektiven Episoden? abzugrenzen. Reichweite und Kontinuität stehen sicher in einem engen Zusammenhang.

Raschke benutzt noch den Begriff der ‚hohen symbolischen Integration', und schreibt dazu, die Gruppe, die sich als soziale Bewegung konstituiert, sei durch ein ausgeprägtes Wir-Gefühl charakterisiert. Dieses Bewusstsein der Zusammengehörigkeit entwickelt sich auf der Grundlage einer Unterscheidung zwischen denen, die dafür und denen, die dagegen sind. Eine gewisse Polarisierung gehört also zu den sozialen Bewegungen und ihrem Umfeld. Das bedeutet nicht unbedingt Konfrontationssuche. Aber es scheint mir für das Entstehen des Wir-Gefühls in sozialen Bewegungen außerordentlich wichtig zu sein.

Eine ‚geringe Rollenspezifikation' ist der letzte Begriff, den ich hier aufführen will. Die Rollenspezifikation ist in hochorganisierten Organisationen sehr weit ausgebildet. Alle Rollen sind genau festgelegt. Bei den sozialen Bewegungen ist dies nicht der Fall. Es herrscht eine viel größere Egalität und Vielfältigkeit. Jeder kann nach Vermögen in allen Bereichen tätig werden. Es gibt dementsprechend auch keine Hierarchisierung in dem Maße.

Unter dem Begriff der sozialen Bewegungen verbargen sich in dem auslaufenden Jahrhundert eine Fülle unterschiedlichster Organisationsformen, die mehr oder weniger offen oder institutionalisiert waren und riesige Unterschiede in ihrer nationalen und/oder internationalen Ausbreitung und Einbettung usw. aufwiesen. Häufig werden Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und soziale Bewegungen in eins gesetzt, was Probleme für die analytische Auseinandersetzung aufwirft. Trotzdem kann eine Klassifizierung an dieser Stelle nicht vorgenommen werden.

Im Folgenden berichte ich in vier Abschnitten über Entstehungsgründe sowie Rahmenbedingungen, Motivationen, Grenzen und Wirkungen von sozialen Bewegungen. Dabei werde ich Beispiele, vorwiegend aus dem deutschen und europäischen Bereich zur Illustration heranziehen.

Die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft als Rahmenbedingung

Die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft in den Industriestaaten ist sicher der wichtigste Rahmen für die Entstehung sozialer Bewegung in diesem Jahrhundert. Dabei spielt der eigene emanzipatorische Anspruch der bürgerlichen Gesellschaft unter dem Stichwort Liberalität der Gesellschaft und später dem der Demokratisierung eine erhebliche Rolle.

Eine zweite Rahmenbedingung, die bei uns bereits im vorigen Jahrhundert wirksam wurde, ist die Migration der Menschen aus den ländlichen Räumen in die Städte. Wir kennen alle den Satz ‚Stadtluft macht frei?, der allerdings einen viel früheren Ursprung hat. Mit der Urbanisierung lösen sich viele Menschen aus traditionellen Zusammenhängen. Sie kommen in Situationen, in denen sie – wie die Arbeiterbewegung – in sozialen Zusammenhängen um ihre Lebensbedingungen zu kämpfen haben. Dabei spielt die soziale Frage für die Motivation dieser Menschen eine große Rolle. Damit wurde ein sehr weit reichendes Ziel gesteckt, weil die soziale Frage immer

mit politischen Fragen, bezogen auf die Herrschafts- und Reproduktionsstruktur der Gesellschaften, verbunden ist.

Militärische Bedrohung als Rahmenbedingung kennzeichnete fast das ganze Jahrhundert. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts war diese auf das Engste mit nationalistischen und imperialistischen Tendenzen und Ideologien verbunden. Die militärische Bedrohung nahm in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts in der atomaren Abschreckungspolitik eine neue Form an, die in der Gesellschaft Massenproteste gegen diesen organisierten Wahnsinn hervorrief.

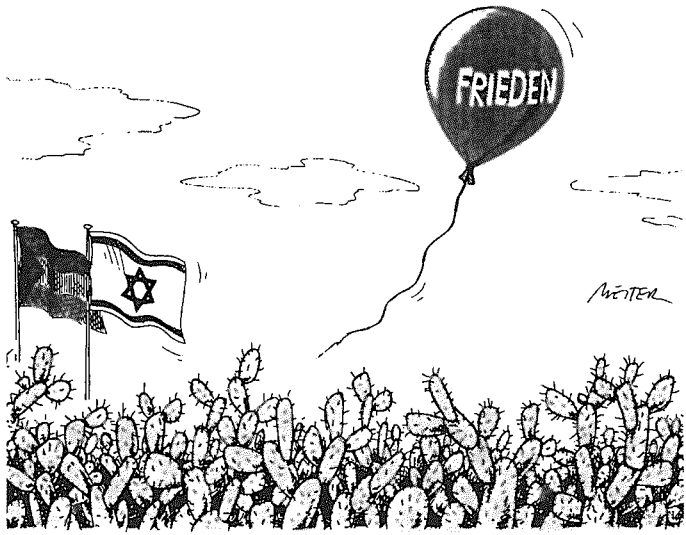
Weitere Großbedrohungen kamen durch die ökologische Entwicklung und die Gefahren der Atomenergie (Stichwort Tschernobyl) und in jüngerer Zeit durch die Globalisierung, also den neuen großen Schub der Internationalisierung des Kapitals und der Durchdringung aller Bereiche der Welt durch Kapitalwanderungen hinzu.

Die unerhörte Veränderung der Kommunikationstechniken stellt eine weitere bedeutende Rahmenbedingung für soziale Bewegungen dar, wie es bereits am Beispiel der erwähnten WTO-Tagung deutlich wurde. Es eröffnen sich damit enorme Möglichkeiten für jedermann, für jede Frau, sich über die elektronischen Medien Informationen zu besorgen und weiterzugeben, sowie sich selbst und seine Ziele öffentlich darzustellen. Wenn auch heute noch die öffentlichen Medien meist eine große Barriere zwischen Öffentlichkeit und den sozialen Bewegungen darstellen, so bieten die neuen Technologien Ansätze für die Durchdringung der Öffentlichkeitsmauern.

Motivationen als Voraussetzung für Mobilisierung

Für alle sozialen Bewegungen gilt, sie benötigen Zeit für ihre Entfaltung. Menschen müssen sich erst mit dem Ziel vertraut machen. Sie müssen ihre Motivation und Rolle dabei finden. Das geht nicht schnell. Radio- oder Fernsehleute fragen immer wieder, wo ist die Friedensbewegung, wo ist die Ökologiebewegung? Warum habt ihr nicht schon eine Großdemo angesetzt? Doch Menschen brauchen Zeit – und das ist gut so. Denn soziale Bewegungen leben davon, dass Alle, die sich beteiligen, sich ein Stück informieren, dass sie sich Expertise aneignen und ihre eigene Motivation prüfen.

Ich erinnere an das Beispiel Golfkrieg. Wir alle wussten zunächst nicht so recht, was dort wirklich passiert. Wir hörten nur die sehr einseitigen Meldungen von CNN. Angemessene



Interpretationen des Krieges sickerten erst allmählich durch. Brigitte Erler und ich vertraten damals als PressesprecherIn im Rahmen des Netzwerkes Friedenskooperative die Friedensbewegung nach außen. Wir haben ständig beobachtet, wo finden schon Demonstrationen statt, wann ist die Zeit für eine große Demonstration reif? Im November gab es eine ‚Probedemonstration' in Bonn. Da kamen nur etwa 10.000 Leute. Doch dann auf einmal, ab Januar, spürten wir die Protestbereitschaft wachsen. Mittlerweile war so viel in den Gruppen diskutiert worden, so dass die Ankündigung einer wirklich großen Demonstration von mehreren Hundertausenden gewagt werden konnte. Und es wurde tatsächlich eine riesige Demonstration. Soziale Bewegungen brauchen also Zeit, um sich selbst ihrer Ziele zu vergewissern. Sie sind deshalb nicht vergleichbar mit weisungsgebundenen, administrativen Apparaten.

Mit dem Stichwort ‚Motivationen' wird eine zentrale Bedingung für außerparlamentarische Arbeit angesprochen, die in den sozialen Bewegungen bisher viel zu wenig beachtet wurde. Denn Motivationen sind nicht selbstverständlich identisch mit den ‚objektiv' sinnvollen Verhaltensweisen und Orientierungen. Die Annahme, die in der Arbeiterbewegung sehr häufig zu finden war: ‚Da ist ein Problem und wenn alle Leute das Problem erkennen, werden sie sich auch entsprechend verhalten', ist immer falsch gewesen. Sie hat auch zu den großen Niederlagen der Arbeiterbewegung beigetragen. Motivationen haben eine eigenständige Qualität und bedürfen einer eigenen Analyse. Was bewegt Menschen eigentlich, dass sie sich aus ihrer Tagesrolle heraus begeben, dass sie bereit sind, sich auf Probleme einzulassen, die zunächst einmal, weil es sich um weit reichende Ziele handelt, mit ihren persönlichen Situationen wenig zu tun haben? Ich will dafür Beispiele nennen: Der immer wieder bemühte Internationalismus der Arbeiterorganisationen war für Viele immer nur ein Kopfziel. Er war aber ganz schwer in der Wirklichkeit umzusetzen, weil zwischen Motivation und ‚objektiv' sinnvollen Verhaltensweisen eine große Kluft bestand. Trotz ständiger Beschwörung internationaler Solidarität kämpften so im Ersten Weltkrieg die Arbeiter im Rahmen nationaler Politik gegeneinander.

Eine andere Situation: Die Ohne-Mich-Bewegung in der ersten Hälfte der 50er Jahre. Überall in Deutschland war zu hören: ‚Ich fasse kein Gewehr mehr an'. Franz-Joseph Strauß sprach, ‚wenn ich je wieder ein Gewehr anfasse, soll mir der Arm abfallen'. Viele glaubten deshalb, die Deutschen seien zu Pazifisten geworden. Das war jedoch völlig falsch. Sie waren gekränkt, beleidigt und trotzig darüber, dass die großartigen Leistungen des deutschen Militärs nicht von der Welt anerkannt wurden. In dem Moment, zu dem 1954 die BRD der Natoeintritt beitreten durfte, war dieser ‚Pazifismus' der Deutschen jedoch wie weggeblasen. Wer später als Kriegsdienstverweigerer irgendwo auf der Straße stand, sah sich schnell von diesen angeblichen Pazifisten umringt, die alle mit größter Feindseligkeit auf die Kriegsdienstverweigerer losgingen.

Ein weiteres Beispiel: die Vietnambewegung von Seiten der Studenten. Bei ihnen war zu beobachten, dass sobald Saigon erobert war und der Krieg zuende ging, sich kaum noch jemand aus ihren Reihen für Vietnam interessierte, obwohl die Probleme der Gesellschaft Vietnams auch nach dem militärischen Sieg riesengroß waren. Wahrscheinlich ist dieses Phänomen damit zu erklären, dass es in der studentischen Vietnam-Bewegung gar nicht in erster Linie um Vietnam ging, sondern um eine schwere Kränkung durch den geistigen ‚Übervater' USA. Sie hatte sich in der Reeducation-Phase nach 1945 ganz vielen jungen Menschen als die demokratische Macht, die für ‚das Gute'

eintritt und kämpft, eingeprägt. Der Vietnam-Krieg zeigte sie jedoch als etwas ganz anderes, nämlich als eine brutale imperialistische Macht. Der Protest gegen diese Täuschung durch den einstigen Übervater schlägt zum Teil in Hass um und wird zu einer wesentlichen Motivation des Vietnam-Protestes der Studierenden.

Über die Hierarchie von Motivationen und ihre Veränderung

Zum Thema Motivation eine zweite Bemerkung: Motivationen verändern ihre Position innerhalb der Hierarchie der Motivationen von Menschen. Eine Motivation steht also nicht dauerhaft an erster Stelle. Sie kann durch andere Motivationen und eine Zuwendung zu anderen Problemen in ihrem Stellenwert abgelöst werden. Das heißt nicht, dass die Menschen sich von dem Problem und der einstmals obersten Motivation gänzlich abwenden. Sie sagen sich vielmehr, im Augenblick und in dieser Situation wende ich mich anderen Themen zu, die für mich dringlicher sind. Wir haben das in den 70er Jahren erlebt. Nach der Brandt'schen ‚neuen Ostpolitik' gab es praktisch keine Friedensbewegung mehr. Motivationen richteten sich nun auf Reformen der Gesellschaft. Das war eine unerhört lebendige Zeit. Aber mit Friedensbewegung hatte dies nichts zu tun. Dies änderte sich jedoch schlagartig mit dem Doppel-Beschluss der NATO, Cruise Missiles und Pershing-Mittelstreckenraketen zu stationieren. Damit entstand eine unmittelbare, kaum kontrollierbare Bedrohung der Bevölkerung mit atomarer Vernichtung. Ich erinnere mich, wie auf einmal aus allen anderen Bewegungen die Menschen herbeiströmten. Dies Bedrohung wurde zur prioritären Motivation und stieg in der Hierarchie der Motivationen nach ganz oben. Später änderte sich dies wieder.

Wir müssen drittens wissen, dass Menschen nicht nur positiv auf Bedrohungen reagieren und das Problem bearbeiten wollen. Bei übermächtig erscheinenden Bedrohungen kann auch genau das Gegenteil eintreten. Man bewältigt das Problem, indem man es verdrängt. Wer verstehen will, warum in den 60er Jahren und zum Teil in den 80er Jahren die Friedensbewegung in der Bevölkerung auf so große Aggressivität stieß – Viele kennen noch die Worte: ‚Geh doch rüber!' – darf nicht nur die Kalte-Kriegs-Propaganda dafür verantwortlich machen. Viele Friedensbewegte konnten diese Reaktionen garnicht verstehen und schilderten noch vehementer die bestehende Bedrohungssituation. Doch dies half kaum, die Aggressivität abzubauen. Was die angesprochenen Menschen empfanden, war wahrscheinlich etwas ganz anderes: ‚Wir hatten individuell das Problem für uns schon gelöst und jetzt kommt einer und sagt, die Bedrohung ist nach wie vor da. Dieser Friedensbewegte schafft für uns erneut Bedrohungsgefühle'. Wenn man derartige psychische Verhaltensweisen nicht gut versteht, wird man auch nicht Strategien entwickeln können, um weitere Menschen erfolgreich anzusprechen und sie, statt zu verdrängen, für eine produktive Bearbeitung von Problemen zu gewinnen.

Ein vierter Punkt, den ich hier nennen will, ist die Bedeutung von Gruppenbildung zur persönlichen Stabilisierung. Diese hat in dem ganzen Jahrhundert eine große Rolle gespielt, nicht zuletzt auch in der Arbeiterbewegung. Die persönliche Einbettung in Gruppen verstärkte Selbstvertrauen und erlaubte, in der Auswirkung möglicherweise bedrohliche Motivationen zuzulassen. Ohne diese Möglichkeit konnte man eine solch schwierige und meist angefeindete Oppositionsarbeit kaum lange durchhalten. Darum meine These, wenn es sozialen Bewegungen nicht gelingt, solidarische Gruppen zu bilden, werden sie auch nicht langfristig arbeiten können. In der Regel greifen soziale Bewegungen Probleme auf, die in der

Gesellschaft noch minoritär sind. Sie treffen also auf eine ablehnende breite Mehrheit. So sind sie ständig einem unerhörten Druck von außen ausgesetzt. Wenn den Einzelnen dann kein persönlicher Rückhalt durch die Gruppe auffängt, ist es sehr schwierig, die Oppositionsrolle aufrechtzuerhalten. Die Gruppen waren ausserdem im Wesentlichen Träger der bewegungsspezifischen Sozialisationsarbeit. Die Netzwerkbildung zwischen ihnen diente so der ständigen Anregung und Rückkoppelung.

Begrenzungen für die Arbeit sozialer Bewegungen

In allererster Linie gingen die Begrenzungen von staatlichen Machtstrukturen aus. Die Arbeiterbewegung kann hiervon ein Lied singen. Auch heute noch schießen in vielen Teilen der Welt Polizei und Militär auf Demonstranten und willfährige Gerichte verurteilen zu hohen Strafen. In Belarus versucht der diktatorische Präsident Lukatschenko, sehr interessante und weit reichende Ansätze der sozialen Bewegungen, die mit der nuklearen Katastrophe von Tschernobyl zusammenhängen, abzuwürgen, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen.

Aber es gab auch wichtige institutionelle Grenzen, die nicht nur in der Einschränkung von Demonstrationsrechten lagen. Die Entscheidungsstrukturen parlamentarischer Regierungssysteme schlossen meist die sozialen Bewegungen aus. Ein Beispiel: Als der Bundestag trotz riesiger Protestdemonstrationen und gegen eine Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung die Stationierung der Mittelstreckenraketen beschloss, führte dies zu einer enormen Demotivation, da man durch Mobilisierung der Bevölkerung eine so gefährliche Entscheidung nicht hatte verhindern können.

Generell lässt sich eine mangelnde Bereitschaft der Staatenwelt zur Reform erkennen. Auf die Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen wird von den Regierungen in der Regel keine angemessene Antwort gesucht und gefunden. „Das oft beschworene Zusammenspiel und gelegentlich aufgezeigte Zusammenspiel von Protest und Reform (...) scheint suspendiert. Die Bundesrepublik der letzten beiden Jahrzehnte bietet das paradoxe Bild eines Landes mit einer der intensivsten demokratischen Mobilisierungen in der Bevölkerung bei gleichzeitiger politischer Reformblockade“ (Roth 1999: 58ff).

Eine weitere Grenze war oftmals der weit gehende Entzug der Öffentlichkeit. Dies war für soziale Bewegungen ein großes Problem. Häufig wurden in den Medien ihre inhaltlichen Anliegen nicht transportiert, sondern nur noch Meldungen, ob es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam oder nicht. Aber es gibt noch eine andere Grenze: Wenn die Medienleute die Wirklichkeit nur noch aus ihrer eigenen Zeitung oder Sendung entnahmen und dies dann für die Realität hielten, dann wurden alle anderen Ereignisse und Analysen, die bei ihnen nicht erschienen, ausgegrenzt und das waren vielfach gerade die Anliegen der sozialen Bewegungen. Man wusste dann auch nichts mehr über die sozialen Bewegung, wenn sie sich nicht so stark artikulieren konnten wie bei der WTO-Tagung jüngst in Seattle. Diese Medien-Grenze hat die Friedens- wie auch die Menschenrechtsbewegung in der Jugoslawienfrage sehr stark behindert. Beide haben in diesem Konflikt außerordentlich viel getan, aber kaum etwas davon wurde der Öffentlichkeit vermittelt.

Grenzen entstehen auch dann, wenn ein Thema einfach verschwindet. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes entfiel die ganze Abschreckungssituation, in der viele Menschen ihre politische Sozialisation erfahren und sich ihre spezielle Expertise erarbeitet hatten. Dies

kann für eine soziale Bewegung das Ende bedeuten, wenn nicht, wie es bei der deutschen Friedensbewegung der Fall war, eine weit reichende Neuorientierung erfolgt.

Wenn soziale Bewegungen sich institutionalisieren oder zur Partei werden, verlieren sie zunehmend ihren Bewegungscharakter. Bei der Verwandlung eines Teils der Ökologie-Bewegung zur Grünen Partei wurde dies gut erkennbar. Bei der Parteibildung wurden ganze Teile aus den sozialen Bewegungen abgespalten. Es entstanden ganz andere Rollenanforderungen. Wählermaximierung sowie die Positionierung im Herrschaftssystem wurden zur prioritären Zielsetzung. Viele wurden dadurch in eine Situation der Zerrissenheit geworfen, wie es jüngst der Kosovokrieg gezeigt hat.

Ein wichtiges Beispiel für Institutionalisierung war auch die Verwandlung der Arbeiterbewegung. Der lebendige, flexible und nicht rollendifferenzierte Charakter ging durch Institutionalisierung mehr und mehr verloren. Es wurde daraus etwas ganz anderes; sie bildete mehr oder weniger mächtige Institutionen.

Wirkungen sozialer Bewegungen

Franz Nuscheler und Brigitte Hamm nennen in einem Gutachten über ‚die Rolle von NGOs in der internationalen Menschenrechtspolitik' (Nuscheler 1998: 7) folgende Funktionen der NROs: (1) die eingespielten Rollen der Politik zu stören und Gegenöffentlichkeit und -macht herzustellen, (2) als Sensoren zu fungieren und Reform- und Legitimationsdruck zu produzieren, (3) zur Zerkleinerung der ‚großen Politik' beizutragen und Tabuisierungen zu durchbrechen, (4) die Welt der Sachzwänge mit der Welt des Wünschbaren zu konfrontieren und damit Denkanstöße zu geben, (5) schließlich dazu beizutragen, das soziale und moralische Kapital einer Gesellschaft zu mobilisieren. Diesem allgemeinen Katalog möchte ich noch einige spezifische Wirkungen hinzufügen.

Meine wichtigste These besagt, dass die sozialen Bewegungen, als Organisatoren von sozialen Lernprozessen wirken. Wer glaubte, die Ziele wären unmittelbar durchsetzbar, wurde in der Regel enttäuscht. Dies war vielleicht bei kleinen Aufgaben möglich, aber nicht bei wichtigen, langfristigen Zielsetzungen. Am deutlichsten waren die Lernprozesse bei der ökologischen Bewegung zu erkennen. Über die knappe Zeit von zwei bis drei Jahrzehnten gelang es, in der Gesellschaft ein Bewusstsein für ökologische Probleme herzustellen. Dieses ist sicherlich immer noch unzureichend. Aber der erhebliche Bewusstseinswandel bewirkte im Laufe der Zeit institutionelle administrative Maßnahmen.

Auch in Bezug auf die Wirkungen der Frauenbewegung ist erkennbar, wie weit reichend die Veränderungen durch soziales Lernen sind. Andere Beispiele ließen sich nennen, etwa das veränderte Bewusstsein gegenüber Militär und Kriegsdienstverweigerern.

Soziales Lernen darf man sich allerdings nicht einfach als einen kontinuierlichen Prozess vorstellen, so als ob damit Stein auf Stein der Emanzipation gelegt würde. Es verläuft vielmehr widersprüchlich und keineswegs immer harmonisch. Konflikte zwischen und innerhalb von Organisationen gehören dazu. Es gibt auch Situationen von besonderer Radikalität, um in verhärteten Bewusstseinslagen der Gesellschaft Durchbrüche zu erzielen. Das hat die Besonderheit der Studentenbewegung ausgemacht. Es entstehen auch negative Auswirkungen aus dem eigenen Entfaltungsprozess der sozialen Bewegung, so z.B. Bevormundung und Behinderung eigenständigen Lernens. In den 70er Jahren gingen die aktivierten Studenten zu den ‚normalen', nichtstudierten Menschen der Ge-

sellschaft. Diese haben sie oftmals nicht verstanden und fühlten sich in ihrer eigenen Entwicklung eher gestört als befördert.

Eine dritte Wirkung besteht im Hervorbringen von Alternativen als zukunftsorientierten Utopien. In der Zeit der Abschreckungspolitik während des Ost-West-Konfliktes diskutierte die Friedensbewegung heftig über militärische Defensivkonzepte. Sie wurden vorgeschlagen als eine Möglichkeit, um gegenseitige militärische Bedrohung zu vermindern und erste Schritte zur Abrüstung offensiv-fähiger Waffen durchzusetzen. Gegenwärtig ist ‚zivile Konfliktbearbeitung' die große Alternative im Bereich der Friedensbewegung im Gegensatz zum militärischen Konfliktaustrag. Die Entfaltung von Alternativen beflügelt innovativ die Phantasie und durchbricht gängige Denkmuster. Vielleicht bewirkt eine weit reichende Perspektive auch weit reichende und dauerhafte Motivationen.

Sozialisation, soziales Lernen und Kulturwandel

Soziale Lernprozesse leisten ferner einen Beitrag zum Kulturwandel. Die antiautoritäre Phase der außerparlamentarischen Opposition in den 6oer und 70er Jahren lässt dies gut erkennen. Da haben Männer angefangen, ihre dominante Rolle kritisch zu betrachten, die sie vorher für selbstverständlich und normal gehalten hatten. Ich erinnere an die bekannte Szene, in der SDS-Frauen SDS-Männern Tomaten an die Köpfe warfen, weil diese zwar immer über antiautoritäres Verhalten sprachen, obwohl sie selbst unerträglich autoritär waren.

Ein ganz anderer Kulturwandel könnte erreicht werden, gelänge es über die Ausbildung im zivilen Friedensdienst (ZFD), der gegenwärtig vielerorts diskutiert und mancherorts aufgebaut wird, viele Menschen in ‚ziviler Konfliktbearbeitung' auszubilden. Dies wäre ein großer innovativer Beitrag zur Sozialisation in unserer Gesellschaft. Mann und Frau würden lernen, wie man Konflikte untereinander und zwischen gesellschaftlichen Gruppen friedlich bearbeiten kann. Nach all der Kriegssozialisation in diesem Jahrhundert wäre das ein bedeutender Beitrag in einer sich mehr und mehr integrierenden Welt.

Zu den Wirkungen gehört auch die Selbstaufklärung über das Verhältnis von Zielen und den Mitteln, mit denen sie erreicht werden sollen. Um es bildlich zu sagen, die Anti-Militaristen, die durchaus an das gute Militär der proletarischen Seite glaubten, haben im Laufe des Jahrhunderts mehr und mehr begriffen, dass Frieden eben nicht durch den ‚Aufruf zum letzten Gefecht' erreicht werden kann. Tragender Friede kann letztlich nicht mit Gewalt erreicht werden. Dies war nicht allein in den Metropolen zu begreifen, sondern auch bei den sozialen und antikolonialistischen Kämpfen der Befreiungsbewegungen. Der ‚gute und gerechte Kampf' erwies sich fast überall als ein tragischer Fehlschritt. Das gilt in dem weiten Bogen der Nachkriegsgeschichte von China, Algerien über Vietnam bis zu den aufständischen Kurden in der Türkei. Dies zu sagen hat freilich nicht das Geringste mit Rechtfertigung oder gar Sympathie mit den kolonialistischen und repressiven Eliten in diesen Konflikten zu tun.

Zum Lernen innerhalb der sozialen Bewegungen gehören auch so wichtige Themen wie die Sicherung der Unabhängigkeit, einschließlich der finanziellen, gegenüber Großorganisationen und Parteien. Wie wichtig dies ist, kann man am Beispiel der Zerrissenheit des Grünen-Spektrums im Kosovo-Krieg gut erkennen. Andere Beispiele gibt es zu Hauf.

Eine große ‚Wirkung' der sozialen Bewegungen in diesem Jahrhundert liegt in der Interna-

tionalisierung der Zivilgesellschaft. Heute monopolisieren nicht mehr die Regierungen und die Wirtschaftsmächtigen allein die internationalen Beziehungen und Verbindungen. Die Gesellschaftswelt oder die Zivilgesellschaften, wenn ich diesen unscharfen Begriff verwenden darf, verständigen sich und organisieren über nationale Grenzen hinweg die Vertretung ihrer Interessen und Ziele. Das ist fast immer sehr aufwendig und schwierig. Dass trotzdem eine weltweite Zusammenarbeit manchmal sogar auf Massenbasis möglich ist, haben jüngst die erwähnten WTO-Demonstrationen gezeigt.

Ständig ist auch der Gefahr der Instrumentalisierung durch die Staaten mit ihren unvergleichlich größeren Mitteln und ihrer zum Teil hohen Expertise entgegen zu treten. NRO-RepräsentantInnen können in der Auseinandersetzung aufgrund des Zwanges zur Spezialisierung zu NRO-Eliten werden, die nicht nur als Lieferanten von Sachkunde benutzt, sondern dabei auch in die Logik der herrschenden staatlichen Politik eingebunden werden. Dabei laufen sie tendenziell Gefahr, den Bezug zur zivilgesellschaftlichen Basis ihrer Arbeit zu verlieren.

Ein großes Problem hinsichtlich der Wirkungen der sozialen Bewegungen ist das der Traditionsbildung. Wie können Erfahrungen und Lernergebnisse weitervermittelt werden, damit sie nicht verloren gehen? In den NRO hat man sich damit viel zu wenig befasst, weil man so mit Alltagsfragen überhäuft war oder das Problem nicht erkannte. Doch, was nicht bewahrt wird, muss immer wieder neu erarbeitet werden.

Blick zurück nach vorn

Zurückblickend ist ein großer Aufschwung der sozialen Bewegungen im vergangenen Jahrhundert festzustellen. Ein Ende dieser Ausweitung ist auch für die kommende Zeit nicht in Sicht. Die Konflikt- und möglicherweise Kooperationspartner waren nicht nur die Staaten und ihre Regierungen, sondern zunehmend auch inter- und transnationale Institutionen, die freilich auch meistens von den Nationalstaaten gebildet worden sind.

Trotz ihrer enormen Ausweitung ist es den sozialen Bewegungen bisher jedoch keineswegs gelungen, sich eine wesentliche Mitwirkung bei den wichtigen politischen Entscheidungen zu sichern. Diese werden nach wie vor von der hierarchisch geordneten Staatenwelt getroffen. Ein kooperativer, gleichberechtigter Umgang zwischen der Staaten- und der Gesellschaftswelt wird nur ausnahmsweise und in der Entscheidung zentraler Fragen schon garnicht erreicht.

Die sozialen Bewegungen befinden sich also noch immer in der Situation der Zwerge, die versuchen, den für sie riesigen Gulliver einbinden zu wollen, oder in der des David, der neue Kampfformen zu ersinnen hat, um den Kampf mit Goliath bestehen zu können. Die nähere Zukunft wird an dieser Grundsituation nichts ändern.

Im 20. Jahundert ging es den sozialen Bewegungen fast durchgängig um sehr wichtige Fragen, die meist die ganze Menschheit berührten: Krieg und Frieden, Demokratisierung, Gleichberechtigung von Frauen, Schutz der Umwelt, soziale Gerechtigkeit waren unter anderen die herausragenden Themen. Die mit ihnen verbundenen Probleme sind allenfalls nur partiell bearbeitet. Sie werden im neuen Jahrhundert nicht verschwinden, sondern immer wieder in unterschiedlichen Konstellationen auftauchen.

Zu übersehen ist auch nicht, dass sich die sozialen Bewegungen und die entsprechenden Nicht-Regierungsorganisationen in der Triade

der mächtigen Industriestaaten viel stärker entwickeln konnten, als jene im Bereich der so genannten Dritten oder Vierten Welt. Diese haben nicht zuletzt auch aus materiellen Gründen weit größere Schwierigkeiten, im internationalen Kontext mitzuhalten. Daraus resultiert die Gefahr eines Nord-Süd-Gefälles auch bei den Organisationen der ‚Gesellschaftswelt'. Der Norden könnte auch hier mit seiner Sicht so dominieren, dass die Belange der sozialen Bewegungen des Südens nicht angemessen in den Kampf der Gesellschaftswelt einbezogen werden. Eine solche Entwicklung müsste alarmieren, ist doch keineswegs von einer ständig wachsenden Demokratisierung der Weltgesellschaft im neuen Jahrhundert auszugehen. Der Problemdruck von Asymmetrien, aufgrund der rücksichtslosen Internationalisierung und Globalisierung des Kapitals sowie aufgrund der Bereitschaft der Triade-Länder, ihre Lebensbereiche zu Festungen auszubauen (Stichwort Festung Europa) und Konflikte mit ihren überlegenen Mitteln und nicht kooperativ auszutragen, könnte autoritäre und entdemokratisierende Tendenzen verstärken. Auch die sozialen Bewegungen könnten Gefahr laufen, von solchen Tendenzen in ihren wohlhabenden Ländern erfasst zu werden.

Eine Chance der sozialen Bewegungen und der NRO liegt möglicherweise in der sich verringernden Fähigkeit der Staatenwelt, ihre gesellschaftlichen und außenpolitischen Probleme zu lösen. Ob sie dann allerdings aufgrund ihrer Strukturen in der Lage sind, Wege zu weisen und durchzusetzen, ist eine offene Frage. Bei solchen Bemühungen würden und werden sie freilich stets Gefahr laufen, als Hilfskräfte in die Machtapparate der Staaten oder internationalen staatlichen Organisationen integriert zu werden. Angesichts des Nord-Süd-Gefälles der NRO wächst diese Gefahr umso mehr, wenn die Triaden-Gesellschaften ihren privilegierten Wohlstandsstatus aufrecht erhalten möchten und versuchen, ihn gegen die ärmeren Gesellschaften mit allen Mitteln, also auch militärischen, abzusichern.

Das vergangene Jahrundert ‚der sozialen Bewegungen' repräsentiert einen Teil des historischen Ringens der Menschheit um eine friedliche und solidarische Welt als Voraussetzung des Überlebens. Soziale Bewegungen habe sich realistischerweise oft als Suchbewegungen verstanden. Dabei war der Weg für sie das Ziel. Das war im 20. Jahrhundert so, es wird im 21. Jahrhundert nicht anders sein.

Andreas Buro, Grävenwiesbach, war bis zu seinem Ruhestand Professor für internationale Politk an der Universität Frankfurt/M.. Er hat die Ostermarschbewegung-Kampagne für Demokratie und Abrüstung mitbegründet und war lange Zeit ihr Sprecher. Im ‚Sozialistischen Büro' und bei dessen Zeitschrift ‚links' war er engagiert. Er ist gegenwärtig friedenspolitischer Sprecher des ‚Komitees für Grundrechte und Demokratie' sowie Mitbegründer und Koordinator des ‚Dialog-Kreises: Krieg in der Türkei – Die Zeit ist reif für eine politische Lösung'.

Literatur

Kätzel, Ute 1999: Die Frau, die für den Frieden warb. In: Frankfurter Rundschau vom 04.12.1999, ZB5.

Nuscheler, Franz (unter Mitarbeit von Hamm, Brigitte) 1998: Die Rolle von NGOs in der internationalen Menschenrechtspolitik. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Raschke, Joachim 1991: Zum Begriff der sozialen Bewegungen. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, 2.Aufl., Bonn.

Roth, Roland 1999: Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie. Opladen: Westdeutscher, 58-60.

Sievers, Markus 1999: Plötzlich drehte der freie Handel Däumchen. In: Frankfurter Rundschau vom 02.12.1999, 3.

Michael Hasse

Protest und Bewegung im 21. Jahrhundert

Delphi-Befragung zur Zukunft sozialer Bewegungen[1]

Bevor sich die Expertinnen und Experten über die Zukunft sozialer Bewegungen äußern, sollen kurz das Erkenntnisinteresse zur Durchführung einer Delphi-Befragung über die Zukunft sozialer Bewegungen erläutert, Grundsätzliches über die Erhebungsmethode vorgestellt sowie abschließend die Inhalte und Ergebnisse der ersten und zweiten Welle des Bewegungsdelphis zusammengefasst werden.

1 Warum?

1.1 Was war das Erkenntnisinteresse?

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von Publikationen über soziale Bewegungen: historische Analysen, Theoriearbeiten oder Darstellungen einzelner Bewegungen oder Veröffentlichungen zu Bewegungsaktivitäten in bestimmten Regionen und Ländern (vgl. die kommentierte Auswahlbibliographie im hinteren Teil des vorliegenden Hefts). Auch über die bevorstehende Zukunft unserer (globalisierten) Welt, die Probleme und Gefahren sowie die Potentiale und Visionen des nächsten Jahrhunderts, liegen unzählige Arbeiten vor (vgl. z.B. Hauchler et al. 1999; Laszlo 1998; Steinmüller/Steinmüller 1999).

Zur ‚Zukunft sozialer Bewegungen', also dem Bereich der Prognosen über zukünftige Bewegungen, Themen, Akteure, Aktivitäten und mögliche Erfolge, existieren bislang jedoch kaum Veröffentlichungen. Die Forschungsgruppe NSB suchte daher nach einer geeigneten Methode, um das Thema der Zukunft sozialer Bewegungen für ein Heftkonzept aufzubereiten und kompetente Autorinnen und Autoren für ein solches Projekt zu gewinnen.

Am Besten geeignet erschien uns ein kollektives Brainstorming von kompetenten Expertinnen und Experten anhand allgemeiner Fragen zur Zukunft sozialer Bewegungen. Um dies zu realisieren, haben wir die Methode einer so genannten Delphi-Befragung gewählt.

1.2 Was ist eine Delphi-Befragung?

Ganz allgemein kann die Delphi-Methode als Instrument zur besseren Erfassung von Expertenwissen und -urteilen sowie zur Steuerung und Strukturierung von Gruppenkommunikationen beschrieben werden (Häder/Häder 1998: 4f). Das klassische Delphi-Design geht davon aus, „dass in n+1 Kopf mehr Wissen vorhanden wäre als in einem" (Häder 1996: 12). Die Methode wird allerdings in den deutschen Sozialwissenschaften bislang eher selten angewandt (Häder/Häder 1995: 9).

Die Methode wird vor allem dort angewandt, wo Prognosen oder extrapolative Verfahren, also Hochrechnungen auf der Basis aktuell verfügbarer Daten, mittels einschlägiger Methoden der empirischen Sozialforschung versagen (Hank/Trenkel 1994). Zudem wird diese Me-

thode dann eingesetzt, wenn die zu treffenden Entscheidung oder Vorhersagen mehrere Fachdisziplinen und damit komplexe Wissensgebiete betreffen. Das Instrument kann also überall dort genutzt werden, wo Unsicherheit und unvollständiges Wissen in einem Themengebiet vorherrschen (Häder 1996: 4).

In der klassischen Durchführung werden die Expertenmeinungen in mehreren Wellen oder Runden erfasst. Dafür werden in einem ersten Schritt formalisierte Fragebögen genutzt. Die Expertinnen und Experten werden nun aufgefordert, stichwortartig oder in kurzen Statements auf die einzelnen Fragen zu antworten. Die beantworteten Fragebögen werden in anonymisierter Form ausgewertet. Diese erfolgt nach einem einfachen Muster: Notieren der Antwort und auszählen, wie viele andere Expertinnen und Experten der gleichen Meinung sind. Die Einzelantworten und die (statistische) Gruppenantwort werden im Rahmen eines Feedbacks an die Expertinnen und Experten mit der Bitte zurückgesandt, die Statements und Meinungen der Mitexperten zu beurteilen und ggf. ihre eigene Meinung zu revidieren oder zu modifizieren. Dieses Vorgehen wird mehrfach wiederholt (Häder/Häder 1998: 10f; Hank/Trenkel 1994). Die Auswertung wird dabei zunehmend komplexer.

Grundsätzlich gibt es keine Standards oder Mindestanforderungen und damit methodische Gütekriterien für die Durchführung einer Delphi-Befragung. Aus den durchgeführten Delphi-Befragungen konnten jedoch Erfahrungswerte gesammelt werden: Für die Zahl der Runden gilt, dass die gravierendsten Änderungen in den Expertenmeinungen erfahrungsgemäß zwischen der ersten und zweiten Feedback-Welle auftreten, sodass neuere Untersuchungen davon ausgehen, dass zwei Wellen ausreichen (vgl. Beck/Raulfs 1999; Blind/Zoche 1999).

Ein weiteres methodisches Problem besteht darin, dass bei der Expertenauswahl keine Zufallsauswahl erfolgen kann: Über die Grundgesamtheit, also die Summe der Expertinnen und Experten insgesamt auf diesem Gebiet, ist nichts bekannt. Eine repräsentative Zufallsauswahl – wo in einer bezifferbaren Grundgesamtheit von Expertinnen und Experten jedeR die gleiche Möglichkeit hat, Teil der Stichprobe zu werden – kann also nicht erfolgen. Expertise wird hier entweder auf Grund von Vorleistungen unterstellt oder durch den eigenen Auftritt begründet. Neben der Auswahl herrscht auch über den Mindestumfang der Teilnehmenden Unsicherheit. In der Literatur wird ein Panel von 25 bis 30 Experten als ausreichend bezeichnet (Häder/Häder 1998: 24).

Die Delphi-Befragung ist eine Methode, die sich zwar durch wenig Schärfe, aber durch viel Offenheit, Transparenz und Dynamik auszeichnet. Durch diese inhaltliche Offenheit, den diskursiven Charakter und die prognostische Ausrichtung ist sie methodisch ‚weich', in der Sache angemessen und jeder methodischen Konkurrenz überlegen.

2 Wie?

Im Folgenden skizziere ich kurz unser methodisches Vorgehen. Wir wählten die Variante des klassischen Vorhersage-Delphi, bei der es weder um Konsenserzielung in einer strittigen Frage noch um die konkrete Lösung eines bestimmten Problems ging. In einem ersten Schritt haben wir zunächst unsere Expertinnen und Experten gesucht.

2.1 Wer sind die Expertinnen und Experten?

Zunächst definierten wir vier Zielgruppen, die wir als Experten verstanden: BewegungsforscherInnen, PolitikerInnen, PraktikerInnen/Be-

wegungsaktivistInnen und JournalistInnen. Unser Ziel war es, mehr als 20 Teilnehmende für die erste Welle zu gewinnen. Damit sollte sichergestellt werden, dass alle zu berücksichtigenden Positionen und Perspektiven repräsentiert sind. Für die arbeitsaufwendigeren Rückmeldungen in der zweiten Welle, die in Form eines fünf- bis achtseitigen Manuskripts erfolgen sollte, rechneten wir mit weniger Teilnehmern.

In einem ersten Schritt haben wir Ende März 1999 insgesamt 38 prominente Vertreterinnen und Vertreter eingeladen, sich an der Umfrage zu beteiligen. Diese erhielten vorab eine Publikationsgarantie für ihren späteren Beitrag, um ihre Motivation zu steigern. Diese Expertinnen und Experten wurden gebeten, den beigelegten Fragebogen innerhalb einer Frist von drei Wochen zu beantworten.

In der zweiten Phase der Teilnehmerakquise wurde ein ‚qualifizierter eMail-Verteiler' generiert. Hier wurden Anfang Mai 1999 via eMail diejenigen Autorinnen und Autoren angeschrieben und zur Teilnahme eingeladen, die bereits in der Vergangenheit für das Forschungsjournal geschrieben und/oder in der einen oder anderen Form mit uns kooperiert haben. Mit diesem Verteiler wurden ca. 80 Bewegungsexperten angesprochen, vornehmlich WissenschaftlerInnen, aber auch Aktive. Der Fragebogen wurde als Attachment an die eMail angehangen. Die Antwort wurde innerhalb einer Frist von zwei Wochen erbeten. Der Rücklauf war beachtlich: Weit über die Hälfte aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Welle wurden über diesen Verteiler rekrutiert.

In der dritten Phase wurden Aufrufe in der Mailing-Liste der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (damals 526 Mitglieder) und der ‚Reformwerkstatt', einer moderierten Mailing-Liste der Wochenzeitschrift DIE ZEIT (aktuell ca. 3.100 Mitglieder), versandt. Der Fragebogen konnte von der Homepage des Forschungsjournals heruntergeladen werden. Die Reaktionszeit war mit einer Woche bewusst kurz bemessen. Der Rücklauf war entgegen den Erwartungen vergleichsweise gering. Es trafen lediglich zwei weitere Fragebögen ein.

2.2 Was haben wir gefragt?

Als Einstieg und Ausstieg aus dem insgesamt zehn Fragen umfassenden Katalog wählten wir offene Fragen mit unstrukturierter Antwortmöglichkeit (Wird es im kommenden Jahrhundert (soziale) Bewegungen geben? Wie sieht die Zukunft der Bewegungen aus?). Damit sollte sichergestellt werden, dass Residualantworten auch entsprechend Platz eingeräumt wird. Weiterhin fragten wir nach den

- Akteuren (Wer wird sich engagieren?),
- Organisationsformen (Wie werden Bewegungen organisiert sein?),
- Aktionsformen (Welche Aktionsformen werden bevorzugt?),
- Themen (Zu welchen Themen werden Bewegungen mobilisieren?),
- Zielen und Werten (Welche Ziele und Werte werden vertreten?),
- Arenen (Wo werden die Diskussionen und Auseinandersetzungen stattfinden?),
- Adressaten (An wen werden sich die Bewegungen mit ihren Anliegen richten?),
- erwartbaren Erfolgen (Welche Wirkungen und/oder Erfolge werden Bewegungen erzielen?) sozialer Bewegungen.

Der ‚global-galaktische' Zuschnitt der Fragen war dem Umstand geschuldet, eine maximale Ausbeute an Sichtweisen und Zukunftsvorstellung zu erhalten, ohne die Antworten mehr als notwendig vorzustrukturieren. Konkretere Fragen hätten zwar möglicherweise konkretere Antworten erbracht, hätte aber zwangsweise die Zukunftsperspektive der Antwortenden eingeschränkt, was ja dem eigentlichen Sinn einer Delphi-Befragung widerspricht.

Auch die mangelnde Trennschärfe der einzelnen Fragen war uns bewusst: Wer z.B. Jugendliche als hauptsächliche Akteure zukünftiger sozialer Bewegungen sieht, wird auch jugendaffine – was immer sie sein mögen – Themen angeben. Wer die Zukunft sozialer Bewegungen in einer virtuellen, globalisierten, transnationalen Weltbewegung sieht, wird als Arena der Auseinandersetzung entsprechend globale Foren, also möglicherweise das Internet sehen. Auch bestimmte Themen legen spezifische Zielvorstellungen nahe, die gegenüber konkreten Protestadressaten lediglich mit bestimmten Mitteln in vorgegebenen Arenen verfolgt werden können.

Zusätzlich stand zu erwarten, dass die Antworten nicht eindimensional sein würden: Gegenwärtig existieren lokale Bewegungen und kleinere Initiativen neben internationalen Nicht-Regierungsorganisationen oder ‚Bewegungskonzernen'. Dies wird auch in Zukunft so sein. Unsere Fragen zielten jedoch auf das Neuartige und die Herausforderungen an soziale Bewegungen sowie die zu erwartenden Trends im Bewegungssektor. Bei den Antworten konnte es sich also lediglich um – mehr oder minder simplifizierende, ausschnitthafte und begrenzte – Trendaussagen und Visionen handeln.

2.3 Wie ist das Projekt gelaufen?

Die Reaktionen auf unsere erste Anfrage waren (fast) durchgehend positiv, obwohl auch einige Absagen kamen. Gerade Politikerinnen und Politiker zeigten sich distanziert gegenüber dem Projekt: Über die Zukunft könne man nichts sagen, und an ‚wilden Spekulationen' wolle man sich auf Grund fehlender ‚hellseherischer Fähigkeiten' nicht beteiligen. Dass Politik jedoch jenseits des alltäglichen Politikgeschäfts auch heute bereits die Weichen für ein ‚zukunftsfähiges' Deutschland schaffen könnte, überspitzt formuliert: Politikerinnen und Politiker professionelle Zukunftsdeuter sein könnten, haben die Angefragten wohl anders eingeschätzt.

Aber auch aus dem akademischen Umfeld kam die kritische Einlassung, sich an solchem ‚Blödsinn' nicht beteiligen zu wollen: zu generell seien die Fragen, die zu erwartenden Ergebnisse somit hinfällig. Dass sich konkretere Fragen bei einem reinen Vorhersage-Delphi verbieten, da sie die möglichen Antworten vorstrukturieren und ein offenes Brainstorming verhindert, vermochte dagegen nicht zu überzeugen.

Seitens verschiedener Bewegungsakteure kam zwar positive Resonanz auf das Projekt, spätestens mit der ersten Rückmeldung aber stiegen viele der angefragten Aktiven aus dem Projekt aus. So schreibt ein Bewegungsaktivist zur Begründung in seiner Absage: „Der theoretische Anspruch ihrer Arbeit ist so hoch gesteckt, dass ich schon viele Stunden bräuchte, um meine Bewegungspraxis darzustellen. Die Reflexionsebene der anderen Beiträge und eine Übersetzung in den sonst verwendeten Jargon aber kann ich nicht leisten".

Die angefragten Journalisten waren zwar ebenfalls an den Ergebnissen interessiert, we-

niger jedoch – auf Grund des erwartbaren Aufwandes – an einer Teilnahme. Dennoch konnten auch einige Journalisten für die erste und zweite Welle des Projekts gewonnen werden.

2.4 Wie sind die Ergebnisse ausgewertet worden?

Die Auswertung der ersten Welle erfolgte schriftlich mit entsprechender Rückmeldung an die Beteiligten. Die Zusammenfassung und Strukturierung der Antworten ergab methodische Probleme, die in der Natur von teil- und unstrukturierten Erhebungsinstrumenten liegen: trennscharfe Begrifflichkeiten, komplementäre Oberbegriffe, eindeutige Zuordnungen usw. mussten in Diskussionen zwischen mehreren Auswertern (Ratern) herausgearbeitet werden.

Dadurch, dass die Fragen offen formuliert waren, ergab sich auch die Möglichkeit von Mehrfachnennungen, die in der Auszählung berücksichtigt wurden. Durch das reine Auszählen der offenen Fragen kommt es neben dem positiven Effekt der Daten- und Informationsreduktion auch zu einer teilweise überpointierten Gewichtung der Antworten. Wenn z.B. eine Expertin als Bewegungsakteure der Zukunft Jugendliche genannt hat, so wurde eine Nennung in der entsprechenden Kategorien verzeichnet. Hat ein Experte hingegen Jugendliche, junge Erwachsene und Studierende genannt, so sind drei Nennungen in der Kategorie Jugend erfolgt. Hierdurch bedingt die reine Auszählung der Mehrfachantworten eine vermeintliche Übergewichtung, die eine entsprechend vorsichtige Interpretation der quantifizierten Ergebnisse erfordert.

Wir haben diese Art der quantitativen Auswertung gewählt, da es uns auf eine möglichst detaillierte ‚Landkarte' der Zukunft sozialer Bewegung anhand einer möglichst vollständigen Liste von Stichworten ankam. Dafür sollten möglichst alle Keywords in der Auswertung aufgeführt und an die Expertinnen und Experten zurückgemeldet werden. Die in der Auswertungsdokumentation eingeklammerten Zahlen können somit nur als ‚Hausnummern' dienen, die auswertungstechnisch mit Vorsicht zu genießen sind.

Nachfolgend werden ausgewählte Ergebnisse der ersten Auswertungswelle präsentiert. Berücksichtigt werden nur die allgemeinen Trends.

3 Forschungsresultate und Schlussfolgerungen

3.1 Die Ergebnisse der ersten Welle

Die Frage, ob es im kommenden Jahrhundert soziale Bewegungen geben wird, wird fast einstimmig bejaht. Zunehmende politische Konflikte, Parteien-, Politik- und Politikerverdrossenheit sowie fortschreitende Modernisierungsprozesse werden u.a. als Gründe hierfür angegeben. Soziale Bewegungen behalten die Funktion, Sensoren oder Seismographen gesellschaftlicher (Fehl-)Entwicklungen zu sein.

Protestakteure

Als Akteure zukünftiger Bewegungen werden hauptsächlich diejenigen gesehen, die über entsprechende Ressourcen wie Bildung verfügen oder die sich auf Grund kultureller oder identitärer Motive engagieren. Des Weiteren werden gesellschaftliche Teilgruppen wie Jugendliche, Frauen und ältere Menschen als Aktive gesehen. Also vornehmlich diejenigen Akteurskonstellationen, die auch aktuell die aktivere Klientel im Bewegungssektor bildet. Erst an dritter Stelle kommen Marginalisierte, von Exklusion Betroffene, Diskriminierte und Entrechtete sowie diejenigen, die im Zusammenhang

mit Produktionsverhältnissen und im Sektor Arbeit benachteiligt sind (sprich: Arbeitslose, Bauern, junge Erwerbstätige).

Organisationsformen

Die Organisationsformen werden sich – so die Einschätzung der Expertinnen und Experten – weiterhin stärker formalisieren, institutionalisieren und professionalisieren. Hochprofessionelle Lobbyorganisationen und zentralistische Mitgliederverbände werden neben den klassischen Formen und transnationalen Netzwerken an Bedeutung gewinnen. Dabei wird es eine doppelte Zweiteilung geben: Zum einen zwischen den westlichen Industriegesellschaften mit ihrer Stellvertreterpolitik (Campaigning, Lobbying, Medienarbeit) und den Ländern des Südens und Ostens, in denen Massenproteste nicht auszuschließen sind. Zum anderen bleibt die Kluft zwischen informellen Organisationsformen und stark formalisierten Bewegungsakteuren bestehen.

Aktionsformen

Als Aktionsformen werden neben den klassischen und tradionellen (symbolische Formen wie Demonstrationen, Streiks und Formen zivilen Ungehorsams) eher neue Kampagnen und erlebnisorientierte Formen sowie medienwirksame Inszenierungen favorisiert. Eine Zunahme flexiblerer, lustbetonter, ‚spontanerer' und den ‚Ernst' von Politik persiflierenden Aktionsformen wird unterstellt.

Protestthemen

Die vorherrschenden Themen werden die klassischen Mobilisierungsfelder sein: Demokratie, Partizipation, Bürger- und Menschenrechte sowie europäische Themen und religiöse und kulturelle Freiheiten, Soziales wie Arbeitslosigkeit, Bildung und Ökonomie, Fragen der Geschlechtergleichheit und Gerechtigkeit. Ebenso werden nationalistische Themen erwartet. Es werden aber auch weiterhin die Themen der neuen sozialen Bewegungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts im Zentrum des Bewegungshandelns stehen: Fragen von Ökologie, der ‚Einen Welt' und von Migration.

Protestziele und -werte

Bei den Zielen und Werten stehen die Menschen- und Bürgerrechte an oberster Stelle. Umwelt, Fragen der gesellschaftlichen Organisation, Demokratie, Partizipation folgen auf den Plätzen. Es wird aber auch vermutet, dass die weitere Entwicklung in Europa nach dem Vorbild US-amerikanischer Bewegungen verläuft: Dies bedeutet, dass es eine Zunahme moralisierender Bewegungen geben wird, die im Zuge ihrer ‚Kreuzzüge' für Unterstützung werben.

Handlungsarenen

Bei der Einschätzung über die Arenen, in denen die Diskussionen und Auseinandersetzungen stattfinden werden, dominieren die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die der etablierten Massenmedien. Es folgen die klassischen Arenen wie nationale Parlamente, die Straße, der Bewegungssektor und die Zeitschriftenlandschaft. Den politischen Entscheidungsgremien auf lokaler, regionaler sowie auf transnationaler, internationaler Ebene wird demgegenüber in der ersten Welle quantitativ weniger Bedeutung zugemessen. Gerade bei letzteren, den transnationalen Politikformen, ist dies eine Einschätzung, die sich in der zweiten Welle (mit den vorliegenden Beiträgen des Heftes) deutlich verschiebt.

Protestadressaten

Die Adressaten der Forderungen zukünftiger sozialer Bewegungen werden überwiegend bei der überregionalen, nationalen Politik, bei Staat, Regierung und politischen Entscheidungsträgern gesehen. Auch die Wirtschaft bzw. Wirtschaftsverbände werden neben den Gewerkschaften, Medien und Kirchen Ansprechpartner der Bewegungen der Zukunft sein. Internationale Akteure wie die Vereinten Nationen und die NATO oder andere supranationale Organisationen und die ‚globale Öffentlichkeit' werden in der ersten Runde deutlich seltener genannt. Lokale Adressaten spielen im Urteil unserer Expertinnen und Experten fast keine Rolle, obwohl sie – so ein paradoxer Effekt unserer Befragung – als einflußreicher ‚Verursacher' konkreter Erfolge vor Ort angeführt werden.

Protesterfolge und -effekte

Die möglichen Wirkungen und Erfolge werden recht unterschiedlich eingeschätzt. Die möglichen Folgen betreffen zunächst die Bewegungen selbst: Sie müssen sich den gewandelten Anforderungen durch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anpassen. Sie werden lernen müssen, sich unter gewandelten politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu behaupten. Dabei übernehmen die Bewegungen der Zukunft auch eine wichtigere Rolle in Politik und Wirtschaft sowie in den Medien und der Öffentlichkeit. Die konkreten Erfolgen werden positiv eingeschätzt (z.B. bei ÖPNV-Fahrpreiserhöhungen, Abschalten von Atomkraftwerken, lokalen Erfolgen). Es gibt aber auch pessimistische Zukunftsprognosen von einem geringeren Teil der Expertinnen und Experten: Sie unterstellen, dass Erfolge auf sich warten lassen, da soziale Bewegungen auch in Zukunft im Prozess politischer Entscheidungen (noch) unterrepräsentiert sind, im kapitalistischen System nicht konkurrenzfähig sind und die Komplexität der Probleme Protestmobilisierung und Bewegungshandeln erschwert.

Relevanz sozialer Bewegungen

Die Zukunft der Bewegungen wird von den Expertinnen und Experten zumeist positiv eingeschätzt. Die Hälfte von ihnen betont, dass deren Bedeutung steigen wird; die andere Hälfte prognostiziert aber geringere Erfolgsaussichten. Die einen sehen Akzeptanzgewinne sozialer Bewegungen auf Grund ihres seismographischen Fachwissens, ihrer Aktionskompentenz und Orientierungshilfen. Bedeutungszugewinne ergeben sich weiterhin auf Grund der Defizite von Politik und staatlicher Leistungserbringung, auf Grund eines zunehmenden Globalisierungsdrucks und auf Grund anwachsenden materieller, ökonomischer und ökologischer Probleme. Die eher skeptische Fraktion sieht die Gefahr der Instrumentalisierung sozialer Bewegungen durch Politik und Wirtschaft.

3.2 Die Ergebnisse der zweiten Welle

In der zweiten Welle dampfte der Kreis von Autorinnen und Autoren erwartungsgemäß ein. Am Ende lagen insgesamt 15 Manuskripte vor, die im vorliegenden Heft dokumentiert werden. Beim Lesen der Beiträge fällt auf, dass es die eine, allgemeinverbindliche Vision sozialer Bewegungen der Zukunft unter den Expertinnen und Experten nicht gibt. Der Blick in die Zukunft verläuft nach Meinung unserer Autorinnen und Autoren nicht als linearer Prozess, sondern folgt einer dynamischen Entwicklung zwischen verschiedenen denkbaren Positionen.

Auch für soziale Bewegungen gilt: Es wird nichts bleiben wie es ist. Die großen Visionen

bleiben im Rahmen unserer Befragung zwar aus. Aber soziale Bewegungen haben – trotz mancher Unkenrufe – eine mehr oder minder bedeutsame, politisch und wirtschaftlich relevante sowie thematisch spannende und medienbedeutsame Zukunft vor sich.

3.3 Welche Schlüsse können daraus gezogen werden?

Wie die Zukunft sozialer Bewegungen seitens der Expertinnen und Experten eingeschätzt wird, dazu kann man thesenförmig verschiedene Vermutungen verdichten, die teils auf paradoxe Entwicklungen, teils auf den Spagat verweisen, den Protestakteure der Zukunft zu bewältigen haben:

(1) global und lokal: Soziale Bewegungen der Zukunft werden globalisierter, globaler und transnationaler und gleichzeitig lokaler und regionalisierter sein.

(2) heterogen und homogen: Soziale Bewegungen der Zukunft werden heterogener, thematisch komplexer, organisatorisch komplizierter und gleichzeitig simplifizierender, moralisierender und ideologisierender sein.

(3) monetisiert und ehrenamtlich: Soziale Bewegungen der Zukunft werden kommerzieller, dienstleistungsorientierter, ökonomisierter und zugleich stärker vom persönlichen Engagement und den Finanzressourcen ihre Mitglieder abhängig sein.

(4) auf zu neuen Ufern und ‚back to the roots': Soziale Bewegungen der Zukunft werden professioneller, institutionalisierter, routinisierter, formalisierter, informierter und kompetenter sein, und gleichzeitig sind sie gehalten, sich stärker an den Bedürfnissen, Interessen und Wünschen der Menschen zu orientieren.

(5) bunt und schwarzweiß: Soziale Bewegungen der Zukunft werden auf Grund unterschiedlichster Bewegungsformen ‚bunter' sowie über dichterer Infrastrukturen verfügen, und gleichzeitig wird der Zwang zur Anpassung z.B. an die Bedürfnisse einer massenmedialen Öffentlichkeit sowie die Notwendigkeit der Polarisierung und Pointierung von Inhalten und Standpunkten stärker.

(6) parlamentarisch und außerparlamentarisch: Soziale Bewegungen der Zukunft werden politischer, ohne an etablierten parlamentarischen Politikformen zu partizipieren, und müssen gleichwohl stärker an den klassischen Politikformen teilnehmen – dies gilt vor allem für neuere Organisationsformen wie z.B. Nicht-Regierungsorganisationen.

(7) modern und traditionell: Soziale Bewegungen der Zukunft werden spaßorientierter, kurzlebiger, sporadischer, medienpräsenter und inszenierter sein und gleichzeitig fundamentale soziale und ökonomische Benachteiligungen bekämpfen sowie entlang des Konfliktmusters von Inklusion und Exklusion mobilisieren.

(8) Masse und Individuum: Soziale Bewegungen der Zukunft werden Massenproteste organisieren, und gleichzeitig werden individuelle Boykottmaßnahmen im Konsumbereich zunehmen.

(9) alt und neu: Soziale Bewegungen der Zukunft werden thematisch neue, aber auch wieder erstarkende alte soziale Bewegungen sein. Die Bewegungsthemen werden sich allerdings qualitativ wie quantitativ in den westlichen Industrienationen anders entwikkeln als in den ehemals sozialistischen Staaten oder den so genannten Entwicklungsländern.

4 Fazit

Wohin die Reise geht, ist also keineswegs klar. Das ist zum einen ärgerlich für diejenigen, die klare Visionen und daraus ableitbare Handlungsempfehlungen für die Zukunft sozialer Bewegungen erwartet haben. Vielleicht ist es auch enttäuschend und widerspricht den Erwartungen einiger, dass sich die Expertinnen und Experten nicht eindeutiger auf eine gemeinsame Sicht der Zukunft sozialer Bewegungen haben verständigen können. Und letztlich sind vielleicht auch jene enttäuscht, die sich z.B. konkrete (Jahres-)Zahlen zu Protestergebnissen gewünscht haben.

Ich würde es andersherum positiv formulieren: Alle Expertinnen und Experten stimmen darin überein, dass es auch in Zukunft einflussreiche soziale Bewegungen in verschiedenen Formen und zu ganz unterschiedlichen Themen in allen Bereichen des menschlichen Miteinanders geben wird. Die Bewegungslandschaft wird sich allerdings anpassen müssen: an die vorhandenen wie an die neu entstehenden Benachteiligungen, Risiken und Wünsche der Menschen. Die Ausführungen unserer Autorinnen und Autoren deuten auf die denkbaren und immensen Potentiale zukünftiger sozialer Bewegungen hin.

Michael Hasse, Soziologe, verabschiedet sich mit der Betreuung dieses Hefts aus der Redaktion des Forschungsjournals NSB.

Anmerkung

[1] Dieser Text basiert auf dem Vortragsmanuskript für die Tagung ‚Wandervögel, Ökos, Avatare ... Zukunftsvisionen für soziale Bewegungen', die von der Evangelischen Akademie Loccum in Kooperation mit der Stiftung Mitarbeit, dem Z_punkt büro für zukunftsgestaltung und dem Forschungsjournal NSB vom 17. bis 19. Dezember 1999 veranstaltet wurde.

Literatur

Beck, Klaus/Raulfs, Alexander 1999: Der Computer als Medium der Medienintegration: Ergebnisse und Erfahrungen einer internationalen online/offline-Delphi-Befragung. In: Reips, Ulf-Dietrich (Hg.): Aktuelle Online-Forschung – Trends, Techniken, Ergebnisse. Zürich: Online Press. URL: http://dgof.de/tband99/pdfs/a-h/beck.pdf (8.12.1999).

Blind, Knut/Zoche, Peter 1999: Die zukünftige Bedeutung multimedialer Kommunikationsnetze. Ausgewählte Ergebnisse der Delphi '98-Studie. In: Arbeit, Jg. 8, 288-302.

Häder, Michael 1996: Zur Evaluation der Delphi-Technik. Eine Ergebnisübersicht. ZUMA-Arbeitsbericht 96/02. Brosch.: Mannheim.

Häder, Michael/Häder, Sabine 1995: Delphi und Kognitionspsychologie: Ein Zugang zur theoretischen Fundierung der Delphi-Methode. In: ZUMA-Nachrichten 19/1995, 37, 8-34.

Häder, Michael/Häder, Sabine 1998: Neuere Entwicklungen bei der Delphi-Methode - Literaturbericht II. ZUMA-Arbeitsbericht 98/05. Brosch.: Mannheim.

Hank, Klaus/Trenkel, Hermann 1994: Zukünftige Erscheinungsformen landwirtschaftlicher Betriebe. Eine Prognose mit Hilfe der Delphi-Technik. In: Berichte über Landwirtschaft 72/1994, 123-145. URL: http://www.weihenstephan.de/ui/delphi.htm#lit (16.12.1998).

Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz 1999 (Hg.): Globale Trends 2000. Fakten - Analysen – Prognosen. Hrsg. für die Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn. Frankfurt/M.: Fischer.

Laszlo, Ervin 1998: Das dritte Jahrtausend. Zukunftsvisionen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Steinmüller, Angela/Steinmüller, Karlheinz 1999: Visionen. 1900 – 2000 – 2100 – Eine Chronik der Zukunft. Hrsg. von Klaus Burmeister. Hamburg: Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins.

Ruud Koopmans

Globalisierung, Individualisierung, politische Entflechtung

Randbedingungen einer unübersichtlichen Bewegungszukunft

Die Frage nach der zukünftigen Entwicklung sozialer Phänomene und Prozesse ist im Grunde genommen genauso unmöglich zu beantworten wie die Frage nach dem Aussehen von Lebensformen in 100 Millionen Jahren. Auf der einen Seite kann man vom Bestehenden ausgehend *extrapolieren*, wird damit jedoch gerade die interessantere Frage der Innovation verfehlen. (Dabei ist Extrapolation nur eine besondere Form der Spekulation, nämlich die Spekulation darauf, dass alles sich weiterentwickelt, wie es sich jetzt entwickelt.) Über diese Innovationen lässt sich aber nur *spekulieren*: Wären sie vorhersagbar, dann wären sie kalkulierbar und würden ihre Wirksamkeit verlieren. Dies trifft im besonderen Maße zu für relativ wenig institutionalisierte Phänomene wie soziale Bewegungen, die gerade durch ihre Veränderlichkeit gekennzeichnet sind. Soziale Bewegungen entleihen ihre Kraft vor allem ihrem Innovationspotential und ihrer Unvorhersehbarkeit. Noch viel schwieriger ist es, über die *Wirkungen* zukünftiger sozialer Bewegungen oder anderer Protestformen tragfähige Aussagen zu machen. Schon die Frage, welche Art von Bewegungsbestrebungen es in der nächsten Zukunft geben wird, ist mit vielen Unwägbarkeiten verknüpft. Die Frage, ob diese Bestrebungen auch noch wirkungsvoll sein werden, ist mit einer Potenzierung von Zufälligkeiten verbunden, die jede sinnvolle Antwort unmöglich macht.

Diesen relativierenden Vorbemerkungen zum Trotz werde ich im Nachfolgenden versuchen, zur Zukunft sozialer Bewegungen einige, so hoffe ich, ‚educated guesses' zu formulieren. Dabei ist zu bedenken, dass Innovation meistens additiv und nur selten eindeutig substitutiv verläuft. Das heißt, dass wenn im Folgenden von möglichen Veränderungen des Aktions-, Organisations-, Themenrepertoires usw. die Rede ist, diese im Allgemeinen *neben* den alten Formen existieren werden. Der Bedeutungsverlust herkömmlicher Bewegungsformen ist also an erster Stelle relativer Natur und kann unter Umständen sogar mit einer absoluten Zunahme ihrer Verbreitung einhergehen (so wie auch die industrielle Produktion die Agrarwirtschaft nur im relativen Sinne überlagert hat).

Das Ende sozialer Bewegungen?

Da offensichtlich das ‚Ende der Geschichte' nicht gekommen ist, wird es nach wie vor politische und soziale Konflikte und damit auch Proteste geben. Ob diese allerdings von ‚sozialen Bewegungen' klassischen Musters getragen werden, ist eine andere Frage. Mit der zunehmenden Diffusion politischer Entscheidungskompetenzen über verschiedenen Ebenen (von lokal bis supranational, aber auch horizontal zwischen verschiedenen Institutionen auf gleicher Ebene) und den immer un-

schärferen Grenzen des ‚Politischen' werden auch relativ klar umrissene ‚soziale Bewegungen', deren Zielvorstellungen, Aktions- und Organisationsformen, wie Tilly gezeigt hat, untrennbar mit dem Nationalstaat klassischer Prägung verbunden waren, immer seltener werden. Trotz der geläufigen Betonung des ‚Neuen' der NSB stellten diese Bewegungen keine paradigmatisch neue Protestform dar, sondern bewegten sich noch weitgehend im alten Muster. Zurzeit lässt sich feststellen, dass Protestakteure noch keine schlüssige Antwort auf die sich verändernden Randbedingungen gefunden haben. Sie spüren zwar die Einschränkungen, die diese mit sich bringen, schaffen es aber kaum, auf neue Themen wie die Europäisierung oder auf internationale Konflikte wie den im Kosovo Einfluss zu nehmen. Alte Mobilisierungsstrategien und Deutungsmuster versagen offensichtlich immer mehr, aber neue, die auch die neuen Möglichkeiten – z.B. der zugenommenen kommunikativen Vernetzung – nutzen, haben sich noch nicht herauskristallisiert. Es ist möglich, dass dieser Suchprozess noch für einige Zeit zu einem Fortdauern der ‚Bewegungsflaute'[1] führen wird. Irgendwann wird dieses *trial and error* aber zu einer tragfähigen ‚taktischen Innovation' führen, die sich dann wahrscheinlich relativ plötzlich und massiv verbreiten wird. Ob dabei etwas herauskommt, das sich noch mit dem Label ‚soziale Bewegung' im herkömmlichen Sinn adäquat beschreiben lässt, ist eine offene Frage.

Protestakteure der Zukunft

Aus der extrapolierenden Perspektive lassen sich einige Akteure benennen, von denen in naher Zukunft zunehmende Protestaktivität zu erwarten ist. Dabei lässt sich erstens an die aus Migration hervorgegangenen ethnischen Minderheiten denken, für die der Prozess der staatsbürgerlichen Inklusion im nationalstaatlichen Rahmen noch nicht abgeschlossen ist. Gerade in Deutschland, wo dieser Prozess erst kürzlich begonnen hat, lässt sich eine zunehmende Mobilisierung dieser Akteure erwarten. Mit der Zunahme der Zahl deutscher Staatsbürger, die unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft sind, werden sich auch Forderungen gegen Diskriminierung, für die Anerkennung kultureller Rechte und für die Aufhebung ethnisch geprägter sozialer Ungleichheit vermehren. Man braucht wenig Phantasie, um einzusehen, dass die Diskussionen und Konflikte, die in Ländern wie den USA, Großbritannien, Frankreich oder den Niederlanden schon einige Zeit auf der politischen Agenda stehen, auch Deutschland demnächst erreichen werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich gegen solche Entwicklungen eine Reaktion breit macht, die von den etablierten konservativen Parteien nicht mehr kanalisiert werden kann und sich daher – wie in Frankreich, Belgien oder Österreich – in Form einer starken Gegenbewegung der Verteidigung ‚nationaler' Kultur und Interessen widmet.

Ferner ist aus demographischer Sicht abzusehen, dass die Interessen älterer Generationen eine wichtigere politische Rolle spielen werden, was möglicherweise auch zu Protestaktivitäten führen wird. Dies ist umso mehr anzunehmen, da demnächst eine Generation das Rentenalter erreichen wird, die über umfangreiche Protesterfahrungen verfügt.

Chancen der kommunikativen Revolution

Solche Mobilisierungen von relativ klar umrissenen ‚objektiven' sozialen Interessengruppen dürften aber immer mehr zur Ausnahme werden. Nach Tilly wurde die klassische soziale Bewegung von mobilisierten CATNETs (category+network, d.h. von sozialen Gruppen, die sowohl eine erkennbare soziale Kategorie

bilden als auch untereinander vernetzt sind), getragen. Schon in den vergangenen Jahrzehnten hat die Bedeutung von in materiellen Interessenlagen begründeten sozialen Kategorien für die Mobilisierung im Vergleich zu Gruppen, die sich auf der Grundlage gemeinsamer Wertvorstellungen definieren, relativ abgenommen. (Hier haben die NSB selbstverständlich eine wichtige Rolle gespielt.) Mit der Individualisierung sind relevante soziale Kategorien immer mehr zu Selbstkonstruktionen geworden und eindeutige Zuordnungen von Individuen zu sozialen Kategorien weitgehend entfallen. Die kommunikative Revolution erlaubt jetzt zusätzlich eine Selbstkonstruktion von kommunikativen Netzwerken. Mobilisierung wird immer weniger abhängig werden von der Existenz kommunikativer Zusammenhänge, die weitgehend unabhängig von den Akteuren gegeben (z.B. Arbeitsplatz, Universität, Wohnviertel) oder auch nicht gegeben (z.B. Sozialhilfeempfänger) sind. Stattdessen werden sich Leute für gemeinsame Aktionen finden können, ohne sich je zu Gesicht zu bekommen.

Kosmopolitismus versus Parochialismus

Es lässt sich also bei einer Fortsetzung von Individualisierungstrends eine Verschiebung von auf sozialstrukturell verankerten Interessenlagen begründeten Zielen zu einer auf geteilten Werten beruhenden Mobilisierung erwarten. Von Gruppeninteressen geleitete Konflikte, wie die zwischen Arbeitgebern und Ar-

beitnehmern, werden selbstverständlich nicht verschwinden. Jedoch lassen sich aus dieser Ecke keine bedeutenden innovativen Impulse erwarten. Bereits jetzt lässt sich feststellen, dass einer der wichtigsten Wertkonflikte im Zeitalter der weltweiten kommunikativen und wirtschaftlichen Verflechtung der zwischen Kosmopolitismus und Parochialismus sein wird. Dieser Konflikt hat sicherlich auch eine sozialstrukturell verankerte Komponente. Erstens wird der Zugang zu den neuen kommunikativen Netzwerken ungleich verteilt sein – nicht nur aufgrund unterschiedlicher finanzieller Ressourcen, sondern vor allem durch ungleich verteilte kognitive Kompetenzen. Eine ähnliche Ungleichheit ergibt sich zweitens bei der Verteilung von Kosten und Nutzen der Globalisierung. Da die vorherrschende Form des Kosmopolitismus kulturell stark ‚westlich' geprägt ist, wird sich der Wertkonflikt Kosmopolitismus-Parochialismus mit dem Konflikt zwischen westlichen und sonstigen Wertesystemen verbinden, ohne damit identisch zu sein. Es gibt auch im Westen parochiale Gegenreaktionen, die dann oft dazu neigen, nicht-westliche Kulturen als Träger der Globalisierungsnachteile zu sehen. Innerhalb westlicher Gesellschaften verstärkt dieser Wertekonflikt also die Brisanz von Konflikten, die mit Einwanderung und mit der Präsenz nicht-westlicher kultureller Minderheiten einhergehen.

Neue politische Kontexte

Diese Konfliktlinien werden teils verstärkt, teils überlagert durch die mit der Neuverteilung politischer Entscheidungskompetenzen und der Ausdifferenzierung von Politik erneut aufkommenden Demokratieprobleme. Die demokratisch legitimierten und kontrollierten Entscheidungsorgane verlieren tendenziell an Macht und Einfluss gegenüber supranationalen, wirtschaftlichen und semi-privaten Institutionen, die nicht oder nur beschränkt demokratisch legitimiert sind und kontrolliert werden. Das Thema ‚Demokratie in Europa' sowie auch Fragen der relativen Kompetenzen von europäischen und nationalstaatlichen Entscheidungsträgern dürften sich dabei im Lichte der mit der Einführung des Euro verbundenen neuen Qualität des Europäischen Einigungsprozesses zu besonders brisanten Themen entwickeln. Dabei wird es nicht so sehr um ‚mehr' oder ‚weniger' Demokratie gehen, sondern – vgl. die Kommunitarismusdebatte – viel eher um deren ‚Standort': im Rahmen nationalstaatlich organisierter, auf gemeinsame Kultur und Identität beruhender Solidargemeinschaften oder im Rahmen universalistischer, supranationaler Zweckgemeinschaften wie der Europäischen Union.

Adressaten von Protest

Auch in Zukunft wird der Nationalstaat aber ein zentraler Ansprechpartner für Forderungen von sozialen Bewegungen bleiben. Allerdings wird es immer häufiger so sein, dass der Nationalstaat darauf angesprochen wird, seinen Einfluss im Interesse der fordernden Gruppe anderswo geltend zu machen. Der Nationalstaat wird somit immer mehr als Zwischenstation und immer weniger als Endstation von Forderungen fungieren. Beim ‚anderswo' lässt sich dann sowohl an supranationale politische Institutionen als auch an private und semi-private Institutionen denken. Daneben werden letztere Institutionen zunehmend zu direkten Adressaten von Protesten. Die EU wird dabei – unter der Voraussetzung, dass sich der Trend zu einer fortschreitenden Europäisierung fortsetzt – eine immer prominentere Rolle spielen, als direkter wie auch als indirekter – via den Nationalstaat – Adressat von Forderungen. Generell ergibt sich aus dieser Entflechtung politischer Entscheidungskompetenzen eine Multiplizierung der Adressierungsmöglichkeiten für

soziale Bewegungen. Diese beinhaltet sowohl Vor- als auch Nachteile.

Der entscheidende Vorteil ist, dass Bewegungen ihren Druck strategisch auf das ‚schwächste Glied in der Kette' der für den Entscheidungsprozess relevanten Institutionen richten können. Andererseits führt die Dekonzentration politischer Entscheidungskompetenzen auch dazu, dass es für Bewegungen schwieriger wird, Verantwortliche auszumachen, und es zugleich für politische Eliten einfacher wird, Verantwortung abzuschieben. Damit scheint die zukünftige politische Gelegenheitsstruktur vielfältiger Ebenen vor allem für solche Bewegungen günstig zu sein, die bestimmte Veränderungen *verhindern* wollen. Dabei sei nicht nur an nationalistisch geprägten Widerstand gegen Globalisierung und Supranationalisierung gedacht, sondern auch an Proteste gegen technologische Innovationen und infrastrukturelle Projekte, wie wir sie aus den Bereichen Kernenergie und Verkehrspolitik schon kennen, und die in Bereichen wie der Gentechnologie zukünftig vorstellbar sind. ‚Proaktive' Bewegungen werden es aber schwer haben, ihre Forderungen bis zur Implementation durchzusetzen, da ihre Gegner über vielfältige Veto- und Verzögerungsmöglichkeiten verfügen. Andererseits bietet die unübersichtliche politische Landschaft der Zukunft, im Gegensatz zum relativ homogenen, klassischen Nationalstaat vergleichsweise viele unterschiedliche ‚Nischen', in denen innovative Projekte einen Platz finden können. Diese können dann unter günstigen äußeren Bedingungen in den breiteren politischen Kontext diffundieren.

Mobilisierungsformen

Gehen wir von den Themen über zu den Formen der Mobilisierung, so werden klassische Organisationsformen wie Initiativen, Vereine und auf persönlicher direkter Kommunikation beruhende Netzwerke auch in Zukunft ihre Bedeutung nicht verlieren. Allerdings dürfte sich einiges in der Art der Vernetzung zwischen Gruppen und in der Kommunikation zwischen Bewegungsorganisationen ändern. Die Verfügbarkeit billiger und schneller Kommunikation über große Distanzen wird die Rolle von ‚Organisationen von Organisationen' (Dachverbände, nationale Organisationen mit regionalen und Ortsgruppen, Bundes- und Landeskonferenzen von Initiativen) untergraben. Organisationen werden sich bei ihrer direkten Aktivität und Mobilisierung immer mehr auf eine geographisch-politische Ebene spezialisieren. Das klassische Modell, das man z.B. noch in der Bürgerinitiativbewegung fand und das dadurch kennzeichnet war, dass lokale Gruppen in regionale, diese wiederum in nationale und darüberhinaus vielleicht noch in transnationale Dachorganisationen oder formalisierte Netzwerke eingebunden waren, wird immer mehr verschwinden. Stattdessen werden lokale Gruppen ohne jede formelle Anbindung an nationale Organisationen, nationale Organisationen ohne Ortsgruppen und mit einer eher passiven Mitgliedschaft sowie ausschließlich auf supranationaler Ebene agierenden NGOs die Regel sein. Gleichermaßen lässt sich eine funktionale Ausdifferenzierung zwischen Bewegungsorganisationen erwarten, die teils quer zu dieser räumlichen Ausdifferenzierung verläuft. Anstelle des klassischen Modells multifunktionaler Bewegungsorganisationen, die sich sowohl mit Lobbying, Publikumsinformation, Projektarbeit als auch mit der direkten Mobilisierung ihrer Anhängerschaft befassten, werden Organisationen treten, die sich immer mehr auf eine dieser Aktivitäten spezialisieren. Dieser Trend wird einerseits durch die kommunikative Revolution ermöglicht und schließt andererseits an der zunehmenden Ausdifferenzierung des Politischen an.

Aktionsformen

Bezüglich der Aktionsformen ist aufgrund der Dezentralisierung politischer Verantwortlichkeit und Entscheidungskompetenz zu erwarten, dass die relative Bedeutsamkeit von auf die Mobilisierung größerer Versammlungsöffentlichkeiten gerichteten Aktionsformen abnehmen wird. Die Mobilisierung großer Massen vor den Toren einer zentralen Entscheidungsinstanz gehört zum typischen Repertoire der klassischen nationalstaatlichen Demokratie und wird in dem Maße an Bedeutung verlieren, wie dies für die Entscheidungsautonomie des Nationalstaates der Fall sein wird. Die Massendemonstration oder -kundgebung dürfte also das prominenteste Opfer der Veränderungen im Aktionsrepertoire sein. Da Kommunikation und Information zukünftig politische Kernressourcen darstellen, werden Aktionsformen, die besonders geeignet sind, diese Ressourcen für den Zweck politischer Mobilisierung zu nutzen, auf der Gewinnerseite zu verbuchen sein. Dabei ist auf der einen Seite ein fortgesetzter Trend zu – meistens professionell durchgeführten – Aktionen absehbar, die durch Inszenierung auf Medienselektionsmechanismen abzielen. Andererseits eröffnen sich noch weitgehend unerschöpfte Möglichkeiten aus der Nutzung neuer Kommunikationsmedien.

Erstens erlauben diese in der Zukunft eine neue Qualität des Mobilisierungsprozesses, der viel schneller und breiter greifen kann als bisher und außerdem in einem viel stärkeren Maße unabhängig von vorgegebenen *face-to-face*-Netzwerken sein wird. Zweitens werden Bewegungsorganisationen sich stärker als bisher in den Informationswettbewerb begeben müssen. Die relative Gewichtsverschiebung von sozialen Problemen, bei denen Betroffenheit über persönliche Erfahrung vermittelt wird, zu Konflikten, bei denen die öffentliche Vermittlung von Informationen Voraussetzung für Betroffenheit ist, führt dazu, dass Bewegungen immer mehr auf eine eigene Informationspolitik und deren kommunikativen Vermittlung setzen müssen. Drittens gilt die zunehmende Abhängigkeit von Informationen und deren Kommunikation nicht nur für Bewegungen, sondern auch für deren Gegner und Adressaten im Staat, in der Wirtschaft und anderswo. Dies eröffnet neue Möglichkeiten der disruptiven Aktion, die variieren können von Störaktionen, wie das Lahmlegen von Kommunikationsverbindungen durch massiven Zugriff, bis hin zu illegalen Eingriffen in den Datenverkehr.

So weit ein mögliches Szenario für die zukünftige Entwicklung von Protestmobilisierung und sozialen Bewegungen. Die Aussage über die Zukunft sozialer Bewegungen, die die besten Chancen hat, bestätigt zu werden, lautet aber: Es wird alles anders kommen als hier beschrieben.

Ruud Koopmans ist Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin.

Anmerkung

[1] Wenn hier von Bewegungsflaute die Rede ist, heißt das nicht unbedingt eine geringe Quantität an Protestaktionen. Diese haben im letzten Jahrzehnt überhaupt nicht abgenommen. Die Flaute betrifft nicht einzelne Proteste, sondern deren Fragmentierung und ad-hoc Charakter.

Dieter Rink

Soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert

Die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung hat es in ihrem Gegenstandsbereich mit Phänomenen zu tun, die vergleichsweise fluid sind und sich der Prognose noch stärker entziehen als andere soziale Gegebenheiten. Zuletzt hat das Beispiel der Bürgerbewegungen in Ost- und Mitteleuropa gelehrt, dass sie praktisch aus dem Nichts entstehen, politische Systeme hinwegfegen und fast lautlos und rasch wieder zerfallen bzw. sich institutionalisieren können. Auf der anderen Seite sind es gerade Bewegungen, die Vorstellungen über künftige Gesellschaftszustände, ja Utopien entwerfen und daraus z.T. die Motivation für ihr Handeln beziehen.

Insofern steht man bei Prognosen über künftige Entwicklungstrends sozialer Bewegungen vor einem doppelten Dilemma: Man kann bestehende Trends nicht einfach in die Zukunft verlängern und muss zudem große Vorsicht walten lassen, um nicht den von den Bewegungen selbst entworfenen Gesellschafts- und Selbstbildern aufzusitzen. Ungeachtet dessen, dass in den letzten zwanzig Jahren viele Erkenntnisse über Ablaufmuster, Mobilisierungs- und Institutionalisierungsprozesse sowie den Einfluss gesellschaftlicher Rahmenbedingungen u.v.m. gesammelt wurden, stehen Ausführungen wie die nachfolgenden insofern unter mehrfachen Vorbehalten. Hier soll auch nicht der Versuch unternommen werden, das gesamte nächste Jahrhundert zum Gegenstand der Betrachtung zu machen, vielmehr beziehen sich die Überlegungen im Wesentlichen auf die nächsten ein bis zwei Jahrzehnte und knüpfen an derzeit erkennbare Entwicklungstrends an. Den Hintergrund der folgenden Aussagen bildet meine Beschäftigung mit ost- und westdeutschen sozialen Bewegungen in den letzten Jahren.

Zur Dynamik sozialer Bewegungen

Es dürfte soziale Bewegungen auch im kommenden Jahrhundert geben, da sie sich als Partizipationsform neben Parteien und Verbänden fest etabliert haben. Mögen Begriffe wie ‚Bewegungsgesellschaft' (Rucht/Neidhardt) oder ‚Protestgesellschaft' (Pross) auch Überhöhungen darstellen, so drücken sie doch die Realität aus, dass Bewegungen insbesondere in Gesellschaften westlichen Typs zur Normalität geworden sind. Sie haben einerseits eine eigene Entwicklungsdynamik gewonnen, andererseits werden sie stets von neuem durch Problemlösungsdefizite der Politik und des Marktes auf den Plan gerufen.

Soziale Bewegungen haben in den unterschiedlichsten Gesellschaften und Systemen im 20. Jahrhundert wesentlichen Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen genommen und z.T. epochale Umwälzungen eingeleitet. Die gegenwärtig in westlichen Ländern zu beobachtenden Mobilisierungsflauten bzw. Institutionalisierungsprozesse sind kein hinreichender Grund zu der Annahme, dass sich im nächsten Jahrhundert daran Gravierendes ändern könnte. Verlängert man die aus dem 20. Jahrhundert beobachteten Entwicklungen sozialer Bewegungen ins 21., so ist weniger von einer generellen Ab- oder einer generellen Zunahme auszugehen, sondern am ehesten ein zyklisches Auf

und Ab erwartbar. Für die kommenden Jahrzehnte deutet sich allerdings eine Heterogenisierung des Protests an. Vermutlich wird es ein Neben- und Gegeneinander von emanzipatorischen und nationalistischen bzw. ausländerfeindlichen, linken bzw. linkslibertären und rechten bzw. autoritären Bewegungen geben. Es scheint daher weniger wahrscheinlich, dass eine dieser Bewegungen eine derartige Dominanz ausüben könnte wie etwa die Arbeiterbewegung im ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts oder die neuen sozialen Bewegungen in den westlichen Ländern von den 1960er bis in die 1990er Jahre. Aus der gegenwärtigen Krise revolutionärer Bewegungen lässt sich meines Erachtens nicht zwingend der Schluss ableiten, dass diese im 21. Jahrhundert völlig bedeutungslos sein werden. Die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass solche Bewegungen trotz epochaler Niederlagen wiedererstehen und sich modernisieren können. Mit Bewegungen, die versuchen, die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systeme grundlegend zu verändern, dürfte also auch im nächsten Jahrhundert zu rechnen sein. Über ihre Form und politische Ausrichtung, ihre Stärke und ihren Entwicklungsverlauf lässt sich freilich derzeit nichts Sinnvolles sagen.

Das Rekrutierungspotential sozialer Bewegungen

Die ‚sozialen Orte' von Bewegungen sind vielleicht am eindeutigsten lokalisierbar. Auch hier kann man aus der langen Geschichte sozialer Bewegungen die begründete Vermutung formulieren, dass die Mittelschichten insbesondere in den westlichen Ländern weiterhin das zentrale Rekrutierungsfeld bilden werden. Das Erstarken rechter und ausländerfeindlicher Bewegungen lässt erwarten, dass Angehörige aus den Unterschichten westlicher Länder in größerem Maße als in der Gegenwart mobilisiert werden könnten. In den Ländern des Ostens und Südens hat es den Anschein, dass weiterhin Arme und Entrechtete sowie ausgegrenzte ethnische Gruppen, z.T. geführt von Vertretern der jeweiligen Mittelschichten, die soziale Basis von Bewegungen bilden könnten. Auch in der sozialen Zusammensetzung des Protests könnte so eine gewisse Heterogenisierung eintreten. Durch die Differenzierung der Bewegungen bedingt, könnten die Einzelbewegungen dann möglicherweise in sich homogener sein.

Zukünftige Organisationsformen

Netzwerke haben sich als typisches Strukturierungsprinzip sozialer Bewegungen erwiesen. Daran ändern auch die derzeit etwa in den neuen sozialen Bewegungen zu beobachtenden Institutionalisierungsprozesse nichts Wesentliches. Im Gegenteil, damit wächst die Wahrscheinlichkeit, dass im Reflex darauf neue, zunächst gering institutionalisierte Bewegungsnetzwerke entstehen. Daneben dürfte es aber durchaus auch Formen der Tradierung und des Anknüpfens an die Organisationsbasis der Bewegungen des 20. Jahrhunderts geben.

Die bestehenden wie die neuen Netzwerke sozialer Bewegungen werden sicherlich umfangreicher auf die neuen Kommunikationsmedien zurückgreifen – zumindest in den westlichen Ländern. Hier sind dann vermutlich neue Vernetzungsformen zu erwarten, die die räumlichen Grenzen leichter überwinden als dies bisher der Fall war. Neben den bekannten lokalen, regionalen und nationalen könnten so in stärkerem Maße internationale und globale Netze entstehen.

Die Aktionsformen sozialer Bewegungen

Soziale Bewegungen beziehen ihre Anziehungskraft und Wirkung insbesondere aus der Entwicklung neuer Aktionsformen, die sie von

anderen Bewegungen unterscheiden und in der Öffentlichkeit sichtbar machen. Hier sind mit großer Wahrscheinlichkeit Innovationen zu erwarten. Den Kern dürften dabei wohl neue Abwandlungen und Varianten der klassischen Formen der Demonstrationen, Aufmärsche und Kundgebungen sein. Schwer absehbar erscheint die zunehmende Bedeutung der Virtualisierung sozialer Beziehungen und Kommunikationsformen. Vermutlich werden ‚virtuelle Aktionsformen' aber tradierte nicht in den Hintergrund drängen oder vollständig ersetzen, sondern ergänzen und erweitern, denn eine Bewegung muss ihrer selbst auch unvermittelt in der Aktion ansichtig werden. Besonders spannend erscheint die Verbindung zwischen virtuellen und direkten Aktionen.

Möglicherweise kommt es zu einer stärkeren Polarisierung der Aktionsformen zwischen den friedlichen einerseits und den gewalttätigen andererseits, die sich bis zu Bürgerkriegen steigern können.

Bewegungsthemen und Ziele

Am schwierigsten scheint das Themenspektrum sozialer Bewegungen prognostizierbar, hängt es doch von einer Vielzahl gesellschaftlicher Faktoren und Bedingungen ab. Man geht vermutlich nicht ganz fehl in der Annahme, dass es sich weiter ausdehnt. Angesichts anhaltender politischer Spannungen und vieler regionaler militärischer Auseinandersetzungen und Bürgerkriege sowie wachsender Umweltprobleme dürften die Themenbereiche Frieden und Umwelt weiterhin und nicht nur in westlichen Ländern auf der Tagungsordnung bleiben. Eine stärkere Rolle als derzeit könnten auch (wieder) Mobilisierungen zu Aspekten der internationalen Gerechtigkeit spielen - und möglicherweise den Focus neuer Massenbewegungen bilden. Angesichts des Anwachsens religiöser und fundamentalistischer sowie ethnischer Bewegungen dürften Fragen der ethnischen, nationalen sowie kulturellen Identität eine wachsende Bedeutung gewinnen bzw. ihre derzeitige behalten. Es erscheint weiterhin schwer vorstellbar, dass ein oder vielleicht *das* klassische Thema sozialer Bewegungen, *Partizipation*, künftig eine geringere oder keine Rolle mehr spielen sollte. Themen, die mit der Emanzipation der Frauen zusammenhängen, dürften ebenfalls ihre Aktualität behalten, wenngleich derzeitige Entwicklungen dafür sprechen, dass feministische Themen nicht mehr von einer übergreifenden, sondern von mehreren Frauenbewegungen bzw. verschiedenen Strömungen und Mobilisierungen in die Öffentlichkeit getragen werden.

In Analogie zur Ausdehnung des Themenspektrums könnten sich auch die Ziele und Werte weiter ausdifferenzieren. Von übergreifender Natur scheinen jedoch Ziele wie die Herstellung und Erhaltung des Friedens, der internationalen Gerechtigkeit und die Bewältigung der Umweltkrise. Diese dürften in den nächsten Jahrzehnten – soweit erkennbar – weiterhin auf der Agenda sozialer Bewegungen stehen.

Protestarenen und Adressaten

Der klassische Ort, wo soziale Bewegungen Diskussionen und Auseinandersetzungen austragen, ist der öffentliche Raum, vornehmlich Straßen, Plätze und Einrichtungen. Es spricht nichts dagegen, dass dies in den nächsten Jahrzehnten grundsätzlich anders wird. Internationale Arenen werden wohl eine größere Rolle einnehmen als bislang. Dies können internationale Treffen, die (Medien-)Weltöffentlichkeit oder auch Kommunikationsmedien wie das Internet sein.

Vermutlich werden sich Bewegungen mit ihren Anliegen künftig stärker an internationale Organisationen bzw. Institutionen (UNO, NATO etc.), aber auch an Wirtschaftseinheiten

(Branchen, transnationale Konzerne) richten. Damit würden sie dem zunehmend globalen Charakter der Probleme Rechnung tragen, die sie bearbeiten bzw. lösen wollen. Unbenommen davon dürften aber insbesondere nationale sowie lokale und regionale Institutionen, Unternehmen und Organisationen weiterhin die Adressaten vieler Proteste sein. Schließlich werden sich einige Bewegungen an die Bevölkerungen ihrer Länder bzw. die Menschheit richten, z.B. hinsichtlich der Veränderung der Lebensweise.

Meine Erwartungen bezüglich der Wirkungen derzeit bestehender bzw. neuer sozialer Bewegungen im 21. Jahrhundert fallen ambivalent bis pessimistisch aus. Es spricht einiges dafür, dass insbesondere die sich weiter verschärfende Umweltkrise und die mit den zu erwartenden Naturkatastrophen (Stichwort ‚Klimakollaps') verbundenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen völlig neue Probleme bzw. neue Dimensionen bekannter Probleme entstehen lassen. Dies könnte dazu führen, dass bestehende oder neue Bewegungen im nächsten Jahrhundert zwar imposante Mobilisierungen zuwege bringen und vielleicht sogar zu globalen Massenbewegungen anwachsen. Ich befürchte aber, dass sie bereits zu spät kommen und/oder keinen maßgeblichen Einfluss mehr auf den Gang der Dinge nehmen können: weder auf die Zunahme der Umweltkatastrophen, noch auf den drohenden Klimakollaps und auch nicht auf die sich ausbreitenden sozialen Konflikte, Kriege und bewaffneten Auseinandersetzungen.

Ausblick

Das schließt jedoch nicht aus, dass die Zukunft der Bewegungen so aussehen könnte, dass sie in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten einen neuerlichen grandiosen Aufschwung erleben. Dabei sind insbesondere das Anwachsen und die Ausbreitung rechter und nationalistischer sowie spirituell inspirierter Bewegungen in westlichen und östlichen Ländern und die Etablierung religiös-fundamentalistischer Bewegungen vor allem in den Ländern des Südens wahrscheinlich. Denkbar ist auch das Aufkommen einer übergreifenden globalen Reformbewegung. Letztere könnte dabei Elemente der neuen sozialen Bewegungen des Westens und der Bürgerbewegungen des Ostens aus den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts aufnehmen. Schwer abzuschätzen ist, ob diese dann modernisierungsbejahende oder -kritische bzw. antimodernistische Züge trägt. Es ist nicht auszuschließen, dass sich hier die esoterischen Strömungen des Westens mit Teilen fundamentalistischer und religiöser Bewegungen der verschiedensten Völker verbinden. Gut vorstellbar ist, dass die Aktionsformen einer solchen Bewegung stark symbolhaft sind. Charismatische Führer könnten an ihrer Spitze stehen und die Rettung der Welt ihr Ziel sein.

Die beiden erstgenannten Bewegungen stehen sich vermutlich feindlich gegenüber, während die Reformbewegung dagegen die Integration bzw. den Brückenschlag unterschiedlicher politischer Kräfte und Strömungen versuchen könnte. Denkbar sind aber auch unterschiedliche Koalitionen zwischen diesen Bewegungen auf unterschiedlichen Themen- und Konfliktfeldern und in unterschiedlichen Regionen der Welt bzw. zu verschiedenen Zeiten. Vielleicht erreicht diese Bewegung ihr Ziel, vielleicht unterliegt sie den anderen beiden, vielleicht wird sie selbst in den Strudel der Katastrophen und Krisen gerissen oder nimmt irrationale Züge an...

Dieter Rink ist promovierter Kulturwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Soziale Bewegungen, Stadtsoziologie, Umweltsoziologie, Milieus und Mentalitäten.

Ansgar Klein

Soziale Bewegungen bleiben ein bedeutender politischer Faktor

Häufig wird in den letzten Jahren die Ansicht vertreten, dass sich die neuen sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre in den 90er Jahren erschöpft hätten. Prognosen über künftige soziale Bewegungen könnten sich daher nicht mehr an den neuen sozialen Bewegungen orientieren. Wir haben es hier, so wird argumentiert, mit einem nunmehr abgeschlossenen Bewegungszyklus zu tun, der allenfalls noch als Gegenstand der neueren Zeitgeschichte von Bedeutung sei. Ich möchte zunächst die Argumente, die dieser Einschätzung der neuen sozialen Bewegungen zugrunde liegen, prüfen, bevor ich allgemeiner die Zukunftschancen sozialer Bewegungen erörtere.

Neue soziale Bewegungen: integriert, institutionalisiert, diffundiert?

Die Themen der neuen sozialen Bewegungen, so das erste Argument, sind so weit in die politische Agenda integriert worden, um den Pegel der öffentlichen Problemwahrnehmung unter jene kritische Schwelle abzusenken, die für die Mobilisierung sozialer Protestbewegungen erforderlich ist. Viele Anliegen der neuen sozialen Bewegungen haben symbolisch Aufnahme in die Programme der Parteien gefunden – wenn auch mit Blick auf deren Implementation Zweifel mehr als berechtigt sind. Schließlich ist eine Renaissance der sozialen Frage zu verzeichnen, in deren Folge die postmaterialistischen Themen der neuen sozialen Bewegungen zusätzlich an Bedeutung auf der politischen Agenda einbüßen. Neben das Integrations- tritt hier das Verdrängungsargument.

Zweitens hat ein tief greifender Institutionalisierungsprozess auf Seiten der Bewegungsakteure und ihrer Organisationen stattgefunden. Parteien wie die Grünen, Verbände (etwa im Umweltbereich) und Bewegungsorganisationen leisten nunmehr professionell Lobbyarbeit, bieten Expertise an und stellen Medienöffentlichkeit her. Diese Entwicklung wird schon deswegen als unvermeidlich angesehen, da die mit Protest verbundenen individuellen Aufwendungen nicht auf Dauer gestellt werden können. Abschied zu nehmen gelte es daher von der Erwartung, dass an die Mobilisierungserfolge der Großdemonstrationen der 70er und 80er Jahre anzuknüpfen wäre. Vorprogrammiert ist aus dieser Sicht auch der Schritt vom Protest zum Scheckbuch: Erfolge von Bewegungsunternehmern wie Greenpeace sind strukturell (Institutionalisierung, Mediatisierung) begründet. Insgesamt haben die neuen sozialen Bewegungen die ‚public interest groups' in der politischen Arena gestärkt. Das Spektrum repräsentativer Politik ist nachhaltig um die von den neuen Verbänden bearbeiteten Themenstellungen (Menschenrechte, Ökologie, Geschlechterdemokratie etc.) erweitert worden. Doch werden die Bewegungen von professionalisierten ‚public interest groups' beerbt.

Neben dem thematischen Integrations- und dem politischen Institutionalisierungsargument fin-

det sich schließlich ein soziokulturelles Diffusionsargument. Die sozialen Milieus, die den neuen sozialen Bewegungen lebensweltliche Rückendeckung und motivatorische Schubkraft verliehen haben und zunächst von den Prozessen einer soziokulturellen Pluralisierung profitieren konnten, erodieren aus dieser Sicht nunmehr selber in einem ungebremsten Prozess der Individualisierung. Von ihnen kann daher keine soziokulturelle Schubkraft für die neuen sozialen Bewegungen ausgehen.

Neue soziale Bewegungen: Kein Grund für vorzeitigen Abgesang

Ist es zum einen ihr eigener Erfolg, der zu Integration und Institutionalisierung geführt hat, so sind es zum anderen die veränderten Chancenstrukturen und die sich verschlechternden soziokulturellen Voraussetzungen, welche die These vom Ende der neuen sozialen Bewegungen begründen. Mit Blick auf die Zukunft von Protest verleiten diese Argumente allerdings zu einer Unterschätzung der Impulse, die weiterhin von links-libertären sozialen Bewegungen ausgehen. Auf keinen Fall aber können sie einen Abgesang auf soziale Bewegungen insgesamt begründen. Schauen wir uns die vorgetragenen Argumente noch einmal in umgekehrter Reihenfolge näher an:

Es sind gerade die Probleme von Parteien und Verbänden im Gefolge der soziokulturellen Auflösung von Milieubindungen, die in den westlichen Demokratien den Faktor der sozialen Bewegungen dauerhaft stärken. Das soziokulturelle Diffusionsargument ist empirisch zudem fragwürdig: Weiterhin stellen Sozialstrukturanalysen trennscharfe Milieubindungen und Lebensstile wie auch sich aus diesen ergebende Wertorientierungen und Motivkonstellationen fest, die es erlauben, spezifische Bewegungsmilieus und deren komplexe sozialstrukturelle Topographie zu verorten. Einen Teil ihrer Überzeugungskraft verdankt die verfallstheoretische Diffusionsthese wohl einerseits einem am Vorbild traditioneller Vergemeinschaftung gebildeten Verständnis politischer Assoziationen, die mit einer gewissen sozialtheoretischen Phantasielosigkeit gegenüber neuen ‚postkonventionellen' Formen der Vergemeinschaftung einhergeht, andererseits aber vermutlich auch der nostalgischen Verklärung vorausgegangener Bewegungszyklen. Hier tut eine Verallgemeinerung der soziokulturellen Ausgangsvoraussetzungen sozialer Bewegungen gut.

Formal gut ausgebildete Angehörige der humanen Dienstleistungsberufe werden weiterhin das Potential für Akteure sozialer Bewegungen im links-libertären Bewegungssektor abgeben; der Mittelschichts-bias bleibt hier, anders, als dies bspw. für rechte soziale Bewegungen zu erwarten ist, erhalten. Die Befreiung von kulturellen Konformitätszwängen und der Kampf für die Freiheit des eigenen Lebensstils nahmen ohne Zweifel bei den neuen sozialen Bewegungen eine thematisch zentrale Stellung ein. Angesichts eines unabgeschlossenen Prozesses kultureller Pluralisierung dürften ‚identitätspolitische' Anliegen und Motive (nicht zuletzt in von Migration geprägten Einwanderungsgesellschaften) weiterhin eine Schlüsselstellung bei der Ausbildung von Bewegungsidentitäten und dem ‚Framing' ihrer Ziele einnehmen.

Die ungelösten Probleme in Politik und Gesellschaft lassen sich mit dem Hinweis auf die Integration der Themen der neuen sozialen Bewegungen in die Parteiprogramme nicht wegdiskutieren: Auch der Hinweis auf die Integrationskraft symbolischer Politik vermag auf Dauer die bestehenden Grenzen der politischen Problembearbeitung der von symbolischer Politik aufgegriffenen Themen nicht auszublenden. Ob im Sinne einer Verdrängung das Ge-

wicht der sozialen Frage die Bedeutung etwa der ökologischen Frage zu relativieren vermag, ist zweifelhaft. Die derzeit zu beobachtende erneute faktische Nachrangigkeit der ökologischen Frage auf der politischen Agenda lässt sich symbolpolitisch nicht auf Dauer überdekken und könnte unter günstigen Kontextbedingungen auch einen mittel- oder langfristigen Ausgangspunkt zukünftigen Protestes darstellen. Von der thematischen Seite kann daher sowohl für als auch gegen sozialen Protest argumentiert werden[1]. Erst über die Berücksichtigung einer Kombination von Problemdruck und politischen Chancen für sozialen Protest gewinnen Prognosen eine gewisse Plausibilität.

Sicherlich ist der Wandel der politischen Gelegenheitsstrukturen für Protest gerade nach 1989 in der Bundesrepublik in seinen Folgen für die neuen sozialen Bewegungen nicht hoch genug zu veranschlagen. In deren Folge sind nationale und soziale Fragen in den Vordergrund gerückt. Dies hatte Auswirkungen auf die in der politischen Öffentlichkeit artikulierten Themen des Protestes und wirkte sich auf die Chancen der Bewegungsakteure aus. Doch im Gefolge von Europäisierung und Globalisierung scheinen sich auch in Deutschland die Chancenstrukturen des Protestes erneut zu wandeln: Insbesondere gewinnen Formen transnationaler Proteste an Gewicht. Gerade hier bietet sich den links-libertären Bewegungen und Bewegungsorganisationen ein großes Tätigkeitsfeld: Menschenrechte, Geschlechterverhältnisse, Umwelt und Entwicklung sind zentrale Themen transnationaler Bewegungsorganisationen. Es zeichnet sich in Folge von Globalisierungsprozessen zudem die steigende Bedeutung der Spannungslinie von Inklusion und Exklusion (sozial, kulturell, politisch) ab, an der sich sozialer auch transnational entfalten wird. Migration und Flüchtlingsfragen werden relevante Anlässe zur Transnationalisierung der Konfliktlinie von Inklusion und Exklusion bieten: Die nicht zu übersehenden sozialen Probleme werden im Bewegungssektor zu neuen Mischungen aus advokatorischer Politik und dem Engagement von Betroffenen führen.

Seit den 80er Jahren ist bei den neuen sozialen Bewegungen an die Stelle antiinstitutionalistischer Sichtweisen eine Strategie der institutionellen Reformen getreten. Deren weitere Zukunft hängt von der Reformfähigkeit der politischen Institutionen ab. Je mehr sich der Eindruck einer Reformunfähigkeit des politischen Systems und der Abgehobenheit der politischen Klasse verfestigt, desto wahrscheinlicher werden Protest und soziale Bewegungen. Das Institutionalisierungsargument macht zweifellos auf einen Formwandel des sozialen Protests aufmerksam und hat auch in den reformpolitischem Überlegungen der neuen sozialen Bewegungen seinen Niederschlag gefunden. Doch anstatt mit der Institutionalisierung einer sozialen Bewegungen ihr Ende als soziale Bewegung zu verbinden, lässt sich – durchaus im Einklang mit der reformpolitischen Orientierung der neuen sozialen Bewegungen – eine Lesart stark machen, derzufolge eine Institutionalisierung soziale Bewegungen auf Dauer zu stellen vermag.

Nimmt man die Ergebnisse der empirischen Protestereignisanalyse ernst, so haben sich Protestereignisse, wenn auch zumeist jenseits der Großdemonstrationen, auch in den 90er Jahren auf einem hohen Niveau bewegt. Ja, Bewegungen können, wie einige Autoren stark gemacht haben (Neidhardt, Rucht, Tarrow u.a.), geradezu als Kennzeichen moderner Gesellschaften gelten. Diese lassen sich als ‚Bewegungsgesellschaften' beschreiben, in denen Bewegungen neben Parteien und Verbänden als dauerhafter Faktor politischer Einflussnahme nicht mehr wegzudenken sind. Diese Lesart erlaubt es, die zweifellos gestiegene Be-

deutung von Bewegungsorganisationen und ihrer Rolle in der organisatorischen Kanalisierung, thematischen Strukturierung und öffentlichen Vermittlung von Protest nicht mit dem Ende des Protests, sondern als Voraussetzung seiner Verstetigung zu deuten. ‚Public interest groups' und NGOs wären ohne einen mobilisierungsfähigen Bewegungssektor nicht dazu in der Lage, ihren Anliegen das nötige Gewicht in Verhandlungen zu verleihen.

Die großformatigen Bewegungsmobilisierungen der 70er und 80er Jahre waren sicherlich kontextgebundene Ereignisse. Im Lichte einer revidierten Institutionalisierungsthese erscheinen eine Veralltäglichung des Protestes jenseits der Massendemonstration und eine Stärkung von – zudem immer mehr spezialisierten[2] – Bewegungsorganisationen als komplementäre Entwicklungen. Sie kennzeichnen einen eher pragmatischen Gebrauch von sozialem Protest in einer sich wandelnden politischen Organisationslandschaft: Punktuelles Engagement in zeitlich begrenzten Aktionsgruppen, der Rückgang von Mitgliedschaftsbindungen und die Unterstützung von Bewegungsorganisationen zum Zwecke der Verbesserung von Chancenstrukturen und effektivem Einsatz des Protestes stellen Facetten eines neuen Bildes sozialer Bewegungen dar. Die neuen Medien werden von ihnen selbstverständlich genutzt und sie machen ihre Stimme im Konzert der Medienöffentlichkeit mittels Kampagnen und medienwirksamen Inszenierungen hörbar. – Nichts wäre sinnloser, als das Festhalten unseres Verständnisses sozialer Bewegungen an den – noch dazu nostalgisch verklärten – Erscheinungsformen der NSB der

70er und 80er Jahre, doch ebenso falsch ist es, aus dem Wandel der Erscheinungsformen ein Ende der links-libertären sozialen Bewegungen zu folgern[3].

Insgesamt erscheint der Abgesang auf den links-libertären Protest mit Blick auf das kommende Jahrhundert als voreilig. Die ‚public interests' und moralischen Forderungen, die die neuen sozialen Bewegungen auf die politische Agenda gesetzt haben, dürften auch zukünftig auf große Resonanz in der politischen Öffentlichkeit stoßen. Doch dürften transnationale Problemstellungen und Akteurskonstellationen auch für soziale Bewegungen an Bedeutung gewinnen. Abhängig davon, wieweit sich transnationale Formen politischer Öffentlichkeit herausbilden werden (etwa in Europa), werden sich die Chancenstrukturen für sozialen Protest auch über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus verbessern[4]. Während in den westlichen Demokratien die Rolle spezialisierter Bewegungsorganisationen deutlich gestärkt wird (Campaigning, Medienarbeit, Lobbying) und die Massenproteste an Bedeutung für sozialen Protest verlieren, ist gerade in den Ländern des Südens und Ostens zukünftiger Massenprotest nicht auszuschließen.

Soziale Bewegungen als transnationale Akteure

Mit Blick auf die kommenden Jahre lässt sich eine nationalstaatlich begrenzte Optik auf soziale Bewegungen immer weniger durchhalten. Internationale Vergleiche sozialer Bewegungen können uns vor nationalstaatlichen oder auch eurozentristisch verengten Sichtweisen bewahren und unser Verständnis sozialer Bewegungen bereichern.

Soziale Bewegungen sind nicht auf das links-libertäre politische Spektrum und auf pro-demokratische Bewegungen beschränkt. Die Orientierung an selbstbegrenzten Aktionen, an Menschenrechten, Toleranz und Gewaltlosigkeit bleibt freilich das abgrenzende Kennzeichen der links-libertären Bewegungen. Zu den sozialen Bewegungen zählen aus analytischer Sicht auch nationalistische, ethnische oder religiöse Bewegungen. Da in diesem Heft nach der Zukunft von sozialen Bewegungen und Protest insgesamt gefragt wird, geht es nicht nur um Prognosen über die künftige Bedeutung links-libertärer sozialer Bewegungen: Diese waren freilich immer schon eingebunden in eine Dynamik von Bewegung und Gegenbewegung. Sie dürften zukünftig noch stärker mit Bewegungen konfrontiert werden, die sich entlang der Konfliktlinie von Inklusion und Exklusion entwickeln. Auch bieten populistische Politikformen zahlreiche Kooperationsmöglichkeiten zwischen Staat und Parteien einerseits und sozialem Protest andererseits. Je mehr populistische Politik und soziale Bewegungen künftig interagieren[5], umso deutlicher wird werden, dass es sich bei sozialen Bewegungen nicht von vornherein um positiv zu bewertende Phänomene handelt.

Neben den links-libertären finden sich rechte soziale Bewegungen, regionalistische, ethnische oder religiöse Bewegungen. Weitet man den Blick nach Osten oder Süden, so markiert die noch größere Vielfalt von sozialen Bewegungen und sozialen, politischen und kulturellen Kontexten eine für verallgemeinernde Prognosen kaum tragfähigen Ausgangssituation. Die Aussichten für Protest und soziale Bewegungen in Ländern der dritten und vierten Welt dürften angesichts eines steigenden Problemdrucks (Bevölkerungsexplosion, soziale und ökologische Probleme) eher zunehmen – vor allem in Kontexten einer demokratischen Transformationen und einer Konsolidierung bereits demokratisierter Staaten. Doch ist auch mit einer größeren Dramatik von Bewegungen und Gegenbewegungen zu rechnen.

Prognosen über soziale Bewegungen sollten nicht nur das ganze Spektrum sozialer Bewegungen, sondern auch die kontextspezifisch differierenden Chancenstrukturen von Protest berücksichtigen. Wie bereits angedeutet, halte ich die Entgrenzung des nationalstaatlichen politischen Raumes für das zentrale Merkmal der politischen Chancenstruktur sozialer Bewegungen im 21. Jahrhundert. Insgesamt wird etwa die europäische Ebene auch für soziale Bewegungen immer wichtiger werden.

Grenzübergreifende Problemlagen (ökologische ‚Risiken', aber auch Probleme von Migration, Sicherheit etc.) erfordern trans-, supra- und internationale Formen der in politischer Öffentlichkeit erfolgenden Problematisierung wie auch der politischen Einflussnahme auf die entsprechenden politischen Institutionen (etwa auf EU, UNO, NATO u.a.). Zugleich prägen sie in steigendem Ausmaß die nationale politische Agenda. Der Nationalstaat bleibt zwar ein bedeutender, zumeist auch der zentrale Adressat des Protestes, aber – dann vor allem mediengestützte und kampagnenförmige – transnationale Proteste dürften immer größeres Gewicht erhalten. Regionale politische Zusammenhänge und Institutionen werden dabei verstärkt in den Fokus von Bewegungsakteuren geraten – dies gilt für Europa wie auch für Afrika, Asien oder Lateinamerika.

Fragen der Migration, von Exklusion und Inklusion werden in den reichen Ländern des Nordens an Gewicht gewinnen. Versuche einer Ethnisierung der sozialen Frage treffen jedoch in den liberalen Demokratien auf den Resonanzboden kulturell pluralisierter Gesellschaften: Der Konflikt zwischen links-libertären und rechten wie populistischen Bewegungen an dieser Frage ist dann absehbar, wenn es den Staaten des Nordens nicht gelingt, politisch tragfähige Antworten auf diese Probleme (von der Staatsbürgerschaft bis zur Sozialpolitik) zu geben. In den Ländern des Südens werden – freilich in größerer regionalen Differenzierung – die sozialen Menschenrechte und der Kampf gegen Hunger und Armut im Vordergrund stehen. Doch werden sich die Proteste zunehmend auch jenseits der Nationalstaaten formieren: Fragen der sozialen Gerechtigkeit, von Verteilung und internationaler Wirtschaftsordnung dürften entlang der unterschiedlichen Perspektiven von Globalisierungsgewinnern und -verlierern als Thema transnationaler Proteste an Bedeutung gewinnen. Doch werden die Themen der neuen sozialen Bewegungen – Umwelt, Frieden, Partizipation, Solidarität, Geschlechterverhältnisse – in der transnationalen Protestmobilisierung weiterhin eine Rolle spielen.

Zusammenfassung

In Auseinandersetzung mit gängigen Argumenten über das Ende der neuen sozialen Bewegungen bin ich auf deren Zukunftschancen eingegangen. Ich habe argumentiert, dass es zwar zu einem Formwandel (insbesondere zu einem Bedeutungsanstieg spezialisierter Bewegungsorganisationen und NGOs) kommen wird, dass jedoch die links-libertären Bewegungen in den westlichen Demokratien auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen werden. Die Themenstellungen der neuen sozialen Bewegungen sind keineswegs integriert und ‚erledigt', sondern bleiben von großer Relevanz. Entlang absehbarer neuer Konfliktlinien (Inklusion/Exklusion) halte ich die Chancen für rechte soziale Bewegungen oder aber populistische Politikformen im Zusammenspiel mit sozialen Bewegungen für groß. Daher ist von einem polarisierten Bewegungssektor und einer verschärften Dramatik von Bewegungen und Gegenbewegungen auszugehen. Die europäische und die internationale Arena werden als Bühne transnational vernetzter Bewegungen eine im-

mer wichtigere Rolle spielen, die damit auf das Gewicht globaler Problemstellungen reagieren. In den Ländern des Südens und Ostens werden soziale Bewegungen in einer großen Vielfalt entstehen (von fundamentalistischen und ethnischen bis zu Bürgerbewegungen und links-libertären Bewegungen), und hier sind Formen des Massenprotestes wahrscheinlicher als in den westlichen Demokratien. Auch wenn die Bewegungen im Süden und Osten sich nicht ohne weiteres mit den westlichen sozialen Bewegungen gleichsetzen lassen, so kommt es doch zu transnationalen Bewegungskoalitionen entlang der Achse von Globalisierungsgewinnern und – verlierern.

Ansgar Klein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TU Darmstadt und gehört zu den Herausgebern des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen.

Anmerkungen

[1] Doch lassen sich durchaus Themenfelder benennen, in denen es zukünftig zu Konflikten kommen wird. Dies gilt etwa für die konfliktträchtigen Bezüge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu Fragen der Identität und Ethik: Gerade hier dürfte es in den kommenden Jahrzehnten zu heute in ihren Dimensionen noch gar nicht absehbaren Konflikten und Protesten kommen – sei es in der Gentechnik, in der Informationstechnik oder in der Medizin. Gerade der Umgang mit der sozialen Frage wird, dies ein zweites Beispiel, ausschlaggebend dafür sein, ob der von den neuen sozialen Bewegungen eingeforderte ausgeweitete Zeithorizont der Problemanalyse und -bearbeitung, wie er in der ökologischen Frage unter Rekurs auf die Interessen der nachfolgenden Generationen eingefordert worden ist, zum Tragen kommen kann. Nachhaltige Entwicklung setzt soziale Absicherungen ebenso voraus wie einen Wandel der Lebensstile.

[2] Angesichts des erreichten Professionalisierungs- und Differenzierungsgrades von Bewegungsorganisationen ist davon auszugehen, dass wir mit einer politikfeldbezogenen Arbeitsteilung, mit Institutionalisierung und Spezialisierung werden rechnen müssen. Diese gilt es als Kennzeichen auch des Protestes der Zukunft anzuerkennen.

[3] Die Rede von den ‚neuen' sozialen Bewegungen verliert freilich vor diesem Hintergrund ihre Plausibilität: Ursprünglich hatte sie diese aus der Differenz von Akteurskonstellationen und Themenstellungen der NSB zu denen der ‚alten' Arbeiterbewegung bezogen. Doch zeigen neuere Beispiele, daß weder die Arbeiterbewegung als soziale Bewegung ausgeblendet werden kann noch Lernprozesse, Annäherungen und Kooperationen von ‚alten' und ‚neuen' sozialen Bewegungen bei Protestmobilisierungen zur sozialen Frage ignoriert oder zukünftig ausgeschlossen werden können.

[4] Ich schließe mich der Auffassung eines befragten Kollegen an, dass transnational netzwerkartige Mehrebenenstrukturen auch für den Bewegungssektor prägend sein werden. Die hier – etwa in der NGO-Fachdiskussion – bereits sichtbaren Koordinationsprobleme und Interessenkonflikte werden für den Bewegungssektor insgesamt prägend und deren Bewältigung eine zentrale Herausforderung.

[5] Eine Voraussetzung dafür wäre das Scheitern des Versuchs einer weitergehenden Demokratisierung liberaler Demokratien und ihrer politischen Institutionen. Gerade die neuen sozialen Bewegungen haben in ihrem Verständnis als Akteure der Zivilgesellschaft den Versuch nicht aufgegeben, Protest und institutionelle Politik füreinander kommunizierbar zu halten und auf dieser Grundlage reformpolitische Konzeptionen zu entwickeln. Ohne eine solche Schubkraft für Reform und Innovation dürfte sich die Chancenstruktur für populistische Politik deutlich verbessern.

Klaus Eder

Die Zukunft sozialer Bewegungen zwischen Identitätspolitik und politischem Unternehmertum

1 Die Mobilisierung kollektiver Identitäten

1.1 Das Dilemma der Identitätsmobilisierung

Kollektive Identitätsbildung ist für soziale Bewegung konstitutiv. Diese Einsicht gilt seit Touraine und wird in der jüngeren kultursoziologischen Wende der Bewegungsforschung nur wieder aufgenommen und empirisch weiterentwickelt. Anstatt immer wieder diese These zu wiederholen, bietet es sich an, die Frage nach den Funktionen und Folgen identitärer Praktiken für die Reproduktion des ‚Bewegungsfeldes' aufzunehmen. Soziale Bewegungen werden – so die These – in symbolische Auseinandersetzungen verwickelt, die sich aus Identitätseinklagen durch soziale Bewegungen ergeben.

Wenn Identitätssuche bestimmt ist als eine Strategie, symbolische Grenzen zu markieren, dann sind Identitätskämpfe Kämpfe um diese symbolischen Markierungen. Definitionskämpfe finden im Medium öffentlicher Diskurse statt. Der Ein- und Ausschluss aus solchen Diskursen bestimmt dann das Aktionsrepertoire sozialer Bewegungen.

Dieser Prozess der Verwicklung in symbolische Formen des Bewegungshandelns verstärkt sich, da die kulturelle Heterogenisierung der Moderne voranschreitet. Soziale Bewegungen werden in dem Maße, wie sie sich auf dem Feld kollektiver Identitätssuche engagieren, in Identitätspolitik hineingezogen. Soziale Bewegungen entfernen sich damit aus dem Feld wohlfahrtsstaatlicher Debatten, in dem die neuen sozialen Bewegungen entstanden sind. Sie lassen sich weniger auf Probleme ein, die durch, in der Regel staatlich organisierte, Verteilung von Gütern und Lebenschancen gelöst werden können.

Damit lösen sich soziale Bewegungen auch aus dem sozialen Zusammenhang, in dem redistributive Prozesse organisiert waren: dem nationalstaatlichen Zusammenhang. Der Nationalstaat verändert seine Position im Bewegungsfeld: Er transformiert sich vom Gegner zum Partner. Dieses partnerschaftliche Element zeigt sich klar in der Umweltbewegung wie in der Frauenbewegung. Die Gegner sind entweder Märkte oder konkurrierende kollektive Akteure bis hin zu sozialen Bewegungen.

Wenn sich Konflikte nicht mehr an Fragen der Redistribution, sondern an der Anerkennung von je besonderen Identitäten entzünden, dann wird der Gegner derjenige, der aus einer Identität ausgeschlossen ist. Das ist nicht mehr der Staat, das System, sondern es sind gegnerische soziale Akteure, die mobilisierte Lebenswelt. An die Stelle des Staates als dem Gegner treten andere Bewegungen, ‚Gegenbewegungen'.

Damit verändert sich zunächst die Logik des ‚Bewegungsfeldes': Identitätskämpfe werden zu Auseinandersetzungen zwischen Bewegungen. Es verändert sich zweitens der Situs des Bewegungsfeldes: Die Medien liefern den Ort, an dem diese Auseinandersetzungen durchgeführt werden. Es verändert sich drittens die Form der Auseinandersetzung: Es dominieren symbolische Kämpfe. In diesem Feld wird der Staat – wenn er sich denn auf soziale Bewegungen einlässt – selber zum weiteren Identitätskämpfer.

Daraus folgt eine eigentümliche Bestimmung des veränderten Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Es geht nicht mehr darum, Macht und Reichtum umzuverteilen oder die kulturelle Hegemonie von dominanten Klassen oder Eliten zu brechen. Es geht um die Durchsetzung von Lebensformen, die in einer jeweils spezifischen kollektiven Identität gründen. Die homogenisierende Kraft des Nationalen löst sich auf, um dem noch mehr Partikularen Platz zu machen. Nicht die endgültige Durchsetzung universalistischer Ideen ist das Ergebnis solcher Kämpfe, sondern die weitere Besonderung des Nationalen.

Damit werden soziale Vergemeinschaftungsformen auf die Ebene unterhalb des Nationalen geschoben und dort als autonomieschonende Formen von Vergemeinschaftung rekonstruiert. Die Kosten sind hoch: Auflösung eines Solidarzusammenhanges, in dem Umverteilung jenseits des autonomieschonenden Bereichs zugemutet werden kann. Auseinandersetzungen werden jenseits dieses identitätssichernden Bereichs dem strategischen Handeln überlassen. Soziale Bewegungen stabilisieren sich nach innen und lösen zugleich den Solidarzusammenhang auf, in dem die Beziehungen zwischen kollektiven Akteuren bislang geregelt werden konnten.

1.2 Der historische Fall nationaler Identitätsmobilisierung

Nun ist dieser Fall von sich strategisch gegenüberstehenden kollektiven Identitäten, die für sich jeweils intern Autonomie, Freiheit und Gerechtigkeit reklamieren, nicht neu. Sie hat die Beziehung zwischen nationalen Identitäten gekennzeichnet.

Die Mobilisierung von nationalen Identitäten gegen andere nationale Identitäten ist ein besonders aufschlussreicher historischer Fall: Bewegung und Staat werden identisch, was es erlaubt, die mit der Bewegung identischen (National-)Staaten gegeneinander zu setzen. Es ist jener Fall, bei dem kollektive Identität gleichermaßen Konstitutionsprinzip sozialer Bewegungen wie Feld gewaltförmiger Beziehungen zwischen nationalen Identitäten gewesen ist. Hier zeigt sich die Logik der Mobilisierung kollektiver Identitäten.

Diese besondere Logik der Mobilisierung kollektiver Identitäten hängt mit ihrer Funktion der symbolischen Grenzziehung zusammen. Grenzziehung durch nationale Identitätskonstruktion sicherte Inklusion. Die damit verbundene Exklusion war solange kein Problem, wie die Exkludierten die äquivalente Option hatten, eine eigene kollektive Identität zu konstruieren. Die ideale Situation der gleichen Anerkennung der je anderen kollektiven Identitäten gehörte zum Bestand der Ideen, die die Nationenbildung in der entstehenden Moderne in Europa begleiteten. Jedes Volk definiert sich als kollektive Einheit und realisiert Freiheit und Gleichheit im Inneren. Dieser Idealzustand ist – ohne dass dies der Mobilisierung nationaler Identitäten wirkungsvoll entgegengewirkt hätte – sozial gebrochen gewesen. Freiheit und Gleichheit sind regulative Ideen eines Systems sozialer Ungleichheit, ein Aspekt, den Marx im Blick hatte. Doch die Idee reichte nicht,

um den Primat der Nation (euphemisiert als deren „Souveränität") gegen die Anerkennung des anderen im Konfliktfall zu verhindern und damit die Außenbeziehungen der Nation zu entmoralisieren.

Die Folgen dieser Entmoralisierung hat das Europa des 20. Jahrhunderts vorgeführt – und deren Fortsetzung lässt sich an nachholenden Prozessen der Nationenbildung in Osteuropa, Afrika oder Südostasien verfolgen. Der Hobbesche Naturzustand kennzeichnet die Beziehung zwischen kollektiven Identitäten, hier: Nationen. Eine Welt nebeneinander existierender kollektiver Identitäten ist instabil. Sie lädt zu strategischem Handeln ein. Eine Welt strategischen Handelns aber bleibt – wie uns die ökonomische Theorie gelehrt hat – an einige minimale Voraussetzungen, an ‚Institutionen' (im Sinne von Williamson u.a.), gebunden, um sich zu erhalten.

Diese Institutionen bleiben in der Welt kollektiver Identitätsmobilisierung kontingent. Sie entstehen außerhalb der Welt identitärer Bewegungen. Die Hypothese ist: Der Staat kommt zurück (wenn wir Glück haben), und zwar als transnationale Institution der Regulierung strategischen Handelns, als Regulierung sich globalisierender Märkte und militärischer Auseinandersetzungen. Ökonomische und militärische Macht, Märkte und Staaten werden durch transnationale Institutionen reguliert. Damit eröffnet sich ein neues Handlungsfeld jenseits von Identität und Lebenswelt: der transnationale Leviathan, der die Beziehungen zwischen den Nationalstaaten reguliert und ein Feld sozialen Handelns jenseits des Nationalstaats aufbaut. Die sozialen Bewegungen hätten wieder einen Gegner. Doch die Logik der Identitätsmobilisierung eignet sich nicht, diesen Blick auf das Transnationale durchzuhalten. Denn ihre Logik sucht das Partikulare, die identitätssichernde

Deutschland im Reformfieber

Einheit, die, wenn sie schon auf nationaler Ebene in Frage gestellt wird, nur mehr unterhalb der nationalen Ebene möglich ist.

2 Theoretische Vermutungen und empirische Prognosen

2.1 Soziale Bewegungen in einer postnationalen Welt

Die Ausbildung eines transnationalen Felds politischer Institutionenbildung reagiert vor allem auf das Problem der selbstdestruktiven Konkurrenz zwischen den mit sich und für sich identischen Nationalstaaten, auf die Transformation ökonomischer Konkurrenz in Identitätskämpfe. Die Konstruktion eines ‚institutionellen Systems' von Nationalstaaten in Europa hat diese Problematik reguliert. Sie hat gleichermaßen den Klassenkonflikt institutionalisiert und die Beziehungen zwischen den Nationen (wenigstens in Europa) auf eine relativ friedliche Basis gestellt.

Die entstehenden institutionellen Systeme der Zivilisierung zwischenstaatlicher Gewalt haben Identitätskämpfe, das Spiel von Mobilisierung und Gegenmobilisierung von nationalen Identitäten, institutionell eingebunden und damit regulierbar gemacht. Aus nationalen Identitätskämpfen wurden wieder nationale Interessenkämpfe. Die ökonomische Integration Europas durch politische Institutionenbildung ist wohl der avancierteste Fall der ökonomischen Zivilisierung von Identitätskämpfen.

Gegen diese Zivilisierungshypothese richtet sich die Feststellung, dass Identitätskämpfe auch auf transnationaler Ebene zurückkommen. Dies ist zumindest die Behauptung in Huntingtons zeitdiagnostischem Befund, wonach sich zentrale gesellschaftliche Konflikte von ideologischen und ökonomischen *cleavages* hin zu kulturellen Differenzen entlang ethnisch-religiöser Identitäten verlagern (Huntington 1993). Die gegenwärtig zu beobachtende *Mobilisierung kultureller Differenz* ist der Ort, an dem transnationale Interessenregulierung die Binnenlogik der neuen institutionellen Systeme unterläuft und sich dem Zugriff zwischenstaatlicher Sicherheitssysteme entzieht. Identitätsmobilisierung und Gegenmobilisierung wird jenseits des Nationalstaats zum Feld sozialer Auseinandersetzungen selbst.

Nun setzt diese These voraus, dass es diese identitären Großgebilde gibt. Huntington selbst sieht sie als ‚im Entstehen' begriffen. Die Theorie der Identitätsmobilisierung würde eher das Gegenteil vermuten: Dass solche Großgebilde äußerst instabil sind und dass wir es eher mit einer zunehmenden Anzahl von heterogenen, häufig konflikthaften Identitäten zu tun haben werden, in denen soziale Bewegungen Antreiber und Angetriebene zugleich sind.

Dennoch bleibt das generelle Problem bestehen: Können sich soziale Bewegungen auf die Transnationalisierung politischer Institutionenbildung einstellen? Und wenn ja, wie?

2.2 Die Konstruktion eines transnationalen öffentlichen Raums und die Rückkehr klassischer Bewegungsissues

Eine Bedingung für das Verlassen autonomieschonender Räume, jenem Projekt identitärer Bewegungspolitik am Ausgang des 20. Jahrhunderts, ist die Herstellung eines Kommunikationszusammenhangs jenseits subnationaler und nationaler Kommunikationsräume. Eine Öffentlichkeit jenseits des Nationalen ist die Voraussetzung für eine Bewegungspolitik, die der Entwicklung transnationaler Institutionenbildung angemessen ist.

Im hypothetischen Falle, dass es diese Öffentlichkeit gäbe, würde Bewegungshandeln wie-

der an jene Bewegungstraditionen anknüpfen, die den Konflikt zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Herrschaft und Protest, zwischen Macht und Gegenmacht zum konstitutiven Merkmal eines Bewegungsfeldes machen. Nur haben sich die zentralen Institutionen verlagert; sie sind aus dem Nationalstaat in transnationale Institutionen gewandert, die komplexere und weniger eindeutige herrschaftsspezifische Symbole und Mythen pflegen. Sie bieten sich weniger an – sie müssen erst sichtbar gemacht werden.

Das leisten soziale Bewegungen vermutlich heute besser als je. Es gehört ja gerade zu den Sozialisationseffekten moderner sozialer Bewegungen, dass sie die Klaviatur symbolischer Politik beherrschen, die mediale Kampagne, das Schlagen des Gegners mit dessen Waffen, hier den rhetorischen Waffen der Rede.

Dennoch steht das alles unter der unwahrscheinlichen Präsupposition der Herausbildung eines transnationalen kollektiven Kommunikationszusammenhangs. Huntington tut so, als ob es dieses Unwahrscheinliche schon gäbe und zieht daraus skandalisierende Schlussfolgerungen. Wenn aber schon die Prämisse unwahrscheinlich ist, dann hängt die Schlussfolgerung in der dünnen Luft der wohlmeinenden oder bösmeinenden Spekulation. Unsere Schlussfolgerung ist eine ganz andere. Wenn es denn gelänge, solche Kommunikationsräume herzustellen, eine gemeinsam geteilte und kollektiv legitime Lebensform herzustellen, die transnationale Institutionen zu belagern, zu kontrollieren und zu begrenzen in der Lage ist, dann ist der Prozess der Konstruktion solcher Räume derart voraussetzungsvoll, dass jene einfache kollektive Identität, die Huntington sieht, diese Voraussetzungen niemals wird erfüllen können. Es mag Regressionen geben. Doch die Ausbildung transnationaler Institutionen wird jenseits dieser – ihrerseits nicht sehr stabilen – hochkulturellen Rückerinnerung an große imperiale Zeiten andere Gemeinsamkeiten provozieren, die transnationale Räume des Protests mit ‚Identitäten' ausstatten, die alles andere als Spätformen traditioneller Hochkulturen und ihrer Religionen sind.

Das mag die List der Vernunft mit identitären Bewegungen sein: dass im Vollzug der Mobilisierung von Identitäten sich deren Gehalte auflösen. Zurück bleibt dann nur mehr ein mehr oder weniger funktionierender Kommunikationszusammenhang, der Interessen bündeln kann, sie normativ und kognitiv auszeichnen (‚legitimieren') kann und sie für die Träger narrativ verständlich machen kann.

Soziale Bewegungen müssen immer auf solche Kommunikationsräume aufbauen; sie können sie nicht einfach ‚machen'. Aber sie können darauf aufmerksam machen, wo der Gegner ist und was man wollen soll. Und wenn der Kommunikationszusammenhang stabil genug ist, um nicht nur Freiheit und Autonomie zu fordern, sondern auch Umverteilung von Reichtum und Lebenschancen, um gesellschaftliche Strukturveränderungen zu wollen, dann wären wir in der postnationalen Konstellation wieder bei den alten Bewegungen angelangt.

Klaus Eder ist Professor für Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und externer Professor am Europäischen Hochschulinstitut. Seine Hauptarbeitsgebiete sind vergleichende Analysen zur politischen Soziologie und zur Sozialstruktur europäischer Gesellschaften.

Literatur

Huntington, Samuel P. 1993: The clash of civilizations. In: Foreign Affairs, 72, 22-49.
Williamson, Oliver E. 1990: Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus. Unternehmen, Märkte, Kooperationen. Tübingen: Mohr.

Ingo Bode

Die Bewegung des Dritten Sektors und ihre Grenzen

Die Zukunft ist offen, aber die Trends der Gegenwart setzen harte Daten. Gefragt nach dem Schicksal sozialer Bewegungen an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert, lässt sich von daher aus soziologischer Perspektive mit einer guten und einer schlechten Nachricht aufwarten.

Ursachen einer Bewegungsflaute

Ausnahmsweise die Schlechte zuerst: Die gegenwärtige Bewegungsflaute ist kein Zufall. Ungeachtet aller Prognosen zur Entstehung einer ‚Bewegungsgesellschaft' (Neidhardt/Rucht 1993, Meyer/Tarrow 1998) scheint – zumindest für die Länder der westlichen Hemisphäre – heute allzu offensichtlich, dass alte und neue Deprivationserfahrungen, Inklusionsdefizite und Repräsentationslücken auf der einen Seite, neuartige Milieubildungen sowie die faktische Zunahme von Organisationsressourcen und Artikulationschancen auf der anderen Seite eines nicht mehr bewirken: nämlich das Auftreten breiter Bewegungen, die gesellschaftliche Veränderungen anstoßen. Proteste finden gewiss statt, aber zumindest in Deutschland sind sie nurmehr sporadisch, räumlich begrenzt und auf einzelne *Issues* ausgerichtet. Und meist werden sie nicht von locker vernetzten Aktionsgruppen, sondern (wieder zunehmend) von etablierten Verbänden getragen (*diese* Form des kollektiven Handelns wird hier nicht weiter behandelt).

Umfassende Bewegungen hingegen, die auf die soziale Ordnung als solches abzielen bzw. politisch gestalten wollen, werden unwahrscheinlich. Die Gründe dafür sind vielfältig, lassen sich aber in der Beobachtung bündeln, dass die dazu erforderlichen sozialen und kulturellen Sicherheiten fehlen. Bezüglich der kulturellen Sicherheiten mangelt es an kollektiven *frames* zur Deutung gesellschaftlicher Probleme (gegen wen soll heute welcher Wandel durchgesetzt werden?). Nicht unwesentlich erscheint jedoch zugleich der Verlust an sozialen Sicherheiten: einerseits dahingehend, dass potentielle Bewegungsakteure wie Studenten und Jungakademiker sich sehr viel mehr als in der Vergangenheit mit sich selbst, also mit der *persönlichen* (v.a. beruflichen) Zukunft beschäftigen; andererseits aber auch in der Weise, dass aufgrund zunehmender Mobilitätsanforderungen und -chancen die soziale Verlässlichkeit kollektiven Engagements zurückgeht – denn ‚heute hier und morgen dort' wird immer mehr zum Lebensmuster all derer, die gestern noch einen langen ‚Bewegungs-Atem' zeigten. Unter diesen Bedingungen werden Dauerkommunikation, kollektives *framing* und Kernmilieubildung – Faktoren, die als Entstehungsvoraussetzungen sozialer Bewegungen gelten (Neidhardt/Rucht 1993: 306ff) – problematischer; und dieser Trend wird sich kaum umkehren.

Bewegung des Dritten Sektors

Doch es gibt auch eine gute Nachricht: Das, was wir heute als *Produkt* der neueren ‚Bewegungsgeschichte' an Kontexten kollektiven Handelns vorfinden, ist von nie da gewesener Potenz und Relevanz; und Vieles spricht dafür, dass beides weiter wachsen wird. Das liegt zunächst an dem, was in der jüngeren Bewegungsforschung unter der Überschrift ‚Institutionalisierung' verhandelt worden ist, nämlich der Routinisierung und Normalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements im Prozess politischer Meinungsbildung: *Opinion building* abseits der etablierten Kanäle (Parteien und Verbände) wird als Stilmittel öffentlicher Auseinandersetzung alltäglich, und seine Protagonisten erscheinen als legitimer Teil einer zerstreuten, in ihrem Kern jedoch professionalisierten Sphäre des politischen Systems (Meyer/Tarrow 1998: 20ff).

Was freilich noch bedeutsamer ist: Mit dieser Institutionalisierung einher geht die *Formalisierung* sozialer Bewegung in Gestalt von Organisationen, die man gemeinhin dem sogenannten *Dritten Sektor* zurechnet. Dessen jüngere Geschichte hat in der Tat viel mit den Neuen Sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre zu tun. Zum Einen finden wir in ihm die unmittelbare Übersetzung von ‚Bewegungspolitik', etwa in Gestalt von Umweltvereinigungen oder Eine-Welt-Gruppen mit Vollzeitpersonal und Dauer-Lobbying. Zum Anderen sind aus Bewegungskontexten auch Organisationen entstanden, die praktisch und nicht (in erster Linie) politisch arbeiten: Auch wenn dabei die frühere „zivilisationskritische Komponente" (Zimmer 1997: 88) deutlich schwächer geworden ist, so stehen Kulturzentren, Kinderläden oder auch Alleinerziehenden- und AIDS-Selbsthilfegruppen heute noch immer für eine praktische Übersetzung früherer Bewegungsziele. Durch ihre alltäglichen Operationen, aber häufig auch durch Formen lokalpolitischer Mobilisierung machen sie sich als Akteure mit Bewegungssinn bemerkbar.

Dieses ‚bewegte' Organisationsfeld hat weiter Wachstumschancen. Es könnte zu Stützpunkten für lokalen Protest und kollektives Engagement werden. Die Entwicklung führt zu einer ‚Bewegung des Dritten Sektors' aber auch in der Hinsicht, dass – zumindest in Teilen – seine traditionelleren Bestandteile ebenfalls zu zivilgesellschaftlichen Agenten werden. Dazu trägt die ‚bewegte' Konkurrenz ebenso bei wie die Ausdünnung korporatistischer Regulierungsmuster. Der ‚Dritte Sektor' als Sphäre zwischen Markt, Staat und Lebenswelt entfernt sich dadurch *insgesamt* von seiner angestammten ‚Lückenbüßerfunktion' und *bewegt sich*, hin zu einem Handlungsfeld für kritisches Engagement. So beziehen heute selbst die traditionellsten Wohlfahrtsverbände politisch Stellung und beteiligen sich an Aktionsbündnissen auf lokaler, mitunter auch auf überregionaler Ebene (Pabst 1998).

Zum Formwandel kollektiven Engagements

Allerdings erfährt kollektives Engagement insgesamt mehr und mehr einen Formwandel. Es besteht immer weniger aus lautstarkem Agenda-Setting qua Massenprotest, sondern wird in wachsendem Maße von *Kampagnenpolitik* und *Dienstleistungsansätzen* bestimmt. Bewegungsorganisationen, die sich etwa um Menschenrechte oder Umweltschutz bemühen, setzen zunehmend auf *public campaigning*; sie arbeiten hochprofessionell, sind aber zugleich an anonyme Unterstützungs-Gemeinschaften gebunden (Baringhorst 1998). Die wachsende Offenheit und Selbständigkeit der Medien sowie der Bedarf an durch sie konstruierten Identifikationen eröffnet ganz offensichtlich Chancen für *‚virtuelles' Bewegungshandeln*. Mora-

lische Unternehmer bieten gewissermaßen ein ‚Protest-Produkt' und avisieren damit eine Kundschaft, die organisatorisch nurmehr lose angekoppelt ist – etwa vermittels Spenden oder über Petitions- und Boykottinitiativen. Solche Mechanismen des kollektiven Engagements werden zunehmend auch von anderen Vereinigungen des Dritten Sektors aktiviert werden, wie der gegenwärtige Boom für *social marketing*-Konzepte signalisiert.

Vieles deutet darauf hin, dass kollektives Engagement zukünftig in solchen virtuellen Formen seine zentrale Ausdrucksform findet. Unter bestimmten Umständen ist allerdings auch denkbar, dass reales und virtuelles Bewegungshandeln ineinander greifen, indem *Kombinationen zwischen sozialer Vergemeinschaftung und medialer Popularisierung* auftreten – etwa nach dem Muster der französischen Arbeitslosenbewegung, deren lose koordinierte Kleingruppen über den Weg medienwirksam arrangierter, symbolträchtiger Kommandoaktionen binnen weniger Wochen die *nationale* Öffentlichkeit eroberten (Bode 1998).

Neben dem medienorientierten ‚Campaigning' lässt sich die Verknüpfung von Bewegungsimpulsen und *Dienstleistungsansätzen* als Zukunftsressource begreifen. Diese Verknüpfung ist in sozialhistorischer Betrachtung kein Novum, sondern vielmehr ein klassisches Kennzeichen weiter Teile des Dritten Sektors, fallen doch gerade in den Anfängen freier Assoziationen ideelle und materielle Praxis häufig zusammen (Evers 1992). Allerdings wurden die meisten dieser Assoziationen – wie etwa Genossenschaften oder sozialdemokratische Wohlfahrtsorganisationen – im Verlaufe des 20. Jahrhunderts ‚pazifiert'; demgegenüber ist das Verhältnis zwischen den aus den neueren sozialen Bewegungen hervorgegangen Vereinigungen und ihrer politischen Umwelt relativ konfliktuell ausgerichtet, d.h. die Organisationen der neuen Generation weisen einen vergleichsweise hohen Politisierungsgrad auf und verhalten sich in Bezug auf normative Fragen weit weniger passiv als ihre ‚pazifierten' Vorgänger. Zugleich allerdings fokussieren sie nicht mehr ein kritisch auf die soziale Ordnung bezogenes *politisches* Engagement, sondern suchen eine ‚Materialisierung' von Bewegungshandeln.

Perspektiven einer materiellen Praxis

Dieser Trend zur materiellen Praxis, der sich parallel zur Institutionalisierung sozialer Bewegungen eingestellt hat, dürfte sich zukünftig weiter fortsetzen. Ob Arbeitslosenarbeit, Selbsthilfe von Alleinerziehenden oder soziale Unterstützung von AIDS-Patienten: Es gibt heute viele Beispiele für Organisationsfelder, in denen eine Verkopplung von Bewegungshandeln und Dienstleistung stattfindet; und in Anbetracht der zunehmenden Virulenz der von ihnen bearbeiteten Problemlagen, der Verknappung sozialstaatlicher Mittel und der Partizipationsbedürfnisse vieler Betroffener steht zu erwarten, dass solche Organisationsfelder weiter prosperieren – mit ambivalenten Folgen allerdings.

Die Zukunft verspricht in der Tat nicht nur Rosiges. Zum Einen verändert sich sukzessive die Beziehung zwischen dienstleistungsorientierten Organisationen mit Bewegungshintergrund und ihren Umwelten: Der für den Aufbau und den Unterhalt dieser Organisationen erforderliche *informelle* ‚Input' wird spärlicher, die Grenzen der Solidarität werden enger gezogen (Bode/Brose 1999: 187ff): Das sozial bewegte Mitglied bleibt zunehmend nur dann bei der Stange, wenn die ‚Rechnung stimmt'; sein Engagement richtet sich auf konkrete Gegenleistungen, die zwar auch einen symbolischen Wert haben können, aber selbst in diesem Falle – aller Erfahrung nach – heute weni-

ger (dauerhaft) binden als es noch die Bewegungsziele der 70er Jahre vermochten. Engagement wird mithin zunehmend unzuverlässig. Das wiederum schwächt den ‚Bewegungsrückhalt', der in der Vergangenheit dazu beigetragen hat, dass viele Vereinigungen den Marsch durch die Institutionen überhaupt antreten konnten: Denn erst die Mobilisierung sozialen Protestes schuf letztlich die Gelegenheit zum Erwerb der überlebenswichtigen öffentlichen Mittel und Aufträge.

Hieraus entsteht nun aber ein zweiter Vorbehalt bezüglich der weiteren Entwicklungschancen solcher Organisationen. Wenn diesen, wie heute bereits vielfach der Fall, Kürzungen der ‚Staatsknete' ins Haus stehen und sich dies mangels Masse auch durch Protestmobilisierung kaum mehr verhindern lässt, dann müssen sie sich an andere Umwelten wenden: kommerzielle Sponsoren, launische Spendenmärkte und wählerische Dienstleistungskunden. Dieser Prozess hat längst eingesetzt und wird sich weiter zuspitzen. Das gilt im Übrigen auch für die traditionelleren Segmente des Dritten Sektors, die sich mithin der doppelten Anforderung einer Politisierung *und* Ökonomisierung gegenübersehen. Unter solchen Bedingungen geraten allerdings die zentralen Ressourcen – nämlich hauptamtlich Aktive – unter Dauerdruck: Ihre eigene Funktion steht zur ständigen Disposition, das Management wird wichtiger als der ‚Milieukontakt'. Das aber könnte auf mittlere Sicht zur Auszehrung der ideellen Organisationsprogramme führen und zugleich die Expansions- bzw. Bestandschancen beeinträchtigen (Bode 1999).

Die ‚Bewegung' des Dritten Sektors findet aber auch dort ihre Grenzen, wo es unmittelbar um die Vermittlung von Bewegungszielen geht, nämlich im *public campaigning*. Denn das Engagement derer, die durch Kampagnen erreicht werden, bleibt nicht nur in dem Sinne ‚beschränkt', dass es sporadisch und konjunkturabhängig ist, sondern auch dahingehend, dass es lebensweltlich bzw. gesellschaftlich relevante Probleme zwar noch thematisiert, aber keine weiterreichenden politischen Gestaltungsansprüche mehr formuliert – schon gar nicht in einem diskursiven Verfahren, wie man es zumindest teilweise in der Praxis der klassischen Neuen Sozialen Bewegungen ausmachen konnte. So sehr also ‚Bewegungskampagnen' weiter an Bedeutung gewinnen werden, so fraglich ist es, ob sich daraus noch nachhaltiger politischer Druck entfalten kann.

Fazit

Die Zukunft der im Dritten Sektor ‚angekommenen' Organisationen mit Bewegungshintergrund hat mithin zwei Seiten: Einerseits verdichtet sich eine Infrastruktur, auf die Proteste und Engagement im Einzelfall bauen können, wobei sich das Repertoire von Bewegungshandeln durchaus erweitert. So sehr sich jedoch darin neue Ressourcen manifestieren, so deutlich ist andererseits der Zwang zur Anpassung. Insofern wird man der allgemeinen Feststellung von Meyer und Tarrow zustimmen können, der zufolge Bewegungsakteure im Übergang zum neuen Jahrhundert „have greater discretionary resources, enjoy easier access to the media, and have cheaper and faster geographic mobility and cultural interaction" (1998: 18), während Bewegungshandeln als solches „may lose its power to inspire challengers and to impress antagonists and authorities" (ebd.: 4).

Bliebe die Frage nach den Konsequenzen der Entwicklung für die sozialwissenschaftliche Forschung. In gewisser Hinsicht spricht die erwartbare Entwicklung für eine ‚Amerikanisierung' der Theorie sozialer Bewegungen, und zwar in dem Sinne, dass *Prozesse der Ressourcenmobilisierung* der interessanteste An-

satzpunkt bei der Analyse von Bewegungshandeln werden dürften. So rudimentär der Approach bezüglich der Erklärung sozialer Bewegungen als Ausdruck besonderer Solidarisierungsprozesse und Gelegenheitsstrukturen auch sein mag, so anschlussfähig erweist er sich für eine Perspektive, die auf die kritische Größe in Bezug auf die zukünftige Tragweite von Bewegungshandeln gerichtet ist: nämlich das sich wandelnde Verhältnis zwischen Bewegungs*organisationen* und ihren pluralen Umwelten sowie die Folgen, die daraus erwachsen. Denn selbst wenn – wider Erwarten – soziale Bewegungen *klassischen* Typs neu entstehen und bestehende Institutionen angreifen sollten, so erscheint fraglich, ob dies ohne die Multiplikatoreffekte des organisierten ‚campaigning' und ohne die Einmischung des ‚bewegten Dritten Sektors' jemals noch wird von statten gehen können.

Ingo Bode ist Hochschulassistent am Fach Soziologie der Gerhard Mercator Universtität GH Duisburg.

Literatur

Baringhorst, Sigrid 1998: Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Bode, Ingo 1998: Ein französisches Wunder? Zur Infrastruktur von Arbeitslosenprotesten. In: Forschungsjournal NSB, Jg.11, Heft 2, 17-24.

Bode, Ingo 1999: Von bewegt bis flexibel. Zur Entwicklung von Arbeitsverhältnissen im Dritten Sektor. Erscheint in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg.45, Heft 11/12.

Bode, Ingo/Brose, Hanns-Georg 1999: Die neuen Grenzen organisierter Reziprozität. Zum gegenwärtigen Wandel der Solidaritätsmuster in Wirtschafts- und Nonprofit-Organisationen. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg.9, Heft 2, 179-196.

Evers, Adalbert 1992: Soziale Ordnung und soziale Bewegung im Konzept des Wohlfahrtsmix. In: Forschungsjournal NSB, Jg.5, Heft 4, 49-58.

Meyer, David S./Tarrow, Sidney 1998: A Movement Society: Contentiouos Politics For a New Century. In: dies. (Hg.): The Social Movement Society. Boston: Rowan & Littlefeld Publishers, 1-28.

Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1993: Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt, Jg.43, Heft 3, 305-326.

Pabst, Stefan 1998: Interessenvermittlung im Wandel. Wohlfahrtsverbände und Staat im Postkorporatismus. In: Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen (Hg.): Nonprofit-Organisationen im Wandel. Das Ende der Besonderheiten oder Besonderheiten ohne Ende? Frankfurt/M.: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge/Kohlhammer, 177-197.

Zimmer, Annette 1997:, Public-private Partnerships: Staat und Dritter Sektor in Deutschland. In: Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Seibel, Wolfgang/Zimmer, Annette (Hg.), Der Dritte Sektor in Deutschland. Berlin: Sigma, 75-98.

Susann Burchardt

Mehr Protest – weniger Bewegung?

Überlegungen zur Zukunft von Protest und sozialer Bewegung in modernen westlichen Demokratien

Über die Zukunft sozialer Bewegungen in modernen westlichen Demokratien zu spekulieren, gleicht einem Spiel mit offenem Ausgang: Alles scheint möglich. Hinzu kommt, dass es bei einer derartig offenen Problemformulierung nicht klar ist, über wessen Zukunft hier eigentlich spekuliert wird. Dies wird durch die extreme Breite des Antwortspektrums der ersten Befragungswelle des Bewegungsdelphis mehr als deutlich. Sind es die alternativen Szenen der Großstädte, die weit verzweigten Selbsthilfenetzwerke der unterschiedlichsten Bereiche oder alternative Projektgruppen? Sind es auch die sich wieder formierenden Rechten, die vor gewalttätigen Aktionen nicht zurückschrecken und so medienwirksam mobilisieren können? Sind es gar die Millionen ‚Techno-Jünger', die unter dem Banner des Friedens und der Lebensfreude im Sommer durch die Straßen der europäischen Hauptstädte ziehen? Oder meinen wir etwa doch nur die (mittlerweile) ‚klassischen' neuen sozialen Bewegungen, die durch spezifische Infrastrukturen und periodische Protestwellen deutlich erkennbar sind und somit von Szenen, Milieus und soziokulturellen Strömungen abzugrenzen sind, wie die offensichtlich sehr fest vernetzte und schnell zu mobilisierende Anti-Atom-Bewegung (siehe Gorleben)? Wie sieht es aus mit Arbeitnehmern, die zunehmend die Betriebe und Unternehmen verlassen, um außerhalb von Tarifauseinandersetzungen für ihre Interessen zu protestieren? Reden wir etwa auch über eine ‚neue' Arbeiterbewegung?

In diesem mehr oder weniger essayistischen Beitrag wird bewusst darauf verzichtet, Prognosen über die Zukunft sozialer Bewegungen zu stellen, die sich auf konkrete Themen, Akteure oder Protestarenen beziehen. Die Abhängigkeiten von konkreten historischen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die – wie die bisherige Geschichte beweist – durch die Sozialwissenschaften in der Regel nicht oder nur sehr ungenügend vorhergesagt werden können, verbieten ein solches Vorhaben geradezu. Hinzu kommt, dass dem Wesen einer sozialen Bewegung eine gewisse Unvorhersehbarkeit eigen ist. Wer, wann, wo und zu welchem Thema als soziale Bewegung in Erscheinung treten wird, wird niemand vorhersagen können. Sinnvoll erscheinen mir dagegen vielmehr Aussagen auf einem mehr oder weniger abstrakten Niveau, die grundsätzliche strukturelle Entwicklungsmöglichkeiten thematisieren.

Geht man, wie im vorliegenden Beitrag, von der Sinnhaftigkeit des Unternehmens, Erwartungen über die zukünftige Entwicklung sozialer Bewegungen zu formulieren, aus, müssen die Voraussetzungen der theoretischen Analyse geklärt sein. Dazu gehört die deutliche theoretische Kennzeichnung der Dinge, über deren Zukunft Aussagen getroffen werden sollen. Ansonsten wird man über eine Art groß angelegtes Brainstorming, wie es die erste Befragungswelle zur Zukunft sozialer Bewegungen zweifelsohne darstellt, nicht hinauskommen.

Soziale Bewegungen als Protestbewegungen

In seiner Soziologie des Risikos, in der Luhmann soziale Bewegungen als Reaktionen auf Situationen, ... in denen man das Opfer des riskanten Verhaltens anderer werden könnte', beschreibt, verlässt er sehr schnell die begriffliche Ebene der sozialen Bewegung und spricht fortan von Protestbewegungen. Was bei Luhmann (1991) lapidar damit begründet wird, dass Protestbewegungen sichtbarer sind als das ‚allgemeine Phänomen der sozialen Bewegung', entspringt offenbar der gleichen theoretischen Verlegenheit, in der sich auch gestandene BewegungsforscherInnen befinden, werden sie danach gefragt, was eigentlich eine soziale Bewegung sei. Und was denn gemeint sei bei der Formulierung möglicher Entwicklungsvorhersagen.

Ich möchte mich dem Vorgehen Luhmanns anschließen und den Begriff der sozialen Bewegung auf den der Protestbewegung reduzieren und in diesem Beitrag über mögliche zukünftige Entwicklungen von Protestbewegungen nachdenken. Die theoretische Reduzierung einer sozialen Bewegung auf die ‚sichtbare' Protestbewegung geschieht nicht aus theoretischer ‚Bequemlichkeit', wie es mir bei Luhmann scheint, sondern ist in dem folgenden Punkt begründet:

Soziale Bewegungen sind nur in der Sphäre der Öffentlichkeit sichtbar und somit aus der Sicht der Gesellschaft und des politischen Systems auch wirksam. Eder spricht von der dauerhaft angelegten Präsenz im öffentlichen Raum durch permanente Kommunikation, die zur Herstellung realer Handlungszusammenhänge notwendig ist (Eder 1995: 273). Einfacher ausgedrückt: zur öffentlichen Protestmobilisierung. Ist eine Protestmobilisierung durch die Akteure nicht mehr möglich, erlischt die Protestbewegung und also die mit ihr verbundene oder aus den Protesten hervorgegangene soziale Bewegung. „Als Sediment erloschener sozialer Bewegungen entstehen organisierte, planstellendefinierte Entscheidungskompetenzen auf der einen Seite und brachliegende Protestpotentiale auf der anderen sowie, zur Vermittlung gleichsam, nostalgische Rückblicke auf die civic virtue des public man" (Luhmann 1991: 139)[1].

Die Frage lautet also: Wird es in Zukunft möglich sein, und unter welchen Umständen wird dies möglich sein, öffentlich und nicht nur kurzfristig, zu Protest zu mobilisieren? Ist eine weiterhin wahrnehmbare Protestmobilisierung etwa durch die Konfliktzuspitzung entlang der Linie Exklusion/Inklusion (Hellmann 1996) denkbar? Wird die Politikverdrossenheit und die Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten von der politischen Klasse zu massenhafter Protestmobilisierung führen oder doch eher zu Apathie oder diffusem, gewalttätigen Protestverhalten, welches nicht als Protest – also eine politische Partizipationsform – betrachtet werden kann?

Protestthemen und Adressaten

Geht man von der auch von Eder postulierten ‚postmodernen Beliebigkeit' aus, in der jedes Issue, jede Streitfrage für soziale Bewegungen kommunikabel ist (also letztlich auch mobilisierungsfähig) (Eder 1995: 278), so müssten gerade die Zuspitzungen der gegenwärtigen und wohl auch zukünftigen sozialen Ungleichheiten oder aber die wohl im Moment auf dem historischen Höchststand befindliche Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik ganz besonders prädestiniert sein, um in öffentlichkeitswirksamen Protesten artikuliert zu werden. Gerade aber diese postmoderne Beliebigkeit, dieses ‚Alles ist möglich', die fortwährende und sich immer stärker ausprägende Kon-

tingenz gesellschaftlicher Entwicklung, die unzähligen Gründe für gesellschaftliche Ausschließungstendenzen oder Politikverdrossenheit, werden in den modernen westlichen Demokratien zu einem deutlichen Rückgang von mitgliederstarken Protestbewegungen, wie wir sie aus den 80er Jahren in der Bundesrepublik kennen, führen.

In Zeiten zunehmender Differenzierung gesellschaftlicher Problemlagen, einer damit einhergehenden ‚Verwirrung' der gesellschaftlichen und politischen Verantwortlichkeiten und somit des zunehmenden Verlustes eines ‚Gegners' bzw. Adressaten für Protest, wird es immer unwahrscheinlicher, dass griffige und schlüssige Masterframes gebildet werden können. Diese sind aber für öffentlichkeitswirksame Protestbewegungen notwendig. Streitfragen und Issues, egal aus welchem Bereich sie kommen, können immer weniger ‚einzeln' gedacht und diskutiert werden. Damit wird es zunehmend nicht mehr möglich sein, konkrete Handlungsorientierungen durch Kommunikation zu erzielen. Die zunehmende Information, das zunehmende Wissen über Issues und Problemlagen, die potentiell Protestanlass sein könnten oder sogar schon waren, führt zur Abnahme der mobilisierenden Kraft eines Themas, weil die Differenzerhaltung, die klare Polarisierung zwischen Für und Wider, zwischen Gegnern und Sympathisanten immer schwieriger wird.

Die meines Erachtens einzige Möglichkeit, diese für Protestmobilisierungen notwendige Differenz zu erhalten, ist die Moralisierung oder Ideologisierung bestimmter Problemlagen oder Streitfragen ins Extreme; denn sachliche Diskussionen oder Lernprozesse differenzieren nicht so, dass in einer Diskussion Gegner und Befürworter deutlich erkennbar werden. Ein

gutes Beispiel dafür ist der Abtreibungskonflikt in den USA. In diesem Konflikt ist der öffentliche Diskurs dadurch gekennzeichnet, dass die Argumente der Gegner bzw. der Befürworter der Abtreibung stark moralisch-religiös zugespitzt sind; Protestmobilisierungen finden unter den eigentlichen Sachverhalt stark vereinfachenden Parolen statt; radikale und oft gewalttätige Proteste auf beiden Seiten sind die Folge.[2] Diese starke Vereinfachung der Streitfragen ist offenbar mobilisierungsnotwendig, unter den genannten Bedingungen aber zunehmend schwieriger zu erreichen, was zu einer weiteren Radikalisierung führen kann.

Mögliche Entwicklungstendenzen

Folgende Tendenzen in der Entwicklung von Protestbewegungen in modernen Demokratien sind vor dem Hintergrund fortschreitender gesellschaftlicher Differenzierungstendenzen erwartbar: Die Bewegungsförmigkeit von Protest wird abnehmen. Das heißt nicht, dass die Protestzahlen insgesamt unbedingt sinken werden[3], aber nur noch selten wird es zu vernetzten Protesten mit breiter Mobilisierungsbasis – einer Protestbewegung – kommen. Protest wird in Einzelaktionen zunehmend gezielt als politische Partizipationsform eingesetzt. Auch etablierte Akteure des gesellschaftlichen Interessenvermittlungssystems können auf Protest zur Verstärkung ohnehin schon starker lobbyistischer Argumente zurückgreifen – beispielsweise Ärzte oder Bauern. Andererseits gehen die Protestpotentiale, die durch eine einmal erfolgte Protestmobilisierung in Form von Gruppen und Netzwerken entstanden sind, nicht vollständig verloren. Einmal geknüpfte Netzwerke bleiben in ihren Grundstrukturen weitgehend bestehen. Eine rasche und effektive punktuelle Mobilisierung zu einzelnen Protestaktionen ist durch die zeitlich enorm verkürzten Kommunikationswege (Internet) jederzeit möglich. Politisches und gesellschaftliches auf Dauer gestelltes außerparlamentarisches Engagement findet aber zunehmend pragmatisch orientiert und oft in Zusammenarbeit mit etablierten politischen Entscheidungsträgern in Projektgruppen oder -zusammenhängen statt.[4]

Neben der zunehmend pragmatischen Orientierung des Bewegungssektors und der Abnahme der Bewegungsförmigkeit von Protesten ist eine vollkommen anders geartete Entwicklung von Protesten denkbar. Da sich soziale Ungleichheiten bzw. Schräglagen entgegen den Erwartungen der sozialwissenschaftlichen Forschung Anfang der 80er Jahre in Zukunft weiter verschärfen werden, gleichzeitig aber die Zurechenbarkeit von Ursachen oder Verantwortlichkeiten aufgrund der beschriebenen Differenzierungsprozesse weiter abnimmt, werden inhaltlich diffuse, gewalttätige Proteste weiterhin zum Bild einer modernen Demokratie gehören. Ob diese im wissenschaftlichen Blick der Protest- und Bewegungsforschung bleiben werden, scheint mir abhängig von der Protestdefinition, die angewandt wird. Hat der zugrundegelegte Protestbegriff ‚Platz' für inhaltlich diffuse und nicht konkret adressierte Aktionen (z.B. rechtsextreme Übergriffe), oder verweist er solche Aktionen in das Forschungsfeld der Kriminologie oder allgemeiner Konfliktforschung? Ob es zu einer Zu- oder Abnahme solcher Proteste kommt, wird stark von allgemeinen wirtschaftlichen Rahmendaten – wie der Entwicklung der Erwerbslosenzahlen – abhängen.

Die bisher formulierten Erwartungen beziehen sich ausdrücklich auf moderne westliche Demokratien. In Gesellschaften, die über ein anderes, niedrigeres Modernisierungsniveau verfügen, werden Protest und soziale Bewegung grundsätzlich anderen Bedingungskonstellationen folgen. In den westlichen Demokratien lässt sich die erwartete Entwicklung sozialer

Bewegungen auf die Formel ‚Mehr Arbeit – weniger Bewegung' bringen. Protest ist dabei als normaler Bestandteil der ‚Arbeit' von entsprechenden Gruppen und Netzwerken, die gemeinhin als soziale Bewegung bezeichnet werden, zu betrachten. In Entwicklungsländern oder Transformationsgesellschaften werden große und übergreifende Protestbewegungen hingegen weiterhin treibende Kräfte gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse sein. Durch die Gleichzeitigkeit beider Entwicklungen und die globale Vernetzung und Interdependenz von Problemlagen sind allerdings spürbare Wirkungen auf die gesellschaftlichen Prozesse in westlichen Demokratien zu erwarten. So wie sich die Industrienationen dieser Entwicklung stellen müssen, ist es für die Bewegungs- und Protestforscher in diesen Ländern dringend angebracht, die wissenschaftlichen Überlegungen über Ursachen, Wirkungen und Verläufe sozialer Bewegungen in Entwicklungsländern und/oder Transformationsgesellschaften zu intensivieren und den Blick verstärkt dorthin zu richten.

Susann Burchardt ist Sozialwissenschaftlerin und derzeit als Lehrbeauftragte an der Universität Potsdam tätig.

Anmerkungen

[1] Viele Vertreter der Bewegungsforschung sprechen in diesem Falle nicht vom Ende einer sozialen Bewegung, sondern in der Regel von Institutionalisierung (Roth 1994; Rucht/ Blattert/ Rink 1997) einer sozialen Bewegung bzw. einer Formveränderung, Transformation etc. Diese Interpretationen, die die vielen unterschiedlichen, teilweise vernetzten, teilweise unabhängig voneinander agierenden Gruppen, die aus einer Protestbewegung hervorgegangen sind, oft als die eigentliche soziale Bewegung bezeichnen, beruht auf der weit gefassten Definition von sozialer Bewegung, die meines Erachtens aber Tür und Tor dafür öffnet, letztlich alle kollektiven Zusammenhänge im zivilgesellschaftlichen Bereich einer sozialen Bewegung zuzuordnen.

[2] Als weiteres Beispiel ist zu nennen: Die mobilisierungswirksame Reduzierung der Problematik des Golfkrieges 1991 auf die Parole ‚Kein Blut für Öl' durch einen Großteil der Golfkriegsgegner.

[3] Schätzungen auf der Basis der Entwicklung von ermittelten Protestzahlen für die 90er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland lassen eher den gegenteiligen Schluss zu: Protest als Form der Meinungsbekundung und Problemartikulation verliert zahlenmäßig nicht an Bedeutung.

[4] Für die Bundesrepublik konnte einen solcher Trend der zunehmenden Projektorientierung von alternativen Gruppen bereits mehrfach festgestellt werden (Burchardt 1999; Rucht/ Blattert/ Rink 1997). Ein aktueller Blick in entsprechende Datenbanken des Internet bestätigt diesen Trend (vgl. ARIC; Adressen-Datenbank des Netzwerk Friedenskooperative).

Literatur

Burchardt, Susann 1999: Problemlagen, Unzufriedenheit und Mobilisierung. Unterschiede in den Proteststrukturen in Ost- und Westdeutschland 1990–1994. Manuskript der Dissertation. Berlin.

Eder, Klaus 1995: Die Institutionalisierung sozialer Bewegungen. Zur Beschleunigung von Wandlungsprozessen in fortgeschrittenen Industriegesellschaften. In: Müller, Peter/Schmid, Michael (Hg.): Sozialer Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 267-290.

Hellmann, Kai-Uwe 1996: Systemtheorie und neue soziale Bewegungen. Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft. Opladen: Westdeutscher.

Luhmann, Niklas 1991: Soziologie des Risikos. Opladen: Westdeutscher.

Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Köln: Bund.

Rucht, Dieter/ Blattert, Barbara/ Rink, Dieter 1997: Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Frankfurt/M./New York: Campus.

Mechtild Jansen

Die Wiederbelebung des Modernitätsvorsprungs

Thesen zur Zukunft sozialer Bewegungen

Zur Prophetie braucht es Begabung. Zukunft lässt sich nicht vorhersagen. Wer sich Zukunftsfragen stellt, schaut auf die Gegenwart, ihre Möglichkeiten wie Probleme und versucht, sich auf Analyse und vergangene Erfahrungen stützend, extrapolierend eine Prognose. Die Autorin begrenzt ihren Blick vor allem auf Deutschland und Europa, mehr West- als Osteuropa. Soziale Bewegungen werden als Produkte der Gesellschaften und Reflexe auf deren Probleme verstanden. Die Prognose sei in einigen Thesen zusammengefasst.

1 Wozu soziale Bewegung?

Wozu werden soziale Bewegungen überhaupt und wozu werden sie in Zukunft gebraucht? Unbefriedigte Bedürfnisse, gesellschaftliche Probleme und politischen Handlungs- und Gestaltungsbedarf gibt es in der heutigen Zeit des tiefgreifenden sozialen Wandels genug. In der modernen Gesellschaft sind selbstbestimmtes Handeln, Lernorientierung und Emanzipation für die Einzelnen wie die Gesellschaft produktives Verhalten, denn sie erleichtern Problemlösung. Außerdem bedeuten sie einen Zugewinn an Freiheit. Daneben brauchen Demokratie und demokratische Politik in den etablierten Institutionen ihrer Natur nach permanente soziale Bewegung.

Soziale Bewegungen zeigen Probleme an, sie motivieren und bilden ihre Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Selbsthilfe aus, sie tragen zur aktiven Interessenvertretung bei, über sie nehmen Menschen Bürgerrechte aktiv wahr. Soziale Bewegungen beleben Demokratie und erneuern sie prozessorientiert. So ermöglichen und gewährleisten sie gesellschaftliche wie politische Entwicklung. Bei dieser Bestimmung des Vermögens von sozialen Bewegungen ist emanzipatorische Bewegung assoziiert und vorausgesetzt.

Doch es gibt auch regressive soziale Bewegungen, die ein Zurück in eine vormundschaftliche Gesellschaft verlangen und erzwingen wollen.

2 Prognose für das 21. Jahrhundert

Soziale Bewegungen wird es auch im 21. Jahrhundert geben. Das gilt auch, weil sie in den letzten fünfzig Jahren zu einem elementaren Bestandteil der westlichen europäischen Demokratie und zum Bestandteil des kulturellen Erfahrungsschatzes geworden sind, der so leicht nicht verloren gehen kann. Fünf Arten sozialer Bewegungen lassen sich künftig denken:

(1) Soziale Bewegung wird es sicher als thematisch singuläre Protestäußerungen kleinerer und größerer Art mit abwehrendem Charakter geben. Es gibt auch in den westlichen Demokratien genügend Gruppen, die sich materiell wie immateriell benachteiligt fühlen und de-

nen ungewollt z.B. wirtschaftlich schwierige Veränderungen oder Beschränkungen auferlegt werden oder die ihre gewährten Privilegien sichern wollen.

(2) Ob es soziale Bewegungen als große Massenbewegung geben wird, die tiefgreifende gesellschaftliche Lern- und Veränderungsprozesse oder gar kulturell-politische Umwälzungen in Gang setzen, ist schwer voraussehbar. Voraussetzung dafür wäre, dass das bewegende Thema, der Anlass dieser Massenbewegung, für etwas steht, das auch das Ganze der Gesellschaft(en) betrifft und damit Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, Schichten und Milieus bindet. Der Stoff dafür wächst in einer eindimensionalen Marken-Markt-Welt, die einerseits viele Menschen von der sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft ausschließt und andererseits viele Seiten des Menschseins und Teile des menschlichen Lebens ausgrenzt oder abspaltet.

(3) Soziale Bewegungen wird es aber auch als zivilgesellschaftliche Bürgerinitiativen und Lobby-Organisationen geben. Sie sind bereits heute unentbehrliche Ergänzungen zu (geschwächten) Parteien und (teilweise sinnentleerten) parlamentarischen Institutionen geworden. In Zukunft werden soziale Bewegungen in zunehmendem Maße sowohl die Aufgaben und Funktionen traditioneller Basisorganisationen wie der Familie als auch der etablierten staatlichen Organisationen ergänzen oder ersetzen. Dennoch bleibt die wirkliche politische Stärke dieser Variante von sozialer Bewegung und ihr Einfluß zwischen kompensatorischer (bis hin zu bloßer Alibi-)Funktion einerseits und fundierter Selbstbestimmung für Bürger und Bürgerinnen andererseits offen. Gegenwärtig wird der finanzielle, soziale und politische Spielraum für diese Art von Bewegung knapper, und die Funktion, die ihnen aufgenötigt wird, beschränkt sich auf eine moderne Variante der Armenhilfe.

(4) Soziale Bewegungen wird es weiterhin als politisch, religiös und sozial motivierte Solidaritätsbewegungen mit ‚Anderen' im eigenen Land oder in fremden Ländern geben, die als Opfer herrschender Mächte angesehen werden. Der Einfluss dieser Bewegungen wird Schwankungen unterworfen sein, und sie werden immer im Zusammenhang mit anderen Varianten sozialer Bewegungen stehen.

(5) Eine Weiterentwicklung sozialer Bewegungen in Ost- und Westdeutschland sowie in Europa wäre eine neuzeitliche BürgerInnenrechtsbewegung. Sie stellt die schwierigste Variante dar: aufgrund der Komplexität und des ambitionierten Anspruchs der Aufgabe und aufgrund der Tatsache, dass eine neue BürgerInnenrechtsbewegung nicht nur nicht ohne alternative gesellschaftliche Visionen oder Utopie auskommen könnte, sondern obendrein Ansätze konkreter realisierbarer politischer Alternativen bündeln müsste.

3 Aktuelle Schwierigkeiten

In der näheren Zukunft werden es die existierenden ehemals neuen und alten sozialen Bewegungen – wie gegenwärtig zu erleben – weiterhin schwer haben. Ihr jüngeres Entstehen liegt bereits zehn (Ost) und zwanzig und mehr Jahre (West) zurück; ihre emanzipatorischen Anliegen haben bereits Eingang in die Institutionen gefunden oder ihr emanzipatorischer Gehalt ist instrumentalisiert worden. Hinzu kommt, dass ihre heutigen Anlässe zu kleinteilig und diffus sind oder erscheinen sowie den neueren und nachwachsenden möglichen Bewegungsakteuren der Überschuss an Kraft und Überzeugung (etwa Erwerbslose, Jugendliche) fehlt bzw. sie gesellschaftlich auf subtile Weise isoliert werden. Daneben vereinnahmt die

heute dominante Politik – genauer: was von ihr in der Gestalt von Moderation, Management, Inszenierung, Manipulation geblieben ist – jeden Widerspruch, um ihn zu vermarkten. Wer sich dem zu entziehen versucht, steht demgegenüber als der ‚Dumme' da. Die Probleme schließlich werden politisch so lang abgeschliffen und geglättet, dass sie nur noch schwer zu fassen sind.

Einstweilen werden es deshalb rechtspopulistische und gewaltbereite Bewegungen einfacher haben, Aufmerksamkeit zu erhalten, und sie werden in ihrer Brutalität als die ‚frischeren' und ‚kraftvolleren' Bewegungen erscheinen. Sie konterkarieren auf ihre eindeutige, kein Denken zulassende Weise die etablierten politischen Herrschaftsmuster, in dem sie deren ‚heimlichen' Gehalt zuspitzen und offen in simplifizierenden Parolen zum Ausdruck bringen, so etwa die der Demokratie hohnsprechenden, verselbständigten, auf schnellen Geldgewinn angelegten, vernichtenden Konkurrenzverfahren.

Von linker emanzipatorischer Seite dagegen gibt es noch keine Antwort auf die veränderte Politik und Gesellschaft. Sie müsste die ‚neue Mitte' und die in Europa in dieser oder jener Variante führende Sozialdemokratie erst in ihren eigenen uneingelösten Ansprüchen spiegeln, um mit dem Uneingelösten über sie visionär hinauszuweisen. Die linken sozialen Bewegungen befinden sich allerdings längst in einem weit entwickelten Feld professionellen Wirkens. Nachdem sie die inhaltliche Offensive abgegeben haben und sie nicht mehr die wichtigsten Themen und Paradigmen der politischen Agenda vorgeben, sind sie in einem Umbruchs- und Veränderungsprozess, dessen Ausgang offen ist.

4 Gründe und Motive: TrägerInnen sozialer Bewegung

Wer hat welche Motive, Gründe und welche Orientierungen für neu entstehende soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert? Frustation, Ausgrenzungserfahrung und Sozialneid sowie Opferhaltungen, autoritäre Persönlichkeitsstrukturen und Ohnmachtsgefühle können Auslöser antidemokratischer, sozial ausgrenzender, gewalttätiger und nationalistischer Aktionen und Bewegungen von rechts sein. Sie orientieren sich an materiellen und autoritären Werten. Die heutige Gesellschaft produziert genug betroffene Menschen, die potentiell so reagieren können: soziale Absteiger und Verlierer, (schwache) Männer, Jugendliche ohne Chancen, schlecht ausgebildete Erwerbslose, ‚regionale' Außenseiter, kolonialisierte ‚Randgruppen' kleinerer oder größerer Art, industrielle Arbeiter ohne Aufstiegschancen u.a.m.

Auf der anderen Seite stehen die möglichen Bewegungsakteure, die ebenfalls über individuelle Problem- und Mangelerfahrungen verfügen, die allerdings Lösungen und Alternativen erkennen, da sie über materielle, soziale und bildungsbedingte Ressourcen verfügen, auf Selbststeuerung und eigene Problemlösungskompetenzen setzen und nach neuen gesellschaftlichen Kontexten suchen oder auf soziale Aufstiegschancen hoffen. Sie orientieren sich an materiellen, postmateriellen, demokratischen und selbstbestimmten Werten. Sie sind heute und in näherer Zukunft potentiell eher bei männlichen wie weiblichen aufgeklärten, gut ausgebildeten Schichten, generell (mehr als anderswo) bei den ‚Gruppen' der Frauen, Alten, Jugendlichen und Migranten u.a.m. zu finden. Auch projektbezogene gemischte Gruppen und Bevölkerungsteile, thematisch bezogen auf Gesundheit, Umwelt, Arbeit, Wirtschaften, Lebens- oder politische Sammlungsprojekte, sind als Träger solcher Bewegung denkbar. Nicht immer muß die Trennung zwischen beiden Grundvarianten ganz eindeutig sein.

5 Denkbare Themen

Soziale Bewegungen müssen auch in Zukunft solche Themen betreffen, die von der etablierten Politik spürbar vernachlässigt, nicht beachtet oder gar explizit ausgegrenzt werden. Die Bewegungsthemen müssen ‚groß' und ‚brennend' genug sein, um in einer weithin materiell befriedeten, pluralen, aufgeklärten, banalisierenden, oft zynischen und in jedem Fall reiz- und informationsüberfluteten Gesellschaft Aufmerksamkeit und Energie auf sich zu ziehen und zu binden. Die Themen sozialer Bewegungen müssen, obwohl in der Gegenwart verankert, Zukunftsfragen berühren.

Themen und inhaltliche Anliegen künftiger sozialer Bewegungen können, gemessen an vorhandenen, ungelösten, u.U. wachsenden Problemen, folgende sein:

- allgemeine soziale Fragen;
- Fragen der gesamtgesellschaftlichen – bezahlten und unbezahlten – Arbeit, ihrer Verteilung, Bewertung und Gestaltung;
- Demokratie, politische Rechte wie Schutz von Privatsphäre und von Politik als kollektiver Gestaltung;
- Lebenswelten, Umwelt- und Gesundheitsfragen;
- Wirtschaftsweisen;
- Zivilität und Gewaltfreiheit im gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Leben;
- allgemeine Sicherung von Menschenrechten.

Die Ziele und Werte, die dabei für soziale Bewegungen eine Rolle spielen, können Partizipation im Sinne von Teilen und Gerechtigkeit,

(Selbst-)Verantwortung, Solidarität bzw. Selbstbestimmung, Demokratie und freie Bürgerrechte, Nachhaltigkeit und Gewaltfreiheit und das Recht auf Entwicklung sein.

6 Erfolgsvoraussetzung: Emanzipative wirkliche Modernität

Soziale Bewegungen als produktive Herausforderungen ihrer Gesellschaften scheinen in der Zukunft nur denkbar, wenn sie neue ‚positive' Ideen von Leben in der (Welt-)Gesellschaft von heute und morgen entwickeln. Sie hätten die Bedürfnisse der Menschen von heute, ihr Wohlergehen auf neue *Begriffe* (= begreifen und greifen) zu bringen, zur Befreiung von hinderlich gewordenen inneren und äußeren Grenzen beizutragen und einen Entwurf von (Zusammen-)Leben zu erarbeiten, der der Alternative ‚Herrschen oder Verlorensein' entgeht. Vielmehr wäre das bzw. die Andere(n) als fassbarer Teil des Eigenen zu integrieren, der Entwurf hätte Sinn für und Kontrolle über das *eigene* Leben *mit anderen* zu ermöglichen. Darauf fußend hätten soziale Bewegungen eine neue Einheit von Form und Inhalt ihres emanzipativen Handelns zu stiften, in dem Ziel und Mittel ein möglichst inniges ‚Verhältnis' miteinander eingehen. (Statt z.B. Menschenrechte mit aller Gewalt verwirklichen zu wollen, käme es auf enorm erfinderische und kreative – darin starke und überlegene – Mittel an.)

Nur aus einem solchen Weg können soziale Bewegungen ihre Überzeugungskraft beziehen und nur hierüber können sie Erneuerung der Gesellschaft hervorbringen. Soziale Bewegungen würden dazu ihrerseits in ihrem eigenen Handeln und ihren Arbeitsweisen neue Selbstbestimmung und Demokratie vorwegnehmen müssen, andere politische Lösungen lebensweltlich ‚vorerfinden' und ‚vor'-praktizieren und ihren ‚Mitgliedern' neue Sinnerfahrung geben müssen. Sie müßten in ihrer Entwicklung ‚weiter' sein als die Gesellschaft, während sie heute nur (noch) ihr Reflex und Spiegelbild sind. Sie sind folglich nur denkbar, wenn sie nicht modisch und im Zeitgeist verhaftet, sondern im politischen Sinne der Moderne ‚neu' und ‚modern' sind. Sie müßten also auf ihre Weise einen Modernitätsvorsprung entwickelt haben.

Jenseits dessen können sie sich generell eines jeden der seit je gehabten Mittel und Formen bedienen, mögen es Demonstrationen, symbolische oder tatsächliche Verweigerungen, Streikmaßnahmen, andere Maßnahmen politischen Drucks, die politisch ausgewiesene Vorwegnahme von Alternativen, politische Auseinandersetzung, neue Aufklärung und Öffentlichkeit oder subversive Aktionen sein.

Während von rechts allenfalls aggressive Aktionsformen und ‚Krawalle' oder rechtsradikal (durch-)organisierte Aktionsweisen denkbar sind, die von der Gesellschaft zivile Grenzziehung, Deeskalation und Standvermögen verlangen, stellen sich links höhere Anforderungen. Sie müssen die Gesellschaft herausfordernd provozieren und mit deren eigenen besten Teilen überbieten. Sie sind schwer vorstellbar ohne einen neuen Umgang, eine Antwort auf das heute politisch dominierende schnelle, perfekte, kurzschlüssige Bild und eine ‚Kommunikation' der verlogenen Geste als Vermittlungsmethode und Programm. Sie müssen u.a. auch den ‚High-Life-Anspruch' der Medien durch echte fesselnde Life-Erlebnisse übertreffen. Sie hätten organisatorisch auf der Höhe der Zeit zu sein: intelligent, vernetzt, komplex, flexibel, kooperativ, gleichberechtigt, multiplizierend und ‚synergetisch' – plural statt einförmig organisiert. In diesem Sinne werden soziale Bewegungen dringend gebraucht und gibt es große Chancen für sie. Sie wären diejenigen, die die Politik erneut erfunden und in die Welt gesetzt haben würden.

Mechtild Jansen, Sozialwissenschaftlerin, lebt und arbeitet als freie Publizistin in Köln.

Klaus Farin

Prognosen aus der Zukunft?

e-mail aus dem kommenden Jahrhundert

e-mail von Klaus Farin an Michael Hasse – Berlin, den 26.11.2004

betr.: Ihre Anfrage vom 31. März nach einem Beitrag für das Forschungsjournal Neue Bewegungen, Ausgabe 4/2004, zum Thema ‚Proteste und Bewegungen im 21. Jahrhundert'

Lieber Michael Hasse,

Sie fragten an, ob ich für Ihr Forschungsjournal eine ‚Vorhersage' zur Zukunft der Neuen Bewegungen, speziell im Jugendbereich, verfassen könnte. Das ist so leider aus inhaltlichen Gründen nicht möglich. Gönnen Sie sich einmal das Vergnügen und lesen Sie die in Antiquariaten und Fachbibliotheken sicherlich noch erhältlichen Prognosen nach, die zum Beispiel Boulevard-Wissenschaftler wie Norbert Bolz und Übersetzer amerikanischer Zeitschriften wie Matthias Horx in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts veröffentlichten, und Sie werden wissen, was ich meine. Vorhersagen in diesem Bereich dienten nur selten der Prognose kommender Entwicklungen, sondern vor allem dem gegenwärtigen Verkauf der eigenen Produkte und Person. Wer meint, um bei dem mir gestellten Thema Jugend zu bleiben, zwanzig Millionen Menschen unterschiedlichster Herkunftsländer, Kulturen, Szenen, sozialer Milieus und nicht zuletzt Geschlechter auf einen gemeinsamen Nenner bringen und diesen monolithischen Block auch noch ohne Schaden in die Zukunft transferieren zu können, offenbart damit nicht mehr als seine Distanz zum Objekt der Begierde und ein sicheres Gespür dafür, dass sich in der heutigen, mediendominierten Welt versimplifizierte Verallgemeinerungen und im wissenschaftlichen Gewand daherkommende Kaffeesatzanalysen besser verkaufen lassen als genaue und daher widersprüchliche Beobachtungen und Extrapolationen der Gegenwart. Mit den differenzierten Lebenswelten der Jugendlichen im 21. Jahrhundert hat das nichts zu tun. Die ‚Generation Z' gibt es heute ebenso wenig in der Realität, dafür umso mehr im Buchhandel und im Feuilleton, wie ‚die 68er', ‚die 89er', die ‚Generation X' und ähnlichen Unsinn im letzten Jahrhundert.

Lieber Michael Hasse,

ich kann Ihnen also nur eine kurze Bestandsaufnahme der Gegenwart und einen Rückblick auf die ersten Jahre dieses Jahrhunderts anbieten. Möglicherweise ergeben sich daraus ja fruchttragende Anregungen und Fragen, die klügere Menschen zu weiteren Überlegungen motivieren. Aber schenken Sie mir bitte die unerquickliche Rekapitulation der Phase der Stagnation (1991 - 99) und lassen Sie uns gleich mit der Welle neuer progressiver Bewegungen beginnen, die der enorme wirtschaftliche Aufschwung in den meisten westlich-kapitalistischen Staaten, so auch in Deutschland, seit der Jahrhundertwende ausgelöst hat. Vor allem die Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit von 6,1 Millionen (inklusive die Statistiken formal entlastende kurzzeitige Warteschleifen-Maß-

nahmen) im Dezember 1999 auf unter eine Million Menschen ab Mai 2002 hat offenbar enorme, bis dahin brachliegende Ressourcen aktiviert. Nannten Jugendliche bei Befragungen in den letzten 15 Jahren als ‚Hauptproblem' stets die grassierende Arbeitslosigkeit, so stehen jetzt auf der Prioritätenliste der zu lösenden Probleme (wieder) ganz oben Umweltschutz, die ungerechte Verteilung von Reichtum in der Welt und Gewalt/Kriege. Menschenrechtsgruppen und Umweltschützer führen die Sympathieskalen der 13- bis 21-jährigen von heute an, während Neonazis und andere Gewalttäter noch nie so sehr verhasst waren (was die etwa 60.000 militanten Rassisten und Neonazis in Deutschland natürlich nicht daran hindert, ihr schmutziges Handwerk zu tun). Organisationen wie amnesty international, Greenpeace und die im Jahre 2002 u.ä. von Joe Strummer und Stefan Kretzschmar gegründete Stars World Aid erreichen heute unter Jugendlichen eine größere Anerkennung als Fußballvereine und Fanclubs. Zwei von drei Jugendlichen bekannten in der neuen Shell-Studie ‚Jugend 2004': ‚Ich würde mich gerne in meinem Freundeskreis für eine wichtige Sache engagieren...'.

Doch sie tun es nicht, behaupten nun wieder Politiker und weisen darauf hin, dass ihre Parteien – und zwar unterschiedslos alle – im Jugendsektor zu quantitativ kaum noch zählenswerten Sekten marginalisiert wurden. Nur noch 0,4% aller 14-25-jährigen haben sich einer Partei oder deren Jugendverbänden angeschlossen. Ähnlich niederschmetternd sehen auch die Zahlen der Gewerkschaften, der Kirchen und anderer traditioneller Jugendverbände aus. Selbst bei Organisationen wie amnesty international, terre des hommes, Greenpeace u.a., obwohl hoch angesehen, finden sich nicht mehr als zusammen drei Prozent der Jugendlichen ein. Nur die Sportjugend erreicht in ihren Vereinen noch 38% aller Jugendlichen, gerät jedoch zunehmend in Konkurrenz mit den zahlreichen kommerziellen und oft von Szene-Aktiven gestarteten Anbietern und Dienstleistungsverbänden im Fun-, Event- und Extremsportbereich, die dem Mannschafts- und Einzelleistungssport in traditionellen Vereinen offenbar viele Jugendliche abwerben konnten.

Doch während Politiker und Verbände über ihre mangelnde Resonanz bei Jugendlichen wehklagen, tanzten neulich an einem Samstag zur gleichen Zeit in acht europäischen Hauptstädten nach einem nur über Flyer und Homepages verbreiteten Aufruf unbekannter junger OrganisatorInnen Zehntausende von Jugendlichen bei sog. ‚Reclaim The Streets'-Partys gegen die Betonierung und Verkommerzialisierung der Innenstädte an. Hat sich das jugendliche Engagement vielleicht gar nicht verringert, sondern nur auf Orte und Kommunikationsfelder verlagert, wo die Bewegungsmelder der Alten sie nicht mehr erreichen?

Die bereits zitierte Shell-Studie ‚Jugend 2004' widerspricht jedenfalls deutlich der häufig verbreiteten These von der ‚Entpolitisierung' der Jugend. Zwar findet die große Mehrheit der Jugendlichen Politik ‚langweilig' und ‚ineffektiv', geben drei von vier Jugendlichen an, ‚keinen Politiker' zu kennen, ‚dem ich wirklich vertrauen würde', dennoch ist es rund 83% ‚absolut nicht egal, welche Partei regiert'. Auch das Wissen um die politischen Problemlagen und Strukturen des parlamentarischen Systems sind in den letzten zwanzig Jahren keineswegs gesunken. Die Mehrzahl der Jugendlichen kennt die Wege und Möglichkeiten politischen Engagements, die ihnen unser System bietet, ist jedoch nicht willens, diese Wege zu beschreiten – wobei zur Überraschung auch der Forscher diejenigen die geringste Bereitschaft zeigen, die am besten informiert sind und sehr häufig früher einmal den Versuch politischen Engagements gewagt hatten.

1 Die ‚unpolitische Jugend' – drei Fallbeispiele

(1) In einer von Jugendlichen stark frequentierten Vorstadtdisco wurden plötzlich männliche ‚Ausländer', ohne dazu einen Anlass gegeben zu haben, am Eingang mit dem Hinweis ‚Nur für Klubmitglieder' abgewiesen. Eine Gruppe von StammbesucherInnen beschloss daraufhin empört, diese Disco – die Einzige in ihrem Bezirk! – so lange zu boykottieren, bis die rassistische Maßnahme eingestellt würde, verteilte dazu bei ihrem ‚Abschiedsbesuch' Flyer an die übrigen Gäste und erreichte so, dass sich ihnen weitere Cliquen anschlossen. Der Betreiber der Disco zeigte sich zu keinerlei Konzessionen bereit, gab jedoch acht Monate später aufgrund der spärlichen Besucherzahlen den Betrieb auf. Der neue Pächter wechselte das Ordnungspersonal aus und führte die diskriminierenden Maßnahmen nicht wieder ein. Die Disco füllte sich innerhalb weniger Wochen wieder. M., Initiatorin des Boykotts: ‚Nein, das war keine politische Aktion. Wir wollten nur die Diskriminierung und Beleidigung unserer Freunde in unserer Disco nicht einfach hinnehmen.'

(2) Arthur Fischer, Senior der deutschen Jugendforschung, erzählt gerne und mit von Jahr zu Jahr wachsender Begeisterung die Geschichte einer Kollegin, die in einer früheren Shell-Studie einmal ein ‚absolut nicht engagiertes' Mädchen porträtierte. Wenig später ‚erwischte' die Interviewerin die 17-jährige bei einer Demonstration. Es stellte sich heraus, dass sie regelmäßig an solchen (ausschließlich linken oder antirassistischen Demonstrationen) teilnahm, weil sie diese als äußerst spannende ‚Events' sah und dort auch viele ihrer Freunde und Freundinnen treffen konnte. Da sie dies jedoch nicht als ‚politisches Engagement' sah, hatte sie die Frage der Interviewerin nach eventuellen politischen Aktivitäten rundweg verneint.

(3) Über 80 % aller in einer Hamburger Marktforschungsstudie befragten Jugendlichen erklärten, sie wollten ‚auf keinen Fall' Waren konsumieren oder kaufen, die auf menschen-, tier- oder umweltverachtende Weise produziert würden.

Die Jugend des 21. Jahrhunderts definiert zahlreiche Begriffe anders als die Generationen ihrer Eltern und Großeltern. ‚Politik' wird von ihnen selten als Prozess und Chance der Gestaltung ihres eigenen Lebensalltags gesehen, sondern auf Partei- und Regierungspolitik reduziert, auf etwas Unangenehmes oder zumindest Abstraktes, das auf für Jugendliche unerreichbaren und undurchschaubaren Ebenen stattfindet. Die Privatisierung einstmals staatlicher Dienstleistungen (Telefon, Post, öffentlicher Verkehr, Wasser- und Stromversorgung, Müllentsorgung, Rentenversicherung, Universitäten, Bibliotheken usw.) hat real zu einem Bedeutungsverlust des Staates für den jugendlichen Alltag geführt, die zunehmende Verlagerung von Entscheidungsstrukturen auf die internationale Ebene bei gleichzeitig nicht abreißenden Berichten über gewaltige Ausmaße ökonomischer Misswirtschaft (Verschwendung, Fehlplanungen, Korruption) mit nicht selten verheerenden ökologischen Folgen hat die Distanz von Jugendlichen gegenüber der Politik weiter verstärkt. Der Begriff Politik ruft heute Assoziationen wie Korruption, Egoismus, Doppelmoral, Langeweile und Uneffektivität hervor, Politiker gelten als unehrlich oder unfähig und schon allein kulturell, ästhetisch als jugendfreie Berufsgruppe. Daran haben auch die 240 ‚Jugendparlamente' und ‚-beiräte' in den Kommunen und die zwei Dutzend unter-30-jährigen Abgeordneten im Deutschen Bundestag nichts ändern können, tummeln sich in diesen Gremien doch überwiegend nur biologisch jüngere Klone des alten Phänotyps Parteipolitiker.

Das alles führte zu dem seltsamen Ergebnis, dass sich heute weniger als 10% der Jugendlichen selbst als ‚politisch engagiert' einschätzen, gleichzeitig aber zwei von drei Jugendlichen schon ‚mindestens einmal' an Demonstrationen teilgenommen haben und jede/r vierte Jugendliche sich sogar regelmäßig unentgeltlich zum Beispiel in der sozialen Arbeit, im Umweltschutz, in antirassistischen Projekten, Schülervertretungen oder Schülerzeitungsredaktionen betätigt.

Was macht diese Bereiche für Jugendliche attraktiver als die traditionelle Partei- oder Jugendverbandsarbeit? Eine Untersuchung der Strukturen, ProtagonistInnen und Ziele der Initiativen und Bewegungen, in denen Jugendliche der Gegenwart überproportional engagiert sind, enthüllt sieben Kriterien, die Jugendliche offenbar als unabdingbar für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit sehen:

Keine Hierarchien

Die Strukturen, in denen sich Jugendliche engagieren, sind kaum hierarchisiert. Hierarchien bilden sich eher spontan und informell aufgrund von längeren oder kürzeren Erfahrungen und unterschiedlichen Persönlichkeiten, die Rangfolgen sind jedoch flexibel. Auch jeder ‚Neuling' wird sofort an sämtlichen Entscheidungen beteiligt. Die Gruppe der AktivistInnen kann Ziele und Wege (weit reichend) selbst bestimmen. Stehen überhaupt eindeutige, größere Erwachsenenstrukturen und -interessen im Hintergrund (wie etwa bei den von Greenpeace extra für Kinder und Jugendliche bundesweit zentral initiierten ‚Green Teams'), so vermeiden diese eine auffällige Präsenz, greifen nur selten in den konkreten Prozess des Engagements ein und bieten sich vor allem als Dienstleister und Ratgeber auf Abruf an.

Spaß-Kultur

Jugendliche des 21. Jahrhunderts engagieren sich nicht mehr bloß aus einem Pflichtgefühl heraus. Sie sind nicht bereit, ihre Freizeit für Termine zu opfern, die sie als ‚unangenehm' und ‚Stress' empfinden. Sie wollen Spaß haben – auch bei der Beschäftigung mit ernsten Angelegenheiten. Das setzt voraus, dass sie ihre Alltagskultur – ihre Sprache und Rituale, ihr Outfit, ihre Musikleidenschaft – nicht verleugnen müssen.

Freundschaften

Wenn Jugendliche sich in Bewegungen engagieren, ist mitunter der Weg das Ziel: Sie wollen nicht nur etwas Bestimmtes erreichen, sondern schon auf dem Weg dahin nette Leute kennen lernen, Freundschaften für den Alltag knüpfen. Bewegungen sind auch Kontaktbörsen für Cliquen und Singles.

Greifbare Ziele

Die Ziele der Bewegungen, in denen Jugendliche sich engagieren, sind gegenwartsbezogen, ihre Realisierung scheint oft ‚greifbar nahe'. Obwohl die von Jugendlichen getragenen Bewegungen in der Regel auf einem rigoros fundamentalistisch vertretenen humanistischen, ökologischen und Gewalt ächtenden Grundverständnis basieren, beinhalten ihre konkreten Zielsetzungen selten gesamtgesellschaftliche Forderungen an Politik und Wirtschaft, also nicht etwa die gesetzliche Ächtung von Rassismus, sondern die Rücknahme einer konkreten Abschiebung oder diskriminierenden Maßnahme im direkten Lebensumfeld der Jugendlichen. Die Ziele müssen realistisch und in einem überschaubaren Zeitrahmen erreichbar sein.

Keine Taktik, keine Kompromisse

Die Bewegungen, in denen Jugendliche sich engagieren, sind eindeutige, punktgenaue, zeitlich limitierte Lobby-Gruppen. Lässt sich das Ziel nicht erreichen, steigen sie aus oder versuchen es auf anderen Wegen. Interessenkonflikte, wie sie Parteien und andere Großorganisationen mit gesamtgesellschaftlichem Repräsentanzanspruch auszeichnen, taktische Rücksichtnahmen auf andere ‚Fraktionen' oder ‚übergeordnete' Interessenlagen (zum Beispiel in Wahlkampfzeiten) sind ihnen fremd.

Action statt Schulungskurse

Jugendliche erleben Zeit anders als Erwachsene. Sie (er)leben alles intensiver, also rennt ihnen die Zeit ständig davon. So kosten sie auch zehn Minuten Langeweile gleich Stunden ihres Lebens ... Jugendliche suchen Strukturen, die es ihnen ermöglichen, sofort zu handeln. Sie haben nicht das Bedürfnis, das Objekt ihrer Empörung (zum Beispiel die Atom-Technologie) erst monatelang zu studieren, sich durch die Komplexität des Themas entwaffnen, ihrer Spontanität berauben zu lassen. Sie sind ungeduldig, eher visuell als textorientiert, wissen, dass eine zu intensive, langandauernde Beschäftigung mit einem Thema ihre Tatkraft absorbiert. Sie vertrauen auf die Richtigkeit ihres Gefühls, der (zumeist durch Medienberichte ausgelösten) moralischen Empörung – und schreiten zur Tat. Strukturen, in denen Jugendliche sich engagieren, müssen Aktionsmöglichkeiten bieten, die Kopf und Körper der Jugendlichen ansprechen und benötigen und die öffentliche Sichtbarkeit des Engagements gewährleisten.

Engagement auf Zeit

Jugendliche sind durchaus bereit, sehr viel Energie in eine Sache zu investieren, doch dies nur so lange, wie sie es für sinnvoll und spannend erachten. Bewegungen, in denen sich Jugendliche engagieren, müssen ihnen die Möglichkeit lassen, von Anfang an voll mitzuwirken und jederzeit wieder aussteigen zu können. Organisationen, die Mitgliedsausweise und langjährige Funktionärstätigkeit zur Voraussetzung voller Akzeptanz machen, sollten sich nicht wundern, wenn ihre Altersstruktur sich der des ZK der inzwischen verstorbenen letzten DDR-Führung angleicht.

2 Sinn und Spaß

Sinn und Spaß sind also die Triebkräfte, die Jugendliche veranlassen, ihre Klubs, Cyberdecks oder Vidschirme zeitweilig verwaisen zu lassen, um Gutes zu tun. Kritischer als ihre Vorgängergenerationen prüfen sie sehr genau, ob die Angebote politischen Engagements Sinn machen, das heißt das anvisierte Ziel realistischerweise zu erreichen ist, und der Weg dahin nicht zur Tortur wird, weil man gezwungen ist, ständig mit Langweilern und Unsympathen zu kommunizieren. Da jede/r 16-jährige weiß, dass Menschen ab 30 grundsätzlich *uncool* werden, bevorzugen Jugendliche von vornherein Gleichaltrigen-Strukturen, in denen ihnen (möglichst) wenige Erwachsene allenfalls mit Rat und Tat, Geld und Infrastruktur zur Seite stehen. So existiert heute ein dichtes Netzwerk jugendlichen Engagements, das, weitgehend unbemerkt von älteren Jahrgängen schon allein aufgrund der ungewohnten Kommunikationswege (Flyer, Internet, Party-Zentralen als News Boxes), stets spontan, aber sehr effektiv eine Vielzahl von Aktivitäten entfaltet. Im Hintergrund dieser Aktivitäten wirken nicht mehr Parteien, Gewerkschaften und andere durch Mitgliedszahlen politisch legitimierte Großorganisationen, sondern private (Medien-)Agenturen und Aktionszentralen mit hohem Spaß-Output, die als professionelle pressure groups trotz stets wechselnder AktivistInnen dafür Sorge tragen, dass ihr Thema (oder

Auftraggeber) kontinuierlich Aufmerksamkeit findet. Auch global agierende NGOs wie Greenpeace und zahlreiche Gruppen aus dem Gesundheitssektor haben inzwischen aufgrund starker Mobilisierungskrisen und Mitgliedereinbrüche Kooperationen mit professionellen Bewegungs- und Eventmanagern begonnen. Nur die stete Fluktuation von Ideen, Aktionen und AktivistInnen, haben moderne Bewegungen des 21. Jahrhunderts erkannt, garantiert ihnen Stabilität und Nachhaltigkeit bei der Durchsetzung ihrer Grundanliegen.

3 Ursachen

Zunächst hat die absolute rot-grüne Mehrheit im Bundestag und in zwölf Bundesländern seit den Wahlen der Jahre 2002/2003 dazu geführt, dass die Politik auf Protestbewegungen flexibler reagierte, themendurchlässiger wurde, soziale, kulturelle und andere Trends und Forderungen schneller aufgriff und (scheinbar) befriedigte. Man denke nur an die spontane Teilnahme vom Bundeskanzler Joseph Fischer am Bundeskonvent der Autonomen VegetarierInnen einen Tag nach seiner Wahl oder an die Einrichtung des Ständigen Beraterkreises der Bundesregierung, in dem sämtliche bedeutenden NGOs repräsentiert sind und das gesetzlich garantierte Recht haben, einmal monatlich einem Minister oder sogar dem Kanzler persönlich ihre Anliegen vorzutragen. So gelang es der Bundesregierung immer wieder, entstehenden Protestbewegungen frühzeitig den Wind aus den Segeln zu nehmen. Andererseits vermochte sie es trotz alledem nicht, eigene visionäre Kraft zu entwickeln und sich als Träger humanistisch-ökologischer Utopien zu reinkarnieren, um so das vorhandene Potential politischen Engagements von Jugendlichen wieder in das traditionelle Parteien- und Verbändesystem zu integrieren. Für die Mehrzahl der Jugendlichen des 21. Jahrhunderts ist die Politik kein Gegner mehr, sondern ein Relikt aus früheren Zeiten, das nicht durch Protest und Widerspruch geadelt, sondern durch Ignoranz für seine fehlende Wirksamkeit, Authentizität und ästhetische Langweiligkeit abgestraft wird. Warum sollen wir erst den mühseligen und zumeist uneffektiven (Um-)Weg über politische Strukturen machen, wenn wir unsere Interessen doch auch direkt zum Beispiel durch Konsum und Boykott an der Ladenkasse durchsetzen können, fragen sich viele Jugendliche und wenden sich gleich an den Markt.

4 Das Gesetz des Marktes: Flexibilität

Dass die Politik nur ein ohnmächtiger Statist ist, nicht verantwortlich für die großen Krisenlagen ist oder sein will, haben Jugendliche in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts vor allem bei ihrem Hauptproblem Nr.1, der Arbeitslosigkeit und Ausbildungsstellenmisere, schmerzhaft erfahren müssen. Die Helmut-Kohl-Regierung (die einzige, die in den 80er und 90er Jahren aufwachsende westdeutsche Jugendliche jemals kennen gelernt haben) beschränkte sich bekanntlich im Wesentlichen darauf, durch kurzzeitige Beschäftigungs-, Weiterbildungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen die Statistiken zu vernebeln sowie die Forderungen der Wirtschaft in staatliche Programme und Propaganda zu gießen. Eine zentrale Botschaft lautete dabei immer wieder: Sei flexibel! Wenn du in deiner Stadt keine Arbeit findest, suche gefälligst hundert Kilometer weiter. Sei flexibel! Fixiere dich gefälligst nicht auf eine Branche oder gar auf ein Unternehmen. Es könnte sein, dass dieses Unternehmen oder auch die ganze Branche schon morgen Auslaufmodelle darstellen. Sei flexibel! Denke bloß nicht, wenn du einmal einen Job gefunden hast, damit alt werden zu können. Bereite dich ständig auf neue Arbeitsplatz- und sogar Berufswechsel vor. Lerne ständig neue Sprachen, den Umgang mit neuen Technologi-

en dazu. Akzeptiere kurzzeitige, flexible Arbeitsverträge...

Obwohl staatlich bezahlte Jugendforscher und Pädagogen (Heitmeyer et al) zugleich den ‚Identitätsverlust' unter Jugendlichen und die daraus resultierenden Folgen (Rechtsradikalismus, Rassismus, Gewalt) beklagten, war nicht Identität, sondern Ambivalenz der Schlüssel zum Erfolg. Die (gezwungenermaßen) Flexiblen, Weltoffenen, Mobilen hatten nicht nur auf dem Arbeitsmarkt deutlich bessere Chancen und Fähigkeiten als die Heimatverbundenen, die Kultur-Traditionalisten, die auf langjährige soziale Beziehungsverhältnisse Fixierten.

Wenn Menschen in dem zentralen Bereich ihres Lebens, dem Arbeitsmarkt, immer wieder bedeutet wird, nicht Kontinuität, sondern steter Wandel garantiere eine berufliche Zukunft, so ist es kaum überraschend, dass sie diese Lehre auch auf andere Lebensbereiche übertragen. Zumal der Run auf die Städte und die Erosion traditioneller Sozialstrukturen und Sozialisationsinstanzen wie Familie, Kirche, Partei, Dorfgemeinschaft, Arbeitermilieu usw. die Beziehungsverhältnisse ohnehin stärker anonymisierten. Das erschwerte einerseits das Knüpfen von Beziehungen, reduzierte jedoch auch die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten. Zudem standen mit der Enttabuisierung und Modernisierung professioneller ‚Kontakvermittlungen' (Internet-Chats, eine Flut von Single-Party-Events und -Freizeitclubs in allen größeren Städten) eine Fülle zusätzlicher Möglichkeiten zur Verfügung. Es bedurfte lediglich eines gewissen Grades an Flexibilität, sie zu nutzen...

Am radikalsten verändert hat sich in den letzten Jahrzehnten wohl der Medien- und Freizeitsektor. Bereits in den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte die aufgrund des entstandenen Überangebotes von Produktionskapazitäten notwendig gewordene Erfindung der Teenager als elternunabhängige Konsumenten, die Schöpfung des Rock'n'Roll und seine Domestizierung im Beat und Pop erste, noch semiprofessionelle Schritte zur Etablierung eines gigantischen Jugend(kult)-marktes eingeleitet. Doch erst die revolutionären Entwicklungen im Bereich der Computer- und Elektroniktechnologie ab Mitte der 80er Jahre leitete die absolute Dominanz des Freizeit- und Kommunikationssektors über alle anderen Bereiche des menschlichen Alltags, wie wir sie heute erleben, ein. Und sie markierten neue kulturelle Grenzen zwischen den Generationen, unabhängig von politischen und anderen Orientierungen, aber auch sozialen Milieus (was schließlich ja auch dazu führte, dass Ihr *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* im Frühjahr 2002 nach heftigen Debatten zwischen Traditionalisten und den im Durchschnitt zwanzig Jahre jüngeren ProtagonistInnen des nEwMOTION auf sein Attribut ‚soziale' Bewegungen verzichtete).

Die erste Generation der Nachkriegsgeborenen hatte immerhin schon die Chance, den Flair der großen weiten (US-amerikanischen) Welt einzuatmen: Cigarettes & Jazz, Jeans & Motorroller, chewing gum & Rock'n'Roll. Allerdings: Sie musste sich wirklich darum bemühen; es war gar nicht so einfach, die neuesten Schallplatten oder eine echte amerikanische Levis zu ergattern. Vorbehalte der nationalsozialistisch sozialisierten Elterngeneration und unprofessionelle Produktions- und Distributionsmethoden der noch im Aufbau befindlichen Konsumgüterindustrien erschwerten die freie Entfaltung.

Der Geburtenboom und die gewaltige innovative Kraft der 68er Revolte, die ja im Kern eine kultur-evolutionäre war, bewirkten eine weitere Ausbreitung und -differenzierung des Jugend(kult)marktes. Rockmusik gab es nun

in allen Varianten von ganz brav (Elvis, The Beatles und andere Boygroups) bis aufregend böse (Elvis, The Beatles, Jim Morrison und andere zornige, weiße, junge Männer). Jugendliche konnten in artgerechte Tanzschulen pilgern oder in verrauchten Kneipen existentialistische Gespräche führen. *Bravo*, das erste Zentralorgan des Jugendkultes, bekam mit *Sounds*, *Twen* und *Pardon* kritische Geschwister für die der Pubertät entwachsenen Fans. Auch deutsche Radiostationen sendeten nun englischsprachige Pop-Charts, Mal Sondock und andere amerikanische DJs zogen fleißig durchs Land, um auch die Fans in der Provinz mit internationalem Sound zu versorgen, der ‚Rockpalast' eröffnete seine Pforten und Jugendliche organisierten nächtliche Feten rund um dieses alle sechs Monate stattfindende Ereignis eines live vom deutschen Fernsehen übertragenen Rock-Festivals. Videos gab es ja noch nicht...

Und heute? *Bravo* erscheint immer noch zuverlässig jeden Donnerstag, doch nur knapp 800.000 zumeist 10-15jährige interessieren sich noch für das einst die ganze Generation aufklärende Blatt. Denn neben *Bravo* konkurrieren derzeit rund 120 weitere Printmagazine und 400 Special-interest-Internet-Magazine um die Aufmerksamkeit jugendlicher LeserInnen. Da gibt es *Mädchen*, *Sugar* und die kleine *Bravo*-Schwester *Girl!*, auf bestimmte Musikgenres spezialisierte Magazine wie *Metal Heart*, *HipHop* und *Raveline*, die Fan-Magazine von Boygroups und anderen Stars wie Michael Jacksons *Black & White*, die Begleithefte zu TV-Comicserien (*Die Simpsons*) und -Soaps (*Gute Zeiten, schlechte Zeiten*), jeweils rund drei Dutzend Sport- und PC-Magazine und viele mehr. Statt der drei bis fünf Fernsehkanäle, die der Durchschnittsjugendliche Anfang der 70er Jahre konsumieren konnte, ermöglichen Verkabelung und Satellitenschüssel heute den Empfang von allein 40 deutsch- und englischsprachigen Sendern, die Mehrzahl davon mit interaktiven Angeboten, und mit Viva 1 und 2, MTV und VH1 vier reine Musiksender. Und damit die Eltern der Jüngeren nicht mit Techno, HipHop und TV-Teenagerdramen gequält werden, steht in 90 % aller Haushalte mit Kindern ein Zweitfernseher inklusive Videospeicher gleich neben dem PC.

Musste ein Jugendlicher der 70er Jahre, wenn er seine Leidenschaft für eine Band oder auch einen Fußballverein öffentlich kundtun wollte, sich den Namen mühevoll selbst auf die Kutte oder das Shirt nähen oder malen, so bietet heute jeder Zweitligist und jede drittklassige Band noch vor Erscheinen ihrer ersten CD bereits einen wohlfeilen Merchandise-Katalog an. Über's Internet bekomme ich alle Informationen über meine Stars, und bei Bedarf kann ich mir dort auch die aktuellen Tonträger oder eine Aufzeichnung des letzten Konzertes oder Fußballspiels herunterladen. Der Markt erfüllt (fast) alle Bedürfnisse, und das sehr schnell und relativ mühelos. Der Markt bietet aufregende Action für Kopf und Körper (und hat selbstverständlich auch für die Introvertierteren, die Bücher-Fans oder politisch Interessierten spezielle Produkte, Szenen und Idole im Angebot), der Markt liefert Spaß und Sinn. Warum soll ich mich also jahrelang in einer Partei oder so engagieren, wenn der Markt doch viel flexibler auf meine Bedürfnisse reagiert? Warum soll ich mir die Mühe machen, meine Wünsche und Empörung über Missstände erst mühevoll in politischen Strukturen wie Parteien einzubringen, wenn MTViva sie sofort sendet und oft sogar in Kampagnen umsetzt, die garantiert die Aufmerksamkeit der Politik erringen, weil sie natürlich weiß, dass die virtuelle Realität und inszenierte Themenagenda der Medien längst die reale Welt dominiert.

Klaus Farin ist Leiter des Berliner ‚Archiv der Jugendkulturen e.V.'; archivderjugendkulturen@t-online.de

Gero von Randow

Lebenszeichen der Bürger

Den unzählbar vielen Definitionen dessen, was denn eine ‚soziale Bewegung' sei, ist keine mehr hinzuzufügen; für den Zweck dieses Textes sollte es genügen, ‚soziale Bewegung' als ein Element jener Menge von Phänomenen zu bezeichnen, der sich das vorliegende Journal widmet. Dass diese Phänomene auch in Zukunft auftreten mögen, ist zunächst einmal zu hoffen: Sie sind Innovationen jenseits von Staat und Markt, irritieren die gesetzte Ordnung und sind gewissermaßen ein Lebenszeichen der Bürger.

Freilich mag argumentiert werden, dass die Bedingungen für soziale Bewegungen ungünstiger geworden seien. Da wäre zunächst das Tempoproblem. Allenthalben beschleunigen sich die Arbeits- und Innovationsprozesse, und die warenvermittelte Reproduktionssphäre saugt nicht etwa weniger, sondern mehr Aufmerksamkeit ab denn je; galt zur vergangenen Jahrhundertwende der nervöse Mensch als Typ der Zeit, so ist es zur heutigen der gestresste. Gejagter Jäger, hetzt er das, was ihn als das je Neue lockt und kann es doch nicht ergreifen, denn das Neue hat er erst wirklich, wenn er sich selbst erneuert, und das kostet die Kraft zum Innehalten.

Zum anderen bietet sich auf absehbare Zeit, erfreulicherweise!, keine Gesamtsicht der Dinge an. Kein Standpunkt, von dem aus eine Weltanschauung formuliert werden könnte. Die Welt ist nicht etwas, das Steuerungshebel anbietet, die ergriffen werden wollen, damit die guten Zeiten anbrechen. Auf derlei Vorstellungen aber gründeten soziale Bewegungen der Vergangenheit. Ach ja: Und auf ‚Betroffenheit'. Nur eben, dass heute jeder und jede von vielem und manchem betroffen ist. Das konstituiert kein Subjekt (mehr). Fragmentalisierungen, gewiss doch, noch dazu verstärkt durch die Vielfalt des Angebots an Lebensweisen und Kultur-Identitäten, möglich gemacht durch Digitalisierung und Globalisierung.

Wenn es zu neuen, starken sozialen Bewegungen kommen sollte, dann müssten sie wohl auf diese Veränderungen antworten: Auf Innovationsdruck, Diversitätserleben, Pluralitätsangebot. Sie könnten vielleicht Räume der Reflexion sein, der Wechselseitigkeit, der Freude an der Vielfalt. Diese Überlegung spricht dafür, dass sie, oder einige von ihnen, kultureller Art sein könnten.

In der heraufziehenden Informationsgesellschaft werden Wissen und Techniken der Wissensverarbeitung, Bildung und die Fähigkeit, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, die wichtigsten Ressourcen sein. Sie lassen sich keineswegs monopolisieren, auch nicht durch Microsoft, Murdoch oder Bertelsmann (was die klügeren unter den Unternehmen, wie das letztgenannte, durchaus wissen). Die Ressourcen der Informationsgesellschaft können auf vielfältige Weise von sozial Aktiven genutzt werden; was wir zurzeit mit mailing lists, online-Konferenzen und -Abstimmungen erleben, dürften nur Vorläufer sein. Anstatt angesichts der Informations- und Unterhaltungsflut zu resignieren, beginnen nicht wenige der Aktiven auf den neuen Wellen zu surfen. Infostand und Mahnwache, Unterschriftenliste und Demo, Festival und Menschenkette, Gruppenabend und Vortragsveranstaltung, diese und andere Formen der traditionellen Protestkultur wer-

den zwar nicht untergehen, könnten aber durch neue Formen der Mobilisierung und Zugehörigkeit ergänzt werden. Zumal, wenn der Gegenstand der neuen sozialen Bewegungen nicht primär Protest sondern Gestaltung sein sollte.

Darüber zu spekulieren gibt es durchaus Anlässe. Auffallend ist die Herausbildung von sozialen Gebilden jenseits von Staat und Markt, auch jenseits traditioneller Klientenvertretung (Gewerkschaften) oder Vereinsbildung (Kirchen): Gemeint sind die neuen Netze. Das sind Tauschringe und Seniorengenossenschaften, Kooperationen von Non-Profit-Unternehmen (oder solchen, die Gewinne im Rahmen eines sozialen Ziels verfolgen) mit profitorientierten Firmen; ebenso national und international operierende NGOs oder, noch interessanter, Netzbildungen im Internet: Menschenrechtsbeobachter, Korruptionsbekämpfer, Boykottgruppen, Öko-Zertifizierer, weltweit aktiv, den Mächtigen in Wirtschaft und Politik im Wege, manchmal in widersprüchlicher Kooperation mit ihnen.

Staat und Markt, in welcher Kombination auch immer, sind Organisationsformen, die allein nicht ausreichen, das gesellschaftliche Handeln im Sinne der allgemeinen Wohlfahrt zu beeinflussen. Diese Erkenntnis ist so neu nicht, wird aber in staatsfixierten Gesellschaften wie der deutschen und in marktverliebten wie der US-amerikanischen gerade aktualisiert: durch Bürger, die in neuen Zusammenschlüssen etwas für das allgemeine Wohl tun, den Raum des Sozialen erweitern, mit lokalem, nationalem und internationalem Bezug. Dies könnte die Zukunft der sozialen Bewegungen sein.

Gero von Randow ist Redakteur der Wochenzeitung DIE ZEIT und Moderator der Mailingliste Reformwerkstatt.

Thomas Mayer

Wird alles soziale Bewegung?

Das Ende des dualen Gesellschaftsaufbaus

In der sozialen Gestaltung wirken keine Naturgesetze, sondern individuelle Willensentschlüsse. Jede soziale Bewegung lebt von den Impulsen einzelner Menschen, die sich selbst ein Ziel gesetzt haben und ihr inneres Feuer gegen Widerstände und Löschversuche von außen selber schüren. Deshalb kann man soziale Entwicklungen nicht berechnen, wie man z.B. die Mechanik einer Maschine berechnen kann.

Man kann soziale Entwicklungen aber durch eigenes Eingreifen gestalten. Die folgende Prognose erhebt also nicht den Anspruch, dass sie eintreffen wird, sondern dass es so geschehen kann und dass meine Willensrichtung dahin zielt, diese Prognose zu befördern.

Der duale Gesellschaftsaufbau

In der heutigen Sozialwissenschaft gibt es den Begriff ‚neue soziale Bewegungen'. Wenn wir diese zum Thema machen, so bedeutet das, dass wir sie als etwas Besonderes und nicht als den Normalfall ansehen. Der Normalfall ist nämlich der Staat, staatsähnliche Institutionen und die Parteien auf der einen Seite und wirtschaftliche Unternehmen und die Bürger auf der anderen Seite. Die Grunddoktrin unseres dualen Gesellschaftsaufbaus ist, dass der Staat auf das Allgemeinwohl achte, die Wirtschaft und die Bürger dagegen auf den Eigennutz.

Mit dieser Grunddoktrin rechtfertigen der Staat und die Parteien ihre Existenz. Gleichzeitig tun sie nach dem Prinzip des eigenen Überlebens alles dafür, dass dieser Zustand auch so bleibt. Wehe, Bürgerinnen und Bürger wollen einmal selbst Verantwortung für das Allgemeinwohl übernehmen, selbst Rechtsentscheidungen treffen (Volksabstimmungen) oder dem Staat Aufgaben abnehmen (z.B. freie Schulen); dann ist sofort Schluss mit den Sonntagsreden über Bürgerbeteiligung, und die Abwehrkämpfe werden mit allen Mitteln geführt: Gegenargumente, teure Werbekampagnen, Gerichtsverfahren, Bespitzelungen, Diffamierungen etc. (Im Rahmen meiner Tätigkeit für Mehr Demokratie e.V. und der Omnibus gGmbH für Direkte Demokratie erlebe ich seit 15 Jahren diesen Sachverhalt.) Den Bürgerinnen und Bürgern wird also die Rolle des Egoisten zugewiesen – für das Allgemeinwohl seien Parteien und Behörden zuständig.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich in dieser Rolle eingenistet und sind damit zufrieden. Denn es ist bequem, sich nur um die privaten Belange kümmern zu müssen. Udo Herrmannstorfer, Unternehmensberater und Sozialwissenschaftler, beschreibt dies so: „Unter dem Primat des Marktes werden alle Wirtschaftenden von der Verantwortung für das soziale Ganze freigestellt:

- so entlassen z.B. Unternehmer aus Rationalisierungsgründen Mitarbeiter, obschon sie andersweitig nicht gebraucht werden;
- der Bauer produziert mehr Milch, obwohl gesamthaft niemand mehr weiß, wo man sie absetzen kann;

- Konsumenten kaufen Billigprodukte, deren Preise den Produzierenden kaum zum Überleben reichen und beklagen sich dann, dass ihre eigenen Arbeitsplätze und damit Einkommensmöglichkeiten durch das Verhalten anderer gefährdet werden. Die Marktwirtschaftstheorie kennt keinen bewusst herbeigeführten Interessenausgleich und auch kein Gespräch darüber. Gesamtsoziale Fragen und Probleme werden auf die Gesellschaft und damit die Politik überwälzt; das Unternehmen ist nur für seine eigene Bilanz verantwortlich, der Konsument nur für seinen eigenen Geldbeutel. Erst wenn uns die Folgen des eigenen Verhaltens z.B. in Form von Steuern oder Subventionen wieder erreichen, wachen wir auf und beschweren uns" (Herrmannstorfer 1993: 44ff).

Dieses duale Gesellschaftsmodell kommt aber zunehmend an seine Grenzen:

- Der Staat und die Parteien schaffen es nicht, die Fehler des wirtschaftlichen Egoismus im Nachhinein zu beseitigen. Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Nord-Süd-Konflikt etc. sind nicht in den Griff zu bekommen. Der Staat wird durch überbordende Verschuldung immer handlungsunfähiger.

- Die Seelen der Menschen rebellieren. Nur als Egoist und Rädchen im Getriebe angesprochen zu werden, ist eine Verletzung der Menschenwürde.

Neue soziale Bewegungen als dritter Faktor

Der duale Gesellschaftsaufbau wurde in den letzten Jahrzehnten durch einen dritten Faktor – heute auch gerne als ‚Dritter Sektor' oder Zivilgesellschaft bezeichnet – ergänzt. Die neuen sozialen Bewegungen sind freiwillige Bürgerinitiativen, die sich um Fragen des Allgemeinwohls kümmern. Die Akteure von neuen sozialen Bewegungen werden von Niemandem beauftragt. Es gibt kein Gesetz, das sie erfüllen müssen. In der Regel werden sie auch von

niemandem bezahlt. Der ‚Auftraggeber' sind die Akteure selbst. Ihre individuelle moralische Intuition leitet sie.

‚Staat und Markt', wie der duale Gesellschaftsaufbau auch oft genannt wird, bedingen sich gegenseitig. Egoistisches Verhalten der Bürgerinnen und Bürger ruft den Staat hervor, damit nötige Aufgaben des Allgemeinwohls erledigt werden. Dagegen stehen Dritter Sektor und Zivilgesellschaft weitgehend eigenständig da. Neue soziale Bewegungen sind weder ‚Staat' noch ‚Markt' zugehörig. Bürgerinnen und Bürger übernehmen hier oftmals öffentliche Aufgaben, die traditionell dem Staat zugeschrieben werden und verlassen so den Bereich des Eigennutzes. Dritter Sektor und Zivilgesellschaft verändern damit als der dritte Faktor den traditionellen dualen Gesellschaftsaufbau.

Natürlich können Staat und Markt eine große Portion neue soziale Bewegungen vertragen, ohne dass der duale Gesellschaftsaufbau insgesamt infrage gestellt wird. Dennoch ist zu erwarten, dass der Staat und die Wirtschaft sich verändern, sobald der genannte dritte Faktor an Einfluss gewinnt.

Direkte Demokratie statt Parteienoligarchie

Obwohl in einer Demokratie ‚alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht', haben sich in Deutschland die Parteien das Monopol der Gesetzgebung gesichert. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen Parteien wählen. Nach der Stimmabgabe am Wahltag ist die Stimme aber buchstäblich weg. Keine einzige bundesweite Entscheidung konnten die Bürgerinnen und Bürger in den letzten 50 Jahren selbst treffen.

Am genauesten ist unsere bestehende Regierungsform mit dem Wort ‚parlamentarische Oligarchie' bezeichnet. ‚Parlamentarisch' heißt: die Oligarchen werden nicht mehr durch Geburt bestimmt, sondern werden gewählt und öffentlich kritisiert und manchmal gewechselt.

Die Direkte Demokratie durch Volksabstimmung durchbricht den dualen Gesellschaftsaufbau. Bürgerinnen und Bürger bleiben nicht in der ‚Privatecke' stehen, sondern treffen selbst öffentliche Entscheidungen. Deshalb erfahren Bürgerinnen und Bürger harten Widerstand von der jeweils regierenden Partei, wenn sie funktionierende Verfahren für Volksbegehren und Volksentscheid verlangen (so z.B. vor den Volksentscheiden für Mehr Demokratie 1995 in Bayern und 1998 in Hamburg).

Es gibt aber nicht nur den offenen Widerstand, die Verteidigungsmechanismen der Regierenden sind raffinierter: Seit 1990 wurden in allen Bundesländern auf Landes- und Kommunalebene gesetzliche Regelungen für Bürger- und Volksbegehren eingeführt. Jedoch ging es den Landesparlamenten bei den gesetzlichen Regelungen nicht darum, Bürgermitbestimmung zu ermöglichen. Sondern die Verhinderung der Bürgermitbestimmung sollte zementiert und erfolgreiche Bürgerentscheide zu einem Ausnahmefall gemacht werden. Deshalb beschlossen die Landesparlamente eine Fülle von Themenausschlüssen und Klauseln, die das Mitbestimmungsrecht meistens zu einem bedeutungslosen Papiertiger machen. Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene finden kaum statt, auf Landesebene (außer in Bayern und Schleswig-Holstein) gar nicht.

Eine gelebte Direkte Demokratie verändert die politische Kultur und erhöht die Lebensqualität. Einige Stichpunkte dazu:

- Die Bürgerinnen und Bürger erleben sich mehr als Ausgangspunkt des Staates, der Bürgersinn wächst.

- Die Direkte Demokratie ist ein Ausweg aus der Ohnmacht (‚die da oben machen doch, was sie wollen'), die allzu oft in Resignation, Zynismus oder politische Aggression führt. Wer eine Chance hat, sein Anliegen in einem fairen Verfahren zur Entscheidung zu bringen und dann verliert, der kann das Ergebnis eher akzeptieren, als wenn er sich von Anfang an einer geschlossen und ablehnenden Mauer der Parlamentsmehrheit gegenübergestellt sieht. Das ist die befriedende Wirkung der Direkten Demokratie.

- Das politische Interesse und die Verantwortungsbereitschaft der Menschen wächst. Da die Menschen selbst entscheiden können, interessieren sie sich auch mehr für strittige Sachfragen. Vor jedem Volksentscheid finden ausführliche öffentliche Diskussionen statt - eine Chance für jeden, etwas dazuzulernen. Mit jedem Volksentscheid verbindet man sich ein Stück mehr mit dem Gemeinwesen.

- Politiker können Probleme nicht mehr so aussitzen wie bisher (‚Arroganz der Macht'). Die Rolle der Politiker ändert sich mit der Direkten Demokratie. Diese müssen sich nun mehr darum kümmern, ihre Vorschläge zu vermitteln und die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen. Damit wird die Distanz zwischen Regierenden und Regierten kleiner.

- Neue Ideen haben größere Chancen, auf die öffentliche Tagesordnung zu kommen. Es entsteht mehr Wettbewerb zwischen Vorschlägen zur Gestaltung unseres Gemeinwesens. Damit wächst die Lern- und Erneuerungsfähigkeit der Gesellschaft und wir haben größere Chancen, die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen.

Meine Zukunftsprognose ist, dass sich die Direkte Demokratie durch Volksabstimmung immer weiter ausbreiten wird. In einigen Jahrzehnten werden es sich die Menschen gar nicht mehr vorstellen können, dass es einmal keine Volksabstimmungen gab. Diese Entwicklung geschieht aber nicht naturgesetzlich, sondern nur wenn z.B. die Aktionen der Bürgerbewegung Mehr Demokratie in den kommenden Jahren ausreichend Unterstützung finden.

Bewusster Interessenausgleich in der assoziativen Wirtschaft

Um die Dualität von Staat/Parteien (= Allgemeinwohl) und Wirtschaft/Bürger (= Egoismus) tatsächlich aufzuheben, ist eine Wandlung unserer Wirtschaft nötig. Das Allgemeinwohl muss im wirtschaftlichen Geschehen selbst vertreten und nicht erst durch den Staat eingefordert werden.

Herrmannstorfer beschreibt dies so: „Einen Fortschritt wird es erst geben, wenn innerhalb der Wirtschaft selbst der Interessenausgleich bewusst gestaltet wird und damit den Marktmechanismus ablösen kann. Interessenausgleich dieser Art bedingt aber, dass entsprechende Bewusstseinsorgane innerhalb des Wirtschaftslebens gebildet werden müssen, die nicht nur die Produzierenden umfassen, sondern auch die Konsumierenden. Aus dem künstlichen Gegensatz von Angebot und Nachfrage muss ein Miteinander werden, das sich auf vertraglicher Grundlage auslebt. Nicht von Vergesellschaftung der Wirtschaft ist hier die Rede, sondern von einem gleichberechtigten Geltendmachen von Interessen. Das Gesamtwohl entsteht eben nicht mehr durch die Addition von Egoismen, sondern in den Handlungen der Einzelnen muss dieses Gesamtwohl mitenthalten sein. Die geeignete Form für eine solche Interessenabstimmung ist der Vertrag" (Herrmannstorfer 1993: 44ff).

In der Literatur wird diese neue Wirtschaftskultur ‚assoziative Wirtschaft' genannt. Einige Stichworte zur Organisation der assoziativen Wirtschaft:

- Große Teile bisheriger staatlicher Aufgaben werden von Vereinen und Unternehmen selbstverwaltet erledigt. Die Finanzierung dieser Arbeiten erfolgt über ‚geschenkte Steuern', die von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern verteilt werden (die dann entsprechend weniger Steuern an den Staat entrichten müssen) sowie über Unternehmensassoziationen. Unternehmen, die ihre Produkte verkaufen und damit Überschüsse erzielen können, verbinden sich mit Unternehmen, die ihre Produkte nicht verkaufen können (z.B. Bildung, Infrastruktur, soziale Absicherung) und finanzieren diese.

- Der Staat beschränkt sich auf die Aufgabe der Gesetzgebung. Damit es zu dieser Beschränkung kommt, werden (neben der Direkten Demokratie durch Volksabstimmung) zwei getrennte Parlamente gewählt. Das ‚Gesetzes-Parlament' macht Gesetze, hat aber keinen finanziellen Haushalt. Das ‚Wirtschafts-Parlament' verwaltet einen finanziellen Haushalt im Rahmen der Gesetze. Je stärker öffentliche Aufgaben von freien Initiativen übernommen werden, umso geringer wird der Haushalt des ‚Wirtschafts-Parlaments'.

- Damit das Allgemeinwohl in der Wirtschaft tatsächlich zum Zug kommen kann, wird leistungslosen, spekulativen Einkommen durch Besitz (von Geld, Boden, Aktien, Derivaten etc.) der Boden entzogen. Ein Geldsystem ohne bzw. mit weniger Zins stellt billigeres Geld zur Verfügung als das bisherige Geldsystem und verdrängt dieses im Wettbewerb.

Eine Vielzahl von Stiftungen wird mit dem Ziel gegründet, Boden aufzukaufen, die Eigentumsrechte zu neutralisieren und den Boden mittels Erbpachtverträgen der bestmöglichsten Nutzung zuzuführen. Kapitalgesellschaften wandeln sich in Stiftungen um; die Eigentumsrechte werden damit neutralisiert, der Aktienmarkt ausgetrocknet. Überschüsse fließen assoziierten Unternehmen zu. (Heutiges Beispiel: Der Bertelsmannkonzern gehört zu zwei Dritteln der Bertelsmann-Stiftung, deren Forschungs- und Bildungsarbeit durch die Konzernüberschüsse finanziert wird.)

Meine Prognose für das dritte Jahrtausend ist also: Alles wird soziale Bewegung. Der handelnde verantwortliche Mensch steht im Zentrum. Der heutige Staat und die heutige Wirtschaft und damit die organisierte Verantwortungslosigkeit verlieren zunehmend an Bedeutung.

Wir realistisch ist diese Prognose? Zur Beantwortung dieser Frage könnte man viele unterstützende Entwicklungen und Faktoren aufführen. Doch letztlich gilt: Sie ist so realistisch, so realistisch wir sie machen. Ein Zweites ist auch klar: Einen Weg dahin wird es nur mit der Direkten Demokratie geben, denn der Parteien- und Bürokratenstaat wird sich nicht selbst überflüssig machen.

Thomas Mayer lebt in Kempten und arbeitet als Geschäftsführer bei Mehr Demokratie e.V. und im Omnibus – gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie. 1993-1995 Vertrauensmann des erfolgreichen Volksbegehren ‚Mehr Demokratie in Bayern'. omnibus@allgaeu.org, http://www.omnibus.org

Literatur

Udo Herrmannstorfer 1993: Die Zukunft wagen – Die Verantwortung der Schweiz für Europa. Institut für zeitgemässe Wirtschafts- und Sozialgestaltung. Dornach.

Gottfried Oy

Alternative Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert

Subjekte der Kommunikation zwischen Management und Widerstand

Die Delphi-Befragung zur Zukunft sozialer Bewegungen des *Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen* liefert eine Bestandsaufnahme hegemonialer Typen von Gesellschaftsanalyse der BewegungsforscherInnen der 90er Jahre. Schaut man sich die Nennung von Medien in den Antworten des Delphi an, so fällt auf, dass Medien als eine Art Verstärker für Interessen sozialer Bewegungen angesehen werden. Die Antworten der Delphi-Befragung zur Zukunft sozialer Bewegungen zeigen zudem, dass Medien sowohl als Arena als auch in Bezug auf die Ausgestaltung von Aktionsformen eine große Bedeutung eingeräumt wird.

Auch im nächsten Jahrhundert werden sich Bewegungen und ihre Protestformen und -inhalte an den Medien reiben. Ich möchte im Folgenden einige Thesen zur Bedeutung der Medien und der Möglichkeit Alternativer Öffentlichkeitsformen im 21. Jahrhundert präsentieren und zur Diskussion stellen, dass ihr Verständnis von der Wirkung der Medien den sozialen Bewegungen bisher mehr im Weg gestanden als ihre Politik befördert hat.

Zur Rolle der Medien

Der Wandel, der sich in der zunehmenden Bedeutung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wie dem Internet und der Ausbreitung kommunikativer Formen innerhalb der klassischen Massenmedien niederschlägt, verweist auf die Frage, wie gesellschaftliche Herrschaft nicht entgegen, sondern gerade mittels kommunikativer Strukturen in der Lage ist, sich zu modernisieren. Johanna Dorer folgend, bietet es sich bei der Beantwortung dieser Frage an, auf das Foucaultsche Konzept des Dispositivs zurückzugreifen (Dorer 1997: 247).

Die Idee der Meinungsfreiheit und der freien Kommunikation spielt innerhalb der Mediengeschichte eine zentrale Rolle. Gegen die Hofberichterstattung des Absolutismus richtete sich der Kampf um Meinungsfreiheit und Demokratisierung der öffentlichen Kommunikation durch das aufstrebende Bürgertum. Die Entwicklung der modernen Massenmedien und des kritischen Recherchejournalismus geht allerdings ebenso einher mit der Verfeinerung und Ausdifferenzierung der kommunikativen Techniken der Macht. Drei historische Phasen im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert lassen sich festmachen: Die Durchsetzung der Pressefreiheit bis nach dem Zweiten Weltkrieg, eine Zeit der relativen Medienfreiheit in den 50er Jahren und schließlich eine darauf folgenden Phase, innerhalb derer der „Imperativ zur permanenten Rede und Gegenrede zu einem ‚Geständnis-, und ‚Kommunikationszwang' mutiert" (Dorer 1997: 249). Zunächst den Institutionen in Staat und Wirtschaft, später den einzelnen Subjekten selbst obliegt bei Androhung der gesellschaftlichen Ausgrenzung eine permanente Verpflichtung zur medialen Selbstrepräsentation. Mit Foucault lässt sich dieser Prozess als ein Wandel von einem Informations- hin zu einem Kommunikationsdispositiv beschreiben.

Das Informationsdispositiv ist mit der Herrschaftspraktik der Zensur verknüpft: Die Medien des neunzehnten Jahrhunderts setzen sich gegen eine staatliche Informationspolitik zur Wehr, die zum Einen gezielt Informationen zurückhält und zum Anderen differenzierte Techniken der Kontrolle und Observierung entwikkelt. Anders das Kommunikationsdispositiv: Macht zeigt sich hier in ihrer produktiven Form, es geht nicht mehr um die Unterbindung des Zugangs zu Informationsquellen und des Verbots der freien Rede, sondern geradezu entgegengesetzt um die Unterstützung und Anregung eines Willens zum Wissen, einer nie enden wollenden Kommunikation, einer anscheinend grenzenlosen Expansion der Medien. Mittels Etablierung eines Geständniszwangs üben Medien Macht aus, indem sie zur Normierung des Lesens, Sehens und Hörens und zur Disziplinierung der Individuen beitragen. Diese Disziplinierungsfunktion ist auf dem Weg, sich in eine Selbstdisziplinierung umzuwandeln, gemäß der Anforderung an die Subjekte, selbst Unternehmer zu sein und sich den Effekten der permanenten Rede über sich selbst zu unterwerfen. In der aktuellen gesellschaftlichen Phase der postfordistischen Umstrukturierungsprozesse sind es Elemente der Alternativen Medien- und Öffentlichkeitskonzepte, die als Bestandteile der Dispositive der Macht integriert wurden. Das Kommunikationsdispositiv ist somit zugleich Ausdruck des Erfolgs und des Scheiterns kritischer Medienkonzepte, drückt sich in ihm doch die Durchsetzung maximaler kommunikativer Beteilungsmöglichkeiten innerhalb der bestehenden *one-to-many* Medien sowie der aufkommenden *many-to-many* Medien und zugleich die Entwertung ehemals kritischer Konzepte des kommunikativen Austauschs aus.

Alternative Medienarbeit

In seiner Auseinandersetzung mit der Alternativbewegung Ende der 70er Jahre betont Joachim Hirsch, dass diese Bewegung nur da politisch sei, wo sie nicht die Ausgrenzungsprozesse des ‚Modells Deutschland' verdoppele und sich selbst ghettoisiere (Hirsch 1986: 164) – damals eine durchaus angebrachte Kritik. Inzwischen zeigt sich allerdings, dass zahlreiche Bereiche der Alternativbewegung weit mehr in die Gesellschaft und deren Umstrukturierungsprozesse in der Krise des Fordismus hineingewirkt haben als zunächst gedacht. Einer scheinbar verdoppelten Ausgrenzung in Form von selbstverwalteten Betrieben, souveränen Medien und Szene-Öffentlichkeiten folgt die Reintegration in die Gesellschaft in Form von modernisierten Produktions- und Reproduktionsstrategien, welche Elemente der ehemals ‚Zwei Kulturen' vereint. Wie die Entstehung des Kommunikationsdispositives zeigt, sind auch die alternativen Medienkonzepte anscheinend im ‚Herz der Medien' angekommen und haben Struktur und Funktionsweise der Massenmedien grundlegend gewandelt; freilich ohne deren Herrschaftskonformität anzutasten. Betroffenheit, ehemals als kritischer Gegenpol zum staatstragend abwägendem Journalismus konzipiert, hat sich selbst befreit und ist, aus den alternativen Nischen heraustretend, zu einem journalistischen Standard geworden (Platen 1999). Was sich heute in Form von Teilöffentlichkeiten, *Special Interest*-Printmedien und einer Fülle von Talkshows mit Betroffenen, die über private Themen sprechen, ausdrückt, entspricht allerdings nicht mehr der damaligen Intention.

Am deutlichsten zu beobachten ist sicherlich der Einzug der Politik in erster Person, von Betroffenheit und Authentizitätsanspruch in die Massenmedien. In Kritik an erstarrten linken Politikmustern entwickelt, wandelt sich die Politik in erster Person sehr schnell in eine bloße Ausdrucksform individueller Befindlichkeit. Das ermöglicht zum Einen den Akteuren der ehemaligen spontaneistischen Linken, ihre eigenen biographischen Brüche und ihre zu-

nehmende Distanzierung von linken Positionen auf dem Wege vom selbstverwalteten Betrieb bis in die Regierungsbänke als stringenten politischen Werdegang umzudeuten. Zum Anderen entwickelt sich gerade dieser Komplex zum integralen Bestandteil des Kommunikationsdispositives heutiger Medienmacht. Losgelöst von politischen Inhalten wird die Betroffenheit und die authentische Meinungsäußerung selbst zum Inhalt und verleiht den Medien zusätzlich das Credo, sich kritisch zu äußern und für einzelne Bürger einzusetzen. Hier zeigt sich ebenso die Kompatibilität von Betroffenheit und Personalisierung, ein Essential des klassischen Journalismus. Was auf den ersten Blick wie eine Öffnung einer ehemals monokulturellen Hegemonie hin zu nicht-hegemonialen Lebensläufen, Begierden oder einfach nur abseitigen Themen wirkt, stellt lediglich eine neue Form der erweiterten Selbstdisziplinierung in der geforderten permanenten Rede über sich selbst dar.

Gegenöffentlichkeit und ‚Gleichschaltung'

Inwieweit die Normierung massenmedialer Lese-, Seh- und Hörgewohnheiten das in erster Linie alltagskulturelle Rezeptionsverhalten bestimmt, kann allerdings nicht allein über die Analyse der Medieninhalte, sondern nur über die Beschäftigung mit der kulturellen Hegemonie geklärt werden.

Die Verbreitung unterbliebener Nachrichten, erklärtes Ziel der Medienprojekte der Gegenöffentlichkeit und der Alternativen Medien, gilt nicht nur als Ziel alternativer Medienkonzepte, sondern ist ebenso integraler Bestandteil einer sich selbst auferlegten Informationspflicht des journalistischen Berufsstandes. Rein quantitativ kann zunächst davon ausgegangen werden, dass mittels zunehmender Anzahl von Printmedien, Fernsehkanälen, Radiostationen und Onlineangeboten die

Zahl der veröffentlichten und auch relativ breit zugänglichen Informationen auch im nächsten Jahrhundert zunehmen wird. Insofern kann kaum noch von unterbliebenen Informationen gesprochen werden. Allerdings zeigt sich ebenso, dass auch die vermehrte Anzahl an Publikationsangeboten kein Verlassen des vorher festgesteckten hegemonialen Terrains von potentiell möglichen Aussagen bedeutet. Trotz der Vielfalt der Angebote geht es gerade in gesellschaftlichen Krisensituationen um die Etablierung eines Sinns der bestehenden Ordnung, um eine „Ordnung in den Bildern" so Georg Seeßlen in der Analyse der Selbstinszenierung bundesdeutscher Medien während des Krieges der Nato gegen Jugoslawien (Seeßlen 1999: 16). Der viel zitierte Satz von der Wahrheit, die erstes Opfer des Kriegs sei, wird von den Medien dazu benutzt, sich selbst als heroische Kämpfer gegen Manipulation und Propaganda zu inszenieren und zugleich einer stringenten Logik einer Kriegserzählung – der Erzählung einer der kriegsführenden Parteien – zu folgen. Eine ‚Gleichschaltung' der Medien findet heute und auch zukünftig nicht in Form von Repression statt, gerade in einer massenhaften Produktion von Bildern liegt die Vereindeutigung der Erzählung von der Gesellschaft begründet.

Zum emanzipatorischen Potential der Alternativen Öffentlichkeit

Medientheoretisch wird es auch im nächsten Jahrhundert umstritten bleiben, welche Rolle Information spielt. Während in der Selbstbeschreibung der Medien die informationelle Grundversorgung weiterhin ein große Rolle einnimmt, gehen theoretische Analysen in Anlehnung an Umberto Eco und Stuart Hall davon aus, dass Informationen an sich keinerlei Auswirkungen haben, solange ihnen eine alltagspraktische Einbettung, ein kultureller Kontext fehlt. Die Stärke der Alternativen Medien besteht gerade darin, nicht zwischen den Aspekten Information, Kontextualisierung und Vernetzung unterschieden und damit Elemente einer kritischen Gegenerzählung etabliert zu haben. Hier gilt es, auch zukünftig anzuknüpfen. Zwar liefern die unterschiedlichen Medienangebote wesentlich mehr Informationen als je zuvor, deren politischer Gebrauchswert ist jedoch weiterhin gering.

In der Frage des Rückkanals zeigt sich, dass angesichts der Durchsetzung des Kommunikationsdispositives der Bezug auf ein rein technizistisches Paradigma keine emanzipativen Folgen zeitigt. Ging es bei Brecht noch darum, anhand der nicht genutzten technischen Möglichkeiten des Radios aufzuzeigen, inwiefern die Vermachtung eines neuen Massenmediums zur machtförmigen Verknappung der demokratisierenden Potentiale führt, so ist diese Argumentationsweise angesichts der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in gewisser Weise obsolet geworden. Zwar gibt es auch heute ebenso Vermachtungsprozesse neuer Medientechnologien, welche die Spielräume für emanzipative Möglichkeiten verringern – wie die Massenmedialisierung des Internet zeigt –, jedoch ist der Rückkanal als technische Möglichkeit längst eingeführt. In Auseinandersetzung mit dem Kommunikationsdispositiv geht es folglich eher darum, sich mit den sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen für emanzipative Kommunikationsformen zu beschäftigen, als deren bloße Möglichkeit zu behaupten.

Auch die Aspekte der angestrebten nicht-hierarchischen Arbeitsteilung und der damit zusammenhängenden ökonomischen und parteipolitischen Unabhängigkeit innerhalb der Projekte der Alternativen Medien fungieren – neben ihrer utopischen Rolle, die sie sicherlich auch spielen – als Innovationspotential für die postfordistische Umstrukturierung der Produktion – nicht nur im Bereich der Medien. Auf

der Ebene der Arbeitsorganisation hat mittels Einführung flacher Hierarchien und flexibilisierter Arbeitszeiten auf der einen und der Abschaffung des reinen Kollektivprinzips auf der anderen Seite eine zunehmende Angleichung stattgefunden. Ebenso haben sich über die Umorganisation der Arbeitsstrukturen und der Arbeitsweisen auch letztlich die klassischen Formate gewandelt, eine größere Experimentierfreudigkeit hat in den Redaktionen Einzug gehalten. Arbeitsmarktpolitisch werden die neuen Formen der Arbeitsorganisation faktisch dazu benutzt, ehemals tariflich ausgehandelte Bedingungen der Verwertung der Arbeitskraft zu unterlaufen und neue Standards zu setzen. Selbstausbeutung und ein hoher Identifikationsgrad mit Arbeit und Betrieb waren die betriebswirtschaftlichen Vorteile alternativer Betriebe. Insbesondere im Medienbereich wurden so handwerkliche und materielle Schwächen durch große Innovativkraft ausgeglichen. Indem nun das moderne Management diese ehemaligen alternativen Konzepte – und auch die dazu gehörigen hochmotivierten ‚Seiteneinsteiger' – übernimmt, wird das Konzept der Alternativen Ökonomie in seiner Position als praktische Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise selbst überarbeitungsbedürftig.

Fazit

Ist diese Auseinandersetzung mit Medientheorie und -praxis nun als ein Plädoyer für die Überflüssigkeit linker Gegenöffentlichkeit und Alternativer Medien im 21. Jahrhundert zu verstehen? Mit Sicherheit nicht, denn die Notwendigkeit der Auseinandersetzung um Realitätsdeutungen und deren informationellen Grundlagen – einer Arbeit am Diskurs – besteht in jeder gesellschaftlichen Situation, so auch im nächsten Jahrundert. Allerdings, so zeigen die Erfahrungen der letzten dreißig Jahre, ist es nicht möglich, kritische Publizistik lösgelöst von dem jeweiligen sozialen Kontext zu betreiben. Der Versuch einer Vermittlung der reinen Information geht schnell ins Leere, werden die Bedingungen der Rezeption nicht berücksichtigt. Das Modell Alternative Öffentlichkeit als gesellschaftskritisches Konzept kann weiterhin seine Wirkung nur entfalten, indem es nicht als isolierte Medientheorie, sondern als umfassende Gesellschaftstheorie begriffen wird. In dem Weg von der Analyse der Macht der Manipulateure zur Analyse der Macht der Codes, den die kritische Publizistik von der Nachkriegszeit bis heute vollzogen hat, liegt die Selbsterkenntnis eines Teils der Akteure der Gegenöffentlichkeit gegenüber diesen Prozessen begründet. Eine kritische Publizistik sollte diese Aspekte in ihre Praxis und Theoriebildung integrieren. Ansätze zu einer Reformulierung alternativer Öffentlichkeitsmodelle und kritischer Medienprojekte liegen vor. Dieser Beitrag versteht sich insofern als ein Plädoyer für die Unterstützung des Prozesses der Reformulierung und Restrukturierung kritischer alternativen Öffentlichkeitsformen.

Gottfried Oy ist Soziologe und promoviert am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main über Geschichte und Gegenwart Alternativer Öffentlichkeit.

Literatur

Dorer, Johanna 1997: Das Internet und die Genealogie des Kommunikationsdispositivs: Ein medientheoretischer Ansatz nach Foucault. Andreas Hepp, Rainer Winter (Hg.), Kultur – Medien – Macht. Opladen: Westdeutscher, 247-257.

Hirsch, Joachim 1986. Der Sicherheitsstaat. Das ‚Modell Deutschland, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen – Überarbeitet Neuauflage. Frankfurt/ Main: Athenäum.

Platen, Heide 1999. Einzelschicksale überall. In: taz-Magazin 82 vom 17.4.1999, 4.

Seeßlen, Georg 1999. Kriegsnovelle oder Wie eine Erzählgemeinschaft für einen moralischen Krieg erzeugt wird. In: jungle World 21 vom 26.5.1999, 15-18.

Marianne Beisheim

‚Wie hältst du's mit der Globalisierung?'

Gretchenfrage der Zukunft sozialer Bewegungen[1]

Liest man, was Experten über die Zukunft der neuen sozialen Bewegungen (NSB) prophezeien, dann drängt sich der Eindruck auf, den die NSB vielleicht schon immer auf Beobachter gemacht haben: zugleich bunt und schwarzseherisch, kritisch und optimistisch, unkonventionell und traditionell – mit anderen Worten hochgradig divers trotz aller Verbundenheit im Rahmen der ‚Bewegung'. Eine allgemeine Tendenz zur Ausdifferenzierung der Form, Themen und Arenen neuer sozialer Bewegungen scheint sich auch in der Zukunft fortzusetzen. Obgleich man dabei natürlich zur Spekulation genötigt ist, soll im Folgenden versucht werden, einige wichtige organisatorische und inhaltliche Entwicklungstrends zu bestimmen.[2] Dabei soll zumindest eine Konfliktlinie näher erörtert werden, die die benannten Entwicklungen entscheidend mitstrukturieren könnte.

Von den NSB zu den NRO?

Viele Kenner der Szene beobachten seit Jahren, dass die spezifische Form der ‚Bewegung' an Bedeutung verliert, dass andere Bewegungsakteure hinzutreten oder aber gar die klassischen NSB ablösen. Wichtigste Akteure sind dabei schon heute die *Nicht-Regierungsorganisationen (NRO)*, die auch in der Zukunft die relevanteste Organisationsform bilden könnten. Einigen gelten die NRO als organisatorischer Kern der NSB, während andere sie eher losgelöst von diesen Wurzeln agieren sehen. NRO zeichnen sich durch einen höheren Organisationsgrad als NSB aus. Dieser verschafft ihnen den Vorteil, professioneller agieren zu können, auch da Ressourcen – materieller oder immaterieller Natur – effizienter organisiert werden können. Allerdings haben NRO auf den ersten Blick einen eher geringeren Basisbezug als NSB. Diese Entwicklung könnte aber auch dahingehend interpretiert werden, dass stärker an Einzelproblemen orientierte NRO sich auf eine Klientel beziehen, die nicht mehr territorial, sondern thematisch bestimmt wird. Verstärkt wird dieser Trend durch die Möglichkeiten, die neue Medien wie v.a. das Internet bieten: Der Basisbezug ist immer weniger ausschließlich auf eine lokale Gruppe von selbsttätigen Aktivisten ausgerichtet, sondern kann sich auch auf eine – möglicherweise transnational – virtuell organisierte Gruppe von Menschen beziehen, die das normative Interesse an einem Thema eint und die eine entsprechende NRO unterstützt. Stellvertretend für diese werden dann professionelle NRO-Mitarbeiter aktiv, die sich den immer komplexer werdenden Anforderungen politischer Prozesse mit der entsprechenden Expertise widmen. Dabei kann auch der Basisbezug im engeren Sinne erhalten bleiben, wenn sich lokale, nationale und transnationale Organisationsebene in Form eines Mehrebenen-Netzwerkes verbinden lassen. Ob dies angesichts der zu erwartenden hohen Transaktionskosten gelingen wird, ist nicht eindeutig zu beantworten – die Vorteile einer sol-

chen Organisationsstruktur scheinen jedoch zukunftsträchtig.

Zum Umgang mit der Globalisierung

Ein zentraler inhaltlicher – und dadurch auch organisatorischer – Bezugspunkt der Arbeit von NSB oder NRO wird meines Erachtens die *Globalisierung* sein – genauer gesagt, die problematischen Folgen sich verstärkender Globalisierungsprozesse sowie die (nicht) existierenden politisch-institutionellen Antworten auf diese (Beisheim/Zürn 1999; Beisheim et al. 1999; Zürn 1998).[3] Die Einstellung zu Globalisierungsprozessen bzw. zum adäquaten politischen Umgang mit denselben scheint mir geradezu eine Gretchenfrage der Zukunft der NSB zu sein. Zwar wird sich der Großteil aller Bewegungsakteure gegen neoliberale ‚Laissez-faire'-Politiken stellen, die der Globalisierung völlig freien Lauf lassen. Dennoch könnte sich die Frage nach dem richtigen Umgang mit der Globalisierung als potentielle Konfliktlinie erweisen: Entweder die NSB bzw. NRO akzeptieren die Globalisierung in ihren Grundzügen und suchen nach einem angemessenen Umgang mit ihren Folgeproblemen, oder aber sie lehnen diese Entwicklung konsequent ab.

Globalisierungsgestalter

NSB bzw. NRO passen sich dem Trend zur gemäßigten Verregelung von Globalisierungsherausforderungen durch den schrittweisen Aufbau von Strukturen einer *Global Governance* an und kämpfen in diesem Rahmen für eine ihren Normen entsprechende Ausgestaltung derselben. Um diese Aufgabe optimal erfüllen zu können, passen sie ihre Organisationsform, ihre Themen und Arenen diesem Institutionensystem an: Erstens werden diese NRO im täglichen Umgang mit den entsprechenden politischen Prozessen inhaltlich sowie strategisch vermutlich pro-institutionalistischer und reformorientierter als zuvor. Dasselbe gilt für die Aktionsformen, die sich stärker konventionell an existierenden Politikprozessen ausrichten. Auch die Professionalisierung und Spezialisierung – im Sinne der Orientierung an Einzelproblemen – der Akteure erklärt sich so, denn bislang operierte man international jeweils mit entsprechend strukturierten Regelungsinstitutionen, wie etwa dem Ozon- oder dem Walfang-Regime. Und schließlich könnte sich im Zuge dieser Entwicklungen die zuvor beschriebene transnationale Mehrebenen-Struktur durchsetzen.

Schon heute nutzen transnational organisierte NRO die Chance, durch die Übernahme von Aufgaben Zugang zu internationalen Institutionen zu erlangen, um dann mitgestaltend tätig werden zu können. Auch in Zukunft werden dabei zwei Aufgabenbereiche immer relevanter:

- Zum einen die Verbesserung der Legitimation internationaler Institutionen durch die Einbeziehung von NRO. Dies macht einen funktionierenden Basisbezug der NRO – evtl. innovativ organisiert – unerlässlich.

- Zum anderen die Erhöhung der Effektivität internationaler Institutionen. Dies bedeutet nicht nur, dass NRO mit ihrer Expertise bei der Politikfindung beratend tätig sind. Sie können auch bei der Implementation die Vermittlung von Politiken sowie das Monitoring von deren Umsetzung verbessern – und auch hier ist ein funktionierender Basisbezug wieder von Bedeutung. Unter Umständen könnten die NRO sogar die oft nur unverbindlichen Absichtserklärungen internationaler Regime eigenständig verwirklichen, indem sie mit anderen gesellschaftlichen Akteuren Selbstverregelungsabkommen schließen – vielleicht bleibt das aber auch nur eine fromme Hoffnung.

Globalisierungsgegner

Ein zweiter Teil der NSB bzw. NRO lehnt Globalisierungstendenzen radikaler ab und fordert den Rückbau der diese ermöglichenden und fördernden Institutionen. Neben und auch in Abgrenzung zu den NRO-Multis könnten sich in Zukunft verstärkt Gruppen formieren und artikulieren, die alternative Inhalte und Formen vertreten. Gemeinsam ist diesen Positionen, dass die hinter der Globalisierung vermuteten politischen Ziele abgelehnt werden. Inhaltlich wird statt auf Einzelprobleme stärker auf die Bedeutung der großen Zusammenhänge und Strukturen verwiesen. Dabei muss man davon ausgehen, dass diese theoretischen Konstrukte nicht allein progressive, etwa revolutionäre anarchistische oder sozialistische Züge annehmen können, sondern auch antimodernistische, fundamentalistische oder autoritäre. So werden je nach politischer Ausrichtung alternative Entwicklungswege und -ziele für Gesellschaften propagiert. Diese können internationalistischer Natur sein, aber auch nationalistischer oder lokalistischer[4].

Angesichts dieser Unterschiede bleibt offen, ob es – zumindest Teilen – dieser Richtung gelingt, sich schlagkräftig zu organisieren. Vielleicht ist hier noch am ehesten der charakteristische Typ einer weniger formalisierten ‚Bewegung' zu finden. Akteurs- und Unterstützerpotential könnte sich bei Globalisierungskritikern aufgrund ideologischer Überzeugung oder auch bei Globalisierungsverlierern aufgrund persönlicher Betroffenheit finden. Statt einer professionellen NRO-Elite könnten hier verstärkt freiwillige ‚Überzeugungstäter' aktiv werden, die sich auch eher unkonventioneller Aktionsformen bedienen. Vermutlich wird es aber gerade im Rahmen dieser Gegenbewegung viele unterschiedliche Organisationsformen geben, vom intellektuellen Debattierzirkel bis zur aktionsorientierten Widerstandsgruppe. Ohnehin ist eine einheitliche ‚Anti-Globalisierungsbewegung' schon aufgrund der o.g. ausgeprägten ideologischen Unterschiede nicht vorstellbar.

Höchstwahrscheinlich ist dieses gesamte Bild eines dualen Entwicklungstrends viel zu glatt. In der Realität stellen sich diese Prozesse mutmaßlich weitaus heterogener dar. Innerhalb beider Strömungen gibt es genügend Anlass zum internen Richtungsstreit, aber auch zur Spezialisierung auf gewisse Aufgaben und Bereiche. Und vermutlich finden sich die meisten Gruppen eher irgendwo zwischen den beiden beschriebenen Positionen. Dennoch scheint mir die Auseinandersetzung mit der Globalisierungsfrage eine wichtige zukünftige Konfliktlinie für die NSB bzw. NRO zu sein.

Schlussbetrachtungen

Zum Schluss noch einige Bemerkungen über die *Erfolgschancen* von NSB bzw. NRO in der Zukunft. Im Rahmen einer sich entwickelnden Global-Governance-Struktur werden sich politische Prozesse im Vergleich zu nationalen Prozessen nochmals verlangsamen und abstrakter werden. Dies macht die Vermittlung von Problemen und Erfolgen an die Basis noch schwerer als dies ohnehin schon der Fall ist. Vor allem die in komplexen internationalen Verhandlungen ausgehandelten Paketlösungen, die oft an einem Minimalkonsens ausgerichtet sind, sind an eine normativ geprägte Klientel nur schwer als Schritt zum politischem Erfolg zu vermitteln.

Ein Beispiel ist hier etwa die Klimapolitik. War es anfangs noch einfach, eine Öffentlichkeit mit Hilfe drastischer Szenarien (wie etwa dem Kölner Dom unter Wasser) zu mobilisieren, so wird dies angesichts des schleppenden und komplexen Verhandlungsprozesses auf UN-Ebene immer schwerer. Schon jetzt sind die unübersichtlichen Gegenstände der internationalen Klimapolitik kaum noch

aufschlussreich und interessant an ein breites Publikum zu vermitteln – wie etwa die unterschiedlichen Reduktionsziele mit variierenden Basisjahren für die verschiedenen Treibhausgase oder wie die diversen internationalen Finanzierungsmechanismen (und dann auch noch in der Abkürzungssprache der Vereinten Nationen:) wie JI, CDM oder GEF. Und je eher die reformorientierten NRO hierbei scheitern, desto mehr stärkt dies vermutlich die Globalisierungsgegner. Hinzu kommen die unpopulären Nebeneffekte eigentlich gewünschter klimapolitischer Lenkungsmechanismen, wie etwa die Benzinpreiserhöhung durch die ökologische Steuerreform. Eigentlich weiß ein jeder, dass zum Erreichen eines global lebbaren nachhaltigen Lebensstils auf der Seite westlicher Gesellschaften gewisse Einschränkungen notwendig wären. Aber der persönliche Konsumstil soll dabei bitte nicht restringiert werden – was auch mit dem Gedanken individueller Freiheit kollidiert.

In der Vergangenheit haben Menschen, die diesen Wert hoch schätzen, im Rahmen sozialer Bewegungen dafür plädiert, soziale Aspekte des Gemeinwohls ebenso hoch zu veranschlagen. Durch den Erfolg und das gleichzeitige Versagen der globalisierten Marktwirtschaft wird es künftig noch schwerer, zu erkennen und zu vermitteln, welches der beste und notwendige Weg zur Verwirklichung eines globalen Allgemeinwohls ist. Meines Erachtens werden NRO daher in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen, indem sie sich an deliberativen, wenn auch nicht herrschaftsfreien Diskursen über diese Fragen beteiligen. Aber auch wenn dies für sie mit einer relativen Bedeutungszunahme als Akteure einhergeht, so steigt gleichzeitig doch auch die Gefahr des Scheiterns mit Blick auf ihre politischen Ziele.

Marianne Beisheim ist wissenschaftliche Angestellte am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) der Universität Bremen und beschäftigt sich im Rahmen ihrer Doktorarbeit mit Transnationalisierungsprozessen von NRO.

Anmerkungen

[1] Für wertvolle Anregungen danke ich Michael Zürn, mit dem ich die folgenden Überlegungen – auch schon im Rahmen der ersten Welle des Delphis – diskutieren konnte.

[2] Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass die nachfolgenden Vermutungen nur für eine bestimmte Teilmenge der NSB sinnvoll sind: Zum einen beziehen sie sich auf die OECD-Welt, zum anderen auf solche Gruppierungen, deren Themenstellung vorwiegend politisch-ökonomischer Natur ist.

[3] Leider ist im Rahmen dieses kurzen spekulativen Szenarios kein Raum für eine ausführliche Diskussion dessen, was ich hier unter Globalisierung bzw. Globalisierungsherausforderungen verstehe (vgl. dazu die angegebene Literatur). Es sei nur kurz darauf verwiesen, dass sich nach meinem Verständnis Globalisierungsphänomene nicht auf rein wirtschaftliche Prozesse beschränken, sondern auch grenzüberschreitende Prozesse in den Sachbereichen Umwelt, Sicherheit, Migration sowie Kultur und Kommunikation mit diesem Konzept beschrieben werden können.

[4] Interessant ist hier etwa die Position der britischen Grünen, die unter dem Motto 'Protect the Local, Globally' eine internationale Re-lokalisierungspolitik in Ablehnung der Globalisierung fordern.

Literatur

Beisheim, Marianne/Dreher, Sabine/Walter, Gregor/Zangl, Bernhard/Zürn, Michael 1999: Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung. Baden-Baden: Nomos.

Beisheim, Marianne/Zürn, Michael 1999: Transnationale Nicht-Regierungsorganisationen. Eine Antwort auf die Globalisierung? In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.): Neue Soziale Bewegungen – Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen: Westdeutscher, 306-319.

Zürn, Michael 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates. Denationalisierung und Globalisierung als Chance. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Ingo Take

Transnationale Allianzen als Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Bestandsaufnahme

Soziale Bewegungen werden – und dies ist bereits heute in den meisten OECD-Staaten offensichtlich – in Zukunft vor allem in ihrer organisierten Form, als Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), Einfluss auf Politik und Gesellschaft nehmen. Die Zeit der Massenmobilisierungen sind – zumindest in diesen Ländern – vorüber[1]. Protest äußert sich fast nur noch in medial vermittelten, publikumswirksamen Aktionen der NGOs selbst bzw. durch Postkartenaktionen (ebenfalls von NGOs initiiert), die dem *betroffenen* Bürger ein Minimum an Engagement abverlangen (Unterschrift und Frankierung). Die traditionellen Strategien der Interessengruppen – wie Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyismus – gewinnen auch bei den institutionalisierten Bewegungsakteuren zunehmend an Dominanz. Dementsprechend werden unkonventionellere Formen des Protestes weiter an Bedeutung verlieren. Eine Ursache für den Verlust des revolutionären Potentials der Protestbewegungen der 60er, 70er und 80er Jahre ist der Zusammenbruch der Sowjetunion und die damit verbundene Diskreditierung von Ideologien und Steuerbarkeitsphantasien[2]. In der Folge orientierte man sich bei der Formulierung von Zielsetzungen stärker an den politischen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten. Die gestiegene Fachkompetenz der NGOs einerseits und die mit der Zunahme grenzüberschreitender Probleme verbundene mangelhafte Problemlösungsfähigkeit staatlicher Institutionen andererseits hat zur Öffnung staatlicher, regionaler, lokaler und internationaler Institutionen gegenüber NGOs geführt. Dabei sind viele der von den Neuen Sozialen Bewegungen offen gelegten Problematiken inzwischen zum selbstverständlichen Teil der politischen Agenda geworden. Die daraus ebenfalls resultierende zunehmende Einbindung in politische Entscheidungsprozesse hat bei den NGOs auf der einen Seite zu einer Anpassung an staatliche Verhandlungsroutinen und zu einer allgemeinen Professionalisierung geführt, auf der anderen aber auch zu einer gewissen Ernüchterung, die sich u.a. in einem gewachsenen Pragmatismus äußert[3]. Hinzu kommen die über die Jahre etablierten persönlichen Kontakte zu politischen Eliten. Diese Entwicklungen haben die Kooperationsfähigkeit der NGOs verbessert und sie damit zu attraktiven Allianzpartnern für politische und privatwirtschaftliche Akteure gemacht.

Warum der Verlust des revolutionären Potentials zugunsten einer reformistischen Ausrichtung keinesfalls negativ zu werten ist und welche Chancen die gewachsene Allianzfähigkeit der NGOs implizieren, möchte ich im Folgenden ausführen.

Neue Chancen durch transnationale Allianzen

Heute sind die traditionellen Themen der Neuen Sozialen Bewegungen auf den politischen Tagesordnungen, zumindest der OECD-Länder, angekommen. Obwohl diese Themen inhaltlich sowohl zwischen staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren als auch innerhalb der ‚Gemeinde' zivilgesellschaftlicher Akteure weiter umstritten sind, wird die Notwendigkeit ihrer Bearbeitung von keinem der Akteure mehr angezweifelt. Im Mittelpunkt steht deshalb nicht mehr die Vermittlung einer neuen Sicht der Dinge, sondern vielmehr die Präsentation von Problemlösungsvorschlägen sowie die Auseinandersetzung über deren Angemessenheit. Dabei rücken fachliche Expertise, Detailwissen und Verhandlungsgeschick zunehmend in den Vordergrund. Mit diesen Kompetenzen lassen sich allerdings keine Massen mobilisieren. Damit sinkt zunächst die Verhandlungsmacht der NGOs. Um einflussmächtigen Gegnern in Politik und Wirtschaft dennoch weiterhin Widerstand bieten zu können, sind die NGOs ihrerseits darauf angewiesen, ähnlich einflussreiche Verbündete zu gewinnen. Der konstatierte Wandel der NGOs hin zu einem eher kooperativen Politikstil ermöglicht ihnen eine Ausweitung ihrer Suche nach Allianzpartnern. Um als Allianzpartner attraktiv und gleichzeitig gegen Instrumentalisierungsversuche gewappnet zu sein, müssen sich die NGOs als mit spezifischen Ressourcen ausgestattete Akteure profilieren, die eigene Ideen, Konzepte und Lösungen zur Bearbeitung von Problemen zu entwickeln in der Lage sind. Zusätzlich müssen sie sich in der Lage zeigen, auch Druck auf die potentiellen Allianzpartner auszuüben. NGOs nutzen deshalb ihre Einflusschancen, Bündnismöglichkeiten und Zugänge zum politischen System immer wieder auch zur medial vermittelten öffentlichen Mobilisierung. Sie stützen sich dabei vor allem auf ihre moralische Autorität.

Hier klingt ein handlungsprägendes Dilemma an, mit dem NGOs nach dem erfolgreichen Agendasetting der letzten drei Jahrzehnte überall, allerdings mit unterschiedlicher Intensität, konfrontiert sind. Auf der einen Seite geht es heute darum, den erkannten Problemen Lösungen entgegenzustellen und diese auch durchzusetzen – dies geht letztlich nur mit Hilfe anderer Akteure, wozu Regierungen genauso zählen wie Unternehmen; auf der anderen Seite birgt eine Kooperation mit diesen Akteuren die Gefahr, dass die NGOs von beiden, Regierungen wie Unternehmen, zunehmend vereinnahmt werden und so ihre Funktion und ihr Profil als unabhängig agierende Aktivisten verlieren[4]. Um einen solchen Profilverlust zu vermeiden, müssen sich die NGOs ihre Mobilisierungsfähigkeit bewahren[5].

Ein erster Ansatz, mit diesen Dilemmata auf der inhaltlichen Ebene umzugehen, besteht darin, dass die Umweltverbände beim Erarbeiten alternativer Lösungen verstärkt darauf achten, dass diese Lösungen nicht jeglichen realistischen finanziellen Rahmen sprengen. Neben naturwissenschaftlicher, technischer und rechtlicher Expertise gewinnt deshalb ökonomische Expertise bei den NGOs immer mehr an Bedeutung. Bei der Erarbeitung von Alternativvorschlägen berücksichtigen NGOs zunehmend auch mögliche soziale Auswirkungen. So demonstrieren sie der Öffentlichkeit, was auch unter Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Faktoren möglich und realisierbar ist und setzen damit gleichzeitig Regierung und Wirtschaft unter Handlungsdruck. Mit beiden Strategien bleiben sie anschlussfähig sowohl an politische und wirtschaftliche Akteure als auch an die Öffentlichkeit, auf deren Unterstützung sie angewiesen sind.

Ein zweiter Ansatz, der den oben benannten Dilemmata strategisch begegnet, liegt in dem seit einigen Jahren beobachtbaren Trend zu einer verstärkten Bildung von neuartigen Allianzen. Dabei handelt es sich meist um themenspezifische ad-hoc-Allianzen zwischen staatlichen bzw. marktwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren, die entweder zur Bearbeitung von Problemen oder zur Absicherung der eigenen Handlungsautonomie gebildet werden. Die Voraussetzungen, die diese Allianzbildungen ermöglicht haben, wurden in den weiter oben bezeichneten Trends bereits identifiziert. Ergänzt werden müssen sie noch durch ein gehöriges Maß an generalisiertem Vertrauen zwischen NGOs, Staaten und Unternehmen, welches auf die Herausbildung eines Grundstocks von geteilten Normen, Werten und Handlungsorientierungen der Akteure angewiesen ist.

Bei der von der Politikwissenschaft intensiv betriebenen Suche nach neuen Formen der Steuerung, die die bisher dominierende Form der hierarchischen Steuerung durch informelle, horizontale, dezentrale und interorganisatorische Entscheidungsstrukturen ergänzt, könnten Allianzen zwischen staatlichen, nichtstaatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren einen viel versprechenden Ansatz bilden.

Globale Politik umfasst die Ausübung von Macht, die Verfügbarkeit über ökonomische Ressourcen und die Mobilisierung von Legitimität. Regierungen, internationale Organisationen, privatwirtschaftliche Unternehmen und

NGOs verfügen allesamt über diese Ressourcen, jedoch in unterschiedlichem Maße. Neben den klassischen Steuerungsmedien Recht, Macht und Geld gewinnen außerdem Wissen, Kommunikationsfähigkeit, Problemlösungsorientierung sowie die Fähigkeit, kontinuierliche gesellschaftliche Mobilisierungs- und Lernprozesse zu organisieren, an Bedeutung (Messner 1996).

Gerade in den letztgenannten Bereichen haben die Nicht-Regierungsorganisationen immer wieder ihre Kompetenz bewiesen. Sie bieten den Staaten und den marktwirtschaftlichen Akteuren in erster Linie Informationen, Ideen und Interpretationen und damit eine Orientierungshilfe, die angesichts zunehmender Komplexität und von Politik- bzw. Marktversagen immer dringender benötigt wird. Darüber hinaus fungieren sie als Bindeglied zwischen lokaler/individueller Ebene und internationaler Ebene (indem sie die Perspektive der Betroffenen vermitteln); sie besitzen aufgrund ihrer globalen Vernetzung Informationen über das strategische Verhalten anderer Akteure; ihre moralische Autorität ist in der Lage, auf politischer und unternehmerischer Ebene getroffenen Entscheidungen zusätzliche Legitimität zu verleihen; und schließlich sind sie fähig, öffentliche Unterstützung für eine bestimmte Politik zu mobilisieren (Take 1998).

Staatliche Akteure sind deshalb bestrebt, die Expertise der zivilgesellschaftlichen Akteure zu nutzen und sich – durch die Einbeziehung der NGOs in den politischen Prozess – zusätzliche Legitimität für die von ihnen zu treffenden Entscheidungen zu verschaffen. Unternehmen sind ihrerseits an der Zusammenarbeit mit staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren interessiert, um zum einen frühzeitig über gesetzliche Rahmenbedingungen informiert zu sein und zum anderen durch die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteuren eine Verbesserung ihres Images bzw. das ihrer Produkte zu erreichen.

Die zunehmende Zusammenarbeit mit Vorreiterstaaten und -industrien auf Ad-hoc-Basis eröffnet den NGOs zum einen die Möglichkeit, ihren Einfluss in macht- und ressourcenpolitischer Hinsicht zu erweitern und damit Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, ohne dass sie sich der Gefahr aussetzen, von Politik und Wirtschaft in einer Art und Weise vereinnahmt zu werden, die ihrem Profil schadet und damit ihre Existenzgrundlage gefährdet. Die zunehmende Offenheit beispielsweise der Umweltverbände gegenüber staatlichen Institutionen, Unternehmen und den Medien ermöglicht ihnen zum anderen, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Einfluss auf deren Entscheidungsprozesse zu gewinnen.

Indem die Allianzen zwischen staatlichen bzw. marktwirtschaftlichen Akteuren und NGOs ganz unterschiedliche Akteursqualitäten vereinen, werden darüber hinaus auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene Erfolge möglich. Die potentielle Steuerungsmacht einer solchen Allianz, sei sie auch nur ad-hoc gebildet und issue-orientiert, scheint beträchtlich und bietet m.E. eine ernst zu nehmende Chance, Probleme auf den unterschiedlichen politischen Ebenen sowie über diese hinweg erfolgreich zu verregeln. Ob dadurch auch Demokratiedefizite – speziell auf der internationalen Ebene – ausgeglichen werden können, wie manche sich erhoffen, darüber lässt sich anhand der hier entfalteten Argumentation nicht spekulieren.

Ingo Take ist seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt und Mitglied der Forschungsgruppe Weltgesellschaft.

Anmerkungen

[1] In Transformationsländern werden diese Protestformen mit Erreichen des Anschlusses an OECD-Niveau abebben. In Ländern, wo eine solche Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lage nicht absehbar ist, werden sie auch in Zukunft mit repressiven Maßnahmen unterdrückt.

[2] In den 80er Jahren nahmen die Umweltverbände zunehmend Abstand von der Kritik am kapitalistischen System als Verursacher von Umweltzerstörung. Der Neoliberalismus bestimmte zunehmend die politischen Debatten. Anstatt weiterhin nach Alternativen zum kapitalistischen System zu suchen, entschlossen sich viele Umweltverbände, die ökologische Modernisierung der industriellen Produktion voranzutreiben (van der Heijden/Koopmans; Giugni 1992: 12).

[3] Ein weiterer Grund für die Zivilisierung der NGOs liegt in der Professionalisierung ihrer Ressourcenmobilisierung, die u.a. eine verstärkte Publikumsorientierung bei der Auswahl der Aktionen beinhaltet, wodurch das Handlungsrepertoire, aus dem die NGOs schöpfen, zunehmend einen konventionellen Charakter annimmt.

[4] Hier findet sich noch ein weiteres Dilemma angedeutet. Halten sich NGOs an die Spielregeln politischer Einflussnahme, gewinnen sie bei ausreichend problemlösungsorientiertem Verhalten die Anerkennung der Regierung. Aber nur mit Hilfe konfrontativer Strategie gelingt es ihnen, ihre Verhandlungsposition zu verbessern.

[5] Hier verbirgt sich ein drittes Dilemma für die NGOs. Um ausreichend Ressourcen mobilisieren zu können, müssen die NGOs breitenwirksame Themen und Aktionen liefern, mit denen sich viele Menschen identifizieren können. Auf der anderen Seite gilt es, die Gruppe von Unterstützern zu mobilisieren, die bereit sind, sich auch personell zu engagieren. Hier werden emotionale Botschaften und klare Freund-Feind-Schemata wichtig (Gamson 1992). Die damit einhergehende Schärfe und Radikalität schreckt ihrerseits wieder potentielle Unterstützer ab (Friedman and McAdam 1992).

Literatur

Friedman, Debra/McAdam, Doug 1992: Collective Identity and Activism. In: Morris, A./McClurg-Mueller, C. (Hg.): Frontiers in Social Movement Theory, New Haven, 156-173.

Gamson, William 1992: The Social Psychology of Collective Action. In: Morris, A./McClurg-Mueller, C. (Hg.): Frontiers in Social Movement Theory, New Haven, 53-76.

Heijden, Hein-Anton van der/Koopmans, Ruud/Giugni, Marco G. 1992: The West European Environmental Movement. In: Finger Matthias (Hg.): Research in Social Movements, Conflicts and Change, Greenwich, Connecticut/London, 1-40.

Messner, Dirk 1996: Politik im Wandel. NGOs in der Irrelevanzfalle oder NGOisierung der (Welt-)Politik? In: Friedrich Ebert Stiftung: Globale Trends und internationale Zivilgesellschaft oder: Die NGOisierung der (Welt-)Politik?, 11-38.

Take, Ingo 1998: NGOs – Protagonisten der Weltgesellschaft? Strategien und Ebenen ihrer Einflußnahme auf die internationalen Beziehungen. In: Calließ, Jörg (Hg.): Barfuss auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik, Loccumer Protokolle 9/97, Loccum,330-359.

Harald Gesterkamp

Professionell auf der Weltbühne, verankert in der Region

NGOs der Zukunft arbeiten global und lokal

1 Einleitung

Selbstverständlich kann es keine eindeutige Antwort auf die Frage geben, wie die Zukunft der sozialen Bewegungen im 21. Jahrhundert aussehen wird. Dazu werden unter diesem Begriff viel zu viele gesellschaftliche Phänomene subsumiert. Gleichzeitig sind in unterschiedlichen Staaten völlig unterschiedliche Voraussetzungen gegeben. So ist schon die Situation in den USA nicht mit der in Deutschland zu vergleichen (vgl. hierzu Marx Ferree/Roth 1998). Erst recht gilt das für Gesellschaften im Süden.

In Brasilien, einem der größten Industrieländer der Welt mit erheblichen Gegensätzen zwischen Arm und Reich, dürfte zum Beispiel die Landlosen-Bewegung – eine klassische soziale Bewegung – vermutlich weiter an Bedeutung gewinnen. In Deutschland dürfte die Entwicklung der sozialen Bewegungen unter anderen Rahmenbedingungen aber ganz anders verlaufen. Im Folgenden soll über die Zukunft der westlich geprägten sozialen Bewegungen beziehungsweise der nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) eingegangen werden. Letztere haben in den vergangenen Jahren einen großen Teil des Protestpotentials der klassischen sozialen Bewegungen und auch ihrer Funktionen aufgefangen.

2 Arbeit für Politik und Medien

Die Akteure der Protestbewegungen von morgen werden sich weitgehend aus den bestehenden Verbänden und Nicht-Regierungsorganisationen rekrutieren. Ob es eine Renaissance der neuen sozialen Bewegungen in Form von mitgliederstarken Bürgerinitiativen mit sichtbaren Massenprotesten auf der Straße geben wird, darf bezweifelt, kann aber auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden, wie zuletzt die Proteste gegen die Castor-Transporte zeigten.

Schon die vergangenen Jahre waren geprägt von zunehmender Professionalisierung, zum Teil von Hierarchisierung und von Internationalisierung einiger großer Organisationen. Es ist anzunehmen, dass sich diese Entwicklung erst einmal fortsetzen wird. Dabei ist davon auszugehen, dass große Organisationen mit ihren professionellen Möglichkeiten und hauptamtlichen Akteuren in den traditionellen Politikfeldern zunehmend an Einfluss gewinnen. Dass sie kleine Organisationen und Verbände verdrängen, erscheint unwahrscheinlich. Realistischer ist es, dass diese sich Nischen für ihre Betätigung suchen oder dort neue Bewegungen gründen, wo die großen Organisationen wie *Greenpeace* oder *amnesty international* in ihren Augen zu langsam oder nicht engagiert genug arbeiten.[1]

Eine besondere Funktion der großen NGOs – in diesem Aufsatz an den Beispielen Menschenrechte und Ökologie skizziert – wird der Lobbyierung von Politikerinnen, Politikern und Institutionen sowie der effizienten Medienarbeit zukommen.

2.1 Professionelle Lobbyarbeit

Schaut man auf die Arbeitsfelder der klassischen Protestbewegungen, so hat dort der Paradigmenwechsel längst stattgefunden. Wenn heute Weltbank oder Internationaler Währungsfonds tagen, bleiben sichtbare Massenproteste – mit der Ausnahme von kleinen und nahezu ritualisierten Kundgebungen vor den Tagungsgebäuden – zumeist aus[2]. Stattdessen haben Initiativen im Vorfeld intensive Gespräche mit den internationalen Finanzexperten und Politikern geführt, um die Tagesordnung zu beeinflussen. Dabei sind Erfolge sichtbar: Auf der Tagung Ende September 1999 in Washington standen nicht wie früher Inflationsbekämpfung und Privatisierung im Mittelpunkt, sondern alternativ anmutende Themen wie Armutsbekämpfung, Schuldenerlass oder Transparenz (Bunzenthal 1999). Nach Jahren der harten öffentlichen Kritik setzt man heute eher auf konstruktive Mitarbeit, ohne die eigentlichen Ziele aus den Augen zu verlieren.

Ganz ähnliche Prozesse haben sich in der Menschenrechtspolitik der vergangenen Jahre ergeben. Nicht mit Massendemonstrationen, sondern mit penibler und detaillierter Faktensuche für Staatsanwaltschaften und Richter haben Nicht-Regierungsorganisationen wie *amnesty international* oder *Human Rights Watch* die Anklage gegen den chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet unterstützt. Seit Jahren kommt es zudem auf verschiedenen Ebenen zur Lobbyierung von Politikern und UN-Vertretern im Vorfeld der jährlich im März in Genf stattfindenden Menschenrechtskommissionssitzung der Vereinten Nationen. In zahlreichen direkten Gesprächen und mit entsprechend aufgearbeiteten Dokumentationen versuchen Menschenrechtler die Situation in bestimmten Ländern auf die Tagesordnung zu setzen oder bestimmte Sanktionsmechanismen wie eine Resolution oder einen UN-Sonderberichterstatter einzuklagen – nicht selten mit Erfolg. Auch der Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs gingen langjährige Lobbyaktivitäten diverser NGOs voraus; eine Kundgebung fand während der entscheidenden Tagung in Rom im Sommer 1999 nur begleitend statt (Werner 1999).

Hilfreich, wenn nicht sogar notwendig für erfolgreiche Lobbyarbeit ist eine internationale Struktur für die nichtstaatlichen Organisationen. So haben Lobby-Experten von *amnesty international* bei Politiker-Gesprächen in verschiedenen Ländern andere Möglichkeiten, die gemeinsame Position der EU während der UN-Menschenrechtskommission zu beeinflussen als nationale oder regionale Initiativen.[3]

2.2 Medienarbeit

Neben der professionellen Lobbytätigkeit wird in den kommenden Jahren die Bedeutung der Medienpräsenz für nichtstaatliche Organisationen zunehmen. Nur wer in den Medien auftaucht, hat gesellschaftliche Relevanz und erhält finanzielle Zuwendungen aus der Bevölkerung: Dieses Credo des Marketing erhält gerade zu Zeiten oftmals stagnierender bis sinkender Spendeneinnahmen immer größere Bedeutung. Während die Finanzbeschaffung von Organisationen wie *Greenpeace* seit Jahren professionell wie in einem Wirtschaftsunternehmen gesteuert funktioniert, gibt es diesen Trend auch schon länger bei der ursprünglich ausschließlich inhaltlichen Öffentlichkeitsarbeit. Der Protest gegen die Versenkung des Ölbohrturms ‚Brent Spar' in der Nordsee war in er-

ster Linie ein gigantisches Medienspektakel mitten im Sommerloch 1997. *Greenpeace*-Kameraleute dokumentierten die Besetzung der Bohrinsel vom Anfang bis zum Ende, auf *Greenpeace*-Booten wurden Medienvertreter zum Ort des Geschehens gebracht.[4]

Inszenierte Medienereignisse wie die berühmte Schornsteinbesetzung können helfen, wichtige und sonst untergehende Sachverhalte mit Bildern zu transportieren. Sie können aber auch die eigentliche Arbeit der Protestbewegungen in den Hintergrund drängen, wenn sie unter das Diktat der Finanzbeschaffer geraten. Wenn im Extremfall *Greenpeace* nur noch zu medientauglichen Umweltzerstörungen oder *amnesty international* nur zu redaktionsrelevanten Menschenrechtsverletzungen arbeiten würde, wäre das für das Anliegen der Organisationen fatal.[5]

Wer von Spenden lebt, wird vieles tun, um vom verfügbaren Spendenkuchen möglichst viel abzubekommen. Das Aufrütteln durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, provozierende Schlagzeilen oder schockierende Zahlen dürften deshalb Zukunft haben. Wohin diese Entwicklung führen könnte, zeigt ein Beispiel der *Gesellschaft für bedrohte Völker* (GfbV). Anlässlich des Krieges und der Gewalt in Bos-

nien-Herzegowina hat die Organisation von ‚Holocaust' und ‚KZ-Rampen' gesprochen und im Konzentrationslager Buchenwald für die ‚Rettung Bosniens' demonstriert. Diese Geschichtsklitterung sorgt zwar vielleicht für Schlagzeilen und Spenden, verharmlost aber den historisch einmaligen industriell organisierten Massenmord der Nazis. Auch unseriös geschätzte und im Nachhinein nach unten korrigierte Zahlen über Vergewaltigungen durch Serben werden der GfbV vorgeworfen (zur GfbV vgl. Mayer 1994 und Gesterkamp 1998).

Den Konflikt zwischen inhaltlichem Anspruch und zuverlässiger Information auf der einen Seite sowie offensiver Finanzbeschaffung und aggressiver Öffentlichkeitsarbeit auf der anderen Seite werden alle Bewegungen in den nächsten Jahren zu klären haben. Das gilt auch für den Einsatz von Prominenten für Kampagnen. Wenn Schauspieler oder Musiker kein eigenes glaubwürdiges Profil haben, können sie nur begrenzt neue Zielgruppen werben. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Organisationen einen Imageverlust erleiden, wenn das sonstige Handeln des Prominenten nicht mit der Kampagne in Einklang zu bringen ist.

3 High Tech-NGO und Gruppengemütlichkeit

Gut bezahlte Profis mögen für gute Lobby- und Medienarbeit sorgen, eine Bewegung können sie nicht ersetzen. Wenn Aktionen und Kampagnen auch in die Region getragen werden, können sie zusätzlichen gesellschaftlichen Druck erzeugen. Neben den hauptamtlichen Profis für Lobby- und Öffentlichkeit werden NGOs wie *amnesty international* deshalb auch künftig auf zahlreiche Mitglieder und Unterstützer angewiesen sein.

3.1 Zum Beispiel amnesty international

Die Stärke von *amnesty international* im Menschenrechtsbereich ist vor allem darin begründet, dass die Organisation in der Lage ist, innerhalb weniger Tage Tausende von Appellen aus aller Welt zugunsten politisch Verfolgter zu initiieren. Die technische Entwicklung mit Computern, Fax, eMail und Internet hat dabei natürlich geholfen.

Trotzdem wäre es falsch, den Schluss zu ziehen, der Menschenrechtler der Zukunft säße nur am Bildschirm, um sich aus Datenbanken Informationen über Menschenrechtsverletzungen zu ziehen und dann elektronisch Proteste an die Verantwortlichen zu schicken. Diese Form der Arbeit wird es geben, aber es dürfte nicht die Einzige bleiben.

Genauso wahrscheinlich ist es, dass die ai-Gruppe als kleines regionales Aktionsforum neuen Aufwind erhält. Dort werden sich Menschen organisieren, die Kampagnen gegen die Folter oder Todesstrafe bis hinunter in die Fußgängerzonen der Kleinstädte deklinieren. Ihre Zielgruppe ist nicht die UN-Menschenrechtskommission in Genf, sondern die Passantin in Passau oder Pinneberg. Ihre Medienstrategie konzentriert sich nicht auf CNN oder die Tagesschau, sondern auf die Lokalnachrichten des örtlichen Rundfunksenders oder das kostenlos erscheinende Sonntagsblatt des regionalen Oberzentrums.

3.2 Ausblick: Lokal statt global

Angesichts der ständigen Internationalisierung von Politik und Wirtschaft wird als Gegenreaktion auf die Globalisierung eine Rückkehr zur Region stattfinden. Das gilt auch für das politische Engagement – parallel zur professionellen internationalen NGO-Arbeit. Immer

weniger Menschen bekommen Lust, in Parteien ständig an Sachzwängen zu scheitern. Sinkende Wahlbeteiligungen in Deutschland und die viel zitierte Politik(er)verdrossenheit sprechen eine eindeutige Sprache. Wer sich engagieren will, wird das künftig – noch stärker als bisher – anders organisieren: zum Beispiel in der Geborgenheit der regionalen Gruppe einer internationalen Organisation oder in Projekten, die nicht langfristig und nicht zwingend ideologisch ausgerichtet sein müssen. Die Aktiven in den dann wohl nicht mehr ‚soziale Bewegungen' genannten Gruppierungen werden sich unter Umständen erst ein paar Monate lang für alternative Verkehrspolitik im Stadtteil, dann für einen schnelleren Atomausstieg in Deutschland und dann ein Jahr lang gegen die Todesstrafe in den USA einsetzen, bis neue Aufgaben reizen. Voraussetzung dafür ist, dass die bestehenden Organisationen flexibel genug sind, sich auf diese Herausforderungen einzulassen.

Harald Gesterkamp ist verantwortlicher Redakteur des von *amnesty international* in Bonn herausgegebenen Magazins ai-JOURNAL.

Anmerkungen

[1] Dafür gibt es in Deutschland im Menschenrechtsbereich viele Beispiele; etwa *Pro Asyl* als NGO für den Flüchtlingsbereich oder *terre des femmes* für die Rechte von Frauen. Im Umweltbereich ist u.a. *Robin Wood* eine Abspaltung von *Greenpeace*.

[2] Die Proteste und Ausschreitungen in Seattle bilden hier eher die Ausnahme.

[3] Oftmals wechseln die Experten sogar die Seiten. Mancher ehemalige NGO-Funktionär ist später als UN-Repräsentant Ansprechpartner für NGOs. Aktuelles Beispiel ist der frühere ai-Generalsekretär Ian Martin, der während des Referendums über die Unabhängigkeit Leiter der UN-Mission in Osttimor war.

[4] Trotz eines erheblichen Messfehlers bei den Ölresten, die auf der Bohrinsel vermutet wurden, hat *Greenpeace* keinen Schaden aus der Geschichte genommen. Im Gegenteil: Die Versenkung der Bohrinsel war gesellschaftlich nicht mehr durchsetzbar, nachdem von *Greenpeace* initiierte Tankstellenboykotts Wirkung zeigten. Ein weiterer Effekt waren Spendenzuwächse. Hier ist die Frage zu diskutieren, ob die Spenden willkommener Nebeneffekt der Aktion waren oder ob die Finanzbeschaffung das eigentliche Hauptziel der Aktion war.

[5] Anders als bei *Greenpeace* ist diese Politik bei *amnesty international* allerdings zurzeit nicht mehrheitsfähig. Stattdessen betont die Menschenrechtsorganisation, dass sie sich auch weiterhin für die ‚vergessenen Gefangenen' einsetzen will (Gesterkamp 1999).

Literatur

Bunzenthal, Roland 1999: Der Trick mit der Drehtür. In: Frankfurter Rundschau, Jg. 55, Nr. 226 (29.9.1999), 3.

Gesterkamp, Harald 1998: Urgent Action. Human Rights Watch & Co.: Die nichtstaatlichen Menschenrechtswächter. In: Gunnar Köhne (Hg.): Die Zukunft der Menschenrechte. Reinbek: Rowohlt, 198-212.

Gesterkamp, Harald 1999: amnesty international. Von der Gefangenenhilfsorganisation zum Menschenrechtsmulti? In: Forschungsjournal NSB, Jg.12, Heft 1, 80-83.

Marx Ferree, Myra/Roth, Silke 1998: Kollektive Identität und Organisationskulturen. Theorien neuer sozialer Bewegungen aus amerikanischer Perspektive. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 11, Heft 1, 80-91.

Mayer, Klaus 1994: Mischehen und andere Liederlichkeiten. Zur Politik der Gesellschaft für bedrohte Völker. in: Blätter des iz3w, Nr. 201 (Oktober), 42-43.

Raschke, Joachim 1998: Machtwechsel und soziale Bewegungen. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 11, Heft 1, 25-47.

Werner, Thomas 1999: UNO-Strafgerichtshof. Weltgericht mit Mängeln. In: ai-JOURNAL, Jg. 26, Heft 9 (September), 22-23.

Heike Walk/Achim Brunnengräber

Von Mobilisierungsschwächen und kosmopolitischen Größen

Neue soziale Bewegungen und NGOs

Angesichts der zunehmenden Verarmung weltweit, der sich zuspitzenden ökologischen Probleme und der Marginalisierung großer Bevölkerungsteile dürfte den sozialen Bewegungen auch in Zukunft kaum die Grundlage ihres Engagements verloren gehen. Im Prozess der Globalisierung kommt es zu einer funktionalen Ausdifferenzierung staatlicher Aufgabenbereiche, die sich auch auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge übertragen lassen. Diese Ausdifferenzierung wird sich nicht nur entlang der Themen vollziehen, sondern auch entlang national ausgerichteter Bewegungssegmente und transnational agierender NGO-Netzwerke. Neue Mobilisierungsstrategien und Deutungsmuster, die auch neue Kommunikationstechnologien und -möglichkeiten nutzen, haben sich bereits herauskristallisiert. Den Bewegungsakteuren wird das politische Engagement dadurch nicht erleichtert, vielmehr treten transnationale NGOs in Konkurrenz zu den sozialen Bewegungen, weil von den NGOs ganz ähnliche Themen unter der besseren Ausnutzung globaler und medialer Kommunikationsstrukturen aufgegriffen werden. Gerade auf internationaler Ebene werden NGOs – auf Grund der neuen Legitimationserfordernisse und weil die politischen Eliten ihre Wahrnehmung in Bezug auf die 'neuen' Akteure als bloße Gegenüber revidiert haben – zunehmend in die Problembearbeitung miteinbezogen.[1]

In den nachfolgenden Ausführungen wollen wir einen Vergleich der neuen sozialen Bewegungen mit den transnationalen NGOs vornehmen, um dadurch Gemeinsamkeiten bzw. Abgrenzungen zu erkennen und gleichzeitig die zentralen Wesensmerkmale herauszuarbeiten.[2] Vorangestellt werden soll an dieser Stelle bereits, dass wir die Gleichsetzung der NGOs mit trans- oder multinationalen Bewegungsorganisationen (TNBO, MBO) (Rucht 1996, Klein 1997) als nicht zutreffend erachten. Wie wir sehen werden, genügen viele NGOs den anspruchsvollen Kriterien von Bewegungen nicht bzw. weisen in der Analyse andere Kriterien auf. Auch können internationale Kampagnen nicht als empirischer Beleg für transnationale Bewegungen gedeutet werden. Sowohl in zeitlicher, räumlicher als auch inhaltlicher Hinsicht bestehen deutliche Unterschiede. Internationale Kampagnen regen zwar oftmals zu individuellem Handeln, nicht unbedingt aber zu einer Intensivierung kommunikativer Prozesse an. Sie sind darüber hinaus meist kurzlebig.

Soziale Gruppen, Nachbarschaften, persönliche Beziehungen und Freundschaften bilden das eigentliche Bewegungsmilieu, in dem sich die Interessen, Protesthintergründe, Argumentationslinien und Zielperspektiven einer Bewegung entfalten. Hier entstehen auch die Gemeinsamkeiten, Identitäten und Solidaritäten,

aus denen sich das Lebenselixier der Bewegung zusammensetzt. In der Interaktion vieler solcher Assoziationen, die sich in einer ersten Organisationsphase zu Bürgerinitiativen oder Selbsthilfegruppen zusammenschließen, bildet sich der ‚Verfassungsschutz von unten' heraus, wie Habermas (1996) die Funktionen von sozialen Bewegungen bezeichnet. Bewegungen stellen demnach einen kollektiven Akteur dar. Bei den NGOs erreichen dieses Wir-Gefühl und die kollektiven Identitäten auf Grund der räumlichen Distanzen nicht jene Intensität, die den Bewegungsbereich charakterisiert. Denn gemeinsame kulturelle Referenzen, Problemdefinitionen und Politikerfahrungen fehlen. Stattdessen erfährt die einzelne Organisation im transnationalen Raum durch die Zugehörigkeit zu Netzwerken eine Aufwertung. Die transnationalen Netzwerke ersetzen also, wenn auch nicht mit vergleichbarer sozialer Verbindlichkeit und Dichte, die Rolle des kollektiven Akteurs. Gemeinsamkeiten sind nicht inhaltlich oder lebensweltlich determiniert, sondern werden zum politischen Symbol.

Im Zuge der Transnationalisierung des politischen Handelns hat die Nähe zur Basis, zur Anhänger- und sogar zur Mitgliedschaft an Bedeutung verloren. Um eine größtmögliche Außenwirkung zu erzeugen, wird nicht mehr auf die Mobilisierung der Basis abgezielt, sondern teilweise unabhängig von nationalen Stimmungslagen eine mediale internationale Öffentlichkeit herzustellen versucht. In den schnellebigen internationalen Kampagnen kommt dies besonders deutlich zum Ausdruck. NGOs spiegeln folglich in ihrer politischen Form die massenmediale Öffentlichkeit und das sie umgebende institutionelle Umfeld wieder, und nicht die Assoziationen, SympathisantInnen oder sozialen Milieus, die neue soziale Bewegungen zu mobilisieren versuchen.

Neue soziale Bewegungen weisen entsprechend ihrer konkreten Ziele und ihres politischen Grundverständnisses eine geringe Rollenspezifikation auf, auch wenn Schlüsselfiguren oft von großer Bedeutung sind. Innerhalb der NGOs jedoch ist die Bedeutung von ExpertInnen zentral. Die Spezialisierung und thematische Ausdifferenzierung unter den NGOs entsprechen sozusagen den vielfältigen und komplexen Problemzusammenhängen und konkreten Lösungsansätzen. NGOs versuchen mittels der Verfügbarkeit von Informationen und Fachwissen Einfluss zu nehmen und Außenwirkung zu erzielen.

Das vorherrschende Ziel der neuen sozialen Bewegungen, grundlegenderen sozialen Wandel herbeizuführen, d.h. auf die Tiefenstrukturen der Gesellschaft im Sinne ideologischer Zielprogramme über die unterschiedlichsten Protestformen einzuwirken, ist bei den NGOs einem pragmatischeren Politikverständnis gewichen. Statt das Unmögliche, das Utopische über die diskursive Herstellung klarer Konfliktlinien anzustreben, wird das Mögliche versucht. Das kapitalistische Weltsystem, d.h. die internationale Politik innerhalb der Staatengemeinschaft und deren supranationale Instanzen, werden nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Dadurch wird die regierungsoffizielle Anerkennung der NGOs erleichtert.

Für die Entstehung sozialer Bewegungen werden als notwendige, wenn auch nicht hinreichende, Bedingungen das Vorhandensein relativer Benachteiligung und/ oder kollektiver Unzufriedenheit benannt. Bei der Suche nach der Motivation für gesellschaftspolitisches Engagement rücken darüber hinaus Profilierungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten oder das Streben nach Anerkennung in den Blick. Im NGO-Bereich der internationalen und transnationalen Politik motivieren ganz wesentlich

Berufs- und Qualifizierungsmöglichkeiten das politische Engagement.

Auch wenn sich neue soziale Bewegungen nicht durch eindeutige Grenzziehungen bestimmen lassen, so zeichnen sie sich doch durch die grundsätzliche Kritik an herrschenden Normen und Werthaltungen aus. Aus dieser protestgeprägten Positionierung gegenüber dem staatlichen System oder der Wirtschaft gewinnen Bewegungen auch ihre Identität als Kollektivinstanz. Dagegen zielen NGOs systematisch durch Lobbying auf die Bildung von Allianzen mit Staat und Markt. Sie besitzen nicht nur kurzfristigen strategischen Charakter, sondern werden Normalität. Dementsprechend gewinnen NGOs an Bedeutung, indem sie offizielle Anerkennung finden und ihre Leistungen offiziell nachgefragt und honoriert werden.

Kosmopolitische Bezüge

Das Internet trug maßgeblich dazu bei, dass NGOs bei den internationalen Politikprozessen auf einem hohen Aktualitäts- und Informationsniveau mitarbeiten können. Auch für die globale Kommunikation und Koordination sind durch die elektronische Post ungeahnte Möglichkeiten entstanden. Nicht nur die transnationalen NGO-Netzwerke agieren mit Hilfe der neuen Kommunikationsmedien, auch die lokalen Gruppen können sich mit anderen lokalen oder internationalen Organisationen zusammenschließen, d.h. die klassische Verbindungslinie von lokalen Organisationen über nationale und internationale Zusammenhänge löst sich auf.

Die transnationalen NGOs stehen nicht notwendigerweise in einem Wechselverhältnis mit lokalen Bewegungssegmenten. Die gerade von Bewegungsforschern problematisierte Abkopplung hat zum Teil schon stattgefunden. NGOs bedürfen nicht mehr der Legitimation durch eine breite Basis. Sie lösen in Verbindung mit der Integration in das nationale bzw. internationale politische System und der nationalen bzw. transnationalen Vernetzung das Mobilisierungserfordernis von Bewegungen ab.

Neidhart vertritt die Auffassung, dass neue soziale Bewegungen auf die Mobilisierung der Massen angewiesen sind, weil es ihnen an Macht und Geld fehlt (1985: 200). Umgekehrt lässt sich daraus wiederum schlussfolgern, dass NGOs in dem Maße nicht mehr auf Mobilisierung der Basis angewiesen sind, weil sie über solche Ressourcen verfügen. Anstelle der Mobilisierung immaterieller und ideeller Unterstützung und der Unterstützung durch lokale Bewegungsorganisationen treten die professionelle Spendenakquisition, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit in den Mittelpunkt. Folglich lässt sich auch kollektives Handeln schon auf Grund der immensen materiellen Ressourcen, die dafür erforderlich wären, nicht ohne weiteres auf die transnationale Ebene übertragen.

Gleichzeitig wird das Bewegungshandeln von den transnationalen Politikprozessen überschattet, weil im Zuge der Globalisierung *bottom up*- gegenüber *top down*-Strategien in den Hintergrund treten. Dabei versuchen NGOs über die (Welt-) Öffentlichkeit oder das internationale Institutionensystem die Entscheidungsträger der jeweiligen Regierungen oder das nationale politische System zu beeinflussen. Davon bleiben auch die besser organisierten Bewegungssegmente nicht unberührt. Sie werden *erstens* von offizieller Seite kaum noch wahrgenommen, weil bereits NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure Geltung erlangen, und sie müssen sich *zweitens* gegenüber der Deutungsmacht von NGOs behaupten, wenn sie gehört werden wollen.

Die Organisationsprozesse *von unten* benötigen die Lokalität als Ort der Organisation und des politischen Engagements. Entweder werden die hier unmittelbar auftretenden Probleme identifiziert und aufgegriffen oder internationale Themen in die unterschiedlichen sozio-kulturellen, ökonomischen, politisch-administrativen und ökologischen Bedingungen integriert. Es werden also lokale Anschlussmöglichkeiten gesucht, durch die die globalen Problemfelder nachvollziehbar, und damit sicht- und greifbar gemacht werden können. D.h. aus der Leitidee 'think globaly, act localy' werden Ideen für die politischen Interventionen abgeleitet. Dass lokale Bewegungsakteure in Anspruch und Praxis zugleich *cosmopolitans* und *locals* sind, wie Roth (1994: 415) meint, bezieht sich also eher auf das politische Bewusstsein der Akteure, weniger auf deren reale Netzwerke. NGOs hingegen werden zunehmend zu *cosmopolitans*, weil sie gerade im globalen Raum ihre Repräsentationsfunktionen entfalten. NGOs haben also eine spezifische Organisationsform politischen Handelns entwickelt, die aus den erweiterten und neuen Handlungsarenen, neuen Problemlagen und einer neuen Nähe zum politischen System resultiert.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass an Stelle des Begriffs des Protests, der die Bewegungen charakterisiert und eine Distanz zum politischen System zum Ausdruck bringt, hinsichtlich der NGOs der Begriff der kritisch-begleitenden Politikberatung treffender ist, was schließlich auch der größeren Nähe der NGOs zum politischen System entspricht. Während sich NGOs auf der Suche nach systemimmanenten Spielräumen in das etablierte Institutionensystem begeben, sehen die Bewegungsakteure ihre wesentlichen Handlungschancen in der Organisation von (außerparlamentarischem) Protest und unkonventionellem Handeln.

Heike Walk und *Achim Brunnengräber* arbeiten als wissenschaftliche Mitarbeiter am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin

Anmerkungen

[1] Wir beziehen uns hier in erster Linie auf Organisationen und Bewegungen in den westlichen Industrieländern. Für die Transformationsländer und Länder des Südens sind andere Spezifika gültig.
[2] Eine ausführliche Diskussion über neue soziale Bewegungen und NGOs findet sich in der Dissertation „Transnationale Netzwerke im Konfliktfeld Klima. NGOs als ‚neue' Akteure in der internationalen Politik" von Heike Walk und Achim Brunnengräber, FU Berlin 2000.

Literatur

Habermas, Jürgen 1996: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Klein, Ansgar 1997: Die NGOs als Bestandteil der Zivilgesellschaft und Träger einer partizipativen und demokratischen gesellschaftlichen Entwicklung. In: Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim /Haake, Markus/Walk, Heike (Hg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster: Westfälisches Dampfboot, 315-339.
Neidhardt, Friedhelm 1985: Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. In: Hradil, Stefan (Hg.): Sozialstruktur im Umbruch. Opladen: Leske & Budrich, 193-204.
Roth, Roland 1994 Lokale Bewegungsnetzwerke und die Institutionalisierung von neuen sozialen Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. KZfSS-Sonderbd. 34. Opladen: Westdeutscher, 413-436.
Rucht, Dieter 1996: Multinationale Bewegungsorganisationen. Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 9, Heft 2, 30-41.

LITERATUR

REZENSIONEN

‚Top-10' – Kommentierte Bibliographie zur Bewegungsforschung und zu angrenzenden Themen

Soziale Bewegungen wurden schon oft tot gesagt. Doch noch immer existieren sie – und sie sind nicht minder internationales Forschungsobjekt. Nach wie vor gibt es viele Neuerscheinungen zum Thema (neue) soziale Bewegungen und immer weitere Aspekte von ihnen werden erforscht. Für die Literaturredaktion ist das Delphi-Heft Anlass, von dem gewohnten Erscheinungsbild abzuweichen. Wir haben diesmal ‚Top-10-Listen' der Bewegungsliteratur und angrenzender Themenbereiche zusammengetragen. Sie liefern einen informativen Querschnitt über Literatur – ob Einführungsbände, Monographien, Sammelbände oder Aufsätze -, die den Bewegungsdiskurs bewegt.

WissenschaftlerInnen und langjährige ExpertInnen ihres Forschungsbereiches haben aus dem Fundus ihrer Bücherregale nach eigenem Ermessen ausgewählt. Die kommentierten Top-10-Listen verfolgen nicht den Anspruch, die aktuellsten Titel aufzulisten, sondern jene zu nennen, die zur ‚Stütze' der Forschung geworden sind; zu Standardwerken, um sich dem Forschungsschwerpunkt zu nähern oder um das Themengebiet profund verstehen und durchdringen zu können. So ist eine Mischung aus ‚Vieldiskutiertem' und ‚weniger Bekanntem', aus empirischen Darstellungen und theoretisch-konzeptionellen Texten entstanden. Topaktuelle Bücher stellen wir wieder – wie gehabt – ab dem nächsten Heft in unserer Literaturrubrik vor.

Die kommentierte Bibliographie ordnet die Titel nach folgenden Forschungsgebieten: Allgemeine Bewegungsliteratur; Bewegungstheorie; Frauenbewegung; Umweltbewegung; Bürgerbewegung; Transformationsgesellschaft; Zivilgesellschaft; Dritter Sektor und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs).

Allgemeine Bewegungsliteratur

(zusammengestellt von Nele Boehme, Berlin)

Raschke, Joachim 1988: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt/M.: Campus.
Ein Standardwerk. Die Monographie bietet eine historisch-systematische Analyse der Entwicklung sozialer Bewegungen – angefangen 1789 mit den Sozialbewegungen, über die Arbeiter- und NS-Bewegung bis hin zu den sogenannten neuen sozialen Bewegungen. Der Autor strukturiert seine Untersuchung des Bewegungs-Phänomens nach Ursachen, Zielen, Mobilisierung und Aktionen der Bewegung sowie den Strategien der entgegenstehenden Kontrollmächte. Das 500-Seiten dicke Werk ist ebenso als Handbuch – mit guten Sach- und Personenregistern – geeignet.

McAdam, Doug/Snow, David A. 1997: Social Movements. Readings on Their Emergence, Mobilization, and Dynamics. University of Arizona: Roxbury.
Ein Reader zur Bewegungsliteratur, der Überblick verschafft. Die Aufsatzsammlung beinhaltet eine Typologisierung (David Aberle) und konzeptionelle Abgrenzung des Begriffs soziale Bewegungen (wie z. B. zu Interessengruppen und sozialen Trends) sowie 37 Aufsätze von bekannten WissenschaftlerInnen der internationalen Bewegungsforschung, die unterschiedlichste Bewegungen unter die Lupe nehmen. Die Beiträge behandeln die Bereiche Gender, Rasse und Ethnizität, Sekten und religiöse Be-

wegungen. Das Buch befasst sich weiter mit Entstehungsbedingungen, Mobilisationsprozessen und Dynamiken von sozialen Bewegungen wie dem Gefängnisaufstand von 1980 in New Mexiko (Bert Useem), der Revolution im Iran (Charles Kurzman), den neuen sozialen Bewegungen und deren politischen Möglichkeiten in Westeuropa (Hanspeter Kriesi, Ruud Koopmans, Jan Willem Duyvendak, Marco Giugni), der Frauenbewegung in Abeyance (Verta Taylor) und der Tierrechtlerbewegung (James Jasper, Jane Poulsen), um nur einige zu nennen. Mit Tabellen und Graphiken.

Jasper, James M. 1997: The Art of Moral Protest. Culture, Biography, and Creativity in Social Movements. Chicago: University Press. Im Mittelpunkt der Monographie steht die Rolle von Kultur und Moral. Verschiedene Länder haben unterschiedliche Kulturen, die die Protestformen von sozialen Bewegungen unterschiedlich prägen und Erfolg/Misserfolg beeinflussen – so der Leitgedanke des Buches. Indem Jasper seinen Blick auf die Moral richtet, eröffnet er eine neue Perspektive auf das Funktionieren von sozialen Bewegungen. Anhand diverser Protestbeispiele – angefangen von Boykotten im 19. Jahrhundert bis zu aktuellen sozialen Bewegungsformen der Antiatomkraft-Bewegung, der Tierrechtler oder der Umweltbewegungen – untersucht er als Erklärungsansatz ‚Moral und Kultur'. Das Buch bietet gleichzeitig einen umfassenden und systematischen Überblick über das Forschungsfeld der sozialen Bewegung, indem der Autor detailliert auf die vielfältige Bewegungsliteratur verweist und diese gruppiert. So wird dem Leser ein Einstieg in die Bewegungsforschung erleichtert.

Rucht, Dieter 1988: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Frankfurt/M.: Campus. Rucht löst sich von der beschränkten Analyse einzelner sozialer Bewegungen sowie Länder. Statt dessen nimmt er neue soziale Bewegungen als eine internationale gesellschaftliche Erscheinungsform wahr, die er in den Zusammenhang einer eigenständigen Theorie stellt, in der er Modernisierungsprozesse und neue soziale Bewegungen systematisch aufeinander bezieht. Der Autor wagt damit eine gesamtgesellschaftliche Bewertung von neuen sozialen Bewegungen. Sie sind einerseits Produkt und andererseits Erfüllungsgehilfe des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Seine Aussagen exemplifiziert Rucht anhand der Umwelt-, Frauen- und Antiatomkraftbewegung sowie anhand des Abtreibungskonfliktes in verschiedenen westlichen Industrienationen. In der deutschen Publikationslandschaft ist das Buch – wie auch der Band von Joachim Raschke – ein Muss.

Roth, Roland/Rucht, Dieter 1991: Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Schriftenreihe Band 252. Bundeszentrale der Politischen Bildung.
Die Aufsatzsammlung fasst Beiträge vieler – auch noch heute – relevanter AutorInnen zum Thema zusammen und ist eine der ersten, die die breite Debatte des Forschungsfeldes in Deutschland komprimiert widerspiegelt. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Joachim Raschke zum Begriff der sozialen Bewegungen; Karl-Werner Brand zur Kontinuität und Diskontinuität in neuen sozialen Bewegungen; Dieter Rink zu den Bewegungen in der DDR; Ruud Koopmans zu Demokratie von unten. Auseinandersetzungen mit der Frauen-, Friedens-, AKW-, Nord-Süd- und Schwulenbewegung sowie zu Selbsthilfegruppen (Dritter Sektor) folgen. Weitere Teile des Werkes beschäftigen sich mit der Strukturbildung, Vernetzung und den Herausforderungen von neuen sozialen Bewegungen für das parlamentarisch-demokratische System. Kaum ein späteres Lesebuch zu neuen sozialen Bewegungen bietet so einen breit gefächerten Themenkanon.

Della Porta, Donatella/Diani, Mario 1999: Social Movements – An Introduction. Oxford: Blackwell.
Diese Einführung trennt nicht zwischen ‚alten' und ‚neuen' sozialen Bewegungen. Sie nähert sich dem Thema über die theoretische Auseinandersetzung mit den Grundlagen des Entstehens von Protestbewegungen und sozialen Bewegungen. Dabei verfolgen die AutorInnen die Integration amerikanischer und europäischer Theorietraditionen, die bislang eher nebeneinander diskutiert wurden. Im Mittelpunkt ihrer Herangehensweise stehen die strukturellen – wie soziale, ökonomische und politische – Veränderungen und Transformationen von Gesellschaft, die Rolle von Kultur, Identität, Netzwerken sowie politischen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf Protest- und Organisationsformen. Die Beispiele rekrutieren Della Porta und Diani aus Nationalismusbewegungen, der Arbeiterklasse und den neuen sozialen Bewegungen.

Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Köln: Bund-Verlag.
Der Autor beschäftigt sich mit den Folgen, Risiken und Chancen der Institutionalisierung für Bewegungen – sind sie doch erst als Gegenpol zu bestehenden Institutionen entstanden. Wurde bislang davon ausgegangen, dass eine Institutionalisierung des Protestes zur Auflösung der Bewegungen führt, so skizziert Roth das Bild einer Verstetigung des Bewegungssektors, aus dem heraus sich Protestmobilisierung entfaltet. Eine solche Sichtweise der Institutionalisierung sozialer Bewegungen ermöglicht die Chance, dass der Protest mehr sein könnte als ein bloßes Ventil der Unzufriedenheit und zum Anstoß für eine Reform der sozialen und politischen Institutionen wird.

McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zals, Mayer N. 1996: Comparative Perspectives on Social Movement. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. Cambridge: University Press.
Der Sammelband enthält fünfzehn Aufsätze bekannter amerikanischer und europäischer WissenschaftlerInnen und verbindet damit beide Schulen und ihre unterschiedlichen Herangehensweisen an die ‚soziale Bewegungsforschung'. Die Beiträge ermöglichen einen Überblick über politische Voraussetzungen (Sidney Tarrow, Donatella Della Porta, Anthoy Oberschall) und Strukturen (Hanspeter Kriesi, Dieter Rucht, Elisabeth S. Clemens) von sozialen Bewegungen sowie die kulturellen und ideologischen Rahmenbedingungen (David S. Meyer, Jackie Smith, Bert Klandermans), in denen sie entstehen.

Lindenberg, Staffan/Sverrisson, Arni 1997: Social Movement Development. The Challenge of Globalization and Democratization. New York: St. Martin.
Der Fokus des Buches sind Demokratiebewegungen in der sogenannten Dritten Welt. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich Menschen in Entwicklungsländern in einer zunehmend globalisierten Welt organisieren und mobilisieren. Falluntersuchungen verschiedener AutorInnen aus dem wissenschaftlichen und praktischen Umfeld von Entwicklungspolitik geben Einblick in Voraussetzungen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Bewegungen. Die Beispiele umfassen den chinesischen Studentenaufstand von 1989, die Bewegung zur Wahlbeobachtung auf den Philippinen nach dem Zweiten Weltkrieg, Umweltaktivisten in Indien, politische Interessengruppen in Afrika sowie Bauern- und Landarbeiterbewegungen in Lateinamerika. Ethnische, kulturelle und Frauenbewegungen werden in dem Band nicht berücksichtigt.

Smith, Jackie/Chatfield, Charles/Pagnucco, Ron 1997: Transnational Social Movements and

LITERATUR

Global Politics. Solidarity Beyond the State. New York: Syracuse University Press.
Der Sammelband befasst sich mit Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) als transnationale Bewegungsform internationaler Politik. NGOs werden in den fünfzehn Beiträgen als Motor von einer sich entwickelnden globalen Zivilgesellschaft betrachtet. Drei AutorInnen analysieren das Aufkommen von transnationalen sozialen Bewegungen im 20. Jahrhundert (Louis Krieberg, Charles Chatfield, Jackie Smith). Drei weitere Beiträge konstruieren einen theoretischen Rahmen, wie transnationale soziale Bewegungen globale Politik beeinflussen (Ron Pagnucco, John D. McCarthy, Chadwick F. Alger). Fallstudien folgen zu den Aspekten ‚transnationale Bewegungen und nationale Konflikte' mit Beispielen zu Sri Lanka, Argentinien und Äthiopien; ‚internationale Vereinbarungen' mit Beispielen zu transnationalen Umwelt- und Abrüstungsabkommen und ‚internationale Institutionen' mit Beispielen zur Europäischen Union und den Vereinten Nationen.

Bewegungstheorie

(zusammengestellt von Ruud Koopmans, Berlin – und Kai-Uwe Hellmann, Berlin)

Moore Jr., Barrington 1966: Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World. Hammondsworth: Penguin Books.
Eine brillante historisch-vergleichende Analyse der Rolle von sozialen Bewegungen und Revolutionen im Staatsbildungsprozess in England, Frankreich, den USA, China, Japan und Indien. Eine Inspiration für viele ähnliche Studien (u.a. Skocpol, Goldstone), aber m.E. nie übertroffen.

Gurr, Ted Robert 1970: Why Men Rebel. Princeton: University Press.
Die Studie lag vielleicht empirisch daneben, ist aber bislang die überzeugendste Darstellung des klassischen Deprivations-Paradigmas.

Gamson, William 1975: The Strategy of Social Protest. Belmont: Wadsworth.
Ein gutes Beispiel eines einfachen und eleganten Forschungsdesigns, das es erlaubt, eine Fülle von theoretisch wichtigen Fragestellungen zur Rolle von Organisationen in sozialen Bewegungen nach zu gehen.

Tilly, Charles 1978: From Mobilization to Revolution. Reading: Addison-Wesley.
Tillys wichtigster Beitrag zur Bewegungstheorie und eine wichtige Inspiration für den politischen Gelegenheitsstrukturansatz. Höhepunkt des Werkes ist die Abrechnung des Autors mit dem Durkheimschen Anomie-Begriff als Erklärung für Protest.

Tarrow, Sidney 1989: Democracy and Disorder. Protest and Politics in Italy 1965-1975. Oxford: University Press.
Das Buch war einer der wichtigsten Auslöser für die politikwissenschaftliche Wende in der Bewegungsforschung ab Ende der 80er Jahre. Außerdem war die Studie die erste größere Untersuchung, die empirisch auf Protestereignisdaten basierte.

McAdam, Doug 1982: Political Process and the Development of Blac. Insurgency 1930-1970. Chicago/London: The University of Chicago Press.
McAdams Studie stellt eine der besten Arbeiten zur Kritik des strukturellen Ansatzes dar, sofern auf die Idee der relativen Deprivation zurückgegriffen wird. Zudem entwickelt die weitere Argumentation McAdams den Political Process Approach, der die Entstehung und Stabilisierung sozialer Bewegungen sehr viel stärker auf externe Faktoren zurückführt, als dies in vielen vorhergehenden Studien der Fall gewesen ist, und avanciert ihn damit zu einem eigenen Erklärungsansatz.

Melucci, Alberto 1989: Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society. Temple: University Press.
Meluccis Ansatz ist neben Touraines, dessen Schüler Melucci lange Zeit war, einer der wenigen originellen europäischen Erklärungsversuche speziell zu neuen sozialen Bewegungen. Dabei koppelt Melucci diesen Bewegungstyp ganz eng an Strukturbesonderheiten und Dysfunktionen der (post)modernen Gesellschaft und operiert mit einer Reihe sehr heuristischer Unterscheidungen wie der von ‚latency' und ‚visibility'.

Kriesi, Hanspeter/Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan/Giugni, Willem/Giugni, Marco G. 1995: New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis. Minneapolis: University Press.
Eine erste groß angelegte Studie, die sich der europäischen Bewegungslandschaft vergleichend zuwendet. Sie bemüht sich dafür mehrerer Erklärungskonzepte zugleich, um deren Erklärungsstärken zu testen. Überdies setzen die Autoren als spezielle Methodik die Zeitreihenanalyse von Zeitungsmeldungen ein.

Ahlemeyer, Heinrich W. 1995: Soziale Bewegungen als Kommunikationssystem. Einheit, Umweltverhältnis und Funktion eines sozialen Phänomens. Opladen: Leske + Budrich.
Ahlemeyers Arbeit führt die systemtheoretische Perspektive in die Bewegungsforschung ein und forciert damit gewisse Fragestellungen, die schon bei anderen Autoren (wie u.a. Smelser und Rammstedt) auftauchen. Ahlemeyer bezieht sich vor allem auf das Spezifikum sozialer Bewegungen im Unterschied zu Interaktion und Organisation. Außerdem thematisiert er auch die Doppelfunktion sozialer Bewegungen hinsichtlich der Risikoproblematik der modernen Gesellschaft und hinsichtlich der Identitätsproblematik des modernen Individuums.

Morris, Aldon D./Mueller, Carol McClurg (Hg.) 1992: Frontiers in Social Movement Theory. New Haven/London: Yale University Press.
Der Sammelband von Morris und Mueller stellt eine der ersten Arbeiten dar, die konsequent Beiträge einer konstruktivistischen Erklärungsweise sozialer Bewegungen zusammenführt. Hierzu zählen verstärkt auch Überlegungen, die die kollektive Identität sozialer Bewegungen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellen.

Frauenbewegung
(zusammengestellt von Birgit Sauer, Wien – und Regina Dackweiler, Fribourg)

Basu, Amrita (Hg.) 1995: The Challenge of Local Feminism: Women's Movement in a Global Perspective. Boulder.
Jenseits des Deutungsmonopols der euro-nordamerikanischen Geschichtsschreibung und Bewegungsforschung über die historischen sowie neuen Frauenbewegungen eröffnet sich mit Hilfe der Autorinnen dieses annähernd tausend Seiten starken Sammelbandes der Blick auf die Frauenbewegungen dieser Welt, deren unterschiedliche Akteurinnen, Issues, Organisationsformen und internationale Perspektive. Deutlich wird hierüber nicht zuletzt, das Geschlecht für die Frauenbewegungen des sogenannten Südens eine, aber nicht die einzige Ursache für die Formen der Unterdrückung und Ausbeutung sowie der Gewalt gegen Frauen darstellt und somit eine globale Solidarität von Frauen nicht qua Geschlechtszugehörigkeit grenz- und kontinentübergreifend vorhanden ist, sondern auf der Basis von Anerkennung und Respekt für die Differenzen zwischen Frauen zu aller erst kollektiv errungen werden muss.

Ferree, Myra Marx/Martin Patricia Y. (Hg.) 1995: Feminist Organizations. Harvest of the

LITERATUR

New Women's Movement. Philadelphia: Temple Press.
Die Autorinnen des Sammelbandes bieten in ihren, aus unterschiedlichsten Perspektiven und von verschiedensten Standpunkten aus geschriebenen Beiträgen, die jedoch durch den roten Faden der Frage nach den notwendigen Ressourcen der Frauenbewegungen für deren Überleben jenseits punktueller Kampagnen und Mobilisierungen miteinander verbunden sind, einen Rück- und Ausblick auf die Diskurse und Praxen sowie Strategien und Organisationsformen der facettenreichen US-amerikanischen Frauenbewegung der vergangenen dreißig Jahre. Paradigmatisch auch für die westeuropäischen Frauenbewegungen – auch wenn den spezifischen politischen Chancenstrukturen geschuldet – reflektieren sie u.a. die Vor- und Nachteile der Kooperation mit dem Staat etwa im Fall von Krisenzentren für Vergewaltigungsopfer oder den Balanceakt von konfessionell organisierten Frauengruppen zwischen feministischen Ziel- und organisationellen Grenzsetzungen.

Klingenbiel, Ruth/Randeria, Shalina (Hg.) 1998: Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz-Verlag.
Die hoch zu schätzende Leistung dieses Sammelbandes ist der wegweisende Versuch von Herausgeberinnen wie Autorinnen, die Entwicklungsdynamik der sich internationalisierenden Frauenbewegungen einzubetten in eine Analyse der Dynamiken wirtschaftlicher und politischer Globalisierung. So ist es möglich, die sich global vernetzenden Netzwerke der Frauenbewegungen des Nordens und Südens als Antwort auf neue politische Handlungsarenen zu interpretieren und die damit verbundenen Chancen von Frauenbewegungsaktivistinnen, Weltprobleme aus Frauensicht zu analysieren und Handlungsstrategien zu entwickeln und auf ihre Reichweite auszuleuchten sowie Fragen aufzuwerfen nach der demokratischen Legitimation, der Basisnähe und Transparenz internationalen feministischen Lobbyings im Rahmen von UN-Weltkonferenzen.

Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.) 1995: Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/M.: Campus.
Der von den beiden „Hannoveranerinnen" edierte Band ist die erste deutschsprachige Übersicht über Geschlechterforschung in sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Das Buch vermittelt sowohl einen Einblick in sozialwissenschaftliche Themen- und Fragestellungen der Geschlechterforschung als auch die Idee geschlechterforscherischer Interdisziplinarität. Alle Beiträge – behandeln sie nun internationale Ungleichheit, Arbeitsmarkt und Staat, Sozialisation oder Frauenbewegung – nehmen das Geschlechterverhältnis und nicht allein Frauen als Ausgangspunkt der Darstellung. Der Band spiegelt somit den paradigmatischen Wandel von der Frauen- zur Geschlechterforschung wider und leistet zugleich einen Beitrag zur weiteren begrifflichen Schärfung dieser Forschungsrichtung.

Cockburn, Cynthia 1991: Blockierte Frauenwege. Hamburg: Argument Verlag.
Mit ihrer komparatistisch angelegten Studie über die Einstellungen und Verhaltensweisen von Männern in verschiedenen Organisationstypen (staatliche Bürokratie, Profit- und Nonprofit) in England der späten 80er Jahre gegenüber dem per Gleichbehandlungsvorgaben normierten Ziel der Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und der damit verbundenen Aufhebung vertikaler sowie horizontaler geschlechtsspezifischer Arbeitsmarktsegregationen, hat Cynthia Cockburn den Weg gewiesen für eine Auseinandersetzung mit dem mikropolitischen Widerstand von Männern gegen das Ziel der

Geschlechterparität und Geschlechtergerechtigkeit an ihren jeweiligen Erwerbsarbeitsplätzen.

Connell, Robert W. 1995: Masculinities. Cambridge: Polity Press.
Bob Connell, einer der Protagonisten der ‚kritischen Männerforschung', differenziert in seiner zweiten geschlechterforscherischen Monographie das von ihm entwickelte Maskulinismus-Konzept. Männlichkeit ist für ihn eine Form sozialer Organisation, eingelassen in eine Relation, in das Geschlechterverhältnis bzw. Geschlechterregime. Im Band ‚Masculinities' – und Connell wählt bewusst den Plural ‚Männlichkeiten' und nicht den Singular ‚Männlichkeit' als monolithischen Geschlechtscharakter – zeigt er die historischen und sozialen Dynamiken von Männlichkeiten als soziale Praxen aber auch als gesellschaftliche Strukturen auf. Der Band entfaltet schließlich ein Tableau unterschiedlicher Männlichkeiten – hegemonialer wie heterodoxer –, er öffnet Einblicke in die Produktionsformen von Maskulinismen und präsentiert Ansätze emanzipativer Männerarbeit.

Honegger, Claudia 1991: Die Ordnung der Geschlechter. Frankfurt/M.: Campus.
Wie kam es im Verlauf des 19. Jahrhunderts zur Herausbildung einer ‚Sonderanthropologie des Weibes' und wie gelang es, in Bezug auf die Existenz von Ovarien dem weiblichen Geschlecht noch an der Schwelle des 20. Jahrhunderts die Fähigkeit zur vernünftigen Rede abzusprechen? In ebenso scharfsinnigen wie eloquenten Analysen unterschiedlichsten historischen Materials gelingt es Claudia Honegger diese Fragen zu beantworten und mit ihrem Buch einen Grundstein für die Analyse der sozialen Konstruktion der Geschlechterdifferenz auf Grundlage der Konstruktionen von Geschlechtskörpern zu legen.

Fraser, Nancy 1997: Justice Interruptus. Critical Reflections on the ‚Postsocialist' Condition. New York/London: Routledge.
Nancy Frasers jüngste Publikation hat einen bewusst doppelsinnig gewählten Titel, der Fragen der Gerechtigkeit mit Sexualität und Geschlecht assoziativ verknüpft. In den in diesem Band versammelten Aufsätzen geht es Fraser um eine Re-Formulierung linker und frauenbewegter Politik unter – wie sie es nennt –, ‚postsozialistischen' Verhältnissen. Fraser greift die landläufig unter dem Stichwort ‚postmodern' diskutierten Herausforderungen an Politik und sozialwissenschaftliche Theoriebildung auf. Ziel der Aufsätze ist es, die (konstruierten) Antagonismen zwischen ‚Klassenpolitik oder Identitätspolitik', zwischen ‚Gleichheit oder Differenz' und zwischen ‚Verteilung oder Anerkennung' kritisch zu reflektieren und aufzuheben. Ohne Zweifel spiegeln die Aufsätze die US-amerikanischen Debatte, also eines Landes, das sich ohne Arbeiterbewegung, Sozialismus und Sozialstaat in einer ‚postsozialistischen' Ära wiederfindet. Die angesprochenen Diskurse sind aber auch für die deutschsprachige Diskussion anregend und manches Mal provokativ. – Könnte eine deutschsprachige politikwissenschaftliche Publikation einen solchen Titel tragen?

McDowell, Linda 1997: Capital Culture. Gender at Work in the City. Oxford: Blackwell.
Dass Frauen nicht nur Opfer der Globalisierung sind, sondern dass die Entgrenzung kapitalistischer Märkte und die Liberalisierung von Kapitalflüssen auch eine ganz spezifische Gruppe von Frauen zu Profiteurinnen macht, hat sich inzwischen in der Geschlechterforschung herumgesprochen. Die britische Geographin Linda McDowell analysiert, wie in der ‚Londoner City' unter globalisierten Bedingungen männliche und weibliche Karrieren entstehen und sich verändern. Das Spannende an der Untersuchung ist, dass die Autorin den konstruktivistischen Ansatz für ihre empirische Untersuchung ernst

nimmt und fruchtbar macht, indem sie die hegemonialen Produktionsweisen von Männlichkeiten und Weiblichkeiten am Arbeitsplatz und in alltäglichen Praxen herausarbeitet. Spannend ist insbesondere die materialistische Verortung dieser Geschlechteranalyse und der Fokus auf institutionelle Segregations- bzw. Hegemonialstrukturen. Das Ergebnis der Studie ist: Die ‚masters of the universe' - ein Begriff aus Tom Wolfes ‚Bonfire of the Vanities' – sind ‚middle-class men' ‚with global money at their fingertips'. Was McDowell eindringlich sichtbar macht, ist die globale ‚Love-story': ‚the love of money is a male affair'.

Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.) 1996: Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Dass ein Band mit dem Titel ‚Politische Theorie' von zwei Wiener Philosophinnen herausgegeben wird, sagt vielleicht etwas über den politikwissenschaftlichen Forschungsstand im Bereich politische Theorie im deutschen Sprachraum aus. Doch nicht nur der Titel des Buches deutet auf eine Lücke hin, an deren Schließung freilich im Laufe der 90er Jahre sukzessive gearbeitet wurde, auch die Textauswahl hebt den angloamerikanischen Sprachraum hervor. (Fast) Alles was in der englischsprachigen feministisch-philosophischen Debatte Rang und Namen hat, ist in diesem Band vertreten. Das Buch kann zugleich als eine Art ‚Abschluss' – ohne damit ein Ende bezeichnen zu wollen – der Debatte um postmoderne feministische Theorie bezeichnet werden, da viele Themen dieser Diskussion - beispielsweise Differenz und Gleichheit, die Frage des Universalismus oder das Konzept ‚Gerechtigkeit' – aufgegriffen werden. Die beiden einleitenden Artikel der Herausgeberinnen diskutieren die im Buch präsentierten Debatten in vergleichender Perspektive – ein Unterfangen, das das In-Beziehung-Setzen der angelsächsischen Debatten mit dem europäischen bzw. deutschsprachigen Kontext doch erheblich erleichtert.

Umweltbewegung

(zusammengestellt von Jochen Roose, Berlin)

Rootes, Chris (Hg.) 1999: Environmental Movements. Local, National and Global. Sonderheft von Environmental Politics. London/Portland, Or.: Frank Cass.
Das aktuelle Sonderheft der Zeitschrift ‚Environmental Politics' umfasst Artikel über verschiedene Aspekte der Umweltbewegungen vor allem Europas. Thema sind beispielsweise Netzwerke von Bewegungsorganisationen, Institutionalisierungstendenzen und die Reaktion(smöglichkeiten) von Umweltgruppen auf globale Umweltprobleme.

Linse, Ulrich/Falter, Reinhard/Rucht, Dieter/Kretschmer Winfried (Hg.) 1988: Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Berlin/Bonn: Dietz-Verlag.
Stark illustrative Beschreibung von vier Umweltkonflikten über 100 Jahre. Das im Titel wiedergegebene Hauptergebnis der vergleichenden Analyse wird illustriert an dem Widerstand gegen die Wasserkraftwerke Laufenburg (1891-1914) und Walchensee (1904-1924), das Kernkraftwerk Whyl (1973-1983) und die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf (1981-1989). Die Entwicklung von Bittstellern zu selbstbewusst auftretenden politischen BürgerInnen, die sich für Umweltbelange einsetzen, wird über die lange Zeitspanne deutlich.

Dalton, Russell J. 1994: The Green Rainbow. Environmental Groups in Western Europe. New Haven/London: Yale University Press.
Dalton untersucht die Umweltbewegungen von zehn Mitgliedsländern der Europäischen Union (Stand der EU-Mitglieder 1985). Der Schwerpunkt liegt auf einer stark quantitativ ausgerich-

teten Analyse der großen Umweltorganisationen, ihrer Ressourcenstärke, Themenschwerpunkte, Netzwerke und Aktionsrepertoires.

Cornelsen, Dirk 1991: Anwälte der Natur. Umweltschutzverbände in Deutschland. München: Beck.
Eine detailreiche Beschreibung der Umweltverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Naturschutzbund Deutschland (NABU, ehemalig Deutscher Bund für Vogelschutz) und des World Wide Fund for Nature (WWF). Neben der Gründungsgeschichte und der Struktur der Verbände wird auch die Arbeit beispielhaft ausgewählter Ortsgruppen beschrieben.

Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/M.: Campus.
Eine umfangreiche Untersuchung des Zusammenhangs von Modernisierung und neuen sozialen Bewegungen. Neben der Frauenbewegung wird auch die Umweltbewegung in Deutschland, Frankreich und den USA ausführlich vergleichend dargestellt. Der Konflikt um die zivile Nutzung der Atomenergie erhält dabei eine besondere Beachtung.

Hey, Christian/Brendle, Uwe 1994: Umweltverbände und EG. Strategien, politische Kulturen und Organisationsformen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
International vergleichende Studie über die Aktivitäten von Umweltverbänden auf europäischer Ebene. Während die Analyse auf den nationalen Ebenen recht pauschal ist, bietet das ausführliche Buch interessante Einblicke in die (beschränkten) Einflussmöglichkeiten im Brüsseler Bürokratengeflecht.

Christmann, Gabriele 1997: Ökologische Moral. Zur kommunikativen Konstruktion und Rekonstruktion umweltschützerischer Moralvorstellungen. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
Christmann unterzieht die ideologische Ausrichtung der Umweltbewegung einer genauen Analyse. Wie steht es um die ökologische Moral? Die Mitglieder von lokalen Gruppen in Konstanz wurden über ihre Vorstellungen befragt, warum sie sich engagierten und wie Umweltprobleme zu lösen seien.
Zusammen mit ethnographischen Beobachtungen ergibt sich ein Bild der ökologischen Moral.

Rucht, Dieter 1999: The Impact of Environmental Movement in Western Societies. In: Giugni, Marco u.a. (Hg.): How Social Movements Matter. Minneapolis: University of Minnesota Press.
In der überarbeiteten Version eines Artikels im Forschungsjournal (Heft 4/1996) widmet sich Rucht der Frage, wie etwas über die Wirkung von Umweltbewegungen ausgesagt werden kann. Dazu skizziert er in einer ersten Annäherung an das Problem ein Schema von Einflussfaktoren und testet es an achtzehn westlichen Industrienationen.

Bürgerbewegung
(zusammengestellt von Dieter Rink, Dresden)

Fehr, Helmut 1996: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR. Opladen: Leske + Budrich.
In dieser systematischen historisch-vergleichenden Untersuchung werden Fragen nach den Entstehungsbedingungen von sozialen Bewegungen im Sozialismus und nach der Rolle von Öffentlichkeit in diesem Prozess untersucht. Der Systembruch und Wandel der Institutionenlandschaft wird u.a. im Hinblick auf den Beitrag der Bürgerrechtler zur Demokratisierung der postsozialistischen Gesellschaften analysiert.

LITERATUR

Findeis, Hagen/Schilling, Manuel/Pollack, Detlef 1994: Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Leipzig/Berlin: GSPF/ Evangelische Verlagsanstalt.
In diesem Band wird an exemplarischen Beispielen dem Wandel des politischen Engagements von Aktivisten der Opposition und der Bürgerbewegungen nachgegangen. Neben persönlichen Erfahrungen werden wesentliche Wandlungsprozesse der Gruppen nach der Wende thematisiert.

Gehrke, Bernd/Rüddenklau, Wolfgang (Hg.) 1999: ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster: Westfälisches Dampfboot.
Aktivisten aus der Umweltbibliothek, des Neuen Forums, der Vereinigten Linken etc. ziehen Bilanz des nunmehr 10-jährigen Vereinigungsprozesses. Sie wenden sich prononciert gegen konservative Vereinnahmungen der DDR-Opposition und gegen die scheinbar alternativlose Übernahme des westdeutschen Gesellschaftssystems.

Knabe, Hubertus 1988: Neue soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/1988: 551-569.
In diesem Artikel wurden Arbeiten zu den Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen in der DDR zusammengefasst und erstmalig unter bewegungssoziologischen Fragestellungen behandelt. Hubertus Knabe sieht in den ostdeutschen Gruppen die Pendants der westlichen ‚neuen sozialen Bewegungen' und gibt damit das Stichwort für die Untersuchungen der Bürgerbewegungen und der neuen Gruppen und Initiativen.

Rucht, Dieter/Blattert, Barbara/Rink, Dieter 1997: Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung? Zum Strukturwandel ‚alternativer' Gruppen in beiden Teilen Deutschlands. Frankfurt/M.: Campus.
In diesem Buch wird der Bogen von den Oppositionsgruppen des Vorherbstes über die Bürgerbewegungen zu den neuen Initiativen und Projekten in Ostdeutschland in den 90er Jahren geschlagen. Anhand einer breit angelegten empirischen Erhebung wird gezeigt, dass Institutionalisierung ein mehrdimensionaler Prozess ist, der insbesondere die alternativen Gruppen in Ostdeutschland rasch und nachhaltig verändert hat.

Krämer-Badoni, Thomas/Wiegand, Elke 1996: Bürgerinitiativen nach der Wende. Zur Entstehung von Stadtteil- und Bürgerinitiativen in der Stadt Leipzig seit 1989. In: Häußermann, Hartmut/Neef, Rainer (Hg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 205-218.
Der Beitrag beschäftigt sich mit den Wandlungen der Bewegungsszenerie in Ostdeutschland bis Mitte der 90er Jahre. Die Studie erbringt erstaunlich viele Kontinuitäten des Stadtteilengagements über den Systemwechsel hinweg. Der Vergleich mit städtischen Bürgerinitiativen in Westdeutschland zeigt, dass im Osten keine Zivilgesellschaft nach westlichem Muster entsteht.

Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan (Hg.) 1991: Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen. Berlin: LinksDruck.
Der Klassiker ist zugleich eine der umfangreichsten Abhandlungen über die sozialen Bewegungen der Wende in der DDR. In systematischer Weise werden aus begleitender Perspektive Entstehungsbedingungen und Entwicklungsetappen, inhaltliche Konzepte wie prägende Persönlichkeiten der Bürgerbewegungen vorgestellt.

Neubert, Ehrhart 1998: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Berlin: Christoph Links.
Die erste Gesamtdarstellung der unterschiedlichen Oppositionskräfte in der DDR. Neubert hebt dabei vor allem auf deren Vorstellungen zu Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Deutschlandpolitik ab.

Probst, Lothar 1993: Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Entstehung, Bedeutung und Zukunft. Köln: Bund-Verlag.
Anhand einer Regionalstudie in Rostock untersucht Probst zum einen Entstehung, Praxis und Bedeutung der Bürgerbewegungen und versucht zum anderen einen Ausblick auf ihre Zukunft im politischen Kräftefeld Deutschlands zu geben. Ihr Bestand wird angesichts der sich andeutenden Rechtsentwicklung im vereinigten Deutschland als gefährdet angesehen.

Miethe, Ingrid 1999: Frauen in der DDR-Opposition. Opladen: Leske + Budrich.
Das Buch geht der Frage nach, wie es dazu kommt, dass sich Frauen zu einer Gruppe bzw. Bewegung zusammenschließen und politisch handeln. In der Studie werden Parallelen zur 68er Bewegung in Westdeutschland sowie familiäre Hintergründe des feministischen Engagements herausgearbeitet.

Transformationsforschung
(zusammengestellt von Aurel Croissant, Heidelberg)

Diamond, Larry/Plattner, Marc/Chu, Yun-han/Tien, Hung-mao (Hg.) 1997: Consolidating the Third Wave Democracies, vol. 1: Themes and Perspectives sowie vol. 2: Regional Challenges. Baltimore/London: John Hopkins University.
Der Sammelband enthält insgesamt dreizig Aufsätze renommierter amerikanischer und asiatischer Sozialwissenschaftler. Der erste Band bietet einen exzellenten Überblick über die theoretischen und konzeptionellen Perspektiven der amerikanischen Transformationsforschung. Der Schwerpunkt liegt auf Fragen, die sich mit der Konzeptualisierung demokratischer Konsolidierung, den institutionellen Aspekten, den Beziehungen von zivilen Autoritäten und Militär sowie der Zivilgesellschaft beschäftigen. Darüber hinaus runden Überlegungen zum Zusammenhang von wirtschaftlichen Reformen und politischer Entwicklung in jungen Demokratien das Bild ab. Der zweite Band enthält Beiträge zur Konsolidierung junger Demokratien in Südeuropa, Lateinamerika, Russland und insbesondere Ostasien. Die Stärke beider Bände ist, dass sie sehr gut in die aktuelle Diskussion einführen und einen breiten Überblick über die empirischen Forschungsfelder der Transformationsforschung gewähren. Dies gilt insbesondere für den zweiten Band und hier für die starke Berücksichtigung der jungen Demokratien in Ostasien. Die Stärke ist jedoch zugleich die Schwäche: wer tiefgehende Analysen zu den Regionen und Ländern und die intensive theoretische Debatte sucht, sei an andere Titel weiter unten verwiesen.

Diamond, Larry 1999: Developing Democracy. Toward Consolidation. Baltimore/London: John Hopkins University.
Das Buch ist die überarbeitete Fassung eines bereits 1997 am Institut für Höhere Studien/Wien veröffentlichten Arbeitspapiers. Im Mittelpunkt der Ausführungen steht die Frage nach Definition, Konzept und Analyse demokratischer Konsolidierung. Der Autor definiert demokratische Konsolidierung als Prozess der Legitimation eines demokratischen Regimes. Eine Demokratie ist konsolidiert, wenn sie ein hohes Maß an Zustimmung und Unterstützung unter den Bürgern und den politischen Eliten genießt. Voraussetzungen hierfür sind der Wan-

del der politischen Kultur postautoritärer Gesellschaften sowie die Herausbildung einer vitalen Zivilgesellschaft. Lesenswert ist das Buch vor allem, da es einen guten Überblick über die Zivilgesellschaftsdebatte in der angelsächsischen Transformationsforschung bietet sowie aufgrund der Überlegungen des Autors zum Phänomen ‚defekter Demokratien' oder ‚hybrider Regime'. Kritisch anzumerken ist allerdings die stellenweise unterkomplexe theoretische Fundierung der Argumentation.

Lauth, Hans-Joachim/Liebert, Ulrike (Hg.) 1999: Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Dieser Sammelband ist die zweite Publikation des Arbeitskreises ‚Interkultureller Demokratievergleich' der DVPW. Den Herausgebern ist es gelungen, dreizehn Beiträge zu einem der aktuellsten Themengebiete der Transformationsforschung – informale Institutionen – in sehr ansprechender Weise zu einem kohärenten Gesamtbild zusammenzufügen. Die Beiträge zu politischer Partizipation aus der Perspektive der Demokratie- und Institutionentheorie sowie der feministischen Theorie, zu informellen Mechanismen politischer Inklusion und Exklusion sowie zu den institutionellen Ressourcen politischer Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich verbinden allgemeine demokratietheoretische Überlegungen mit spezifisch transformationstheoretischen Überlegungen. Besonders herauszuheben sind die Beiträge von H.-J. Lauth zur demokratietheoretischen Bedeutung informaler Institutionen sowie von Christian Welzel zur quantitativen Bestimmung von Humanentwicklung und Phasenwechsel zivilgesellschaftlicher Aktivitäten.

Morlino, Leonard 1998: Democracy Between Consolidation and Crisis. Parties, Groups, and Citizens in Southern Europe. Oxford/New York u.a.: University Press.
Der Autor krönt mit dieser Monographie seine theoretischen und empirischen Arbeiten der letzten fünfzehn Jahre zur Demokratieentwicklung in Südeuropa. Erörtert wird zunächst aus theoretischer Perspektive der Zusammenhang zwischen Institutionalisierung, Legitimation und Stabilisierung junger Demokratien. Sodann wird ein Konzept demokratischer Konsolidierung entworfen, das auf der Verknüpfung dieser drei Prozesse basiert. Im zweiten Teil des Buches wird untersucht, welche Rolle politische Parteien und Organisationen sowie zivilgesellschaftliche Akteure im Prozess demokratischer Konsolidierung in Italien, Spanien, Griechenland und Portugal spielten. Der letzte Abschnitt widmet sich der Frage nach der Krisenanfälligkeit von Demokratien und ihrer Entwicklungswege nach dem erfolgreichen Abschluss der Konsolidierung. Neben der sehr fundierten und kenntnisreichen Analyse der südeuropäischen Transformationsfälle präsentiert der Autor ein überzeugendes und anspruchsvolles Konsolidierungskonzept. Dies macht das Werk über die regionale Ausrichtung seines empirischen Teils hinaus für jeden transformationstheoretisch interessierten Leser wertvoll.

Merkel, Wolfgang 1999: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich (UTB 2076).
Das Buch bietet erstens eine systematisch-theoretische Einführung in die Transformationsforschung politischer Systeme; zweitens folgt in vier großen Kapiteln die empirische Analyse der Demokratisierung nach 1945 sowie der Systemwechsel in Südeuropa, Ostasien und Osteuropa. Zunächst entwickelt der Autor eine Typologie politischer Herrschaftsformen, um dann im zweiten Schritt die drei gängigen theoretischen Ansätze der Transfor-

mationsforschung (Akteurstheorien, Systemtheorien und strukturalistische Theorien) kritisch darzustellen und voneinander abzugrenzen. Betrachtungen zu Akteuren und Phasen der Transformation sowie ein Plädoyer des Autors für eine phasenspezifische Synthese von Transformationstheorien runden dieses erste von drei großen Kapiteln ab. Auf der Folie dieser Ausführungen wird die Analyse der zweiten Demokratisierungswelle (Deutschland, Italien, Japan) betrieben. Daran anschließend untersucht Merkel ausgewählte Demokratisierungsfälle in den drei großen Transformationsregionen Südeuropa, Osteuropa und Ostasien. Ein Fazit zu den Kernaspekten der Demokratisierung, dem Konsolidierungsstand der Demokratien und ihren Entwicklungsperspektiven rundet am Schluss jedes Regionalkapitels die Ausführungen ab.

Merkel, Wolfgang et al. (Hg.) 1994ff.: Systemwechsel, Band 1-5. Opladen: Leske + Budrich.
Die von Wolfgang Merkel u.a. herausgegebene Publikationsreihe des Arbeitskreises Systemwechsel der DVPW bietet einen breiten Überblick über Theorien der Transformation (Band 1, in der 2. Auflage von 1996), den Problemkomplex der Institutionalisierung junger Demokratien (Band 2, erschienen 1996) sowie zur Rolle von Parteien und Verbänden im Prozess des Übergangs zur Demokratie und in der Konsolidierungsphase (Band 3 und 4, erschienen 1997 u. 1998). Der die Reihe schließende fünfte Band zur Verortung der Zivilgesellschaftsdebatte in den Transformationstheorien und dem Beitrag von ‚Zivilgesellschaften' in unterschiedlichen Transformationsregionen erscheint im Frühjahr 2000. Die Bände folgen einer einheitlichen Struktur: theoretische und konzeptionelle Beiträge stehen am Anfang, gefolgt von Regionalstudien zu Ost- und Südeuropa, Lateinamerika, Afrika und Asien. Abweichend von dieser Gliederung wird Russland jeweils ein eigener Abschnitt eingeräumt.

Chehabi, Juan J./Linz, Juan (Hg.) 1998: Sultanistic Regimes. Baltimore/London: John Hopkins University Press.
Die Autoren des Sammelbandes beschäftigen sich mit einem eher vernachlässigten Thema der Transformationsforschung: der Frage nach der Einordnung ‚sultanistischer Regime' in eine Typologie moderner Herrschaftsordnungen und den Legaten dieser Regime für die Transition und demokratische Konsolidierung post-sultanistischer Gesellschaften. Ausgehend von Max Webers Begriff des Sultanismus und in enger Anlehnung an das Konzept neopatrimonialer Herrschaft entwickeln die Herausgeber in zwei Kapiteln den Typ sultanistischer Herrschaft. Anschließend gelangt Richard Snyder in seinem Beitrag zu einem eher pessimistischen Fazit hinsichtlich der Demokratiechancen sultanistisch regierter Systeme. Der Aufbau einer rechtsstaatlich-liberalen Demokratie auf den Trümmern einer von sultanistischen Herrschern geschwächten Staatlichkeit, deren Hinterlassenschaften vorzugsweise in den Bereichen der ‚Entbürokratisierung' staatlicher Institutionen, der Entrechtlichung des Wirtschaftsverkehrs, des ökonomischen Niedergangs sowie der Politisierung von Militär und Polizei liegen, bilden zumindest in den ersten Jahren nach dem Sturz sultanistischer Regime hohe Hürden für eine relativ gewaltfreie Demokratisierung und eine erfolgreiche Konsolidierung der jungen Demokratien. Die folgenden Studien zum Trujillo-Regime in der Dominikanischen Republik, dem Batista-Regime in Kuba, der Diktatur von Somoza in Nicaragua, dem Duvalier-Regime in Haiti sowie dem Iran und den Philippinen bestätigen diese These weitgehend.

Arenhövel, Mark 1998: Transition und Konsolidierung in Spanien und Chile. Strategien der Demokratisierung. Gießen: Focus-Verlag.
Der Autor stellt das symbiotische Zusammenspiel von demokratischen Institutionen, politischen Repräsentationsmodi, Zivilgesellschaft

und politisch-kulturellem ‚Lernen' als Motor demokratischer Konsolidierung dar. Erörtert werden zunächst demokratietheoretische und transformationstheoretische Facetten von Systemwechseln. Auf der Folie einer normativ orientierten Demokratietheorie werden sodann aus dem historisch-genetischen Vergleich der Demokratisierungsverläufe in Spanien und Chile Aussagen zu den Bedingungen politischer Stabilität demokratischer Systeme, den positiven und negativen Kontextfaktoren von Demokratisierung und demokratischer Konsolidierung sowie zu den Zukunftsaussichten beider Demokratien entwickelt. Institutionelle Faktoren, so das Fazit, sind für die Konsolidierung der Demokratie von herausgehobener Bedeutung.

Zivilgesellschaft
(zusammengestellt von Ansgar Klein, Berlin)

Cohen, Jean L./Arato, Andrew 1992: Civil Society and Political Theory. Cambridge/Mass: MIT Press.
Ein Hauptwerk der neueren Zivilgesellschaftsdebatte aus Sicht der neuen sozialen Bewegungen. Angelehnt an die diskursethischen Überlegungen von Jürgen Habermas, entwickeln die amerikanischen Autoren das Konzept der Zivilgesellschaft in der Sozialtheorie. Die neuen sozialen Bewegungen werden hier zu den zentralen Akteuren der Zivilgesellschaft aufgewertet, der zivile Ungehorsam wird zur herausgehobenen Handlungsform. Außerdem finden sich ein Überblick über den politischen Diskurs der Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa, Lateinamerika und Europa sowie ideengeschichtliche Bezüge. Auseinandergesetzt wird sich speziell mit Hannah Arendt, Carl Schmitt, Reinhart Koselleck, Jürgen Habermas, Michel Foucault und Niklas Luhmann.

Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt: Suhrkamp.
Vor dem Hintergrund einer Diskurstheorie des Rechts und einer Erläuterung des Verhältnisses von Menschenrechten und Demokratie bieten die Kapitel VII. und VIII. eine Konzeption deliberativer Politik und eine darauf bezogene Konzeption der Rolle von Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit. Auch hier werden die neuen sozialen Bewegungen als wichtige Akteure der Zivilgesellschaft behandelt, doch gerät die Zivilgesellschaft insgesamt in eine Reservefunktion für die Institutionen der repräsentativen Demokratie. Das von Habermas verfochtene Konzept demokratischer Selbstgesetzgebung scheut vor institutionellen Öffnungen der liberalen Demokratie zurück und hebt vor allem die Rolle der Zivilgesellschaft in konsolidierten liberalen Demokratien hervor.

Keane, John 1988: Democracy and Civil Society. London: Verso.
Eine Konzeption der Zivilgesellschaft aus Sicht des postmarxistischen Sozialismus. Die einzelnen Aufsätze behandeln die Grenzen des Staatshandelns, gehen den Verhältnisbestimmungen von bürgerlicher Gesellschaft und Staat in der politischen Ideengeschichte nach und kritisieren einen parteizentrierten Sozialismus. Beleuchtet werden das Verhältnis von Arbeit und Zivilisationsprozess, von Diktatur und Parlamentarismus sowie von Demokratie und Ideologie. Das hier vertretene Konzept öffnet sich für die Vielzahl sozialer Bewegungen und einen zivilgesellschaftlichen, pluralen Raum des Politischen als Ausgangspunkt radikaldemokratischer Reformpolitik.

Kleger, Heinz 1993: Der neue Ungehorsam. Widerstände und politische Verpflichtung in einer lernfähigen Demokratie. Frankfurt/M.: Campus.
Der Autor stellt den zivilen Ungehorsam als Motor einer lernfähigen Demokratie dar. Erör-

tert werden zunächst ideengeschichtliche und aktuelle Facetten des Widerstandsdiskurses und Felder und Fälle des neuen Ungehorsams. Sodann werden Grenzen des Mehrheitsentscheids als Legitimation zivilen Ungehorsams dargestellt und eine praktische Philosophie der Zivilität entwickelt. Die Zivilgesellschaft ist der Bezugspunkt einer weitergehenden Zivilisierung moderner Gesellschaften und Voraussetzung von lernfähiger Demokratie und einem reflexivem Staat.

Klein, Ansgar 2000: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung. Opladen: Leske + Budrich (in Vorbereitung).
Der Autor zeichnet in einem Überblick die Entwicklung von Zivilgesellschaftskonzepten in den politischen Kontexten der ostmitteleuropäischen Bürgerbewegungen, der postmarxistischen Linken, der neuen sozialen Bewegungen und Frauenbewegungen sowie seitens transnational agierender NGOs nach. Trotz verschiedener politischer Akzente der hier jeweils geführten Diskussionen verleihen die genannten radikaldemokratischen Akteure der Zivilgesellschaftsdebatte seit den 70er Jahren ihre Dynamik. In einem zweiten Schritt werden die demokratietheoretischen Konturen der Zivilgesellschaftsdebatte dargestellt. Deutlich werden im Spannungsfeld von politischem Liberalismus und Republikanismus Unterschiede von Konzepten demokratischer Selbstgesetzgebung (Habermas), demokratischer Selbstregierung (Arendt; Rödel u.a.) und institutionentheoretischer vermittelter Konzepte demokratischer Selbstregierung (Offe, Preuß, Schmalz-Bruns).

Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang (Hg.) 1997: Zivilgesellschaft im Transformationsprozess. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost. Mainz: Universitätsverlag.
Die Länderstudien machen deutlich, dass die Zivilgesellschaft in den verschiedenen Phasen des demokratischen Transformationsprozesses – Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung der Demokratie – eine jeweils unterschiedliche Rolle spielt. Deutlich wird nicht nur die weltweite Verwendung des Konzepts, sondern auch der analytische Beitrag der Transformationsforschung zu seiner Präzisierung.

Nothelle-Wildfeuer, Ursula 1999: Soziale Gerechtigkeit und Zivilgesellschaft. Paderborn: Schöning.
Aus der Perspektive christlicher Sozialethik wird deren Nähe zu den Diskussionen um Kommunitarismus und Zivilgesellschaft gezeigt. Die Zivilgesellschaft als ein Bereich jenseits von Markt und Staat bildet den Bezugspunkt der Kritik sowohl von etatistischen wie auch von ökonomistisch verengten Konzeptionen politischer Gerechtigkeit. Nach einem Durchgang durch die Ideengeschichte von Gerechtigkeitskonzeptionen wird die frühe Ideengeschichte der ‚bürgerlichen Gesellschaft' sowie vor diesem Hintergrund die Renaissance neuerer Zivilgesellschaftskonzepte dargestellt. Besonders behandelt werden die Konzeptionen von Ralf Dahrendorf, Charles Taylor und Michael Walzer. Die Zivilgesellschaft ist der normative Bezugspunkt wohlfahrtsgesellschaftlicher wie auch partizipatorisch-demokratischer Argumentationen.

Putnam, Robert D. 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: University Press.
In dem bereits modernen Klassiker untersucht der Autor am Beispiel regionaler Unterschiede in Italien den Zusammenhang von politischer Kultur und politischen Institutionen. Anders als der Süden Italiens konnte Norditalien Formen

einer ‚civic community' und eines darauf bezogenen Systems der politischen Institutionen entwickeln, die Vertrauen in die politischen Institutionen möglich machen. An Putnams Überlegungen zum ‚sozialen Kapital' knüpfen zahlreiche Beiträge zur Zivilgesellschaftsdebatte in den 90er Jahren an.

Rödel, Ulrich/Frankenberg, Günter/Dubiel, Helmut 1989: Die demokratische Frage. Ein Essay. Frankfurt/M.: Edition Suhrkamp.
Die Autoren einer jüngeren Generation der Frankfurter Schule haben in der deutschen Diskussion die Zivilgesellschaft unter Anlehnung an die französischen Autoren Lefort, Gauchet und Castoriadis aus der Perspektive eines republikanischen Konzepts der Selbstregierung konzipiert. Die neuen sozialen Bewegungen werden zu den herausragenden Akteuren der Zivilgesellschaft und ihre politische Orientierung ist radikaldemokratisch, aber nicht antiinstitutionell. Allerdings bieten die Autoren jenseits der zivilgesellschaftlichen Orientierung und einem entsprechenden Politikverständnis der Selbstbegrenzung wenig konkrete Hinweise für die Praxis der neuen sozialen Bewegungen.

Schmalz-Bruns, Rainer 1995: Reflexive Demokratie. Baden-Baden: Nomos.
Der Autor bietet eine institutionentheoretische Wendung des Zivilgesellschaftskonzepts, das er in Anlehnung an Offe, Preuß u.a. und in Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas entwickelt. Kritisiert wird die Ausblendung des politischen Entscheidungsprozesses in der bisherigen Zivilgesellschaftsdebatte. Zielpunkt seiner Argumentation bildet eine Demokratisierung der repräsentativen Demokratie in einem Konzept demokratischer Selbstregierung, mithin eine demokratische Reform der politischen Institutionen. Deutlich wird dabei die Vielfalt der sich hier bietenden Möglichkeiten.

van den Brink, Bert/van Reijen, Willem (Hg.) 1995: Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie. Frankfurt/M.: Edition Suhrkamp.
Der Sammelband enthält wichtige Aufsätze prominenter AutorInnen (R. Dahrendorf; M. Walzer; Ch. Taylor; R. Rorty; J. Rawls; M.J. Sandel, R. Forst, I.: Young, S.M. Okin, T. Nagel, B. Barber, B. Ackerman, S. Benhabib u.a.) zur neueren Diskussion über Zivilgesellschaft, zum Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft, von Gerechtigkeit und dem Guten, zu Inklusion und Exklusion aus feministischer Sicht sowie zum Verhältnis von moralischen Konflikten, diskursivem Handeln und politischer Legitimität. Geboten wird so eine große Bandbreite von Problemstellungen der neueren politischen Philosophie, die auch in den Zivilgesellschaftsdiskurs eingegangen sind.

Walzer, Michael 1992: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Berlin: Rotbuch.
Michael Walzer ist ein gemäßigter Vertreter des amerikanischen Kommunitarismus oder - wie man auch sagen könnte - eines liberalen Republikanismus. Für ihn sind die sozialen Bewegungen nur einer von vielen Akteuren der Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft gilt als eine ‚Assoziation der Assoziationen' und wird von ihm in ihrer Bedeutung für politische Kultur und Bürgerschaft hervorgehoben. Der Band enthält darüber hinaus auch Aufsätze über Liberalismus, ethnischen Pluralismus und eine Politik der Differenz.

Dritter Sektor

(zusammengestellt von Annette Zimmer, Münster)

Anheier, Helmut K./Priller, Eckard/Seibel, Wolfgang/Zimmer, Annette (Hg.) 1997: Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin: edition sigma.
Der Band bietet einen guten Einstieg in die Thematik der Dritten-Sektor-Forschung. Mit

dem Schwerpunkt auf Deutschland liefert er gleichzeitig einen umfassenden Überblick über die Ergebnisse der ersten Phase (1990-1995) des international vergleichenden und von der gleichnamigen Universität in Baltimore koordinierten ‚Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project'.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1992: Zwischen Markt und Staat. Dritter Sektor und Neue Soziale Bewegungen. FNSB 4/1992.
In diesem Heft des Journals wurden erstmals Überschneidungen zwischen dem Dritten-Sektor-Ansatz und der neuen sozialen Bewegungsforschung thematisiert. Im einzelnen handelte es sich hierbei um die Fragen der Institutionalisierung und Professionalisierung sowie der Finanzierung von sozialen Bewegungen.

Seibel, Wolfgang 1992: Funktionaler Dilettantismus. Erfolgreich scheiternde Organisationen. Baden-Baden: Nomos.
In dem brillant geschriebenen Band erläutert Seibel, warum Nonprofit-Organisationen erfolgreich scheitern. Sie überleben nämlich, obwohl sie ökonomisch ineffizient arbeiten und zur Lösung von Problemen gar nicht in der Lage sind. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in ihrem funktionalen Dilettantismus. D.h. sie sind Dilettanten, da sie lediglich symbolische Lösungen produzieren. Dadurch tragen sie jedoch wesentlich zur Stabilisierung demokratischer Gesellschaft mit marktwirtschaftlicher Ordnung bei, und zwar indem sie die Politik von Legitimationsdilemata entlasten.

Strachwitz, Rupert Graf (Hg.) 1998: Dritter Sektor – Dritte Kraft. Versuch einer Standortbestimmung. Stuttgart: Raabe.
Die Aufsätze dieses, eher für ‚Fortgeschrittene' geeigneten Readers, beschäftigen sich mit grundlegenden Themen, Problemen und Herausforderungen des Dritten Sektor. Unter anderem werden Formen und Aufgaben von Dritter-Sektor-Organisationen beschrieben, das Verhältnis von Drittem Sektor und Staat sowie Wirtschaft analysiert, die Finanzierung von Organisationen behandelt sowie Zusammenhänge zwischen dem Dritten Sektor und der Diskussion über die ‚Zivilgesellschaft' aufgezeigt.

Zimmer, Annette 1996: Vereine – Basiselement der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive. Opladen: Leske+Budrich.
Der Verein steht im Zentrum dieses Bandes, da die Mehrheit der Nonprofit-Organisationen in Deutschland als Verein organisiert ist. Im Anschluss an eine sehr praxisorientierte Vorstellung dieser Rechts- und Organisationsform wird ein Überblick über die Entwicklung des Vereinswesens in Deutschland gegeben, die Bedeutung von Vereinen als lokale Dienstleister vorgestellt sowie die Attraktivität von Vereinen für Mitgliedschaft und ehrenamtliches Engagement behandelt. Abschließend werden unter Rekurs auf die theoretischen Ansätze der Dritten-Sektor- sowie der sozialen Bewegungsforschung die Fragen diskutiert, warum es zur Entstehung von Vereinen kommt und warum man sich in diesen Organisationen engagiert.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) 1999: Handbuch Stiftungen. Ziele – Projekte – Management – Rechtliche Gestaltung. Gabler: Stuttgart.
Der umfangreiche Reader bietet einen umfassenden Überblick sowohl über Ziele und Aufgaben als auch über Führung und Organisation von Stiftungen. Mehrheitlich von SozialwissenschaftlerInnen geschrieben hebt sich der Band positiv ab von ‚klassischen' Stiftungshandbüchern, die stark juristisch orientiert sind. Einer weiten Verbreitung dieses Bandes steht allerdings der doch recht stattliche Preis entgegen.

Weber, Max 1924: Rede auf dem deutschen Soziologentag in Frankfurt. In: Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik. Tübingen, 431-449.

LITERATUR

Auf dem ersten deutschen Soziologentag führte Max Weber aus, „dass es eine fundamentale Aufgabe einer jeden Gesellschaft für Soziologie ist, diejenigen Gebilde zum Gegenstand ihrer Arbeiten zu machen, welche man konventionell als >gesellschaftliche< bezeichnet, d.h. all das, was zwischen dem politisch organisierten oder anerkannten Gewalten – Staat, Gemeinde und offizielle Kirche – auf der einen Seite und der naturgewachsenen Gemeinschaft der Familie auf der anderen Seite in der Mitte liegt". Leider führte dies nicht zum schwunghaften Aufstieg der Dritten-Sektor-Forschung in Deutschland. Doch der Fortschritt ist in Sicht. Auf dem diesjährigen Soziologentag ist wieder eine ad-hoc Gruppe zu diesem Themenbereich beantragt.

Bauer, Rudolph 1978:Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik. Materialien und Analysen zu Organisation, Programmatik und Praxis. Ein Handbuch. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
Der Band von Bauer ist ein echter Klassiker der deutschen Nonprofit-Literatur. Mit diesem Standardwerk zur ‚freien Wohlfahrtspflege' wurde erstmals die überragende Bedeutung der Wohlfahrtsverbände für die Strukturierung der sozialen Dienste bzw. der Sozialpolitik in Deutschland untersucht sowie die Beziehungen zwischen Wohlfahrtsverbänden und Staat unter dem Leitmotiv des Korporatismus stärker in den Mittelpunkt der deutschen Verbändeforschung gerückt.

Winkler, Joachim 1988: Das Ehrenamt. Zur Soziologie ehrenamtlicher Tätigkeit dargestellt am Beispiel der deutschen Sportverbände. Schorndorf: Verlag Karl Hofmann.
Winklers Band ist zu den Standardwerken der deutschen Nonprofit-Literatur zu rechnen. Hier wurde erstmals ehrenamtliches Engagement im Bereich des Sports sowohl einer theoretischen Betrachtung als auch einer empirischen Analyse unterzogen. Hierbei zeigte sich, dass ein Ehrenamt auf keinen Fall aus Gründen der Kompensation für beruflichen Misserfolg bekleidet wird. Vielmehr ist genau das Gegenteil der Fall: Je erfolgreicher man im Beruf ist, desto eher ist man in der Lage, Ehrenämter zu übernehmen.

Sachße, Christoph 1994: Subsidiarität: Zur Karriere eines sozialpolitischen Ordnungsbegriffs. In: Zeitschrift für Sozialreform, vol. 44, nr. 11, 717-738.
Sachßes Aufsatz ist eine der besten Überblicksdarstellungen zum Subsidiaritätsprinzip. Der Autor beschreibt Ursprünge und geschichtliche Entwicklung des Prinzips seit dem 19. Jahrhundert; er diskutiert unterschiedliche Definitions- und Interpretationsmöglichkeiten, behandelt den Einfluss auf die Struktur der sozialen Dienstleistungsproduktion in Deutschland und diskutiert die Bedeutung des Prinzips für die Beziehungen zwischen Staat und freier Wohlfahrtspflege.

NGOs

(zusammengestellt von Achim Brunnengräber, Berlin)

Altvater, Elmar/ Brunnengräber, Achim/ Haake, Markus/ Walk, Heike (Hg.) 2002: Vernetzt und Verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster: Westfälisches Dampfboot (1. Auflage 1997).
Der 1997 erstmals erschienene Sammelband über die ‚En-Ji-Ohs' in der inter- und transnationalen Politik ging aus einer internationalen Tagung hervor, die von den HerausgeberInnen 1996 unter dem Titel ‚Networking' veranstaltet wurde. Diesem Titel verdankt der zwölf Aufsätze umfassende Band, dessen Einleitung für die 2. Ausgabe überarbeitet wurde, seinen thematischen Fokus. In einem theoretisch gehaltenen ersten Teil werden die Netzwerktheorie, die Regimeanalyse und die Bewegungsforschung bemüht, um sich dem Netzwerkphänomen anzunähern (fünf Aufsätze). An Fallbeispielen, die die Verknüpfung von lokalen und internationalen Politikprozessen zum Gegenstand haben, wird im zweiten Teil eine Konkretisierung die-

ser theoretischen Vorarbeit geleistet (drei Aufsätze). Im letzten Teil des Sammelbandes werden die Perspektiven und Grenzen einer sich internationalisierenden Zivilgesellschaft diskutiert (vier Aufsätze).

Brand, Ulrich 2000: Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NGO-Forschung. Das Beispiel der biologischen Vielfalt. Münster: Westfälisches Dampfboot.
Die aus einer (leicht veränderten) Dissertation an der Universität Frankfurt hervorgegangene Publikation greift in einem ersten Schritt die aktuelleren NGO-Debatten der 90er Jahre auf, grenzt das Kürzel NGO ein und beschäftigt sich mit der Bewegungsforschung, der Netzwerkanalyse, der policy-Forschung, der Dritte-Sektor-Forschung, den Korporatismustheorien und der Regimetheorie. Es wird jeweils diskutiert, welchen Erkenntniswert diese Ansätze für das NGO-Phänomen haben. Im Ergebnis wird dieser Wert als nur gering erachtet, weshalb sich die Arbeit auch explizit als Beitrag zur ‚kritischen NGO-Forschung' versteht. Die Innovation der Arbeit besteht vor allem im zweiten Schritt. Hier wird ein regulationstheoretischer und ein auf der materialistischen Staatstheorie beruhender Zugang zu NGOs gesucht, der noch um die Konzepte zur Zivilgesellschaft erweitert wird. Es wird argumentiert, dass NGOs nur in ihrem Verhältnis zum Staat und im Rahmen der Strukturveränderungen kapitalistischer Vergesellschaftung angemessen zu begreifen sind. In einem abschließenden dritten Schritt werden die theoretischen (Vor-)Überlegungen auf das Konfliktfeld ‚Verlust der biologischen Vielfalt' bezogen und herausgearbeitet, dass sich hier im Zuge der Globalisierung neue Strukturen herausbilden, die (noch in vorläufiger Absicht) als ‚Netzwerk internationaler Regulation' bezeichnet werden.

Calließ, Jörg (Hg.) 1998: Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik (Loccumer Protokolle 9/97). Rehburg-Loccum.
Eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum im März 1997 provozierte mit dem Titel ‚Barfuß auf diplomatischem Parkett' (ohne Fragezeichen), um sich dem Gegenstand der NGOs zu nähern. Die Barfüßigkeit, so das Ergebnis dieser Tagung wie auch das der umfassenden Aufsätze und Tagungsmaterialien des Sammelbandes, besteht bei vielen NGO-Profis auf internationalen Konferenzen dann doch eher aus solidem Schuhwerk und Nadelstreifen. Ausgehend von der These, dass das Ende der Bipolarität und der beginnende Funktionswandel der Nationalstaaten das Aufbrechen der Verkrustungen des internationalen Systems zur Folge hatte, werden aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln die neuen Handlungsfelder und -möglichkeiten der NGOs beleuchtet. Daneben finden sich theoretische Überlegungen zu NGOs und zahlreiche Erfahrungsberichte aus der NGO-Praxis.

Comparativ 1997: Internationale Zivilgesellschaft. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung. Jg. 7, Heft 4, Leipzig (4 Aufsätze zu NGOs).
Ausgehend von einem globalen Problembewusstsein und dem Wachstum grenzüberschreitender Kontakte wird in diesem Heft quasi als roter Faden die Frage nach dem Entstehen einer internationalen ‚Zivilgesellschaft' gestellt. Andreas Nölke skizziert als Vorarbeit hierfür im ersten Aufsatz einen theoretischen Bezugsrahmen, um den Forschungsgegenstand einzugrenzen und die Frage nach der Macht transnationaler NGOs in der globalen Politik zu thematisieren. Im vierten und letzten Aufsatz des Bandes nähert er sich den transnationalen NGOs aus vergleichender Perspektive und geht nochmals auf die anfangs formulierte Frage ein. Als wichtigste Ressource von NGOs werden Informationen und Legitimität herausgestellt. NGOs und die internationale Menschenrechtspolitik – ein-

mal der Vereinten Nationen und das andere Mal der Vereinigten Staaten – sind Thema des Aufsatzes von Hans Peter Schmitz, der sich ebenfalls der Methode der Komparatistik bedient. Der globalen Umweltpolitik und den NGOs ist der Aufsatz von Andreas Obser gewidmet. Besonderer Wert wird hier auf die Interaktionen der NGOs mit den internationalen Regimen gelegt.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1996: Soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen. FNSB 2/1996 (6 Aufsätze zu NGOs).
In dem Heft werden die Diskussionen um die Weltgesellschaft, die internationale Zivilgesellschaft, das global village und die transnationalen NGO-Netzwerke aufgegriffen und aus Bewegungsperspektive in sechs Beiträgen diskutiert. Die Bewegungsforschung tut sich mit dem transnationalen NGO-Phänomen schwer und spricht dann auch lieber von ‚multinationalen Bewegungsorganisationen' (so Dieter Rucht). Der Aufsatz von Christian Lahusen über internationale Kampagnen und derjenige von Ines Holthaus über die internationale Frauenbewegung lassen sich noch der Bewegungsforschung zuordnen. In dem Text von Annette Zimmer über den Zusammenhang von Dritter-Sektor-Forschung und internationalen Bewegungsnetzwerken und noch deutlicher in der Kontroverse, die zwischen Daniel Janett und Heike Walk/Achim Brunnengräber über die NGOs in der internationalen Klimapolitik geführt wird, tauchen allerdings Zweifel auf. Hier wird (noch unterschwellig) die Frage problematisiert, in wie weit das begrifflich-theoretische Instrumentarium der Bewegungsforschung für die Analyse der transnational vernetzten NGOs überhaupt taugt.

Klein, Ansgar/ Legrand, Hans-Josef/ Leif, Thomas (Hg.) 1999: Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Der Sammelband wurde anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen herausgegeben. Es ist – neben dem guten Überblick über den Stand von Bewegungen und Bewegungsforschung nicht zuletzt als Voraussetzung für die Untersuchung von NGOs und ihren Netzen – der Verdienst dieses Bandes, die eigene Disziplin selbstkritisch zu beleuchten. Geringe Institutionalisierung der Forschung, Themendifferenzierung und Globalisierung, sprich die gesellschaftliche Gesamtlage, wirken sich gegen eine wissenschaftlich-systematische Entwicklung und Vertiefung der Bewegungsforschung aus. Die ‚NGOisierung' scheint nicht unschuldig an dieser Entwicklung. Der Band ist in fünf Teile gegliedert: Im ersten Teil werden die Impulse thematisiert, die von den neuen sozialen Bewegungen auf Gesellschaft und Politik einwirkten (vier Aufsätze). Das Forschungsfach selbst wird im zweiten Teil einer kritischen Überprüfung unterzogen, in dem die Bilanzen und Perspektiven der Bewegungsforschung aufgezeigt werden (vier Aufsätze). Soziale Bewegungen im Transformationsprozess, d.h. die Kontroversen um die Bürgerbewegungen der ehemaligen DDR ist der Schwerpunkt vom dritten Teil (zwei Aufsätze). Ausgewählte Bewegungen werden im vierten Teil bilanziert sowie die Perspektiven dieser Bewegungen abgeschätzt (fünf Aufsätze). Im fünften Teil wird der Blick auf die aktuelleren Tendenzen geworfen. Zwar ist dieser Teil mit ‚Globalisierung und multinationale Bewegungsorganisationen' überschrieben. In den Aufsätzen wird jedoch der Begriff der transnationalen NGOs präferiert (drei Aufsätze).

Neubert, Dieter 1997: Entwicklungspolitische Hoffnungen und gesellschaftliche Wirklichkeit. Eine vergleichende Länderfallstudie von Nicht-Regierungsorganisationen in Kenia und Ruanda. Frankfurt/M.: Campus.
In der vergleichenden Länderstudie über entwicklungspolitische NGOs werden empirische Materialien, die in Kenia und Ruanda erhoben

wurden, mit weitreichenden kategorialen Überlegungen zu NGOs verbunden. Ausgangspunkt bildet der unscharfe NGO-Begriff selbst und eine große Skepsis gegenüber Grundannahmen in der entwicklungspolitischen NGO-Forschung. In der Publikation wird ausdrücklich gegen die Mystifizierung der NGOs in der Entwicklungspolitik argumentiert, wonach NGOs oftmals als neue Hoffnungsträger verstanden werden. Das zeigt sich auch daran, dass sich Neubert kritisch mit dem Begriff der Solidarität als Organisationsressource in der entwicklungspolitischen NGO-Arbeit beschäftigt und statt dessen von ‚gemeinnützigen Consulting-' oder ‚Spenden-Markt-Unternehmen' spricht. Für eine begriffliche Präzisierung dessen, was unter NGOs zu verstehen ist, wird auf Zivilgesellschaftskonzepte und auf die Dritte-Sektor-Forschung zurückgegriffen. Im Schlussteil der Arbeit wird auf demokratietheoretische Fragen und auf das Verhältnis von Staat und NGOs eingegangen.

Peripherie 1998: Stichwort ‚NGO'. Peripherie - Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt. Jg. 1998, Nr.71 (4 Aufsätze zu NGOs).
In diesem Schwerpunktheft zu NGOs geht es aus vier ganz unterschiedlichen Blickwinkeln um eine Annäherung an die neuen politischen Dimensionen, die mit dem Phänomen ‚NGOs' verbunden sind. Die zunehmende Bedeutung von NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit nimmt Michaela von Freyhold zum Anlass, das Verhältnis von Nord- und Süd-NGOs näher zu beleuchten. Ulrich Brand und Christoph Görg geben einen kurzen Überblick und eine Einschätzung zur jüngsten Debatte um Nachhaltigkeit und zur Rolle von NGOs in der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Sie diskutieren die These, dass NGOs als soziale Akteure verstanden werden sollten, die sehr unterschiedliche und teilweise sich entgegenstehende Interessen in den politischen Prozess einbringen würden. Eine politisch-strategische Reflexion über zentrale Veränderungen von NGO-Politik in der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik unternimmt Peter Wahl. Mit der kosmopolitischen Demokratie in einer scheinbar grenzenlosen Welt befasst sich Achim Brunnengräber. Aufgrund der Transnationalisierung von Politik – so seine These – würde die Verklammerung von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsmacht, von Nation und Demokratie, allmählich perforiert.

Brunnengräber, Achim/Walk, Heike 1999: Transnationale Netze im Konfliktfeld Klima. Nicht-Regierungs-Organisationen als ‚neue' Akteure der internationalen Politik. Berlin.
In der Gruppen-Dissertation am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut, der Freien Universität Berlin wird ein Dreischritt als Zugang zum NGO- und Netzwerkphänomen gewählt. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre von der ersten Klimakonferenz 1995 in Berlin bis zur fünften Konferenz 1999 in Bonn. Im ersten Teil werden nach einem Überblick über die Ursachen und Wirkungen des Klimawandels (Problementdekkung) die internationale Institutionalisierung (Politisierung) und die Suche nach wirtschaftlichen Mechanismen dargelegt (Ökonomisierung). Das Konfliktfeld Klima, das umfassend dargestellt wird, bildet die bedingungsreiche Schablone, um die NGOs und ihre Netze in der internationalen Arena zu verorten. Im zweiten Teil werden die einflussreichsten NGOs in dieser Arena, die Entwicklungsgeschichte der klimapolitischen Netze, die Chancen und Hindernisse der Vernetzung sowie das Handlungsrepertoire der NGOs auf empirischer Grundlage ausgebreitet. Im dritten Teil erfolgt der theoretische Zugang, in dem auf die Konzepte der Zivilgesellschaft, die Bewegungsforschung, die Dritte-Sektor-Forschung und die Netzwerkanalyse rekrutiert wird. Im Schlussteil der Arbeit werden die vier verschiedenen Ansätze unter dem umfassenderen Begriff ‚global governance' synthetisiert.

ABSTRACTS

Anlässlich des 2000er-Jahreswechsels legt die Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen mit ihrem ersten Heft im 21. Jahrhundert die Ergebnisse einer Expertenbefragung (nach der Delphi-Methode) vor, in der Prognosen über die zukünftige Entwicklung von politischem Protest und sozialen Bewegungen erfragt wurden. In einer ersten Umfrage,welle' gaben 27 Expertinnen und Experten Ihre subjektive Einschätzung zu den zukünftigen Entwicklungen an. Unter diesen Befragten sind WissenschaftlerInnen zu finden, JournalistInnen, PolitikerInnen und Aktive aus unterschiedlichen Bewegungszusammenhängen In einer zweiten Umfrage,welle' konnten 15 ExpertInnen dafür gewonnen werden, ihre Prognose in kurzen Beiträgen thesenhaft zu formulieren. Das vorliegende Themenheft stellt die Resultate der ersten Welle zusammenfassend dar und präsentiert die in der zweiten Welle erarbeiteten Prognosen zur Zukunft sozialer Bewegungen.
Die Beiträge dieses Heftes im Einzelnen: Der Essay von *Andreas Buro* beschäftigt sich mit dem „Jahrhundert der sozialen Bewegungen - Entstehungsgründe, Motivationen, Grenzen und Wirkungen".

Michael Hasse stellt unter dem Titel „Protest und Bewegung im 21. Jahrhundert" die Ergebnisse unserer Delphi-Befragung zur Zukunft sozialer Bewegungen dar.
Ruud Koopmans untersucht „Globalisierung, Individualisierung, politische Entflechtung. Randbedingungen einer unübersichtlichen Bewegungszukunft", *Dieter Rink* schreibt zu „Soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert", *Ansgar Klein* konstatiert „Soziale Bewegungen bleiben ein bedeutender politischer Faktor".
Klaus Eder sieht „Die Zukunft sozialer Bewegungen zwischen Identitätspolitik und politischem Unternehmertum", *Ingo Bode* analysiert „Die Bewegung des Dritten Sektors und ihre Grenzen".
Susann Burchardt stellt ihre Überlegungen zur Zukunft von Protest und sozialer Bewegung in modernen westlichen Demokratien unter den Titel „Mehr Protest – weniger Bewegung?", *Mechtild Jansen* präsentiert Thesen zur Zukunft sozialer Bewegungen unter dem Stichwort „Die Wiederbelebung des Modernitätsvorsprungs".
Klaus Farin wagt „Prognosen aus der Zukunft?" in Form einer e-mail aus dem kommenden Jahrhundert, *Gero von Randow* liest politischen Protest als „Lebenszeichen der Bürger", *Thomas Mayer* fragt „Wird alles soziale Bewegung? – Das Ende des dualen Gesellschaftsaufbaus" und *Gottfried Oy* untersucht die „Alternative Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert" als Subjekte der Kommunikation zwischen Management und Widerstand.
Marianne Beisheim stellt die Gretchenfrage der Zukunft sozialer Bewegungen: „Wie hältst du's mit der Globalisierung?", *Ingo Take* sieht „Transnationale Allianzen als Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts", *Harald Gesterkamp* beschreibt zukünftige Akteure als „Professionell auf der Weltbühne, verankert in der Region. – NGOs der Zukunft arbeiten global und lokal" und *Heike Walk/Achim Brunnengräber* berichten „Von Mobilisierungsschwächen und kosmopolitischen Größen" der neuen sozialen Bewegungen und NGOs.
Komplettiert wird die Ausgabe durch eine kommentierte Literaturauswahl zu Zivilgesellschaft, Bürgerbeteiligung und Protestbewegungen im 20. Jahrhundert.

ABSTRACTS

For the start of 2000 the research group New Social Movements presents in the first issue the results of an expert survey. According to the Delphi technique the perspectives of political protest and social movements were evaluated. The first wave included 27 experts giving their personal impression about the future developements. Among them were scientists, journalists, politicians and activists from different movements. For the second wave 15 experts formulated their views in short statements, which are documented in this issue as a multifaceted picture of the possible movement's future.

In the opening essay *Andreas Buro* turns on the „Century of Social Movements – Causes, Motivations, Limits and Impact". *Michael Hasse's* article „Protest and Movements in the 21st Century" presents the results of the first wave in the Delphi survey.

Ruud Koopmans focuses on „Globalization, Individualization, Political Diversification. Circumstances of a Confusing Movement Future".

Dieter Rink reviews „Social Movements in the 21st Century" while *Ansgar Klein* presents an optimistic outlook: „Social Movements Remain an Important Political Factor".

Klaus Eder expects „The Future of Social Movements among Indentity Politics and Business", *Ingo Bode* analyzes „The Movement of the Third Sector and its Development". „More Protest – Less Movements?" is the progonosis of Susann Burchardt about contentious politics in the modern western democracies.

Mechtild Jansen presents her thesis with the title „Revival of the Modernization Lead".

Klaus Farin writes an e-mail from the future called „Prognosis Out of the Future", *Gero von Radow* values protest as „The Citizen's Sign of Life".

Thomas Mayer presents the question „Becomes Everything A Social Movement? - The End of the Dual Society". The „Alternative Public Sphere in the 21st Century" as a subject of communication between management and resistance is Gottfried Oy's focus.

Marianne Beisheim discusses the central question for social movements in the future: „How Do You React to Globalization?" and Ingo Take presents an answer: „Transnational Alliances as Reaction to the Tasks of the 21st Century".

Harald Gesterkamp sees movements as „Professionals on the World Stage, Based in the Regions. Future NGOs Work Global and Local", while *Heike Walk/Achim Brunnengräber* expect „Mobilization Weaknesses and Cosmopolitical Strength". The issue is completed by a commented literature review for civil society, citizen participation and protest movements in the 20th Century.

soeben erschienen:

Zeitschrift für Soziologie

H1/Band 29/2000

aus dem Inhalt:

Stefan Liebig / Roland Verwiebe
Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ostdeutschland: Plädoyer für eine doppelte Vergleichsperspektive

Karin Kurz
Soziale Ungleichheiten beim Übergang zu Wohneigentum

Michael Wagner / Clara H. Mulder
Wohneigentum im Lebenslauf: Kohortendynamik, Familiengründung und sozioökonomische Ressourcen

Klaus Kuhm
Exklusion und räumliche Differenzierung

ARBEIT

Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik

H1/Band 9/2000

aus dem Inhalt:

Hartmut Hirsch-Kreinsen
Entwicklungschancen von Low-Tech-Industrien. Einfache Produkte intelligent produzieren.

Klaus Thunig / Peter Knauth
Erfolgsfaktoren für die Zielerreichung von Fertigungsteams. Eine theoretische und empirische Analyse

Bärbel Bergmann / Ulrike Pietrczyk
Kompetenzentwicklung

Hans J. Pongratz
System- und Subjektperspektive in der Organisationsberatung

Lucius & Lucius